

Stenographisches Protokoll

131. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 11. November 1982

Tagesordnung

1. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1981 (Grüner Bericht)
2. Bericht über den Stand der Europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie über die von der Bundesregierung im Hinblick auf die Integration gesetzten inner-österreichischen Maßnahmen (Integrationsbericht 1981)
3. Bericht des Mühlenfonds für die Zeit vom 1. Jänner 1981 bis 31. Dezember 1981
4. Konzertierungsabkommen Gemeinschaft — COST über eine konzertierte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung und Verwendung von Klärschlamm samt Anhängen (Aktion COST 68 ter)
5. Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen
6. Ersuchen des Landesgerichtes Klagenfurt um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 13185)

Entschuldigung (S. 13185)

Fragestunde (98.)

Soziale Verwaltung (S. 13185)

Dr. Hafner (805/M); Dr. Jörg Haider, Treichl, Dr. Gaigg

Dr. Marga Hubinek (806/M); Dr. Jörg Haider, Maria Metzker, Dr. Puntigam

Dr. Kohlmaier (807/M); Dr. Jörg Haider, Tirnthal, Dkfm. DDr. König

Burgstaller (808/M); Grabher-Meyer, Steinhuber, Ingrid Tichy-Schreder

Dr. Hafner (822/M); Stögner, Brandstätter, Dr. Jörg Haider

Dr. Feurstein (823/M); Dr. Jörg Haider, Tirnthal, Ingrid Tichy-Schreder

Dr. Jörg Haider (825/M); Egg, Dr. Schwimmer, Dr. Frischenschlager

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 13199)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (III-153 d. B.) gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976, über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1981 (Grüner Bericht) (1260 d. B.)

Berichterstatte: Stögner (S. 13199)

Redner:

Dipl.-Ing. Riegler (S. 13200),
Pfeifer (S. 13205),
Ing. Murer (S. 13208),
Deutschmann (S. 13212),
Weinberger (S. 13214),
Dr. Jörg Haider (S. 13217),
Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden (S. 13221),
Helga Wieser (S. 13227),
Koppensteiner (S. 13230),
Peck (S. 13232),
Otilie Rochus (S. 13234),
Lafer (S. 13237),
Schwarzenberger (S. 13239),
Staatssekretär Schöber (S. 13241),
Hietl (S. 13245),
Remplbauer (S. 13248) und
Mandorff (S. 13251)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend die Sicherung des „Arbeitsplatzes Bauernhof“ (S. 13239) — Ablehnung (S. 13252)

Kenntnisnahme (S. 13252)

- (2) Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration betreffend den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht (III-144 d. B.) über den Stand der Europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie über die von der Bundesregierung im Hinblick auf die Integration gesetzten inner-österreichischen Maßnahmen (Integrationsbericht 1981) (1245 d. B.)

Berichterstatte: Köck (S. 13252)

Redner:

Dr. Lanner (S. 13253),
Teschl (S. 13254),
Dr. Frischenschlager (S. 13255),
Dkfm. Gorton (S. 13256),
Fachleutner (S. 13258),
Egg (S. 13260),
Ingrid Tichy-Schreder (S. 13261) und
Bundesminister Dr. Staribacher (S. 13263)

Kenntnisnahme (S. 13266)

13184

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

- (3) Bericht des Handelsausschusses über den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht (III-136 d.B.) des Mühlenfonds für die Zeit vom 1. Jänner 1981 bis 31. Dezember 1981 (1249 d.B.)

Berichterstatter: Ingrid Tichy-Schreder (S. 13266)

Kenntnisnahme (S. 13266)

- (4) Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (1116 d.B.): Konzertierungsabkommen Gemeinschaft — COST über eine konzertierte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung und Verwendung von Klärschlamm samt Anhängen (Aktion COST 68 ter) (1244 d.B.)

Berichterstatter: Brandstätter (S. 13266)

Genehmigung (S. 13267)

- (5) Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (1210 d.B.): Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (1265 d.B.)

Berichterstatter: Dr. Hafner (S. 13267)

Redner:

Dr. Wiesinger (S. 13267),

Tonn (S. 13269),

Bundesminister Dr. Steyrer (S. 13271)

und

Bundesminister Lausecker (S. 13271)

Annahme (S. 13271)

- (6) Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes Klagenfurt um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdach-

tes des Vergehens der üblen Nachrede nach den §§ 111 Abs. 2 und 115 StGB (1264 d.B.)

Berichterstatter: Dr. Ofner (S. 13272)

Annahme des Ausschlußantrages (S. 13272)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Steinbauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz BGBl. Nr. 111/1936 über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Kunst und über verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) geändert wird (218/A)

Anfragen der Abgeordneten

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Bezeichnungswahrheit für Weinbrand (2196/J)

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Bezeichnungswahrheit für Weinbrand (2197/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Huber, Keller, Schwarzenberger und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Budgetvollzug der Mittel für den Güterwegbau (2198/J)

Wanda Brunner, Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Dr. Lenzi und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Reisegebühren für Lehrer der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Damenkleidermacher Innsbruck, Expositur Wörgl (2199/J)

Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend kostenlose Schutzimpfung des Krankenhauspersonals gegen Virushepatitis (2200/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 15 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Gföllner und Kräutl.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Dr. Hauser.

Fragestunde

Präsident: Wir kommen zur Fragestunde.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: 8. Anfrage: Herr Abgeordneter Hafner (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

805/M

Warum haben Sie für 1985 eine generelle Pensionsreform angekündigt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung **Dallinger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der gestrigen und in der heutigen Fragestunde habe ich schon mehrmals darauf Bezug genommen, daß es auf Grund der geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse, auf Grund der Tatsache, daß das ASVG geschaffen worden ist, auf Grund der sozialen Situation Mitte der fünfziger Jahre sowie auf Grund der zwischenzeitlich durchgeführten 37 Novellen und der jetzt vorzunehmenden 38. Novelle notwendig ist, eine Gesamtreform anzustreben, die einerseits die Finanzierungsmöglichkeiten berücksichtigt und andererseits das Leistungsrecht durchforstet, um es den heutigen Notwendigkeiten und sozialen Verhältnissen anzupassen. All das sind Gründe, warum wir das in Aussicht genommen haben, wobei die Vorbereitungsarbeiten jetzt zügig in Angriff genommen werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Hafner:** Herr Bundesminister! Sie haben am 3. Oktober 1979 folgendes gemeint: „Wir müssen nun ernsthaft überlegen, wie es in der Sozialpolitik weitergehen soll. Von 1981“ — 1981! — „an müssen Konsequenzen gezogen werden.“ So meinten Sie 1979 vorausblickend, wie sich die Entwicklung in der Sozialpolitik, vor allem in der Pensions-

versicherung und in der Krankenversicherung, darstellen wird. Es ist eigentlich keine Konsequenz daraus gezogen worden. Im Gegenteil: Statt Konsequenzen zu ziehen, wie Sie angekündigt haben, sprechen Sie jetzt davon, daß bis 1985 Reformen erfolgen müßten.

Die wirtschaftliche Entwicklung laut Wirtschaftsforschungsinstitut ist folgendermaßen: Wir haben im Jahr 1982 mit etwa 32 Milliarden Schilling Zuschuß des Bundes zu rechnen und im Jahr 1985, also zu jenem Zeitpunkt, für den Sie eine Reform ankündigen, mit einem Zuschuß von etwa 47 Milliarden Schilling.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Warum wollen Sie so lange zuwarten, bis die Belastung für den Bundeshaushalt noch größer wird? Liegt das an der bevorstehenden Wahl, oder wovor fürchten Sie sich?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Ich fürchte mich zunächst vor überhaupt nichts, Herr Abgeordneter, auch davor nicht. Ich bin der Meinung, daß ein großes Reformwerk dieser Art entsprechend vorbereitet werden muß. Ich habe schon mehrmals erwähnt, daß ich dazu alle Parteien und alle Institutionen dieses Staates einlade. Ich glaube, daß man das nicht überhapp's machen kann, sondern daß das einer langen Vorbereitung bedarf. Aber zwischenzeitlich haben wir natürlich in Teilbereichen des Sozialrechts verschiedene Veränderungen durchgeführt, die zu Kostenersparnissen geführt haben.

Ich erinnere daran, daß wir mit der 37. Novelle die Krankenversicherung wieder auf einige Jahre saniert haben, daß wir auch, bezogen auf die Pensionsversicherung, Doppelleistungen derogiert haben, und anderes mehr. Es wird sicherlich bis 1985 notwendig sein, die eine oder andere Einzelmaßnahme zu setzen, die zu Kosteneinsparungen führt. Insgesamt gesehen aber glaube ich, daß die große Reform per 1985 durchgeführt werden wird, wobei ich an sich glücklich wäre, gelänge es, das unter Umständen auch schon früher als Ziel zu erreichen. Nur meine ich, daß das eine Vorgabe wäre, die vom Erreichen des Zieles her zu schwierig ist.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Hafner:** Herr Bundesminister! Im ersten Entwurf zur 38. ASVG-

13186

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Dr. Hafner

Novelle hatten Sie vorgesehen, daß die Ruhensgrenzbeträge für den Zuverdienst eines Pensionisten eingefroren und daß der Zuschlag zur Pension und die Bonifikation für die Pension aufgehoben werden.

Ich frage Sie, da Sie diese Vorschläge, die Sie im ersten Entwurf der 38. ASVG-Novelle vorgesehen hatten, im zweiten Entwurf nicht vorgesehen haben: Haben Sie Angst vor der eigenen Courage bekommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich fürchte mich weder, noch habe ich Angst, um auch das neuerlich klarzustellen.

Ich möchte auch richtigstellen, daß in einem hausinternen Entwurf diese Regelung beinhaltet war, die ich im übrigen seit dem Sommer dieses Jahres zur Diskussion gestellt habe und wo ich den Zusammenhang hergestellt habe zwischen einem allfällig notwendigen Jugendeinstellungsgesetz und auf der anderen Seite von Bonifikationen für Menschen, die Anspruch auf eine Alterspension haben und diesen Anspruch auch erfüllt bekommen.

Ich erachte es als überlegenswert, das zu tun, man ist aber übereingekommen, das jetzt nicht so in einer Einzelmaßnahme herauszunehmen, weil dadurch der Eindruck entstehen könnte, daß das auf eine besondere Gruppe der Bevölkerung abgestimmt ist. Die Fragen, die in diesem hausinternen Entwurf beinhaltet gewesen sind, stehen weiter zur Diskussion, und ich glaube auch, daß sie in absehbarer Zeit Realisierung finden werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Herr Bundesminister! Im Rahmen der notwendigen Pensionsreform gibt es sicher Bereiche, die vorweg erledigt werden sollten. Einer davon ist die Regelung der Frühpensionen bei Schwerarbeit beziehungsweise Nachtschichtarbeit. Sie wissen aus den vorliegenden Erfahrungswerten, daß sich das jetzige Modell des Sonderruhegeldes in keiner Weise bewährt, weil ja jene Arbeitskräfte, die lange Zeit in dieser erschwerenden Tätigkeit Dienst tun, meistens nicht in den Genuß der vorzeitigen Pension kommen, obwohl sie Beiträge dafür leisten müssen, während andere, die das Glück des Geburtsdatums haben, hineinkommen, wir aber jetzt auf Grund der Situation am Arbeitsmarkt durchaus damit eine Möglichkeit hätten, jene Menschen, die mit

der Gefahr konfrontiert sind, freigesetzt zu werden, in die Pension schicken zu können.

Ich darf Sie fragen: Denken Sie daran, dieses Modell zu ändern im Hinblick auf einen Vorgriff auf die Gesamtpension, um etwa das Ziel zu erreichen, daß derjenige, der 12 Monate in einer erschwerenden Tätigkeit arbeitet, 14 Versicherungsmonate angerechnet bekommt und damit leistungsadäquat dann früher in den Ruhestand treten kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Es ist richtig, Herr Abgeordneter, daß die letzte Vorlage zum Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz jene Leistungen beziehungsweise die Erwartungen auf dem Gebiet nicht in dem Maße erfüllt hat, wie ich sie beim Ursprungsentwurf gehabt habe. Wir haben jetzt etwa 580 Sonderruhegeldbezieher und haben gerechnet, daß das in der ersten Phase ungefähr 3 000 bis 4 500 sein werden. Ich stehe daher nicht an zu sagen, daß wir im Einvernehmen mit den Betroffenen Überlegungen anstellen, wie wir dieses Gesetz modifizieren können, um es für jene wirksam werden zu lassen, für die es eigentlich im Ursprung gedacht gewesen ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Treichl.

Abgeordneter Treichl (SPÖ): Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit der angekündigten Pensionsreform wird von den Oppositionsparteien nunmehr schon seit längerer Zeit immer wieder auf eine Verschlechterung der bestehenden sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen hingewiesen, ja es wird von Sozialstopp gesprochen. Damit werden die Pensionsbezieher, die älteren Menschen, wie so oft in den vergangenen Jahren nunmehr neuerdings verunsichert.

Ich möchte Sie daher, Herr Bundesminister, fragen: Wie sehen Sie die Auswirkungen einer Pensionsreform im Hinblick auf einen sogenannten Sozialstopp?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! Ich möchte mit aller Eindeutigkeit erklären: Es wird in Österreich keinen Sozialstopp geben. Wir werden jene Maßnahmen, die in den Ländern um uns, wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, in Großbritannien, in Frankreich, in Belgien, und die etwa in den Vereinigten Staaten geschehen, bei uns nicht zur Anwendung bringen.

Bundesminister Dallinger

Ich darf darauf verweisen, daß wir in den letzten eineinhalb Jahren das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz beschlossen haben, die Betriebshilfe für Mütter im bäuerlichen und im gewerblichen Bereich, das Arbeitnehmer-schutzgesetz, daß wir jetzt in den Novellen, die wir für das Parlament vorbereitet haben, auch für die Bäuerinnen in einer bestimmten Situation eine besondere Leistung erbringen werden, daß wir bei der fiktiven Anrechnung für das Ausgedinge Verbesserungen bringen, daß wir zwar nicht eine quantitative Vermehrung des Sozialrechtes in der Zukunft haben werden, daß wir aber eine qualitative Verbesserung dort anstreben, wo das notwendig ist.

Bezogen auf das Pensionsrecht wird es auch zu keinen Verschlechterungen kommen, sondern wir werden nur klarstellen, daß die Pension der Ersatz für das verlorengegangene Arbeitseinkommen ist, daß das in einer bestimmten Relation zum letzten Bezug beziehungsweise zum Standard gebracht werden muß, den ein Mensch während seines Arbeitslebens gehabt hat, und daß dieser Standard für die Zukunft gesichert bleiben muß.

Aber wir werden sicherlich bei den Imponderabilien, bei jenen sozial nicht motivierten Leistungen, die wir in der Vergangenheit in besseren Zeiten geschaffen haben, verschiedene Abstriche tätigen müssen, um das Hauptziel, nämlich die Pension als Ersatz für das verlorengegangene Arbeitseinkommen zu sichern, zu erreichen.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Gaigg.

Abgeordneter Dr. Gaigg (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben uns zwar heute einige Male erklärt, daß Sie nichts und niemanden fürchten, aber befürchten Sie nicht im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Reform beziehungsweise können Sie ausschließen, daß es zu Leistungseinschränkungen für die Pensionsbezieher kommt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Das kann ich nicht ausschließen und möchte ich auch gar nicht ausschließen, weil ich gerade vorhin erklärt habe, daß unter Umständen sozial nicht motivierte Leistungen aus dem Leistungsrecht entfernt werden müssen, um die Finanzierung der sozial motivierten Leistungen zu sichern. Ich glaube, das soll und muß mit aller Eindeutigkeit gesagt werden. Nur

geht es hier um die soziale Unterscheidung. Und zu dieser sozialen Unterscheidung bekenne ich mich uneingeschränkt.

Präsident: Anfrage 9: Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP) an den Herrn Minister.

806/M

Haben Sie Ihre Meinung über die soziale Notwendigkeit der Witwerpension geändert?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Frau Abgeordnete! Ich habe meine Meinung über die soziale Notwendigkeit der Witwerpension nicht geändert. Ich habe auch bei der Einführung erklärt, daß ich von mir aus nie in dieser Richtung tätig geworden wäre, hätte nicht der Verfassungsgerichtshof festgestellt, daß die alleinige Witwenpension gegen den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit verstößt und daher eine Änderung vorzunehmen ist.

Mit der 36. Novelle zum ASVG wurden lediglich die Voraussetzungen, unter denen die Witwerpension gebührt, im Einklang mit der entsprechenden Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes geändert, die ihrerseits auf der Familienrechtsreform fußt.

Schon in der parlamentarischen Debatte über die 36. Novelle zum ASVG habe ich darauf hingewiesen, daß die Diskussion über die Gestaltung der Witwerpension weitergehen wird. Dies ist, wie nicht zuletzt auch Ihre Anfrage zeigt, der Fall. In Anbetracht der mit 1. Jänner 1985 wirksam werdenden zweiten Etappe der Neuregelung der Witwerpension und dem dann eintretenden nachhaltigen Gebahrungseffekt soll die Diskussion bis dahin Klarheit bringen, ob ein Umdenken in der Hinterbliebenenversorgung notwendig ist. Zur Zeit ist diese Frage jedenfalls offen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek: Herr Minister! Das Verfassungsgerichtshoferkennntnis und die einstimmige Entschließung des Parlaments hätten es auch zugelassen, die Witwerpension nur den sozial Bedürftigen zuzuerkennen. Sie haben einen Prestige-standpunkt damals eingenommen und die jetzige Regelung getroffen.

Ich frage Sie: Haben Sie damit nicht die Gelegenheit versäumt, die zukunftsweisende Reform anzupeilen, weil Sie ein Präjudiz geschaffen haben? Warum haben Sie verabsäumt, unser Modell der Partnerschaftspension bei dieser Gelegenheit einzuführen?

13188

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Meiner Meinung nach habe ich eine zukunftsweisende Regelung nicht verabsäumt.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek:** Herr Minister! Sie haben bei der Antwort auf die Frage zuvor gemeint, Reformen brauchen Zeit. Ich gebe Ihnen dazu recht. Nur, Reformen sind undurchführbar, wenn ich ein Präjudiz schaffe. Sie haben das Präjudiz geschaffen, und die Finanzierung der Witwerpension läßt beispielsweise nicht zu, daß Sie die Heizkosten bezahlen, einen Heizkostenzuschuß für Mindestrentner geben. Halten Sie diese Regelung für sozial gerechtfertigt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Bei größtem Bemühen, sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehe ich zwischen den beiden Fragen überhaupt keinen Zusammenhang. Zunächst einmal ist überhaupt kein Präjudiz geschaffen worden, sondern es wurde im Gegenteil durch die Anpassung der Witwerpensionsregelung an die bestehende Witwenpension für die Gesamtregelung der Hinterbliebenenversorgung in keiner Weise ein Präjudiz geschaffen, es wurde im Gegenteil die Ausgangsposition vereinheitlicht und damit der Weg für eine Gesamtreform freigehalten.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider** (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich werde nicht die Geduld des Präsidenten strapazieren, indem ich auch zur Heizkostenbeihilfe frage.

Ich frage Sie vielmehr: Welche Maßnahmen gedenken Sie im Hinblick auf den doch sehr unbefriedigenden Zustand der Einkommensentwicklung der rund 130 000 Witwen zu ergreifen, die auf Grund der bestehenden Regelungen einfach nicht aus dem Armutsbereich herauskommen? Daher bin ich der Ansicht, daß man über die Hinterbliebenenversorgung und über eine Neuordnung des Hinterbliebenenrechts doch vorzeitig reden sollte, da es ja für die Betroffenen ein schwacher Trost ist, bis zum Jahre 1985 warten zu dürfen, wobei sie eine Reform in Aussicht gestellt erhalten, die schlußendlich vielleicht ab dem Jahre 1990 einmal zum Tragen kommt.

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister **Dallinger:** Sollte es möglich sein, auf Grund gemeinsamer Vereinbarungen das Hinterbliebenenrecht vorzeitig zu lösen, bin ich jederzeit dazu bereit.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Maria Metzker.

Abgeordnete Maria **Metzker** (SPÖ): Herr Bundesminister! Bei den Besprechungen über die 36. Novelle betreffend die Einführung der Witwerpension hat auch der finanzielle Aufwand für diese Witwerpension eine große Rolle gespielt, nicht nur im Hinblick auf eine mögliche Partnerschaftspension. Ich frage Sie: Wie hoch war der Aufwand bisher und wie viele Witwerpensionen wurden seit Inkrafttreten der 36. Novelle zuerkannt? (*Ruf bei der ÖVP: Nur eine Frage!*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Im Bereich der Pensionsversicherungsanstalt der Unselbstständigen wurden im September 1982... (*Abg. Dr. B l e n k: Erstaunlich gut vorbereitet!*) Aber natürlich, ist das unzulässig? (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Selbstverständlich ist das zulässig. Sie wollen das hören, und ich möchte Ihnen das auch sagen, und zwar konkret und korrekt.

Im September 1982 wurden 1 788 Witwerpensionen gewährt. Der monatliche Gesamtaufwand dafür beträgt — ich bitte jetzt richtig hinzuhören — 1,5 Millionen Schilling.

Im Bereich der Pensionsversicherungsanstalten der Selbständigen gab es im September 1982 603 Witwerpensionen, ihr monatlicher Gesamtaufwand war 1 Million Schilling.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Puntigam.

Abgeordneter Dr. **Puntigam** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie behaupten zwar, daß mit der Witwerpension kein Präjudiz geschaffen worden ist, aber ich glaube, wenn ich Ihre Bemerkungen im letzten Sozialausschuß beziehungsweise bei der Behandlung des Budgetkapitels im Vorjahr recht in Erinnerung habe, daß Sie doch eher hin zur Partnerschaftspension oder zu einer Partnerschaftsleistung tendieren. Da glaube ich schon, daß eine gewisse Präjudizwirkung durch diese Witwerpension geschaffen worden ist.

Meine konkrete Frage: Gibt es jetzt in Rich-

Dr. Puntigam

tung Partnerschaftspension konkrete Überlegungen, oder halten Sie nach wie vor an dieser in der 36. ASVG-Novelle getroffenen Entscheidung fest?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich habe soeben dem Herrn Abgeordneten Dr. Jörg Haider gesagt, daß ich bereit bin, die Frage der Hinterbliebenenversorgung unter Umständen sogar vorzeitig zu lösen. Das schließt ein, daß ich Überlegungen verschiedenster Art anstelle, die auch in Richtung Partnerpension gehen. Aber gerade weil ich solche Überlegungen habe, bin ich eben der Auffassung, daß die Gleichstellung von Witwen und Witwern in der 36. Novelle kein Präjudiz für eine künftige Neuregelung geschaffen hat.

Präsident: Anfrage 10: Herr Abgeordneter Kohlmaier (ÖVP) an den Herrn Minister.

807/M

Streben Sie Änderungen der Ruhensbestimmungen an?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! Diese Frage wurde schon in einer Zwischenfrage beim vorhergehenden Punkt releviert. Ich habe natürlich für eine künftige Reform Überlegungen auf dem Gebiet der Ruhensbestimmungen. Wir wissen, daß seit Bestehen des ASVG diese Frage eine große Rolle spielt und haben auch in den Entwicklungen seit 1956 unterschiedliche Regelungen auf diesem Gebiet gehabt.

Ich möchte mich nicht verschweigen und den Eindruck erwecken, als ob ich vorbeireden würde. Natürlich wird eine künftige Pensionsreform, die ich ja in Übereinstimmung mit allen Parteien anstrebe, die Frage der Ruhensbestimmungen in hohem Maße betreffen. Wir werden daher hier sehr genau prüfen müssen, was möglich und was nicht möglich ist.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier: Herr Bundesminister! Es kam heute bereits zur Sprache, daß der Entwurf der 38. Novelle eine Verschärfung der Ruhensbestimmungen enthielt und dann widerrufen wurde. Das kann zurückgehen auf eine Weisung von Ihnen, auf einen Irrtum eines Sektionschefs, eines Ministerialrats, vielleicht auch nur der Postexpeditionsstelle.

Da Sie, Herr Bundesminister, sich heute schon als Amateurpsychiater betätigt haben und meinem Kollegen Schwimmer ein verwirrtes Gedächtnis vorhielten, frage ich jetzt: Wer hatte ein verwirrtes Gedächtnis im Ministerium, als ein falscher Entwurf ausgeschickt wurde?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dallinger: Ich werde diese Frage auf Grund Ihrer konkreten Anfrage prüfen und Ihnen die Antwort ebenfalls schriftlich bekanntgeben.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier: Ich möchte eine leichte Verwunderung nicht unterdrücken, daß Sie bis heute noch nicht wissen, wer so einen gravierenden Fehler beging, aber das ist heute nicht mein Anliegen.

Sie haben, Herr Minister, bei einer früheren Frage — ich glaube, es war bei 8 — gesagt: Einschränkungen des Leistungsrechtes sind nicht auszuschließen. Diese Ehrlichkeit ehrt Sie. Auf der anderen Seite haben Sie mit Vehemenz hier in den Saal gerufen: Es wird keinen Stopp geben.

Lehnen Sie also das Wort „Stopp“ ab, weil Sie eine Rückwärtsbewegung einem Stopp vorziehen? Eine Einschränkung ist ja eine Bewegung nicht nach vorn und kein Stopp, sondern eine Bewegung zurück.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! Ich kann Ihrem Gedankengang nicht folgen. Ich meine, ich bin nicht so ... (*Abg. Dr. Kohlmaier:* Bitte, jetzt nicht psychiatrisch werden!) Doch, doch, bleiben wir schon bei diesem Vergleich!

Aber ich habe gesagt: Es gibt keinen Sozialstopp. Ich habe Ihrem Kollegen vorher gesagt, daß ich Leistungseinschränkungen deswegen nicht ausschließen kann, weil ich die Leistungen auf ihre soziale Motivation untersuchen möchte. Sozial gerechtfertigte Leistungen — das möchte ich mit allem Nachdruck sagen — werden nicht gekürzt oder werden nicht eingeschränkt. Im Gegenteil: Wir werden uns bemühen, dort eine Erweiterung zu erreichen. (*Abg. Brandstätter:* Also die Mindestpension ist gesichert!)

Aber es gibt — das wissen auch Sie und gerade Sie wissen das, Herr Abgeordneter — kumulative Leistungen, die sich durch die bisher 37 Novellen ergeben haben, wo die soziale

13190

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Bundesminister Dallinger

Motivation nicht gegeben ist. Wenn ich daher unsozial motivierte Leistungen oder sozial nicht motivierte Leistungen beseitige, dann kann ich keinen Zusammenhang zwischen dieser Regelung und der Verneinung eines Sozialstopps sehen. Dieser Gedankengang ist mir also nicht geläufig, und das meine ich.

Die Schuldfrage in meinem Ministerium ist für mich klar. Es ging ja nur um die Verwirrung des Geistes, und die muß ich erst untersuchen, und darauf werde ich Ihnen eine schriftliche Antwort geben.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Herr Bundesminister! Gerade in der gegenständlichen Problematik der Ruhensbestimmungen zeigt sich ja eigentlich das Dilemma der österreichischen Politik, daß eigentlich jeder überzeugt ist, daß man in diesem Bereich etwas tun muß, weil es nicht ganz verständlich ist, daß die ASVG-Versicherten, die Bauern, die Gewerbetreibenden Pensionsabzüge hinnehmen müssen, wenn sie zusätzlich etwas verdienen, daß aber im öffentlichen Dienst hier eine bedenkenlose Möglichkeit des Dazuverdienens besteht.

Sie haben diese Problematik richtig erkannt, auch unter dem Aspekt der Jugendbeschäftigung. Denn wenn ich die Ruhensbestimmungen auch für den öffentlichen Dienst schaffen würde, würde ich sicherlich Jugendarbeitsplätze — Ganztagsarbeitsplätze — schaffen können. Trotzdem trauen Sie sich jetzt offenbar wieder nicht, weil Sie auch in diesem Bereich schon viel zu viel Privilegierte in den eigenen Reihen sitzen haben.

Ich darf Sie fragen: Sind Sie bereit, noch vor den Nationalratswahlen eine notwendige Reform einzuleiten, die etwa in der Richtung geht, daß man sagt, in Zeiten der Hochkonjunktur Lockerung und Liberalisierung der Ruhensbestimmung, aber für alle, und in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten eine generelle strengere Handhabung der Ruhensbestimmungen, um nicht Arbeitsplätze, die verfügbar wären, durch bereits Versorgte besetzen zu lassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich habe gesagt, daß ich bereit bin, das Problem der Hinterbliebenenversorgung, das ja eng mit dieser Frage zusammenhängt, auch schon vor dem Jahre 1985 — sofern es eine Übereinstimmung gibt — zu klären und zu lösen. Und ich

stehe gar nicht an festzustellen, daß in diese Lösung, wiewohl es nicht in meine Kompetenz fällt, auch die Bundesangestellten mit einzubeziehen sind.

Präsident: Weitere Frage, Herr Abgeordneter Tirnthal.

Abgeordneter Tirnthal (SPÖ): Herr Bundesminister! Wie hoch ist die Zahl der von den Ruhensbestimmungen des § 94 ASVG erfaßten Pensionen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Es gibt derzeit rund 22 000 Ruhensfälle.

Präsident: Weitere Frage, Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Der Abgeordnete Haider hat zu Recht darauf hingewiesen, daß wir hier zweierlei Recht haben. Wir haben einerseits die öffentlich Bediensteten, die keine Ruhensbestimmungen kennen; bei der Bundesbahn kann man sogar mit 53 Jahren in Pension gehen und voll dazuverdienen.

Ich bin persönlich ein Gegner der Ruhensbestimmungen, weil ich glaube, wenn jemand mit 65 Jahren in Pension geht, über 40 Jahre gearbeitet hat, dann zahlt er ja, wenn er wirklich noch etwas dazuverdient, Steuer und Sozialbeiträge. Das heißt, der Staat nimmt auch wieder etwas ein, und man soll ihn nicht in den Schwarzmarkt drängen, weil Schwarzarbeit dem Staat gar nichts bringt.

Wenn man aber an Ruhensbestimmungen festhält, bin ich mit Haider der Meinung, dann für alle. Und meine Frage, Herr Bundesminister: Teilen Sie diese Auffassung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich möchte diese Feststellung teilen. Ich teile sie im letzten Teil, daß Ruhensbestimmungen für alle Gültigkeit haben sollen. Ich teile aber nicht Ihre Ansicht, daß Ruhensbestimmungen an sich nicht gerechtfertigt sind. In wirtschaftlich so schwierigen Zeiten glaube ich, wenn jemand eine entsprechende Altersversorgung hat, diese Altersversorgung auch in Anspruch nimmt, daß er dann aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden soll und daß dann Ruhensbestimmungen zu gelten haben, und zwar — der zweite Teil Ihrer Frage — absolut für alle.

Präsident: Wir kommen zur Frage 11: Abge-

Präsident

ordneter Burgstaller (ÖVP) an den Herrn Minister.

808/M

Welche Beträge hat die Arbeitsmarktförderung für Auslandsschulungen von General Motors bisher aufgewendet?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Arbeitsmarktverwaltung hat aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung bisher 30 550 000 S für Schulungen von Bediensteten der Firma General Motors Austria Werke GesmbH aufgewendet. Diese Schulungen fanden in den Werken des General Motors Konzerns Adam Opel AG statt, und zwar nahezu ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland.

Über die 30,5 Millionen Schilling hinaus werden 52,2 Millionen Schilling an Beihilfen gewährt, aber noch nicht ausbezahlt. Der ursprüngliche Ausgabenrahmen von etwa 100 Millionen Schilling ist noch nicht erreicht, es sind noch, wenn ich das dazu rechne, etwa 17,2 Millionen Schilling offen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Burgstaller:** Herr Bundesminister! Nachdem Sie gesagt haben, etwa 30 Millionen Schilling wurden bisher aufgewendet und fast ausschließlich im Ausland, darf ich Sie fragen: Wir haben gehört, daß dafür auch Flugreisen 1. Klasse, Bahnreisen 1. Klasse bezahlt wurden.

Halten Sie die dafür aus der Arbeitsmarktverwaltung aufgewendeten Gelder für sinnvoll eingesetzt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Herr Abgeordneter! Daß diese Schulungen im Ausland stattgefunden haben, weil Sie das ausdrücklich moniert haben, ergibt sich aus der Aufgabenstellung, weil es eben in Deutschland einen Betrieb gibt, wo die in den österreichischen Betrieben tätigen Opel-Angestellten entsprechend geschult und auf ihre Tätigkeit vorbereitet wurden.

Ob es dabei zu Ersätzen von Flugreisen oder Bahnreisen 1. Klasse gekommen ist, weiß ich nicht. Wenn das der Fall ist, halte ich diesen Aufwand nicht für gerechtfertigt.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Burgstaller:** Herr Bundesmi-

nister! Im Zuge des technologischen Wandels und der weiteren Industrialisierung ist das Schulungsproblem auch für Klein- und Mittelbetriebe ein vordringliches Problem.

Wären Sie bereit, die Klein- und Mittelbetriebe genauso in den Schulungsmaßnahmen zu unterstützen wie General Motors?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Wenn notwendig und wenn die gleichen Voraussetzungen gegeben sind, ja.

Präsident: Weitere Frage, Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter **Grabher-Meyer (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Bei allem Respekt, den ich Ihnen gerade in der Frage von Arbeitsmarktförderungsmitteln bisher entgegengebracht habe, empfinde ich aber die Summe, die General Motors für Schulungen im Ausland in Höhe von 30 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt wird, als Skandal.

Herr Bundesminister! Ich weiß aus eigener Erfahrung als Unternehmer eines kleinen Mittelbetriebes, daß sehr viele Betriebe gezwungen sind, ihre Arbeitnehmer, Leute, die an modernen Maschinen eingeschult werden müssen, ins Ausland zu schicken.

Ich kenne keine einzige Stelle, die bisher von Ihrem Ministerium angeboten wurde, die es solchen Mittelbetrieben ermöglicht, zu Umschulungsgeldern für Kurse zu kommen, die ihre Angestellten im Ausland besuchen müssen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, obwohl diese Betriebe meiner Ansicht nach eine ähnliche Berechtigung hätten wie General Motors. Denn auf Maschinen, auf denen sich niemand auskennt, muß sich der Arbeitnehmer einschulen. Ich kenne keine einzige Stelle, Herr Bundesminister, die Sie angeboten hätten, wo man sich solche Schulungsgelder holen könnte.

Herr Bundesminister, haben Sie eine solche Stelle, und wenn ja, bitte haben Sie davon auch die Klein- und Mittelbetriebe informiert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Herr Abgeordneter! Ich bin auf dem Gebiet völlig anderer Auffassung als Sie. Gelänge es mit einem Aufwand von etwa 100 Millionen Schilling für Umschulungszwecke Arbeitsplätze für 3 000 Beschäftigte zu sichern, wäre ich in jedem Fall bereit, diesen Betrag nicht nur wieder aufzuwenden, sondern ihn, wenn not-

13192

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Bundesminister Dallinger

wendig, auch zu verdoppeln. (*Abg. Grabher-Meyer: Die Frage ist aber nicht beantwortet! Sie antworten, wie Sie wollen, Herr Minister!*)

Präsident: Nächster Anfrager: Herr Abgeordneter Steinhuber.

Abgeordneter **Steinhuber** (SPÖ): Herr Bundesminister! Welchen arbeitsmarktfördernden Effekt erzielt die volle Auslastung, das heißt die komplette Inbetriebnahme von General Motors bei einer hundertprozentigen Kapazität?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger**: Man rechnet, daß es für General Motors rund 1 400 kleine Zulieferbetriebe in Österreich gibt und daß daraus ein Auftragsvolumen von etwa 1,5 Milliarden Schilling resultiert. Ich glaube, daß das eine besondere Leistung ist. Es sind davon etwa 4 000 Arbeitsplätze in Österreich betroffen. Wenn man das jetzt zusammenzieht: 3 000 neue Arbeitsplätze bei General Motors durch Schulungen beziehungsweise durch Auffangen am Arbeitsmarkt und 4 000 Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben, dann kann man ermessen, um welches bedeutsame Werk es sich hier handelt.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

Abgeordnete Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Herr Bundesminister! In dem Vertrag mit General Motors ist auch vermerkt, daß für jeden Lehrling im ersten und zweiten Lehrjahr ein monatlicher Betrag von 2 000 S ausbezahlt werden soll und daß im dritten Lehrjahr das auf 50 bis 70 Prozent gekürzt werden soll.

Meine Frage an Sie: Wie viele Lehrlinge bildet General Motors aus?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger**: Wenn ich das jetzt aus dem Gedächtnis beantworten darf, Frau Abgeordnete, glaube ich, daß dort jetzt 200 Lehrlinge neu eingestellt worden sind.

Das wird aber beinhalten, daß wir dort nicht eine vorübergehende Beschäftigung haben werden, sondern daß die Lehrlinge auch nach der Auslehre in diesem Betrieb weiter tätig bleiben werden.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 12: Herr Abgeordneter Dr. Hafner (ÖVP) an den Herrn Minister.

822/M

Was werden Sie gegen die befürchtete hohe Winterarbeitslosigkeit bei den Forstarbeitern unternehmen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger**: Herr Abgeordneter! Hier handelt es sich um eine Spezialfrage, die aber in einem engen Konnex auch mit anderen Fragengebieten steht.

Ich habe nach Beratungen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung mit den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Bereich der Forstwirtschaft folgende Verbesserung bei den Richtlinien für die Wintermehrkostenbeihilfe vorgesehen:

Erstens: Zusammenlegung der bisherigen Förderzonen und Anhebung der bisherigen Fördersatzes pro Arbeitskraft und Kalendertag.

Zweitens: Die Förderzahlen, das heißt die Zahlen der förderbaren Beschäftigten bei Beibehaltung eines bestimmten August-Beschäftigtenstandes im Winter, wurden in allen Bereichen angehoben. Am stärksten im Bereich der kleinen und mittleren Forstbetriebe, die durch die derzeitigen Schwierigkeiten am meisten gefährdet sind.

Es werden jetzt auch schon Betriebe mit zwei Forstarbeitern, und zwar zur Gänze gefördert. Bei Betrieben ab drei Arbeitskräften, die schon bisher förderbar waren, wurden die Förderzahlen allgemein angehoben.

So sind bei einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 25 Forstarbeitern nunmehr 14 gegenüber früher 9 förderbar, was einer Anhebung von über 50 Prozent entspricht.

Drittens: Es wurden auch die Bauabteilungen von Forstbetrieben in die Förderung einbezogen, da die dort beschäftigten Bauarbeiter nach den Bestimmungen über die produktive Arbeitsplatzförderung für die Bauwirtschaft bisher nicht gefördert werden konnten.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Hafner**: Herr Bundesminister! Die großen Schwierigkeiten für die Forstwirtschaft und für die Forstarbeiter am Arbeitsmarkt beruhen ja im wesentlichen darauf, daß in den letzten Monaten eine Million Festmeter Holz aus der Tschechoslowakei importiert wurden. Und wie wir wissen,

Dr. Hafner

wird auch in den nächsten Monaten auf Grund der sehr liberalen Importpolitik der Bundesregierung Österreichs eine weitere Menge von etwa 1,5 Millionen Festmetern importiert werden. Bei überschlagsmäßigen Berechnungen kann man sich ohne weiteres ausrechnen, das bedeutet, daß in der Vergangenheit etwa 3 000 Forstarbeiterplätze gefährdet waren und auch in Zukunft wieder 3 000 Forstarbeiterarbeitsplätze gefährdet sind, auch wenn Sie Ihre Förderungsmaßnahmen so verbessern.

Herr Bundesminister! Ich möchte Sie jetzt wirklich fragen und Sie bitten, mir Ihre ehrliche Antwort zu sagen: Was ist Ihnen eigentlich wichtiger, Liberalisierung der Ostimporte, hausgemacht durch die österreichische Bundesregierung, oder die Arbeitsplätze von 3 000 Forstarbeitern? Wie stehen Sie zu dieser Frage?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Herr Abgeordneter! Ich kann in der Fragestunde nur Fragen beantworten, die in die Kompetenz meines Ministeriums fallen. Diese Frage fällt nicht in die Kompetenz meines Ministeriums.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Dr. Hafner:** Herr Bundesminister, dann muß ich Sie fragen: Werden Sie sich dafür einsetzen, daß diese Holzimporte, die die Arbeitsplätze in Österreich gefährden, eingestellt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Ich werde diese Frage in der Bundesregierung relevieren.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stögner.

Abgeordneter **Stögner (SPÖ):** Herr Bundesminister! Die Winterarbeit der Forstbetriebe Österreichs ist bisher schon in bedeutender Weise gefördert worden. Können Sie mir sagen, wieviel Betriebe im letzten Winter gefördert worden sind und für wie viele Forstarbeiter das die Erhaltung des Arbeitsplatzes im Winter bedeutet hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Wir haben im vergangenen Winter 364 Begehren dieser Art gehabt, wovon 336 auch tatsächlich bewilligt worden sind. Wir haben einen Aufwand von

6,3 Millionen Schilling dafür gehabt und etwa 2 000 Arbeitskräfte und Arbeitsplätze damit gefördert.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Brandstätter.

Abgeordneter **Brandstätter (ÖVP):** Herr Bundesminister! Es ist mir natürlich klar, daß Sie für die Importpolitik nicht zuständig sind. Da es aber um Arbeitsplätze geht und die Arbeitsplätze alle Österreicher interessieren müssen, möchte ich sagen: Es ist von der Präsidentenkonferenz ein Antrag an den Herrn Minister Staribacher vor einem Monat gestellt worden, die Liberalisierung mit der DDR aufzuheben. Die DDR ist kein GATT-Land, und daher besteht hier die Möglichkeit, daß die Liberalisierung aufgehoben wird und Kontingente eingeführt werden, um die Importe auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Werden Sie sich dafür verwenden, daß der Herr Minister Staribacher endlich hier eine Stellungnahme bezieht, und zwar eine Stellungnahme im Interesse der österreichischen Arbeitsplätze?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Herr Abgeordneter! Ich habe Ihrem Kollegen schon vorhin gesagt, daß ich diese Frage in der Bundesregierung zur Sprache bringen und dort versuchen werde, eine Entscheidung herbeizuführen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter **Dr. Jörg Haider (FPÖ):** Herr Bundesminister! Wie hoch ist der Anteil der hierfür eingesetzten Förderungsmittel Winterkostenmehrbeihilfe, der den Bundesforsten zukommt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Wir haben dafür keine bestimmte Größenordnung vorgesehen. Wir haben auf dem Sektor der Bauarbeiter oder der Bautätigkeit die 100 Millionen des vergangenen Winters auf 150 Millionen für den kommenden Winter, also um 50 Prozent erhöht. Ich werde im Bereich der Land- und Forstwirtschaft die notwendigen Mittel aufbringen und habe hier keine finanzielle Begrenzung vor.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 13: Herr Abgeordneter Feurstein (ÖVP) an den Herrn Minister.

823/M

Wie erfassen Sie die Jugendarbeitslosigkeit?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Jugendarbeitslosigkeit wird im Rahmen der Erfassung der Gesamtarbeitslosigkeit ermittelt. Es gelten dafür keine gesonderten Kriterien außer hinsichtlich der altersmäßigen Abgrenzung. Als vorgemerkte arbeitslose Jugendliche galten bisher Jugendliche bis zur Vollendung des 19. Lebensjahres. Diese Jugendlichen werden zu Ende jeden Monats in der Meldung über vorgemerkte Arbeitslose ausgewiesen. Verfügbar sind diese Daten nach dem Geschlecht, nach Bundesländern sowie nach der beruflichen Zuordnung.

Ich habe veranlaßt, daß ab November 1982 zusätzlich die Altersgruppe bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres erfaßt wird. Damit wird der internationalen Vergleichbarkeit Rechnung getragen, die ja bis in diese Größenordnung geht. Zu Ende August jedes Jahres wurde bisher eine besonders umfangreiche und auch kostenintensive Erhebung nach dem Alter und der Vormerkdauer der vorgemerkten Arbeitslosen nach dem Geschlecht, den Bundesländern und den Berufsobergruppen durchgeführt.

Datenbasis sind jene Daten, die für die Erstellung der Arbeitslosenstatistik verwendet werden, wobei zusätzlich eine altersmäßige Segmentierung nach dem Geburtsjahr erfolgt. Kriterium ist somit nicht die Vollendung eines Lebensjahres, wie dies bei der monatlichen Erhebung der Fall ist. Jene Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, werden monatlich in einer gesonderten Statistik erfaßt, nach dem Geschlecht, nach Bundesländern sowie nach Berufsobergruppen, einigen Berufsgruppen sowie einigen Berufsarten.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Feurstein: Herr Bundesminister! Es ist Ihnen genauso wie mir bekannt, daß Sie auf diese Art und Weise den Jugendarbeitsmarkt, wenn wir diesen Begriff verwenden können, nicht vollständig erfassen können. Ihre Antwort ist juristisch richtig, aber es waren in Ihrer Antwort nicht jene Jugendlichen berücksichtigt, die heuer beispielsweise die Matura gemacht haben, abgeschlossen haben, die eine mittlere Schule abgeschlossen haben oder die Akademiker

geworden sind. Diese suchen auch einen Arbeitsplatz, und mir ist bekannt, daß im Bundesland Vorarlberg mindestens 700 bis 1 000 solche Jugendliche Arbeitsplätze suchen. Ich weiß nicht, wieviel es in Österreich sind.

Sind Sie bereit, eine solche Erhebung im gesamten Bundesgebiet durchführen zu lassen, damit man die gesamte Arbeitsmarktsituation der Jugendlichen erfassen kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich bin nicht bereit, eine solche Erhebung durchzuführen, weil ich dazu keine Veranlassung sehe. Jeder Arbeitssuchende in Österreich hat die Möglichkeit, die Dienststellen der Arbeitsmarktwirtschaft in Anspruch zu nehmen. Jeder Schulabgänger, jeder Absolvent einer mittleren oder höheren berufsbildenden oder ausbildenden Anstalt, jeder Akademiker kann sich als Arbeitssuchender beim Arbeitsamt melden, wird dort in die Vermittlungstätigkeit einbezogen und wird auch dann in der Arbeitslosenstatistik ausgewiesen. Ich sehe daher keine Begründung dafür, daß jemand, der nicht den Weg zum Arbeitsamt für notwendig findet, von mir jetzt in einer kostspieligen Sondererhebung festgestellt werden soll.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Feurstein: Herr Minister! In der Arbeitslosenstatistik sind diese jungen Leute nicht erfaßt, weil sie nach dem Begriff des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ja nicht als Arbeitslose gelten. Sie haben keine Anwartschaften erfüllt, um Arbeitslosengeld zu beziehen. Deshalb wäre wirklich das Bedürfnis gegeben, und von uns ist es immer wieder geäußert worden, hier eine Gesamterhebung durchzuführen. Daß unser Wunsch berechtigt ist, haben Sie jetzt bewiesen, weil Sie auf die Lehrstellensuchenden hingewiesen haben. Bei den Lehrstellensuchenden, beim Lehrstellenmarkt haben wir ja diese Erhebung.

In dieser Situation der schwierigen Arbeitsvermittlung und auch in der schwierigen Situation, in der sich die Arbeitsämter befinden — gerade unser Landesarbeitsamt weist immer wieder darauf hin —, möchte ich Sie noch einmal ersuchen, eine solche Erhebung in ganz Österreich durchzuführen.

Ich darf Sie bitten, daß Sie in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen solche Erhebungen in die Wege leiten, damit wir einen

Dr. Feurstein

umfassenden Überblick über die Situation der Jugendlichen in Österreich auf dem Arbeitsmarkt bekommen, denn nur so können Sie echte Maßnahmen setzen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Mir ist nicht klar, worum es Ihnen in Wirklichkeit dabei geht. Ich habe das schon gestern gesagt. Wollen Sie eine Statistik haben, die Sie vermeintlich für Ihre Zwecke besser verwenden können, oder wollen Sie jenen, die einen Arbeitsplatz suchen, egal, welcher Herkunft und welcher Bildung, einen Arbeitsplatz verschaffen?

Was ich im Auge habe und was ich mit allen Mitteln auch anstrebe und fördere, ist die Unterbringung aller arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen in diesem Lande, zunächst einmal unabhängig von ihrem Alter. Es gibt dann spezifische Maßnahmen für bestimmte Gruppierungen.

Aber wenn Sie das im Auge haben, dann darf ich noch einmal sagen, es hat jeder die Möglichkeit, das Arbeitsamt zu frequentieren, und dort ein Recht darauf, die entsprechende Hilfe und Unterstützung zu bekommen.

Das werden wir tun, und außerdem bitte ich zu unterscheiden, daß wir genau einen Empfänger von Arbeitslosengeld definieren und jene, die einen Arbeitsplatz anstreben. Wir weisen als Arbeitslose grundsätzlich jene aus, die beim Arbeitsamt als arbeitsplatzsuchend gemeldet sind.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich möchte Ihnen behilflich sein, Ihre Verständnisprobleme bei den Anliegen um die statistische Erfassung der Jugendarbeitslosigkeit zu bewältigen. Es geht uns konkret darum, daß Sie weniger mit statistischen Tricks die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen verdrängen. Es ist die Klarheit, worum es uns geht. Und ich sage Ihnen auch, warum. Denn die Tatsache, daß jeder, der in einen Vorpraxiskurs eingewiesen wird, nicht einmal als arbeitslos gezählt wird, sondern sogar die Beschäftigungsstatistik erhöht, indem er als öffentlich Bediensteter mitversichert ist, ist doch der größte Witz der Geschichte. Daher meine ich, daß, um eine umfassende, seriöse Statistik zu haben, diese Fragen der Vollerfassung zweifelsohne berechtigt von uns hier gestellt werden.

Ich frage Sie, Herr Minister: Was werden Sie tun, um jene seriöse Statistik zu erstellen,

die wirklich einen Überblick verschafft, in welchem Ausmaß junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren in Österreich, gemessen am internationalen Maßstab, arbeitslos sind?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sie setzen voraus, daß die Statistiken, die im Ausland erstellt werden, absolut richtig sind, und Sie unterstellen uns, daß die österreichischen Statistiken unseriös sind und bieten mir dabei eine Scheinhilfe an. Diese Scheinhilfe, Herr Abgeordneter, muß ich zurückweisen. Für eine echte und absolute Hilfe wäre ich Ihnen dankbar. Vielleicht können Sie das auch in Ihre Überlegungen miteinbeziehen.

Für die internationalen Vergleiche möchte ich Ihnen sagen — und ich wiederhole es gegenüber gestern, ich habe jetzt die konkreten Zahlen genau vorliegen —: Ende August, wo die Lehrstellensuchenden in stärkerer Anzahl vorhanden waren, als das jetzt der Fall ist, gab es in Österreich zum internationalen Vergleich von der Gesamtzahl der Arbeitslosen 26,4 Prozent Arbeitslose, die den Altersgruppen von 14 bis 24 Jahren inklusive angehören. (*Abg. Dr. Jörg Haider: Sie hantieren mit einer falschen Statistik. — Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Abgeordneter! Damit sind Sie, was ich nicht annehme, aber was ich nicht ausschließe, klüger als ich. Denn mir steht jene Statistik, die Sie zitieren, nicht zur Verfügung, obgleich ich Chef der Arbeitsmarktverwaltung bin und erst seit November angeordnet habe, um Ihnen jeden Monat diese Frage beantworten zu können, daß wir durch Spezialerhebungen die Arbeitslosen bis 25 Jahre auch tatsächlich registrieren und ausweisen. Ende November — ich bitte Sie, Ihre Ungeduld noch zu zügeln — werde ich Ihnen eine konkrete Antwort darauf geben. (*Abg. Ing. Murer: Der Haider kennt sich aus!*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Tirnthal. Darf ich bitten.

Abgeordneter Tirnthal (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wie sehen nun Sie die Situation junger Menschen am österreichischen Arbeitsmarkt im Vergleich zu anderen Ländern?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dallinger: Trotz allem Ver-

13196

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Bundesminister Dallinger

gleich haben wir eine sehr gute Position, aber das schließt ja nicht aus, daß wir unsere Anstrengungen vermehren. Was nämlich besonders interessant ist, ist, daß zum Beispiel in Großbritannien die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen schon mehrere Jahre andauert, während bei uns der Durchschnittswert der Arbeitslosigkeit, nämlich von der Mehrzahl der Betroffenen bei maximal drei Monaten liegt, noch zwischen drei und sechs Monaten liegt, aber dann ganz stark zurückgeht. Wir haben daher gute Vergleichswerte, wir brauchen daher den Vergleich nicht zu scheuen. Wir werden ihn daher ab November auch monatlich führen.

Ich möchte keineswegs leugnen, daß wir dabei regionale Schwierigkeiten haben. Sie selbst, Herr Abgeordneter, sind ja in einer Region tätig, wo wir gewisse Schwierigkeiten haben.

Wir haben zum Beispiel in Ternitz, in Ihrer unmittelbaren Umgebung, eine solche Lehrwerkstätte oder ein Ausbildungssystem gefördert. Wir werden das auch in anderen Bereichen tun. Ich glaube, daß hier diese gemeinsamen Anstrengungen zum Erfolg geführt haben.

Aber damit wir uns nicht auseinanderreden, meine Damen und Herren des Hohen Hauses: Ich stehe gar nicht an zu sagen, daß uns die Lösung des Problems auch durch tatkräftige Hilfe und Unterstützung aller Teile der Wirtschaft gelungen ist. Wir sollten das doch hier nicht jetzt auseinanderreden, zerreden und statistisch in negativer Weise darstellen wollen, sondern uns ob des gemeinsamen Erfolges über diese Entwicklung freuen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Nächste Wortmeldung: Frau Abgeordnete Tichy-Schreder. Darf ich bitten.

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Bundesminister! Nur zur Information: In England gibt es kein duales Berufsausbildungssystem, sondern die Jugendlichen, die dort auf den Arbeitsmarkt kommen, sind ungelernte Arbeitnehmer. Und da ist ein wesentlicher Unterschied. Darum ist in Österreich die Situation durch unser duales Berufsausbildungssystem wesentlich verbessert. Denn die gewerbliche Wirtschaft hat ja seit 1970 den Lehrlingsanteil von 138 000 bis zum Jahre 1981 auf 188 000 erhöht. Das ist eine Steigerung von 37 Prozent. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie, Herr Bundesminister, haben mir gerade bei der Beantwortung der General-Motors-Frage gesagt, daß 200 Lehrlinge

monatlich mit 2 000 S gefördert werden, das ist ein Betrag im Jahr von 480 000 S für 200 Lehrlinge. 1 500 Lehrlinge werden von Ihnen in Wien gefördert, wo Sie 2 Millionen Schilling zur Verfügung stellen.

Jetzt habe ich die Frage, Herr Bundesminister: Wieviel hat Ihre Inseratenkampagne vor dem Sommer gekostet, die in den verschiedensten Zeitungen aufschien, und die Inseratenkampagne, die jetzt läuft, für die Einstellung von Jugendlichen?

Ich persönlich bin nämlich der Auffassung, durch materielle Hilfe an die Betriebe könnte man das Geld viel besser einsetzen als in Inseraten.

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dallinger: Frau Abgeordnete! Ich habe mich in bezug auf Großbritannien nicht mit jenen beschäftigt, die in Arbeit stehen, sondern mit jenen, die das Unglück haben, keinen Arbeitsplatz zu besitzen, daher ist die Frage des dualen oder nichtdualen Ausbildungssystems hier nicht sehr relevant, sondern es war die Frage entscheidend, ob es dort arbeitslose Jugendliche gibt, die Jahre hindurch bereits arbeitslos sind.

Zur zweiten konkreten Anfrage möchte ich Ihnen sagen, daß ich Ihnen die Kosten dieser Inseratenkampagne schriftlich bekanntgeben werde, daß ich aber im Gegensatz zu Ihnen der Auffassung bin, daß eine solche Aufklärung der Bevölkerung meines Erachtens notwendig ist und auch dazu beigetragen hat, die Situation in der öffentlichen Darstellung zu klären.

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zur nächsten Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ) an den Herrn Bundesminister.

825/M

Gibt es im Bundesministerium für soziale Verwaltung konkrete Pläne für Einschränkungen der Pensionsleistungen?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, darf ich bitten.

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! Im Sinne des vorher Gesagten: Nein.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider: Herr Bun-

Dr. Jörg Haider

desminister! Wenn Sie das so dezidiert ausdrücken, dann wundert mich, daß Sie trotzdem einen hausinternen Entwurf über Pensionskürzungen erstellen ließen, wenn Sie nicht im entferntesten daran denken, etwas zu ändern. Ich mache Ihnen ja durchaus keinen Vorwurf, aber stimmt es wirklich, was Sie mir jetzt gesagt haben, daß Sie in keinsten Weise daran denken, im Leistungsrecht etwas zu ändern oder einzuschränken?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dallinger: Zunächst ist zu prüfen, ob die Diskussion über die Änderung der Ruhensbestimmungen im Sinne der Ursprungsabsicht eine Pensionskürzung ist. Hier geht es doch immer darum, daß wir zunächst definieren, welche Aufgabe hat die Pension. Wenn wir uns darauf einigen, daß die Pension die Aufgabe hat, Ersatz für das verlorengegangene Arbeitseinkommen zu sein, dann glaube ich, daß Änderungen der Ruhensbestimmungen nicht Leistungskürzungen in dem von Ihnen gedachten Sinn sind. Aber ich möchte das jetzt nicht sophistisch untersuchen. Hier geht es um soziale Motivationen und Berechtigungen. Und diese Überlegungen habe ich.

Ich habe vorhin ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß ich der Auffassung bin, daß man die Ruhensbestimmungen in allen Bereichen — in allen Bereichen! — überdenken muß, um nach Möglichkeit im Einvernehmen mit allen Teilen des Hauses hier eine gemeinsame Regelung zu suchen und zu finden.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider: Herr Bundesminister! Es ist ja bekannt, daß gerade die Frage der Veränderung des Leistungsrechtes sehr sensibel und politisch problematisch ist. Wir sind uns aber andererseits, glaube ich, in allen Fraktionen darüber im klaren, daß es Bereiche der Überversorgung gibt, die auf Kosten der Leistungsansprüche anderer gehen, die heute zu wenig aus diesem System an sozialer Sicherheit erhalten.

Ich darf Sie fragen: Wie weit sind in Ihrem Ministerium bereits Entwicklungen beziehungsweise Vorschläge ausgearbeitet, die eine Eindämmung von Überversorgungen im Pensionsrecht vorsehen?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dallinger: Die rein rechnerischen und theoretischen Möglichkeiten sind schon sehr weitgehend geprüft worden. Es wird jetzt in absehbarer Zeit der politischen Entscheidung bedürfen, welche Konsequenzen wir tatsächlich ziehen. Da verweise ich zum wiederholten Male darauf, daß ich das im Einvernehmen mit Ihnen anstrebe. Sie wissen, wie schwierig es dann sein wird, von den rein theoretischen Überlegungen zu tatsächlichen konkreten politischen Konsequenzen zu kommen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Weitere Zusatzfrage: Bitte, Herr Abgeordneter Egg.

Abgeordneter Egg (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben die Frage des Antragstellers Abgeordneter Haider hinsichtlich der Einschränkung der Pensionsleistungen mit einem deutlichen Nein beantwortet.

Darf ich Sie nun fragen, Herr Bundesminister: Welche Bewandnis hat es dann mit dem vom Ministerium für soziale Verwaltung zur Begutachtung versendeten Entwurf, der in der Folge dann wiederum zurückgezogen wurde, nämlich dem Entwurf zur 38. Novelle zum ASVG?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! Ich habe im Verlauf des heutigen Vormittags schon mehrfach zu dieser Frage Stellung genommen und auch jetzt beim Herrn Abgeordneten Dr. Haider als auch beim Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier darauf hingewiesen, daß das eine Frage ist, die in Überlegung steht. Es war das ein hausinterner Entwurf, der durch eine Ungeschicklichkeit zur Versendung gelangte, was aber zu diesem Zeitpunkt nicht beabsichtigt gewesen ist.

Aber ich sage noch einmal: Die Überlegung steht zur Diskussion und sie wird in die allgemeine Diskussion eingebunden werden.

Präsident Mag. Minkowitsch: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schwimmer

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Herr Minister! Sie haben gerade jetzt wieder in Antwort auf den Kollegen Dr. Jörg Haider erklärt, Sie wollen solche Reformmaßnahmen im Einvernehmen durchführen. Auch gestern haben Sie diese Formulierung vom Einvernehmen, das Sie anstreben, gebraucht, und es könnte hier der Eindruck entstehen, daß Sie

13198

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Dr. Schwimmer

sich darüber ununterbrochen in Gesprächen befinden.

Sie haben nun tatsächlich im heurigen Jahr einmal, und das ist nun schon sehr lange her, die Sozialsprecher der anderen Parteien zu einem Gespräch eingeladen.

Ich frage Sie daher: Sind seither — das sind jetzt, glaube ich, zehn Monate — keine weiteren konkreten Arbeiten in Ihrem Ministerium geschehen, über die Sie die anderen Parteien informieren wollten?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dallinger: Es sind seither eine Fülle von Aufgaben gestellt worden, und es kommen jetzt langsam auch die Antworten herein. Ich habe eben erwähnt, es ist eine Vielzahl von theoretischen Überlegungen und Möglichkeiten. Ich habe vor, am 2. Dezember die Sozialsprecher der Parteien zur Frage der Jugendbeschäftigung und daran anschließend auch zu einer Generaldiskussion über Möglichkeiten auf dem Gebiet des Pensionsrechts einzuladen.

Die Nutzenanwendung, die wir aus diesen theoretischen Möglichkeiten zu ziehen haben, ist sehr schwierig.

Sie wissen aus den beiden Gesprächen, die wir geführt haben, daß naturgemäß eine Einigung unter Fachleuten oder eine Meinungsübereinstimmung von Fachleuten zu so komplizierten Themen an sich am grünen Tisch leichter zu erzielen ist als die Ziehung politischer Konsequenzen bei der Realisierung.

Ich möchte auch zu bedenken geben, ob es nicht schwierig ist — ich werde es aber dennoch tun —, gerade in Vorwahlzeiten hier eine solche Diskussion zu führen, weil halt da der Mißbrauch — gar nicht vorbedacht, aber vielleicht in der Hitze des Gefechtes — sich ergibt.

Ich möchte gar nicht leugnen: Pensionsfragen, glaube ich, sind die sensibelsten Fragen, die es überhaupt gibt, weil sie einen Personenkreis betreffen, der sich mit dieser komplizierten Materie oft nicht zurecht findet, der hier sehr leicht irgendwelchen Mißdeutungen unterliegt und daher das zu einer Beunruhigung der Bevölkerung führen kann.

Ich möchte das nach Möglichkeit vermeiden, nicht allein im Interesse der Regierung oder meiner politischen Partei, sondern im Interesse aller Parteien und Interessenvertretungen.

Aber wir müssen, weil die Zeit drängt, diese

Gespräche aufnehmen. Ich kann nur an Sie appellieren, diese Gespräche loyal zu führen mit dem Willen, hier eine Lösung für alle gemeinsam zu finden.

Präsident Mag. Minkowitsch: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager. Bitte.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich teile Ihre Meinung, daß das Pensionsrecht ein sehr sensibler Bereich ist. Umso mehr wundere ich mich, daß Sie zunächst die Frage der Einschränkungüberlegungen mit einem knappen Nein beantwortet haben und dann doch jetzt im Laufe der Zusatzfrage herauskommt, daß im Schoße Ihres Ministeriums doch Überlegungen in der Richtung angestellt werden.

Da möchte ich jetzt meine Frage anschließen: Beziehen sich Ihre Überlegungen auch auf Bereiche des öffentlichen Dienstes? Werden ebenfalls im Schoße Ihres Ministeriums Pensionsneuüberlegungen in bezug auf den öffentlichen Dienst angestellt?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, darf ich bitten.

Bundesminister Dallinger: Im Zuge der gestrigen und heutigen Fragestunden wurde diese Frage schon mehrfach releviert, und ich habe mehrfach darauf geantwortet, daß das nicht meinem Kompetenzbereich unterliegt, daß aber die Frage der Ruhensbestimmungen für die öffentlich Bediensteten und andere Bereiche der Gesellschaft nicht losgelöst von den Problemen der Arbeiter und Angestellten betrachtet werden kann.

Ich glaube, daß wir nicht davon reden können, eine soziale Harmonisierung in dieser Gesellschaft herbeizuführen, Privilegien ungerechtfertigter Art zu beseitigen, wenn wir bei der Diskussion von vornherein Teile dieses Diskussionsbereiches ausschließen und sie tabuisieren. Ich bin dagegen, daß man das tabuisiert, ich bin dafür, daß diese Frage in eine öffentliche Diskussion gebracht wird, wenn man konkrete Lösungsvorschläge hat.

Wir sind dabei, diese konkreten Lösungsvorschläge auszuarbeiten, und ich bin überzeugt davon, wenn sie sozial gerecht sind, daß die Bevölkerung auch verstehen wird, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen ist, auch hier im positiven Sinne des Wortes eine Harmonisierung der sozialen Grundrechte herbeizuführen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Die 60 Minu-

Präsident Mag. Minkowitsch

ten der Fragestunde sind abgelaufen. Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident Mag. Minkowitsch: Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert werden (1270 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministerriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen getroffen werden (1293 der Beilagen).

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (III-153 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976, über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1981 (Grüner Bericht) (1260 d. B.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Grüner Bericht.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Stögner. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Stögner: Herr Präsident! Hohes Haus! Gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes vom 9. Juni 1976 hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft der Bundesregierung bis zum 15. September eines jeden Jahres über die Feststellung gemäß den §§ 7 und 8 und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten zu berichten.

Der gegenständliche Bericht wurde dem Nationalrat vorgelegt und am 7. Oktober 1982 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen.

Dieser Bericht besteht aus folgenden Abschnitten:

die Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft,

die Agrarstruktur und ihre Veränderungen,

die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Jahre 1981,

die Verwendung der Mittel gemäß § 10 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan) im Jahre 1981,

Empfehlung für Förderungsschwerpunkte gemäß § 7 Abs. 5 des Landwirtschaftsgesetzes,

Zusammenfassender Überblick und

Tabellenanhang.

Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Inlandsprodukt und jener zum Volkseinkommen waren bei weiterhin rückläufiger Zahl an Arbeitskräften nach dem starken Anstieg im Jahr 1980 laut vorläufigen Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1981 um 1,3 Prozent beziehungsweise 3,3 Prozent geringer. Im längerfristigen Vergleich (1975 bis 1981) ist das Volkseinkommen je Erwerbstätigen mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 7,4 Prozent gestiegen, das Volkseinkommen je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft von 9,0 Prozent. Die Endproduktion der Landwirtschaft war 1981 um 3,4 Prozent höher, jene aus der Forstwirtschaft um 6,9 Prozent niedriger als 1980. Die Deckungsquote des agrarischen Außenhandels erreichte 1981 mit 47,3 Prozent den bisher höchsten Wert.

Der Preis-Index der Betriebseinnahmen verzeichnete eine Zunahme um 7,6 Prozent, jener der Gesamtausgaben war um 8,7 Prozent höher.

Im übrigen verweise ich auf den schriftlichen Bericht, der ja allen Abgeordneten vorliegt.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 14. Oktober 1982 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Gärtner die Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Ing. Murer, Pfeifer, Dkfm. Gorton, Lafer und Hietl sowie der Ausschußobmann und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschluß, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976, über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1981 (Grüner Bericht) (III-153 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Stögner

Sofern Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

11.22

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die österreichische Öffentlichkeit erlebte gerade in diesen Wochen ein eigenartiges Phänomen. Wenige hundert Kilometer von uns entfernt, in den Staaten mit dem sogenannten sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, konnte trotz bester Naturvoraussetzungen nicht genug erzeugt werden, um die Bevölkerung auch nur mit dem Notwendigsten versorgen zu können, und es fehlt auf der anderen Seite das Geld, um die Nahrungsmittel im Ausland zukaufen zu können.

In Österreich haben wir eine ganze Reihe von Berichten über Rekordernten in fast allen Gebieten der Landwirtschaft. Ich glaube, deutlicher kann der Unterschied in der Leistungsfähigkeit zwischen einer Landwirtschaft mit zentralistischer Planwirtschaft und einer Landwirtschaft auf der Basis freier unternehmerischer Bauern gar nicht vor Augen geführt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man müßte nun glauben, meine Damen und Herren, daß es angesichts einer so guten Ertragslage den österreichischen Bauern im Herbst 1982 besonders gut gehen müßte. Leider müssen wir feststellen: mitnichten, meine Damen und Herren! Im Gegenteil, viele unserer Bauern plagen gerade in diesen Wochen ganz existentielle Sorgen. Reden Sie mit den Weinbauern, reden Sie mit Gemüsebauern, mit Obstbauern, in der Forstwirtschaft, in der Schweineproduktion, überall stellt sich die Frage, wie können die Kredite zurückgezahlt werden, wie kommt man mit den Belastungen zurecht, wie gelingt es, den Betrieb überhaupt wirtschaftlich über die Runden zu bringen. Und, Herr Bundesminister, auch Ihnen müßte ja zumindest das Ansteigen der sogenannten Konsolidierungsfälle zu denken geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir heute den Grünen Bericht für das Jahr 1981 diskutieren, so ist das eine Situationsaufnahme. Die Zahlen, die in diesem Werk festgehalten sind, stehen außer Streit, und ich möchte auch hier, so wie im Ausschuß, all jenen danken, die zu diesem

Bericht beigetragen haben: den Beamten des Ministeriums, den Mitgliedern der § 7-Kommission, den Mitarbeitern der Buchführungsgesellschaft und allen, die beigetragen haben, ein Bild über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft dem Nationalrat und der Öffentlichkeit vorzulegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist sicher richtig, daß der Bericht über ein Jahr allein nicht gesehen werden darf, sondern im Zusammenhang zu sehen ist, und entscheidend für uns ist die Tendenz in der Entwicklung, die auch durch diesen Bericht zum Ausdruck kommt. Das ist es, meine Damen und Herren, was uns Sorgen macht, nämlich die Tatsache, daß es seit dem Jahr 1976 in der Entwicklung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft deutlich schwieriger wird, in vielen Bereichen bergab geht, und das ist — zufällig? —, Herr Bundesminister, genau auch die Zeit Ihres Wirkens.

Tatsache ist jedenfalls, daß nach dem Grünen Bericht 1981 eine Arbeitskraft auf den Bauernhöfen einschließlich der öffentlichen Zuschüsse und eventueller Zuverdienste 8 700 S je Monat verdient hat, bei einer Arbeitszeit, meine Damen und Herren, die für viele dieser Bauern zweimal 35 Stunden je Woche beträgt, und bei der Tatsache, daß ein Viertel dieses Einkommens wieder in den Betrieb investiert werden muß, das heißt, daß effektiv 6 500 S konsumfähig übrig bleiben.

Eine zweite Tatsache: Seit dem Jahr 1976 haben wir jedes zweite Jahr in den Grünen Berichten des Landwirtschaftsministeriums einen realen Einkommensverlust der Bauern ausgewiesen. So etwas, meine Damen und Herren, hat es noch nie gegeben. Ernteschwankungen waren immer; das gehört zur Situation der Land- und Forstwirtschaft, und es muß daher eine Ursache dieser Entwicklung in der Agrarpolitik gesucht werden.

Meine Damen und Herren! Im Jahr 1968 haben die Sozialisten gesagt, die Bauern sind Opfer einer falschen Agrarpolitik. Das ist eine der ganz wenigen Aussagen, meine Damen und Herren, die sich in Ihrer Regierungspraxis leider realisiert haben.

Der Grüne Bericht 1981 beweist drittens, daß 26 Prozent der Bauern mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze von 3 700 S zu liegen gekommen sind. Bei den Bergbauern waren es sogar 29 Prozent, trotz des vielen Geredes von der besonderen Förderung der Bergbauern durch diese Bundesregierung. Meine Damen und Herren und Herr Bundesminister! Zumindest das müßte Ihnen doch zu denken geben, wenn Sie sich noch einigermaßen

Dipl.-Ing. Riegler

ßen einen Sinn für die wahren sozialen Probleme unserer Menschen bewahrt haben. Wir müssen daran zweifeln, beispielsweise angesichts der Aussagen des Herrn Finanzministers, wo er den Kleinrentnern im ländlichen Raum das Holzsammeln vorschlägt. Ich frage mich, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion: Ist Ihnen denn nicht bewußt, wo Sie hier als sozialistische Bewegung hinsteuern — bei Anerkennung aller Ihrer Verdienste in der Entwicklung des sozialen Fortschrittes in unserem Land —, wenn Sie zu solchen Aussagen in der Folge Ihrer Wirtschaftspolitik Zuflucht nehmen müssen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Beispiel, meine Damen und Herren, charakterisiert ja besonders deutlich die tatsächliche Situation. Die Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien haben für das Jahr 1981 in ihrem Voranschlag einen Verlust von 300 000 S prognostiziert. Der tatsächliche Verlust im Jahr 1981 betrug 8 Millionen Schilling. Wenn die Situation so wunderbar wäre in der Land- und Forstwirtschaft, dann frage ich mich: Wie ist eine solche Entwicklung in einem Bereich wie dem der Stadt Wien möglich, wo noch dazu Großbetriebe auf besten Böden arbeiten und wirtschaften können? Das muß doch eine Ursache haben, meine Damen und Herren!

Es ist bemerkenswert gewesen, daß im Landwirtschaftsausschuß — ich glaube erstmals — auch der Abgeordnete Pfeifer gesagt hat, 1981 war ein schlechtes Bauernjahr. Ich möchte das hier auch respektierend festhalten. Wir werden ja sehen, wie im Lauf der Debatte heute die Argumente geführt werden. Meistens haben wir es halt erlebt, daß dann hoffnungsvoll zurückgeblickt wird in die sechziger Jahre — wir leben aber mit den Problemen der achtziger Jahre, meine Damen und Herren — und daß versucht wird, in bewährter Manier die Dinge zu beschönigen und alles in bestem Lichte darzustellen.

Da muß ich Sie auffordern, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Bitte reden Sie doch mit den Bauern! Gehen Sie doch hinaus und schauen Sie sich die Probleme an Ort und Stelle an *(Beifall bei der ÖVP)*:

In der Holzwirtschaft, in den verschiedensten Produktionssparten haben wir in diesem Herbst, gerade in diesen Wochen, Probleme über Probleme. Obwohl die Bauernhöfe durch ihre Grundsubstanz eine Entwicklung lange Zeit aushalten können, gibt es immer häufiger Fälle, daß Betriebe einfach umfallen, daß sie in die Versteigerung kommen, daß sie sich

praktisch in Richtung der Konkurse entwickeln.

Ich muß Sie daher fragen: Sind Sie denn blind für diese Entwicklungen? Gehen Sie denn mit geschlossenen Augen durch die Gegend?

Sie werden uns wieder trösten, Herr Bundesminister, mit der „wunderbaren“ Entwicklung im Jahr 1982. In der „Sozialistischen Korrespondenz“ — ich glaube, von gestern — schreiben Sie: Zweistellige Einkommenszuwächse sind 1982 zu erwarten.

Herr Bundesminister! Wissen Sie denn nicht, daß wir für das Jahr 1982 einen 30prozentigen Zuwachs des Einkommens erreichen müßten, damit die Bauern wenigstens zu einer Nullverzinsung ihrer Betriebe kommen, während es bis 1973 zwischen 1 und 3 Prozent Verzinsung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens gab? Glauben Sie denn wirklich, daß ein solch wunderbarer Sprung angesichts der Probleme in diesem Jahr zu erwarten sein wird?

Es ist ja eigenartig: Immer in den Jahren, wo der Grüne Bericht keinen Reinertrag, sondern einen Reinverlust für den gesamten Bundesdurchschnitt ausweist, erhöht die sozialistische Mehrheit die Einheitswerte, obwohl es heißt, der Einheitswert ist der 18fache Reinertrag eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes. Ich muß schon sagen: Das ist eine ganz besondere Feinheit der sozialistischen Agrarpolitik, die wir erleben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich will wirklich nicht schwarzmalen, meine Damen und Herren. Das hätte auch keinen Sinn. Wir haben in Österreich Gott sei Dank sehr tüchtige Bauern. Wir haben in der Land- und Forstwirtschaft etwas weitergebracht, in den ländlichen Regionen, durch den Fleiß der Leute, durch Maßnahmen auch der öffentlichen Hand, der Länder, des Bundes, der verschiedenen Einrichtungen. Gar keine Frage.

Wir haben Gott sei Dank ein gepflegtes Land, wir haben eine gesicherte Versorgung, wir haben mehr als 40 Milliarden Schilling an Aufträgen aus der Land- und Forstwirtschaft an die Industrie, an den Handel, an das Gewerbe gegeben und sichern damit Tausende Arbeitsplätze. Wir haben 300 000 hauptberuflich Tätige in der Land- und Forstwirtschaft. Wir haben 650 000 Menschen, die in diesem Bereich ein Einkommen erwirtschaften. — Das sind ganz beachtliche und gewaltige Dinge.

Aber es hat doch keinen Sinn, meine Damen und Herren, die Probleme, die es gibt,

Dipl.-Ing. Riegler

nicht wahrhaben zu wollen. Das ist doch eine Vogel-Strauß-Politik. Eine solche Politik kann ja zu keinem guten Ende führen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Was wir daher brauchen, ist eine klare Analyse der Probleme sowie zielstrebige Handlungen, und zwar im Interesse aller. Ich möchte bei dieser Debatte auch festhalten — damit es da keine Interpretationen gibt —: Natürlich hängt die Situation des einzelnen Bauern zuerst einmal von seiner eigenen Leistung, vom Zusammenhalt in seiner Familie, von der Situation des Hofes — der Größe, der klimatischen Lage — ab. Natürlich hängt die Situation vom Verlauf der Witterung ab, von der Natur. Gerade in der Land- und Forstwirtschaft wie nirgends sonst! Aber die Situation hängt auch ab von den Auswirkungen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Steuerpolitik und der Agrarpolitik. Über das haben wir heute zu reden. Also nicht über das Wetter, sondern über die Politik und deren Auswirkungen auf die Situation unserer Bauern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Tatsache ist jedenfalls, daß die schlechte Entwicklung seit 1976 ganz wesentlich ihre Ursache in der Wirtschafts- und Agrarpolitik der sozialistischen Mehrheit hat. Einige dieser Ursachen möchte ich ganz kurz nennen:

Erstens: die enge Verflechtung zwischen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und der Situation der Bauern.

Es ist erkennbar, daß gerade in den Jahren der Hochkonjunktur, wo nach Arbeitskräften fast geschrien wurde, viele Probleme in der Land- und Forstwirtschaft durch das Abwandern der Leute überdeckt wurden. Bedenken Sie, daß allein — zwischen 1970 und 1981 — 160 000 Menschen den Arbeitsplatz Bauernhof mit einer anderen Beschäftigung austauschen mußten. Bedenken Sie, was es heißt, wenn wir heute die Probleme der Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie diskutieren, welche gewaltige Umstellung bewältigt werden mußte.

Was uns heute aber bedrückt, ist die Tatsache, daß nach Schätzungen des Institutes für Wirtschaftsforschung auf den Bauernhöfen 40 000 versteckte Arbeitslose sind, das heißt Leute, die zuwenig aus ihrer Landwirtschaft verdienen und keine andere Möglichkeit finden, weil es die Arbeitsplatzsituation nicht mehr gestattet.

Trotzdem sind — auch 1981 — 4 700 Menschen aus der Landwirtschaft weggegangen. Trotz der Schwierigkeiten! Was wir brauchen — und das möchte ich den leider nicht anwesenden Vertretern des Gewerkschaftsbundes

und der Arbeiterkammer, vor allem dem Herrn Präsidenten Czettel, zurufen —: Angesichts der Gesamtprobleme unserer Arbeitsplatzsituation, unserer wirtschaftlichen Entwicklung, sollten wir gemeinsam dafür sorgen, daß die Leute auf den Bauernhöfen eine Existenzchance haben. Was die Herausforderung der Agrarpolitik für die nächsten Jahre sein wird: Mehr Bauern statt weniger Bauern in der österreichischen Landwirtschaft halten zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine zweite Ursache der Entwicklung ist das Auseinanderklaffen zwischen den Preisen und den Kosten. Nur zwei Beispiele: Für 100 Kilogramm Phosphordünger mußten 34 Kilogramm Weizen im Jahr 1970 aufgewendet werden. Im Jahr 1981 waren es 77 Kilogramm. Oder für eine Heuerntemaschine: 6 100 Kilogramm Milch im Jahr 1970, 9 900 Kilogramm im Jahr 1981.

Herr Bundesminister! Jetzt können Sie sagen: Aber die Erträge sind gestiegen. — Diese gewaltige Veränderung konnte durch die Ertragssteigerungen bei weitem nicht aufgefangen werden. Und das ist das Grundproblem der Agrarpolitik. Die Bauern sagen es immer wieder: Wir wollen keine Subventionen, sondern wir wollen einen ordentlichen, kostendeckenden Preis, und dann werden wir uns wirtschaftlich behaupten können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dritte Ursache: die steigenden Belastungen. Es ist gerade gestern über die Auswirkungen der Steuerpolitik diskutiert worden: 262 Prozent Steigerung der Einkommensteuer. Herr Präsident Czettel, jetzt werden Sie wieder sagen: Das ist doch eine viel zu geringe Steuerleistung.

Meine Damen und Herren! Wo es kein Einkommen gibt, kann es auch nur wenig Einkommensteuer geben. Das gilt für alle Bereiche. (*Abg. Kern: Genau!*) Bedenken Sie, daß Sie allein seit 1977 den Bauern fast 2 Milliarden Schilling Einkommen durch das Unrecht bei der Mehrwertsteuer vorenthalten haben. Das geht auf Kosten der bäuerlichen Substanz! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Gar nicht zu reden von den großen Steuerproblemen vor allem der Weinbauern, wo es eine ganze Reihe von Ungereimtheiten und Schwierigkeiten gibt.

Vierte Ursache: Ihre Versäumnisse in der Außenhandelspolitik. Sie werden den österreichischen Bauern nicht einreden können, Herr Bundesminister, daß wir wirklich um Hunderte Millionen, um Milliarden Obst, Gemüse, Blumen, Backwaren, Verarbeitungsprodukte, pflanzliche Öle und Fette, Eiweiß

Dipl.-Ing. Riegler

futtermittel und so weiter importieren müssen. Wir wissen schon: Agrarhandel ist keine Einbahnstraße. Aber Tatsache ist, daß durch Ihre Vorgangsweise viele Möglichkeiten versäumt wurden, die letztlich auf Kosten des Einkommens unserer Bauern gehen.

Wir haben gerade aus jüngster Zeit ein besonders eklatantes Beispiel: Vor allem im heurigen Jahr macht uns die Entwicklung bei den Holzimporten ganz besonders große Sorgen. Wir haben bereits im Juli den Herrn Handelsminister und auch Sie, Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, aufgefordert, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um etwas gegensteuern zu können. Denn wir wissen: Die Absatz- und Preiskrise gerade in diesem Jahr wird wesentlich verschärft durch die Billigimporte an Holz und an Schnittware vor allem aus den Oststaaten.

Es wurde gesagt, man könne hier nichts tun. Wir haben Ihnen ganz konkrete Möglichkeiten vorgeschlagen: Ursprungszeugnis, Vidierung, Verhandlungen über eine Selbstbeschränkung der Tschechoslowakei und die wirklich sorgfältige Durchführung der Kontrolle über Schädlingsbefall bei eingeführtem Holz.

Wir haben in dieser Woche, am Montag, Gelegenheit gehabt, im Waldviertel einen Lokalausweis vorgeführt zu bekommen: Nicht nur, daß die Züge vorbeigerollt sind, während sich die Bauern beim Bahnhof Gmünd versammelt haben, wir mußten auch sehen, daß sich die Republik Österreich geradezu bemüht, die Schleusen aufzumachen, um hier die Importe möglichst ungehindert hereinrollen zu lassen, daß etwa in Haugschlag eine Straße blitzartig asphaltiert wurde, die mitten in den Wald hineinführt, wo 3 000, 5 000 Festmeter Holz in Rinde liegen und wo die LKW-Züge dann diese Mengen nach Niederösterreich hereinschleusen.

Wir mußten feststellen — und das war die Aussage der dort anwesenden Organe —, daß etwa zweimal in der Woche ein Kontrollorgan vorbeikommt. Das ist auch nicht verwunderlich, denn dieses Kontrollorgan ist für vier Grenzübertrittstellen zuständig. Es kann nicht einmal mehr am Lagerplatz kontrollieren, sondern dann, wenn die LKW-Züge vorbeikommen.

Dafür, Herr Bundesminister, sind Sie unmittelbar verantwortlich! Das ist es, was wir kritisieren! Nehmen Sie Ihre Verpflichtung wahr, im Rahmen der vorgegebenen Aufgaben vorzusorgen, daß eine ungleiche Konkurrenz unserer schwer ringenden Forstbetriebe abgestellt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dazu kam gestern noch ein Eklat in der Sitzung des Wirtschaftsrates bei den Österreichischen Bundesforsten. Der Vorstandsbericht weist darauf hin, daß die Schwierigkeiten dieses größten Forstbetriebes der Republik nicht nur auf die Exportprobleme, sondern vor allem auch auf die Billigimporte zurückzuführen sind. Das war Anlaß für die Mitglieder unserer Fraktion, denen sich auch der Vertreter der Freiheitlichen angeschlossen hat, eine Entschliebung zu fassen, um aufzufordern, daß bei der phytosanitären Kontrolle, das heißt, der Kontrolle gegen Schädlingsbefall, wirkungsvoller etwas unternommen wird.

Es ist geradezu unfassbar, daß trotz fünfmaliger Umformulierung, um eine gemeinsame Beschlußfassung möglich zu machen, der Vorsitzende, Ihr Sektionschef, eine Abstimmung über diesen Antrag unterdrückt hat. *(Abg. Dr. Mock: Demokratie!)* Ich muß wirklich sagen, meine Damen und Herren: Ja sehen Sie denn nicht, worum es hier geht, und welche Anforderungen sich daher stellen? Es ist unfassbar, daß zu einer wirtschaftlich nicht vertretbaren Vorgangsweise durch die Laxheit in der Kontrolle auch noch das undemokratische Unterdrücken der Aufgabenstellung von Mitgliedern dieses Wirtschaftsrates dazukommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! So kann es wirklich nicht gehen! Ich erwarte mir, daß erstens die Kontrolle bei der Einfuhr genauso streng vorgenommen wird, wie das für die inländische Produktion gilt, und ich erwarte mir, daß diese Vorgangsweise, wie sie sich gestern abgespielt hat, ganz klar und eindeutig abgestellt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch eine fünfte Ursache für unsere zunehmenden Probleme: Sie liegt darin, daß es die sozialistische Mehrheit und die verantwortlichen Minister — es sind mehrere angesprochen — verabsäumt haben, neue Produktionsmöglichkeiten wirklich zielstrebig wahrzunehmen, wie Ölsaatenanbau, Spezial- und Sonderkulturen, Energieproduktion aus Land- und Forstwirtschaft.

Ich möchte aufzeigen, daß es nun nicht nur um die Kritik geht. Daher möchte ich auch deutlich festhalten, daß ich es sehr begrüße, daß wir vor allem auch unter Verantwortung des Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt von der sozialistischen Fraktion in der Frage der Biospritprojekte seit Frühjahr dieses Jahres wirklich konstruktive und zielstrebige Gespräche führen können.

Meine Damen und Herren! Das ist meines Erachtens der Weg, um den es geht, der ziel führend ist, der uns im Interesse aller wei-

Dipl.-Ing. Riegler

terbringt. Denn glauben Sie mir: Mir ist es viel lieber, wenn wir hier nicht kritisieren müssen, sondern wenn wir sagen können, das und jenes haben wir zustande gebracht, denn es geht ja um die Zukunft unserer Bevölkerung, um die Zukunft unserer Bauern, vor allem der jungen Menschen in diesem Berufsstand. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß gerade die Erschließung neuer Produktionsmöglichkeiten die Schlüsselfrage der Agrarpolitik schlechthin für die nächsten Jahre sein wird. Vor allem die Schlüsselfrage für die Existenzsicherung der jungen Menschen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte damit zum Ausdruck bringen: Was wir wollen, die ÖVP-Fraktion hier, die Interessenvertretung, der Bauernbund und auch ich persönlich, ist, daß im Interesse aller konstruktiv etwas weitergeht. Wir haben uns immer wieder darum bemüht: in der Neuregelung der agrarischen Investitionskredite, bei den Wirtschaftsgesetzen, bei der Entwicklung neuer Produktionsalternativen.

Ich glaube, Sie müssen zugeben, daß es an unseren Vorschlägen nicht fehlt, auch nicht an unserer Verhandlungsbereitschaft, auch nicht an unserer Bereitschaft, politische Verantwortung mitzutragen. Was mich immer irritiert, meine Damen und Herren, ist, daß wir von der Regierungsbank her immer wieder nur Ausreden serviert bekommen. Eine Ausrede um die andere: Warum das nicht geht, warum jenes nicht möglich ist, daß man da halt nichts machen kann.

Meine Damen und Herren! Für das Produzieren von Ausreden ist diese Regierungsbank viel zu teuer. Die Regierung ist dazu da, um zu handeln, um Verantwortung zu tragen, um die Entwicklung in die Zukunft hineinzugestalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist unser Hauptvorwurf an die Regierung Kreisky: daß sie sehr erfinderisch ist im Beschönigen, im Entschuldigen, in den Ausflüchten, daß sie aber sehr schwach ist im Entscheiden, im Handeln, im Übernehmen politischer Verantwortung.

Ich möchte abschließend sagen, meine Damen und Herren: Dieser Grüne Bericht muß für uns auch Anlaß sein, daß wir fragen: Was muß getan werden? Das ergibt sich aus den aufgezeigten Ursachen der Probleme.

Erstens: Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, in der nicht die Steuergelder für unnötige Bürokratien, für unnötige Staatssekretäre, für eine unnötige Regierungspropaganda, für unnötige Groß- und Monsterprojekte ver-

schwendet werden. Denn jeder Schilling, meine Damen und Herren, aus den Steuergeldern der Österreicher, der für solch unnötige Dinge ausgegeben wird, fehlt dort, wo es darum geht, die Struktur zu verbessern, die Wirtschaft anzukurbeln, Investitionen zu ermöglichen und damit das zu tun, was Sie immer sagen, nämlich die Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wissen, meine Damen und Herren, daß gerade im ländlichen Raum und gerade für unsere Nebenerwerbsbauern das Um und Auf in der Entwicklung in den Klein- und Mittelbetrieben des Gewerbes, des Handels und der Industrie liegt. Das ist das wirtschaftliche Rückgrat. Alles, was diese Bereiche zugunsten weniger Großer belastet, geht auf die Substanz unserer Zukunft.

Zweitens: Wir brauchen kostendeckende Erzeugerpreise und einen gesicherten Absatz. Das ist die Arbeitsplatzsicherung für den Bauernhof. Wir brauchen für die Bergbauern zum Beispiel einen ordentlichen Viehpreis, für die Weinbauern, für die Obst- und Gemüsebauern einen einigermaßen gesicherten Preis und Absatz. Das sind Zehntausende Arbeitsplätze auf diesen Höfen, um deren Sicherung wir uns bemühen sollten.

Ich wiederhole daher den Vorschlag: Setzen wir uns doch zusammen, ähnlich wie in der Frage der Energieproduktion, und versuchen wir, im Sinne dieser Arbeitsplatzsicherung Projekte weiterzuentwickeln!

Drittens: Es geht um die Herstellung der Steuergerechtigkeit bei den Einheitswerten, bei der Mehrwertsteuer und im ganz speziellen bei den Ungereimtheiten etwa ungleicher Mehrwertsteuersätze der Weinbauern.

Viertens: Wir brauchen eine aktive Handelspolitik als Schwerpunkt unserer Außenpolitik, aber auch die Phantasie und die Initiative innerösterreichischer Maßnahmen. Sagen Sie nicht immer: Das geht nicht!, sondern gehen wir konkret die Dinge an.

Fünftens: Wir brauchen die zügige Realisierung der neuen Produktionsmöglichkeiten.

Sechstens brauchen wir eine Investitionsförderung, die als Initialzündung wirkt. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen: 1 Million Schilling Förderungsmittel beim AIK bewirkt 15 Millionen Schilling an Investitionen. Das ist die beste Verwendung der öffentlichen Mittel, die man sich vorstellen kann!

Siebtens brauchen wir soziale Hilfe dort, wo die wirklich drängenden Probleme und Nöte der Menschen sind, und zwar auch der Unfallrentner auf den Bauhöfen, der kleinen Pensionisten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dipl.-Ing. Riegler

Ich fasse zusammen: Dieser Grüne Bericht bestärkt die Tatsache, daß seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Situation für die Bauern deutlich schlechter geworden ist: jedes zweite Jahr reale Verluste, 26 Prozent der Bauern unter der Armutsgrenze mit ihrem Einkommen.

Die Ursache für diese Entwicklung liegt ganz wesentlich in der verfehlten Wirtschafts- und Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung. Im Interesse der gesamten Bevölkerung treten wir daher dafür ein, daß zukunftssträchtige Maßnahmen energisch angegangen werden. Denn es liegt doch im Interesse der Arbeiter, daß ihre Arbeitsplatzsituation weniger konkurrenziert wird, es liegt im Interesse der Aufträge, im Interesse der Konsumenten und im Interesse der bäuerlichen Familien, die auch ein Anrecht auf gerechten Lohn und soziale Sicherheit haben.

Wir vom Österreichischen Bauernbund haben mit der Aktion „Lebenschancen im ländlichen Raum“ ein Detailprogramm vorgelegt, was zu tun ist, wie es weitergehen kann. Wir bauen auf folgenden Schwerpunkten auf: Mobilisierung der Eigeninitiative, Partnerschaft zwischen Stadt und Land und eine gerechte Bundespolitik, die nicht zur Zweiteilung, sondern zum Ausgleich führt. *(Beifall der ÖVP.)*

Das ist die Politik, die wir anstreben. Den Grünen Bericht 1981 als Spiegelbild einer Agrarpolitik, mit der wir aus den genannten Gründen nicht einverstanden sind, lehnen wir ab. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 11.53

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

11.53

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Riegler hat am Rednerpult in seiner bekannten Form kalt und warm für die Agrarpolitik als Therapie vorgetragen. Er hat am Schlusse seiner Ausführungen ein entsprechendes Forderungsprogramm des ÖVP-Bauernbundes hier zur Kenntnis gebracht. Dann hat er gemeint, daß aus grundsätzlichen Überlegungen — das ist sein gutes Recht und das gute Recht der großen Oppositionspartei — diesem Grünen Bericht nicht zugestimmt werden kann.

Ich möchte doch auf folgendes hinweisen: Seit Mitte der siebziger Jahre, so erklärte der Kollege Riegler wörtlich, also seit 1976 geht es nach Meinung des ÖVP-Bauernbundes berg-

ab, seit 1976 — da machte er einen richtigen Blick zum Herrn Ressortminister, zum Herrn Landwirtschaftsminister, und meinte: seit Sie damals begonnen haben! — geht es eigentlich der Landwirtschaft schlecht. Er hat nur vergessen zu sagen, wie sich die Weltwirtschaft seit Mitte der siebziger Jahre darstellt.

Ja hat er denn, wenn er zugegebenermaßen dort und da versteckte bäuerliche Armut ortet, vergessen, wie es heute zum Beispiel auch dem kleinen Arbeiter, dem kleineren Angestellten in dieser Situation geht? Hat er vergessen, daß es Leute gibt, die trotz größter Bemühungen Notstandshilfen in Anspruch nehmen müssen, weil die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten turmhoch geworden sind? Wir beziehungsweise diese Bundesregierung waren es — und ich glaube, darüber zu diskutieren ist müßig —, die dank des rechtzeitigen Erkennens der Situation in den siebziger Jahren auf die auf uns zukommende Krise hingewiesen haben. Damals haben Sie noch gelächelt, meine Damen und Herren, und gesagt: Was die da sehen, stimmt ja alles gar nicht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Daß wir derzeit mit den wirtschaftlichen Zahlen besser dastehen als andere westliche europäische Industriestaaten, haben wir der Vorbeugung, dem zeitgerechten Erkennen einer weltweiten Wirtschaftskrise zu danken. Aber ich gestehe dem Kollegen Riegler gerne zu, daß er in der Agrarpolitik doch auch konzidiert, daß einiges geschehen ist. Es würde ja, glaube ich, auch sehr schwer sein, etwas anderes zu behaupten. *(Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)*

Meine Damen und Herren! Wenn er meint, es gebe immer nur Gerede, es gebe nur Ausreden von der Ministerbank her, was die landwirtschaftlichen Fragen, was die Sorgen der Bauern betrifft — wissen Sie, ich tue es nicht gerne, aber man wird als Bauer von Ihnen immer wieder dazu gezwungen —, so muß ich fragen: Haben Sie ganz vergessen, wie der letzte Bundeskanzler der ÖVP-Regierung beim Hintertürl verschwunden ist, als Bauern mit ihm reden wollten? Das ist schon sehr lange her, aber Sie sollten es auch ins Kalkül ziehen, wenn Sie davon reden, daß es hier nur Ausreden gäbe, daß mit einem Wort hier für die Bauern nicht die entsprechende Resonanz gefunden werde.

Auf der einen Seite sagen Sie uns, es sei einiges geschehen. Auf der anderen Seite sagt der Herr Kollege Riegler, der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft mache eine Vogel-Strauß-Politik. Und so geht das dahin.

13206

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Pfeifer

Meine Damen und Herren! Wir sind ja schon sehr froh, wenn beim Grünen Bericht die größere Oppositionspartei durch ihren Sprecher zumindest darstellt und dartut, daß die Zahlen des Grünen Berichts nicht in Streit gestellt werden. Ich habe — und ich stehe dazu — im Ausschuß offen gesagt, daß der Grüne Bericht 1981 selbstverständlich in bezug auf die Ernteentwicklung zu sehen ist und daß die Ernteentwicklung für die Bauern — das sage ich als sozialistischer Bauer, der das genauso weiß wie Sie, meine Damen und Herren, die Sie sich als Praktiker am Hof mit diesen Fragen beschäftigen — nicht sehr gut war. Daß das Jahr 1981 ein schlechtes Bauernjahr vom Ertrag her war, und zwar bei der Getreideernte, bei vielen anderen Produktionssparten, bei der Weinernte, wissen wir alle selber. Darüber zu diskutieren wäre müßig. Daß sich diese schlechten Erträge für die Bauern in dem Grünen Bericht niederschlagen mußten, ist, glaube ich, auch eine Selbstverständlichkeit.

Hohes Haus! Ich möchte bei dieser Gelegenheit gerne namens der Regierungsfraction allen, die in irgendeiner Form an der Erstellung des Grünen Berichts, der immerhin einen Betrag von 30 Millionen Schilling notwendig macht, um so vor uns zu liegen, beteiligt waren, ich möchte allen Beamten, allen, wie gesagt, die in irgendeiner Form bei der Erstellung des Grünen Berichts tätig waren und uns diese große Arbeit in so sachlicher Form hier vorgelegt haben, ein herzliches Dankeschön sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wenn Kritik geübt wird, daß gerade die Agrarpolitik nicht den Intentionen der ÖVP und damit, so meinen Sie, den großen Forderungen der Bauernschaft Rechnung trägt, so werfen Sie mir nicht vor, daß ich jetzt wieder einen Blick ins Ausland mache.

Gestatten Sie mir, daß ich in gleicher sachlicher Form, wie der Vorredner gemeint hat, daß es doch auch einige positive Dinge seiner Meinung nach gibt — unserer Auffassung nach viele —, auf Grund der allgemeinen weltwirtschaftlichen Entwicklung doch auch einen Blick in die Bundesrepublik Deutschland und damit auch zur EG mache.

Ich habe mir die Ziffern angesehen, wie es rund um uns in den westlichen Demokratien im landwirtschaftlichen Bereich zahlenmäßig aussieht. Ich habe zur Kenntnis genommen — das sei kein Trost, aber festgestellt und unterstrichen —, daß im Vergleich zur Einkommenspolitik der Staaten der EWG Österreich gut dasteht. Und das nicht nur deswegen —

meine Damen und Herren, lassen Sie mich das hier als Agrarsprecher wieder einmal feststellen —, weil die Bauern so tüchtig sind. Selbstverständlich sind sie tüchtig, aber Sie werden doch nicht glauben, daß die deutschen Bauern nicht auch tüchtig sind, Sie werden doch nicht glauben, daß die französischen Bauern nicht auch tüchtig sind.

Wir meinen nur, daß wir auf Grund unserer gesamten Wirtschaftspolitik und der Agrarpolitik unseres Landwirtschaftsministers rechtzeitig vorgesorgt haben, daß es unseren Bauern in dieser schwierigen Situation besser geht als jenen, die in den EWG-Ländern tätig sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich könnte jetzt sehr lange mit Ziffern aufwarten und Ihnen zur Kenntnis bringen, wie es in der EG aussieht.

Wir haben, das sagt uns der Grüne Bericht, im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 5 Prozent. Wenn wir wissen, und das ist keine Ausrede, sondern ein Faktum, daß der Grüne Bericht 1980 ein hervorragender Grüner Bericht war — Gott sei Dank hervorragend und damit auch entsprechend günstig für unsere Bauern —, dann ist das zwar kein Trost für uns, daß der Bericht 1981 nicht dieses Ausmaß an Einkommensbesserstellung ausweisen kann, aber es ist eine Tatsache, daß die Ernteerträge — meine Damen und Herren, das weiß jeder, ich darf das wiederholen — im wesentlichen entscheidend bei den Ergebnissen der Grünen Berichte durchschlagen.

Meine Damen und Herren! Jawohl, wir sind für die Produktionsalternativen, und ich glaube, es ist wichtig und notwendig, daß wir alle zusammen uns bemühen, vertretbare Produktionsalternativen für die Landwirtschaft möglich zu machen.

Das kann aber nur in gemeinsamen sachlichen Gesprächen vorangetrieben werden, und ich bin sicher, daß diese sachlichen Gespräche wie in der Vergangenheit und Gegenwart auch in der Zukunft geführt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Landwirtschaftspolitik heißt miteinander reden, heißt gemeinsame Ideen diskutieren, und das ist ja in der letzten Zeit und in den letzten Jahren sehr erfolgreich für die Bauern geschehen.

Ich verweise auf den Sektor der Milchproduktion, wo es möglich war, eine gemeinsame Lösung zu finden. Ich verweise auf das Getreidekonzept der Bundesregierung, das möglich war, weil man mit der Landwirtschaft zu Rande gekommen ist.

Pfeifer

Meine Damen und Herren! Als Weinbauer sage ich Ihnen: Wir kennen die gigantischen Ernten des heurigen Jahres auf allen Gebieten. Gerade auch im Weinbau neben dem Getreidebau und anderen Produktionssparten werden wir uns alle miteinander, die wir hier Verantwortung tragen, sehr rasch bemühen müssen.

Wir alle könnten jetzt lange darüber diskutieren, was günstiger ist, eine geringere Ernte oder eine Rekordernte.

Sie wissen selber, daß Produktionszahlen, wie wir sie heuer bekommen haben, eigentlich noch nie da waren. Grund genug, in enger Koordination zwischen Landwirtschaft und Landwirtschaftsministerium einen gemeinsamen Ausweg zu suchen, aber einen Ausweg vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, die wir ganz einfach nicht wegdiskutieren und nicht wegleugnen sollen, weil sie leider ein Faktum für alle Österreicher ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was soll es denn, meine Damen und Herren, wenn ich hier einen Zeitungsausschnitt der „Wochenpresse“ vor mir liegen habe, wo unter dem Aufhänger „Ausgehungert“ der Herr Präsident Derfler und der Herr Bauernbunddirektor Riegler sagen, daß die Bauern allmählich immer schlechter gestellt werden, daß sie schön langsam, so wird das hier dargestellt, am Hungertuch nagen.

Ja glauben Sie denn, meine Damen und Herren, daß in dieser schwierigen Situation das der richtige Ton ist, den Sie hier anschlagen?

Wir glauben, wir sollen nichts beschönigen, wir sollen die Dinge sachlich beim Namen nennen. Aber wir sollen auch nicht dramatisieren, denn das bringt auch nichts, und das hilft niemandem. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun, meine Damen und Herren, zu den Einkommensvergleichen; ich bin sicher, daß darüber heute noch sehr oft von Kollegen Stellung genommen werden wird. Auch hier gleich ein offenes Wort.

Wir können jetzt sehr lange über die Einkommensvergleiche diskutieren, im Grünen Bericht nachzulesen. Man könnte stundenlang Zahlen nennen. Tatsache ist: Wenn Sie einen größeren Zeitraum nehmen, dann werden Sie, ob Ihnen das recht ist oder nicht, ob Sie das wollen oder nicht, nicht umhin können festzustellen, daß im Durchschnitt das Einkommen der Landwirtschaft trotz aller Schwierigkeiten real zugenommen hat.

Wenn wir zwischen 1970 und 1981 das landwirtschaftliche Einkommen einschließlich öffentlicher Zuschüsse nominell um 183 Prozent und real um 44 Prozent steigern konnten, dann ist dies sicher zuerst dem Fleiß der Bauern zuzuschreiben, aber auch der Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Durchschnitt wurde in diesem besagten Zeitraum jährlich eine nominelle Einkommensverbesserung von 9,9 Prozent erzielt, real waren es 3,4 Prozent. Das, Hohes Haus, sind Fakten, die man aus den Grünen Plänen herauslesen kann, und das sollte man auch trotz aller Gegensätzlichkeiten zur Kenntnis nehmen.

Ich habe mir einen Artikel sehr genau angesehen, den ich auch für sehr wichtig halte für die gemeinsame Arbeit in schwierigen Zeiten in der Landwirtschaft.

Ganz gleich wie man zu der derzeitigen Agrarpolitik von Ihrer Warte aus steht, sollte man doch eines auch sehen: Ich habe mir im „Förderungsdienst“ des Land- und Forstwirtschaftsministeriums einen Artikel von Universitätsprofessor Dipl.-Ing. Dr. Otto Gurtner sehr genau durchgelesen. Dieser Wissenschaftler, der internationale Anerkennung hat, schreibt, daß im Institut für Agrarpolitik der Präsidentenkonferenz die Diskussion über die Einkommensvergleiche neu aufgeflammt ist. Das wissen wir alle.

Er bezieht sich auf die Pressegespräche, auf die Artikel in den Fachzeitschriften, und dann sagt er unter anderem:

„Eine befriedigende Erfüllung dieser Aufgabe“ — nämlich einer klaren, sachlichen Darstellung über die landwirtschaftlichen Einkommen in Vergleichsziffern — „ist allerdings nur dann möglich, wenn die Vertreter der Wissenschaft in bezug auf ihr Bemühen nach Objektivität das Vertrauen aller politischen Gruppen besitzen. Wenn — wie das in jüngster Zeit mehrfach geschehen ist — die Objektivität nur deshalb in Frage gestellt wird, weil die Ergebnisse von Untersuchungen nicht ins strategische Konzept passen, so kann das nur als bedauerliche Erscheinung bezeichnet werden. Verdächtigungen, wie sie in letzter Zeit zum Ausdruck gebracht wurden, dürfen jedoch nicht dazu führen, daß sich die Vertreter der Fachwissenschaft auf ein ähnlich primitives Niveau persönlicher Diffamierung begeben oder sich überhaupt resignierend aus der fachlichen Diskussion zurückziehen.“

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier

13208

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Pfeifer

niemandem etwas unterstellen. Aber ich möchte diesen Artikel und die Meinung dieses internationalen Wissenschafters deswegen dartun, weil ich meine, daß wir die Ergebnisse der Wissenschaft ganz einfach alle miteinander dringend brauchen, daß wir die engste Koordination mit der Wissenschaft als Bauern, als Landwirtschaftsvertreter brauchen, und ich bin davon überzeugt, daß wir mit einem Wort alles tun sollen, daß die Wissenschaftler in Ruhe und in Sachlichkeit arbeiten können und man nicht dann, wenn die Zahlen dem einen oder dem anderen nicht ins Konzept passen, die Wissenschaft schuldig spricht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es war auch notwendig, auf diesen Umstand hinzuweisen.

Hohes Haus! Ich möchte allmählich zum Schluß kommen und sagen, daß der vorliegende Grüne Bericht, der für die Landwirtschaftspolitik, für die Arbeit für die Landwirtschaft so wichtig ist, kein Anlaß zum Jubel, aber auch kein Anlaß zum Pessimismus und schon gar nicht Anlaß zur Lamentation sein kann. Er ist ganz einfach ein Zahlenmaterial, sachlich in hervorragender Art und Weise zusammengestellt auf Grund des Erntejahres 1981.

Das soll kein Trost für die Bauern sein, aber ein Faktum wird sein, das wissen wir alle, daß der Grüne Bericht des Jahres, in dem wir jetzt leben, des Jahres 1982, sicher, und da muß ich dem Herrn Bundesminister selbstverständlich gerne attestieren, daß er kein Hellseher ist, aber recht hat, auf Grund der Rekordergebnisse des Rekorderntejahres 1982 selbstverständlich ein zweistelliges Einkommensergebnis für die Bauern bringen wird. Wir freuen uns darüber.

Aber ich glaube, eines steht schon fest: Wenn man diese Berichte vergleicht, dann kann man, Hohes Haus, ganz gleich von welcher Ebene, ganz gleich aus welchem Gesichtswinkel, ganz gleich aus welcher politischen Richtung man Landwirtschaftspolitik betrachtet, nur zu dem Ergebnis kommen, daß Landwirtschaftspolitik und die Zahlen des Grünen Berichtes selbstverständlich in engstem Zusammenhang mit dem Rohertrag und der Rohertrag in engstem Zusammenhang mit den entsprechenden Ernteergebnissen des jeweiligen Jahres zu sehen sind.

Hohes Haus! Meine Fraktion wird diesem vorliegenden, sehr sorgfältigen Grünen Bericht 1981 gerne ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.) 12.15

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Murer. Ich erteile es ihm.

12.15

Abgeordneter Ing. **Murer** (FPÖ): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als im Herbst letzten Jahres der sozialistische Landwirtschaftsminister den Grünen Bericht 1980 präsentierte, aus dem damals ein durchschnittliches Ergebnis, das sehr gut war, ein durchschnittlicher Einkommenszuwachs von 25 Prozent herauszulesen war, meinte damals der Herr Kollege Pfeifer — ich kann mich noch gut daran erinnern —, man solle doch dem Herrn Landwirtschaftsminister ein Glückwunschtelegramm schicken.

Herr Kollege Pfeifer! Ich habe Ihnen damals schon gesagt, daß wir das nicht tun werden, weil wir genau gewußt haben, daß in einem anderen Jahr, in dem die Witterung nicht so günstig ist, auf die Sie immer warten, ja das Ergebnis wieder sehr mager aussehen wird. (Zwischenruf des Abg. *Hirscher*.) Heute, Herr Kollege Hirscher, sind wir so weit. Wir haben recht gehabt: Ein Glückwunschtelegramm wäre wirklich unsinnig gewesen, denn wir müßten dann jetzt, meine Damen und Herren, dem Herrn Landwirtschaftsminister ein Trauertelegramm senden, und das wollen wir nicht.

Wir alle wissen — und das wissen vor allem auch die Bauern, meine Damen und Herren —, daß natürlich die Witterung eine entsprechende Rolle spielt. Ich habe nach der Rede des Herrn Abgeordneten Riegler darauf gewartet, Herr Kollege Pfeifer, daß Sie wieder die Verwunderung aussprechen: Ja, wie gibt es das dann noch in Österreich, wenn die Situation so schlecht ist, daß die Bauern überhaupt noch leben können? — Das ist ja immer Ihre Argumentation, mit der Sie vor allem auch die Öffentlichkeit verunsichern.

Ich kann Ihnen sagen: Es ist nicht das rote Wunder der Agrarpolitik, daß es noch Bauern gibt in Österreich, sondern vor allem Konsumverzicht, 70 Stunden in der Woche arbeiten statt 35, wenig Krankenstand — nur der allernotwendigste — und kein Urlaubsanspruch beziehungsweise auch keine Frühpension sind die Dinge, warum es in Österreich noch Bauern gibt, die noch mit Freude ihrer Zukunft entgegengehen können. Aber es ist nicht die rote Agrarpolitik dieser Bundesregierung! (Zustimmung bei der FPÖ.)

Herr Bundesminister Haiden! Ich habe Ihnen schon oft den Vorschlag gemacht, man soll in der Agrarpolitik Österreichs doch nicht

Ing. Murer

immer auf das Wetter warten, sondern vielmehr eine Preis- und Einkommenspolitik gestalten, die nach Kalkulationen berechnet und durch Kalkulationen untermauert wird und dadurch unabhängig vom Wetter einkommenspolitisch für die Bauern wirksam ist. *(Neuerliche Zustimmung bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, daß es diesen Grünen Bericht gibt. Er ist eine wahre Fundgrube für einen Menschen, der sich mit Agrarpolitik beschäftigt. Ich möchte auch all jenen Herrschaften herzlich danken, die sich das ganze Jahr über sehr bemühen, diese Fundgrube zu erstellen, damit wir über die Lage der Landwirtschaft in Österreich sprechen, diskutieren können, obwohl mir, Herr Bundesminister, ein wesentlicher Punkt in diesem Grünen Bericht fehlt, nämlich der paritätische Einkommensvergleich, vor dem Sie sich immer noch herumdrücken und herumschwindeln.

Genau das ist es, was ich meine, wenn ich sage, daß die Taktik, die politische Taktik, die hinter diesem Grünen Bericht steht, von uns abgelehnt werden muß. Denn dieses Herumtaktieren bringt letzten Endes ja keine Aufklärung, und wir werden auch keinen Schritt in der agrarpolitischen Auseinandersetzung weiterkommen. Denn so, wie Sie das machen — es ist den Berichten der letzten Jahre zu entnehmen —, nämlich alle Schuld auf das Wetter abzuschieben, erscheint uns Freiheitlichen als ein sehr billiges Unterfangen.

Meine Damen und Herren! Das wäre geradezu eine Kindesweglegung. In der freiheitlichen Agrarpolitik sagen die Fakten und Werte viel mehr als die Argumentation eines sozialistischen Landwirtschaftsministers, der der Öffentlichkeit leider Gottes sehr oft ein falsches Bild von der Situation der Landwirtschaft vermittelt.

Wir Freiheitlichen meinen deshalb, daß die restriktive Erzeugerpreispolitik, direkt betrieben vom Handelsminister Staribacher in der amtlichen Preiskommission und indirekt beeinflußt durch den sozialistischen Landwirtschaftsminister Haiden, zwar inflationsdämpfend gewirkt hat, gleichzeitig aber die Bauerneinkommen sehr gemindert hat.

Der Beweis, Herr Landwirtschaftsminister, steht auch im Grünen Bericht. Aus ihm geht doch eindeutig hervor, daß im Schnitt der letzten vier Jahre der allgemeine Preisindex um durchschnittlich 5,1 Prozent jährlich gestiegen ist, jener für Nahrungsmittel und Getränke jedoch lediglich um 4,1 Prozent. Das heißt auf deutsch: die Bauern waren in den letzten Jahren die Inflationsbremsen, und

zwar zu Lasten ihres Einkommens und zum Wohle der Volkswirtschaft.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Was hat die österreichische Agrarpolitik unter der Führung eines sozialistischen Landwirtschaftsministers getan? Wie hat sie das den Bauern gedankt? — Letztendlich nur mit einer sehr unverlässlichen Politik, nämlich so, daß Sie immer auf das Wetter warten nach dem Motto: Ist das Wetter gut, dann geht es der Regierung gut, dann geht es den Bauern gut. Ist das Wetter schlecht, dann geht es auch von der Regierung aus nicht recht. — Das, Herr Minister, lehnen wir ab! Wir verlangen eine verlässliche Agrarpolitik, die mit Kostenkalkulationen untermauert ist und den Bauern ein Einkommen sichert, das es ihnen ermöglicht, sich in der Zukunft weiter fortzuentwickeln. *(Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Der Herr Minister hat zu Hause einen Wetterfrosch im Glas! — Heiterkeit.)*

Meine Damen und Herren! Man könnte es ja auch anders sagen. Leichter, als die Ungeßigkeit des Wetters abzuwarten, wäre folgendes für Sie: Würden Sie eine anständige Preispolitik machen, dann hätten Sie ja nicht solche Differenzen im Grünen Bericht. *(Ruf bei der SPÖ: Aber heuer gab es ein gutes Wetter!)*

Aber man könnte es auch anders sagen: Die verantwortlichen Politiker, meine Damen und Herren, verlassen sich sehr auf eine Mengenproduktion, dies natürlich deshalb, damit man eben auf dem Preissektor nicht viel tun muß.

Herr Minister! Sie müssen auch zugeben, daß diese Politik in ein Schlamassel geführt und die Bauern in ungeheure Schwierigkeiten gebracht hat. Die Ergebnisse des Grünen Berichtes, über die auch schon Riegler gesprochen hat, zeigen dies ja sehr deutlich.

Herr Bundesminister! Sie sagen auch immer, man solle nicht ein Jahr hernehmen. Ich bin auch derselben Meinung. Aber wenn man den Durchschnitt von fünf Jahren im Grünen Bericht betrachtet, dann sieht man auch nichts wesentlich Besseres als die Verluste des letzten Jahres, nämlich nur eine durchschnittliche — ich sage: nur eine durchschnittliche — nominelle Steigerung in diesem Zeitraum im Ausmaß von 6 Prozent und eine reale Steigerung von nur 1,5 Prozent.

Wenn man diese Steigerungsraten ansieht, dann könnte man aber auch meinen — und das meinen vor allem die Sozialisten in Österreich —, es wäre ohnehin alles in bester Ordnung. Der Herr Kollege Pfeifer hat gerade so getan, als wäre alles in bester Ordnung, er

13210

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Ing. Murer

versteht überhaupt nicht, warum wir uns noch aufregen.

Meine Damen und Herren! Da möchte ich einen Vergleich bringen, der vielleicht gut dazupasst, nämlich den Vergleich mit dem halbleeren Wasserglas. Der Optimist kann sich natürlich trösten, daß das Glas halbvoll ist. Natürlich würde es ein Pessimist bedauern, daß das Glas eben halbleer ist.

Meine Damen und Herren! In der Agrarpolitik Österreichs geht es aber um mehr, um viel mehr als um ein Glas Wasser: Es geht um milliardenschwere Einkommensdisparitäten zu anderen Berufsgruppen, wovon Sie ebenfalls nicht sehr viel wissen wollen. Diese Einkommensvergleiche werden nicht seriös aufgestellt, sondern es wird durcheinandergemischt, es werden Dinge vermischt, damit die Öffentlichkeit eben nicht aufgeklärt wird.

Ich sehe ja, Herr Kollege, daß Ihnen dieser Einkommensvergleich, den Sie nicht real anstellen wollen, sehr wehtut. *(Abg. Pfeifer: Sie sagen, daß Professor Gurtner ein unseriöser Mann ist? Wiederholen Sie das! Wissen sie überhaupt, was Sie reden?)* Herr Kollege Pfeifer! Ich weiß das schon, nur Sie wissen oft nicht, Herr Kollege Pfeifer, wovon Sie reden. Sie wissen es wirklich oft nicht! *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich schon, denn ich bin ein Bauer. Ich bestreite aber, daß Sie einer sind. Ich bin kein Asphaltbauer, Herr Kollege Pfeifer! Ich melke meine Kühe noch selbst. Nur Sie kennen sie bald von anderen Tieren nicht mehr auseinander. *(Heiterkeit und neuerlicher Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte sehr bewußt die Betonung auf diesen Einkommensvergleich legen, weil die Landwirtschaft schon seit Jahrzehnten unter diesen Aspekten und unter diesen unrealistisch geführten Auseinandersetzungen leidet. Die Österreichische Volkspartei — Herr Kollege Riegler, ich glaube, du wirst mir recht geben — hat auch vielleicht einmal gemeint, daß man diese Vergleiche nicht unbedingt anstellen muß. Die SPÖ hat da sehr viel gelernt, indem sie das nach wie vor beibehält. Ich freue mich, daß Sie umgedacht haben und diesen Einkommensvergleich ebenfalls real fordern, damit man eben entsprechende Vergleiche ziehen kann.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen glauben: Es ist ein sehr wesentlicher Faktor in der Agrarpolitik, daß man seriös Einkommensvergleiche anstellt. Ich weiß schon: Der Herr Landwirtschaftsminister wird dann auch darauf eingehen und wird wieder versuchen, die Dinge so darzustellen, als wäre sowieso alles in bester Ordnung.

Herr Minister! Ich glaube aber: Solange dieser Einkommensvergleich nicht auch im Grünen Bericht enthalten ist und nicht öffentlich anständig diskutiert wird, werden wir immer wieder diese Situation im Parlament zur Sprache bringen. Ich glaube Ihnen auch — und Sie haben es schon ausgesprochen —, daß Sie sich sehr bemühen werden, eben diese Vergleichsrechnungen auch im Grünen Bericht anstellen zu können.

Es wird nämlich meiner Meinung sehr oft ein sehr schelmisches Spiel getrieben. Man sagt zum Beispiel: Die Bauern verdienen zwar etwas weniger, aber die Luft auf dem Land muß man auch irgendwo einrechnen. Vermögen in Form von Grund und Boden ist ja bei den Bauern auch da. *(Abg. Dr. Blenk: Bienen, Schwammerln! — Heiterkeit.)* Die Arbeitszeit ist nicht gleich Arbeitszeit, denn die Arbeitnehmer arbeiten ja wirklich, die Bauern hingegen, so höre ich manchmal von Ihrer Seite, „beschäftigen sich“ nur. Die Bauern sind teilweise nicht gut ausgebildet. Die Bauern zahlen keine Steuern, und vieles andere mehr. Solche Diskussionen werden auch in den Medien geführt, meine Damen und Herren!

Ich glaube, daß man diese Dinge nicht durcheinanderwerfen soll, sondern wenn man sagt, man macht einen Einkommensvergleich, so hat man einen solchen durchzuführen — ähnlich wie in der Schweiz —, ohne diese Dinge zuzurechnen.

Wenn man es sich zum Ziel setzt, einen Vermögensvergleich anzustellen, so hat man das Vermögen zu vergleichen. Wenn man ganz allgemein die Lebensbedingungen untersuchen will, so stehen eben diese zur Debatte und sonst nichts anderes.

Herr Landwirtschaftsminister! Ich glaube, daß das Bild im Vergleichswege, das Sie manchmal der Öffentlichkeit klarzumachen versuchen, nicht gut angebracht ist, wenn es in der Form geschieht, daß Sie sagen: Soundso viele Kühlschränke, soundso viele Tiefkühltruhen oder gar Farbfernseher stehen in einem bäuerlichen Haushalt mehr als in einem städtischen, und daher geht es der Landwirtschaft besser.

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß dieser Vergleich unmöglich halten kann und eine Täuschung der Öffentlichkeit darstellt, weil das objektive Bild der Landwirtschaft dabei nicht aufgezeigt wird und uns eben dieses bunte Durcheinanderwirbeln in der Agrarpolitik keinen Schritt weiterbringt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Grüne Bericht sagt auch aus, daß etwa

Ing. Murer

30 Prozent aller Haupterwerbsbauern weniger verdienen und im Durchschnitt ein Einkommen von weniger als 50 000 S jährlich erreichen. Nur rund ein Achtel aller Haupterwerbsbauern verdienen 1981 mehr als 180 000 S, und das sind 15 000 S monatlich, meine Damen und Herren, was etwa dem paritätischen Vergleichslohn entsprechen würde. Also nur etwa ein Achtel der österreichischen Bauern würde dem paritätischen Vergleich mit anderen Berufsgruppen standhalten!

Herr Bundesminister! Ich habe bewußt diese Art der Berechnung angestellt, weil man dem Bundesmittel oft entgegenhält, daß eben ein Durchschnitt sehr wenig aussage.

Ich glaube, daß diese Ziffern eines sehr genau sagen: Wenn wir wissen, daß mehr als 80 Prozent unter 20 Hektar Grundfläche zu bewirtschaften haben, dann sind es diese Klein- und Mittelbetriebe, die diese Politik der österreichischen Bundesregierung sehr trifft und eben zu einem sozialen Problem werden läßt.

Es wird auch immer wieder gesagt, die Bergbauern verdienen sowieso genug, die sind in Fremdenverkehrsgebieten, da gibt es sehr rasche Einkommenszuflüsse und es geht ihnen eigentlich sehr gut. Das ist auch im Grünen Bericht nachzulesen. Ich glaube, ich muß hier einmal darüber reden, wie denn diese Bauern in diesen Fremdenverkehrsgebieten wirklich abschneiden.

Aus dem Grünen Bericht 1981 geht nämlich hervor, daß von 100 gemeldeten Gästenächtigungen 88 auf das Bergbauerngebiet entfallen. Das sind bei 121 Millionen Nächtigungen, meine Damen und Herren, immerhin 106 Millionen Gäste, die in diesen Gebieten nächtigen oder in diesem Gebiet ihren Urlaub verbringen.

Inwieweit konnten jedoch, meine Damen und Herren, die Bergbauern tatsächlich diesen Gästestrom finanziell für sich nutzen? — Ich muß gestehen: Ich bin von den Fremdenverkehrseinkommen, die die Haupterwerbsbetriebe 1981 erreichen konnten, etwas enttäuscht. Sie betrugen im Mittel bloß 3 800 S je Familienarbeitskraft. Sicherlich — ich möchte auch das nicht verschweigen — waren im alpinen Berggebiet die Zahlen etwas besser. Dort lagen sie bei 5 500 S je Familienarbeitskraft. Das heißt mit anderen Worten, daß das Zubrot, also der Zuerwerb „Urlaub am Bauernhof“, eben nur ein Zubrot, ein Zuerwerb bleiben kann, was auch mit viel Mehrarbeit natürlich erreicht wird, aber von einer lukrativen Einkommensquelle, einem sehr

schnell und rasch verdienten Geld kann bestimmt nicht gesprochen werden.

Beim Studium des Grünen Berichtes 1981 bin ich weiters zur Erkenntnis gelangt, daß diese Agrarpolitik eigentlich nur zum Überwasserhalten der Bauern ausreicht. Die größeren Betriebe in Gunstlagen entwickeln sich erfreulicherweise — und das wird immer so sein — fort, die große Masse aber, wie ich schon gemeint und gesagt habe, der mittleren, der kleineren Vollerwerbsbetriebe, bleibt bei der Fortsetzung dieser sozialistischen Agrarpolitik auf der Strecke.

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß es sehr wichtig wäre, wenn Sie Ihren Parteifreunden auch die Wahrheit sagen würden und die Wahrheit sagen könnten, nämlich daß die Einkommensimpulse in der Zukunft von der sozialistischen Agrarpolitik, sofern sie noch gemacht werden kann und soll, wesentlich größer sein müßten als bisher. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Die sogenannten Halbwahrheiten sind in der Politik meiner Meinung nach eben wirklich das Schlimmste, und dazu zählt zweifellos auch die Methode, Herr Bundesminister, den Bauern immer wieder vorzurechnen, wieviel Subventionen sie zwischen 1961 und 1981 erhalten haben. Immer wieder führen Sie an, daß Sie Summen zusammenbringen, die man in der Öffentlichkeit zeigen kann — von 1960 bis 1980 zusammengezählt die Summen —, und wollen damit beweisen, wie gut diese Agrarpolitik ist.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Werden Sie mit dieser Methode des Zusammenrechnens fortfahren, die Subventionen der Bauern, wie gesagt, über Jahrzehnte zu addieren? Es könnte nämlich dann auch einmal ein Bauer kommen und Ihnen vorrechnen, wie viele Tonnen Getreide und Hektoliter Milch er in den letzten 20 Jahren der österreichischen Bevölkerung unterpreisig zur Verfügung gestellt hat.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren in diesem Saal, ob so eine Methode in der Agrarpolitik gerechtfertigt ist, indem man, wie gesagt, die Subventionen zusammenrechnet und auf der anderen Seite als Beispiel nur anbieten kann, daß man eben die Preispolitik in der Landwirtschaft heute unterpreisig gestaltet.

Außerdem, Herr Minister Haiden — ich kann Ihnen nicht helfen —, glaube ich, daß durch so eine Politik, wo nur wenig Einkommensimpulse ausgehen, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft nicht gesichert werden, sondern daß Sie die Arbeitsplätze in der

13212

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Ing. Murer

Landwirtschaft ruinieren. Und genau das wollen wir Freiheitlichen nicht mitgestalten! (Zustimmung bei der FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir auch noch anlässlich der Diskussion über den Grünen Bericht einige grundsätzliche Aspekte der Agrarpolitik einzuflechten. In vielen Belangen geht die Agrarpolitik meiner Meinung nach auf das Konto der Sozialisten — das ist eben nicht zu leugnen —, aber laut Bundesverfassung ist Landwirtschaft in vielen Fällen natürlich auch Landessache. Das soll man auch immer wieder erwähnen.

Zweitens sind ÖVP und SPÖ in der Sozialpartnerschaft wie Zwillinge aneinandergekettet. Dort, so kommt es mir vor, Herr Kollege Riegler, regiert und existiert wirklich die sozialpartnerschaftliche Einheitspartei, und nicht zum Wohle der Landwirtschaft, wie ich meine. (Zustimmung bei der FPÖ.)

Meine Schlußfolgerung ist daher: Die Verantwortung für unsere Landwirtschaft ist unteilbar bei SPÖ und ÖVP — unteilbar, Herr Kollege Riegler —, weil die politische Struktur es einfach nicht anders zuläßt. — So meine ich.

Das Landwirtschaftsministerium ist rot, die Landwirtschaftskammern sind schwarz, und die Sozialpartnerschaft ist rot-schwarz.

Herr Kollege Riegler! Ich würde daher meinen, daß Sie gemeinsam mit uns versuchen sollten, aus dem Jammertal dieser Agrarpolitik herauszufinden, und daß wir uns gemeinsam bemühen sollten, den Bauern für ihre harte Bauernarbeit endlich jenen Lohn zu geben, der ihnen zusteht. Und hier können Sie im Bereich der Sozialpartnerschaft sehr wohl mitwirken! (Zustimmung bei der FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zusammenfassend noch zum Abschluß sagen: 1981 real 5prozentiger Einkommensverlust. Und ich frage: Welcher Berufsgruppe in Österreich wurde das noch zugemutet? — Ich glaube, keiner.

Zweitens: Weit und breit, meine Damen und Herren, kein Aufholprozeß zu sehen, womit das Landwirtschaftsgesetz meiner Meinung nach eine „taube Nuß“ wurde.

Drittens: Unsere Landwirtschaft, so meine ich, befindet sich seit Jahrzehnten in einem verhängnisvollen Dreieck, welches ich ganz bewußt als rot-grünes Bermuda-Dreieck bezeichnen und die Eckpunkte nennen möchte. Erstens unbefriedigende Einkommenslage, zweitens stetiger Abwanderungs-

druck und drittens überlange schwere Arbeitszeit der Bauern.

Dieses rot-grüne Bermuda-Dreieck, meine Damen und Herren, hat mit dem Grünen Bericht, Herr Bundesminister, eines gemeinsam: Im Bermuda-Dreieck verschwinden die Schiffe, und die Agrar-Politik der roten Bundesregierung versenkt immer mehr Bauern. Deshalb können wir dieser Politik die Zustimmung nicht geben. (Beifall bei der FPÖ.) 12.41

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Deutschmann. Ich erteile es ihm.

12.41

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Grüne Bericht gibt uns jedes Jahr die Möglichkeit, über die Situation der österreichischen Landwirtschaft zu diskutieren. Wir haben heute schon einiges gehört, und ich glaube, daß man vieles, das heute hier gesagt wurde, unterstreichen kann.

Kollege Pfeifer sieht in seiner altgewohnten Form einmal in die Vergangenheit, dann schaut er in die Zukunft, vernachlässigt die Gegenwart und will so den Beweis erbringen — wie auch der Kollege Murer gesagt hat —, alles ist in Ordnung. Leider ist dies nicht der Fall, und wir, die wir Verantwortung tragen, wissen, die Probleme werden nicht kleiner, sondern größer.

Herr Kollege Pfeifer! Es hat niemand hier im Haus noch irgendwo draußen die Behauptung aufgestellt, daß es nicht weitergegangen ist. Selbstverständlich sind wir in einer Entwicklung, die uns einiges aufdrängt. Selbstverständlich müssen wir in vielen Bereichen umdenken, einiges verändern und mehr leisten. Ich glaube, daß gerade die Mehrleistung zu wenig in diesem Haus beachtet wird. Und so möchte ich insbesondere den Bäuerinnen und den Bauern und allen Mitarbeitern den herzlichsten Dank aussprechen für ihre Leistung, die sie im Interesse der gesamten österreichischen Gesellschaft erbracht haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte aber auch sagen, Herr Kollege Pfeifer, daß die Zahlen des Grünen Berichtes nie angezweifelt worden sind. Nie! Ich möchte auch sagen, daß wir sehr froh sind, daß wir diese Zahlen in die Hand bekommen haben und nun darüber diskutieren können. Aber wir haben immer wieder feststellen können, daß leider Gottes die Bundesregierung die Zahlen, die im Grünen Bericht aufscheinen, nicht ernst nimmt. Dadurch kommt es zu

Deutschmann

gewissen Problemen und Schwierigkeiten. — Ich werde das im einzelnen noch aufzeigen.

Ich werde mich ausschließlich mit dem Grünen Bericht auseinandersetzen und Ihnen den Beweis erbringen, daß man leider — wir werden uns dann beim Kapitel Landwirtschaft noch damit auseinandersetzen — nicht den Gegebenheiten, die in diesem Grünen Bericht aufgezeigt werden, Rechnung trägt.

Ich bin auch der Auffassung Pfeifers: nicht dramatisieren oder beschönigen. Das ist nicht unsere Aufgabe, sondern es stellt sich gerade im Zusammenhang mit dem Grünen Bericht die Frage: Haben wir die Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes erreicht? Sind die Zielsetzungen und die Agrarpolitik dahin gehend ausgerichtet, wie es das Landwirtschaftsgesetz verlangt, nämlich Erhaltung leistungsfähiger Betriebe, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe? Wenn wir all das getan haben, dann könnten wir mit ruhigem Gewissen sagen: Jawohl, die Agrarpolitik entspricht dem Landwirtschaftsgesetz, und dann würde aber auch die Situation in der Landwirtschaft und draußen bei den Bauernhöfen etwas anders ausschauen.

Gerade der Grüne Bericht 1981 gibt uns die Antwort. Was hat die Agrarpolitik in Österreich im Zusammenhang mit den Problemen, die eben zu bewältigen sind, erreicht? Was hat sie verbessert? Wie hat sich die Struktur in der Landwirtschaft verändert? Hat sich die Zahl der Bauern erhöht oder sind wieder etliche abgewandert in andere Berufe?

Gerade in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage — und ich habe gestern sehr oft und sehr vieles über die Änderung der Arbeitszeit gehört, es soll mehr Urlaub in den verschiedensten Bereichen möglich sein —, Herr Bundesminister, Sie waren ja in der Regierungssitzung, Sie haben ja diesem Mehrurlaub zugestimmt: Haben Sie nicht im Zusammenhang mit dieser Problematik darauf verwiesen, daß die Landwirtschaft in einer sehr unguten Einkommenssituation steht?

Es steht im Grünen Bericht auf Seite 60: „Der Arbeitsverdienst betrug 1981 im Mittel aller ausgewerteten buchführenden Betriebe 53 119 S je Familienarbeitskraft.“ Im Jahr, bitte, 53 119 S je Arbeitskraft! Sie können das nachlesen auf Seite 60, das ist um 4 Prozent weniger als im Jahr 1980. Es irritiert die bäuerliche Bevölkerung, die Bauernschaft, daß man auf der einen Seite mit sozialen Leistungen herumwirft und versucht, noch einige zu bringen, und auf der anderen Seite gibt es

einen Berufsstand, der von Jahr zu Jahr weniger bekommt.

Es stellt sich die Frage, wie das weitergehen soll. Es hat heute schon mein Kollege Riegler im Zusammenhang mit den Einheitswerten die Frage aufgeworfen: Was denkt sich eigentlich die Bundesregierung oder was meint der Herr Landwirtschaftsminister dazu? Es steht nämlich auf der gleichen Seite im Grünen Bericht: „Ein Reinertrag pro Hektar war im Jahr 1981 im Bundesmittel nicht gegeben.“

Bitte, das muß Ihnen doch etwas sagen. Es muß Sie ja zum Nachdenken veranlassen. Jeder einzelne von Ihnen, der es ehrlich meint, muß sagen: Wir müssen für die Bauernschaft etwas tun! Es ist auch unser Entschließungsantrag eingebracht worden, es wird heute auch wieder einer eingebracht werden. Wir sollen doch die bäuerlichen Betriebe stärken und nicht in andere Bereiche abdrängen, denn die Abwanderung bringt uns ja nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren. Riegler hat vorhin erklärt, wir wollen die Menschen auf den bäuerlichen Betrieben halten, wenn aber das Einkommen zurückgeht, dann gehen diese Menschen vom bäuerlichen Beruf weg in andere Bereiche. Ich brauche Ihnen die Gesamtarbeitsplatzsituation ja nicht erklären. Sie wissen, welche Probleme sich in diesem Zusammenhang eben ergeben.

Herr Landwirtschaftsminister! Sie haben bei der letzten Budgetdebatte das Thema Arbeitslose auch angeschnitten. Sie haben gesagt, das ist ein Problem, das immer schwieriger wird. Und dann haben Sie letzten Endes gemeint, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sowie die Vollbeschäftigungspolitik sind die beste Politik für die Bauern.

Herr Bundesminister, ich würde Ihnen sehr gerne glauben, aber wenn man feststellt, daß das Einkommen um 4 Prozent zurückgegangen ist, daß in weiterer Folge in keinem Bereich eine Verzinsung des landwirtschaftlichen Kapitals sichtbar ist, daß sich die Verschuldung pro Hektar gegenüber dem letzten Jahr um einiges zu Ungunsten der Bauernschaft verändert hat, so sind das auch nur Aussagen, die man zu Papier bringt, aber doch letzten Endes in der Wirklichkeit keinen Niederschlag finden.

Das ist eben das Problem, das uns auch irgendwie bewegt. Ich habe Ihre Rede vom letzten Jahr hier liegen, Sie haben im letzten Jahr gemeint: Wir wollen im Zusammenhang mit der Abwanderung, im Zusammenhang

13214

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Deutschmann

mit der Stilllegung der Betriebe nicht weiter zurückschauen.

Gerade in diesem Bericht, ein Jahr später, heißt es: Insgesamt nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1970/80 um rund 10 Prozent ab. Also etwas stärker als im Zeitraum 1960/70, da waren es 8,6 Prozent. Ich glaube, man kann auch hier wiederum aus diesem Bericht feststellen, daß sich die Agrarpolitik nicht zugunsten der Bauern ausgewirkt hat, sonst würden ja die Bauern in ihren Betrieben bleiben und nicht in andere Bereiche abwandern.

Für mich ist auch etwas sehr wesentlich — es ist Ihnen ja bekannt —: daß mehr als 50 Prozent aller Bauern im Nebenerwerb sind. Ich glaube, das ist ja alarmierend. Kein Bauer wäre ja von sich aus gerne in einen Nebenberuf gegangen, hätte er auf seinem Bauernhof das Auskommen. Das Tragische ist nämlich, daß dieser Rückgang sich ja in einer Betriebsgröße um die 30 Hektar bewegt. Das ist auch eine Entwicklung, die uns Sorgen bereitet, und ich glaube, Herr Landwirtschaftsminister, wir müssen die Agrarpolitik verändern. Es muß etwas getan werden, damit die bäuerlichen Betriebe gefestigt werden und auch die Menschen ihre Freude an der Bauernarbeit weiterhin beibehalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch sagen, Herr Kollege Murer hat auch im Zusammenhang mit dem Paritätsvergleich einiges aufgezeigt. Wir haben gerade in diesem Zusammenhang immer verschiedene Schwierigkeiten. Der eine behauptet das, und wenn der eine das behauptet, behauptet der andere das Gegenteil.

Sie haben uns im letzten Jahr versprochen, daß Sie an einem Modell arbeiten und daß es dann vielleicht leichter sein wird, die Paritätsvergleiche zu finden.

Ich warte noch immer, Herr Landwirtschaftsminister, wann Sie so weit sein werden, uns dieses Modell vorzulegen. Wir wollen ja darüber diskutieren. Es soll ja nicht so ausschauen, daß wir alles schlechtmachen, sondern uns liegt ja die Entwicklung der Landwirtschaft, die der Menschen in der Landwirtschaft, am Herzen. Wenn es den Bauern gutgeht, meine sehr verehrten Damen und Herren, so glaube ich auch, daß es eine Zufriedenheit gibt.

Wir wissen alle, daß auch jetzt schon in verschiedenen Bereichen der ländliche Raum zu stark belastet wird, aber nicht von den bäuerlichen Menschen. Wenn diese bäuerlichen Menschen abwandern, so wird es auch in diesem Bereich zu Schwierigkeiten kommen, die nicht mehr gutzumachen sind.

Deshalb glaube ich, Herr Bundesminister, Hohes Haus, die Anstrengung muß groß sein, damit die Bauern in ihren Betrieben bleiben. Die einzige Möglichkeit dazu, Herr Landwirtschaftsminister, wäre eine Kurskorrektur der Agrarpolitik zugunsten der Bauern. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.54

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Weinberger. Ich erteile es ihm.

12.54

Abgeordneter **Weinberger** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Meine Vorredner waren sehr kurz und ich werde mich dem sehr gerne anschließen, möchte aber auf verschiedene Dinge selbstverständlich eingehen.

Kollege Murer hat sehr viel vom Wetter und vom „roten Wunder“ in Österreich gesprochen. Ich habe vom „roten Wunder“ noch nichts gehört, es gibt einen „österreichischen Weg“, Herr Kollege Murer.

Ich weiß also nichts vom österreichischen Wunder, nur darf ich Ihnen sagen und auch den anderen Kollegen von der großen Oppositionspartei, daß wir, die Sozialisten, unser Landwirtschaftsminister, aber auch sein Vorgänger, sehr viel zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Situation beigetragen haben und wir auch sehr stolz darauf sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Wetter, Herr Kollege Murer, das gebe ich gerne zu, spielt eine sehr große Rolle. Nur, wenn man die verschiedenen Aussendungen der ÖVP-Bauernzeitungen liest, studiert, so stellt man eines fest: 1979 war ein schlechtes Bauernjahr, da hat natürlich die Bundesregierung die Schuld gehabt. 1980, ich kann mich noch sehr gut erinnern, gab es ein ausgezeichnetes Bauernjahr. Da war natürlich nicht die Bundesregierung, sondern da waren das Wetter und der liebe Gott daran schuld.

Das Jahr 1981 ist sicher kein gutes Bauernjahr gewesen, es schaut Gott sei Dank ein gutes Bauernjahr 1982 herein.

Wenn wir von diesen Dingen sprechen, so richte ich die Bitte an die Kollegen der kleinen und der großen Opposition: Es wird soviel gesprochen von roten Jahren, roten Zahlen, Belastungspolitik, Pleitepolitik, Umverteilung zuungunsten der Bauern. Ich werde mir erlauben, die Umverteilung zugunsten der Bauern in gewisser Hinsicht aufzuzeigen. Kollege Pfeifer hat schon gesagt: Laut Grünem Bericht ist das Realeinkommen um 3,4 Prozent in den letzten elf Jahren gestiegen. Das

Weinberger

stimmt, das ist zu unterstreichen. Ich möchte kein Geheimnis verraten, aber der reale Zuwachs bei den Industriearbeitern oder überhaupt bei den Industriebeschäftigten konnte damit nicht einmal Schritt halten, es waren ungefähr 2,7 Prozent. Die Bauern haben also sehr wohl aufgeholt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Als Tiroler Abgeordneter ist es ganz klar, daß ich mich mehr freue über die Zuwächse in den Berggebieten als bei den Körndelbauern in Niederösterreich oder bei anderen. Es ist halt ein bißchen die Bodenständigkeit, die wir auch als Abgeordnete da und dort vertreten, und ich möchte sagen, daß gerade die Bergbauernbetriebe ganz gute überdurchschnittliche jährliche Einkommenszuwächse erzielen konnten.

Wir vergessen dabei aber ab und zu eines: daß wir vom landwirtschaftlichen Einkommen sprechen, das bewegt sich etwas über 70 Prozent im Schnitt, in den Berggebieten ist es natürlich darunter und liegt ungefähr bei 69 Prozent. Man muß halt auch die öffentlichen Zuschüsse dazunehmen, Zu- und Nebenerwerbseinkommen nehmen selbstverständlich einen breiten Raum ebenso wie das Sozialeinkommen ein. *(Abg. Ing. Murer: Die gute Luft!)*

Die gute Luft, Herr Kollege Murer: Wir sind stolz, daß wir eine gesunde Umwelt haben, und auch hier haben wir große Beiträge geleistet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das durchschnittliche Einkommen in dem Raum, in dem ich zu Hause bin, kann sich sehen lassen.

Ich weiß schon, Sie kommen dann wieder und sagen, 3 000, 4 000 S beträgt das Einkommen. Natürlich haben wir auch in der Arbeiterschaft Einkommen von 3 000 bis 4 000 S, wenn es sich eben um Teilzeitbeschäftigte handelt. *(Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)*

Das Einkommen pro Familienarbeitskraft, Kollegin Wieser, war immerhin über 95 000 S und beträgt 93 Prozent eines Industriearbeiters. Dies ist eigentlich sehr erfreulich, muß ich sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe mir vorgenommen, geschätzte Damen und Herren, etwas zur Bergbauernförderung zu sagen. Sie wissen ja, daß wir 1972 begonnen haben, ein eigenes Bergbauern-Sonderprogramm einzuführen, und es ist dankenswerterweise gelungen, dieses Bergbauern-Sonderprogramm auszubauen. Wir können jetzt wirklich auf stolze Leistungen dieses Bergbauern-Sonderprogramms zurückschauen.

Es sind immerhin, und das darf ich nur informationshalber hier anbringen, von den 302 000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 41 Prozent Bergbauernbetriebe, wovon sich wieder von diesen Bergbauernbetrieben 46 000 in der Bergbauernzone III befinden.

Nun, was gibt es hier zu tun? Die Bergbauernpolitik dieser Bundesregierung, der sozialistischen Regierung, hat die Sicherung und die Existenz der Bergbauernbetriebe zum Ziel, den Abbau der inneragrarischen Einkommensdisparitäten und den Ausgleich unterschiedlicher Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Wer sich das Bergbauern-Sonderprogramm im Grünen Bericht oder sonst irgendwo anschaut, der wird draufkommen, daß sehr viel geschehen ist, die höchstgelegenen Berghöfe sind leider noch, weil das Geld fehlt, ausgeschlossen, aber es ist viel geschehen im Zuge der Wegeerschließung, der Telefonzuleitungen und der Elektrifizierung dieser Berggemeinden oder Bergbauern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich weiß schon, daß noch viel zu geschehen hat auf diesem Gebiet, und ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich sage, 4 Milliarden Schilling in den letzten zwölf Jahren wurde über das Bergbauern-Sonderprogramm an die landwirtschaftliche Bevölkerung zur Verteilung gebracht. Ich sehe mit Freude, im Budget 1983 haben wir wieder eine Milliarde erhalten, und das zum Nutzen dieser Bergbauern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich würde mich aber freuen, wenn auch die Entwicklung in den Ländern draußen Schritt halten würde. Ein Tiroler Beispiel. Im Jahre 1975 betrug der reine Bergbauernzuschuß des Bundes 20,4 Millionen Schilling, der Zuschuß des Landes Tirol 23,4 Millionen Schilling, heute, 1982, kommen vom Bund 68,8 Millionen Schilling und vom Land Tirol lediglich nur knappe 30 Millionen Schilling.

Ich lade also die Länder ein, im besonderen Maße mein Heimatland Tirol, hier ein bißerl mehr tätig zu werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Den Bundesminister, der inzwischen oder schon längere Zeit hinter mir sitzt — ich habe ihn nicht begrüßen können —, den Bundesminister möchte ich bitten, und ich habe diese Bitte schon seit einigen Jahren immer wieder vorgetragen und sie liegt mir am Herzen, und auch die Tiroler Landesregierung ist meiner Meinung, wir würden uns freuen, würden wir eine Handarbeitszone IV bekommen. Nicht den Menschen da droben mehr Geld geben,

13216

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Weinberger

daß sie sich Maschinen kaufen oder Traktoren, mit denen sie abstürzen, weil die Hänge einfach zu steil sind, sondern wir wollen einfach diesen Menschen da droben einen weiteren Zuschuß gewähren, daß sie da droben bleiben, daß sie unsere Umweltschützer, unsere Landschafts- oder Naturschützer bleiben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte weiters sagen, wir geben sehr viel Geld aus für Bildung, Kultur, Forschung, aber auch , geschätzte Damen und Herren, die Bergbauern müssen uns das wert sein. *(Präsident Thalhhammer übernimmt den Vorsitz.)*

Ich habe gesagt, und das möchte ich in kurzen Worten noch erwähnen, man spricht immer nur vom landwirtschaftlichen Einkommen, und wenn man einen Blick dann auf die Zahlen wirft, so stellt man fest, daß sich sehr wohl und sehr viel geändert hat. Wenn man sich die Pensionen anschaut, und ich weiß schon, das mögen die Kollegen von der rechten Reichshälfte nicht so sehr, weil sie sagen, haltet doch den Bauern nicht immer vor, was ihr gemacht habt, aber, Kollegin Wieser, es ist so: Wenn schwarzgemalt wird, wenn wir Vorwürfe bekommen, wenn wir kritisiert werden, dann bitte sei es auch uns gestattet, aufzuzeigen, welche Leistungen geschaffen worden sind. *(Abg. Helga Wieser: Sowieso! Hat auch niemand etwas dagegen!)*

Ich möchte aufzeigen: Die bäuerliche Pension, die früher ein Zuschuß, ein Tabakgeld war, haben die Sozialisten ausgebaut *(Abg. Ing. Murer: Die Belastungen auch!)* zu einer echten Pension. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Kollegin Wieser wird mich sicher nachher berichtigen, aber sie wird sich da sehr, sehr schwer tun. 6,7 Milliarden Schilling Ausgaben, Kollege Murer, wenn Sie einen Zwischenruf machen, stehen 4 Prozent gegenüber, 245 Millionen Schilling Einnahmen. Auch über den Familienlastenausgleich, ich weiß nicht, ob sich der Kollege Leitner heute zu Wort melden wird, sind 2,7 Milliarden Schilling zur Auszahlung gelangt.

Die Geburtenbeihilfe: 155 Millionen Schilling, die unentgeltlichen Schulbücher: 109 Millionen Schilling *(Abg. Helga Wieser: Jetzt hören Sie aber gleich auf mit den Schulbüchern!)*, Schülerfreifahrten: 278 Millionen, Kollegin Wieser, 3,2 Milliarden Schilling für den ländlichen Raum. Eine stolze Bilanz! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Etwas, glaube ich, ist besonders erfreulich in diesem Bereich: daß wir daran gegangen sind, die Familienbeihilfen umzuändern in Kinderzuschüsse. Gerade im landwirtschaftli-

chen Bereich haben über hunderttausend Familien davon echt profitiert. Kein Vorhalten, sondern aufzeigen. Familienbeihilfe 1970: 200 S, 1982: 1 200 S für Kinder über zehn Jahre und 1 000 S bis zu zehn Jahre. Unter allem freut uns eines ganz besonders: Die behinderten Kinder — und deren Zahl ist in Österreich 35 000 — erhalten die doppelte Familienbeihilfe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

• Kollegin Wieser wird also nicht darum herumkommen, hier den Dank abzustatten, daß wir die Mütterbeihilfe eingeführt haben ab 1. Juli: 250 S täglich *(Beifall bei der SPÖ)*, 7 500 S monatlich. Ich glaube, das ist etwas, worüber wir uns gemeinsam freuen sollten.

Meine Damen und Herren, ich habe versprochen, kurz zu sein. Wenn man alle diese Leistungen sich ein bißchen anschaut, dann glaube ich, könnten wir stolz sein und uns oft fragen, von was reden denn die Oppositionskollegen hier eigentlich? Ist es Österreich, von dem sie reden, in dem es so schlecht geht? Nun, es ist Österreich, aber Österreich, so glaube ich, ist ein lebenswertes Land! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben gelesen, daß Österreich in der Weltstatistik an dritter Stelle steht. Nicht nur Wachstumsraten, Inflation, auch Schulden, sondern es ist ein Land des sozialen und wirtschaftlichen Aufstieges, geschätzte Damen und Herren. Und es ist vor allem ein Land, wo sozialer Friede herrscht, wo niedere Arbeitslosenzahlen sind, und das sind sie immer noch, trotz der gestrigen Debatte im Hohen Haus.

Ich glaube auch feststellen zu dürfen, daß wir sehr, sehr viel getan haben für unsere Umwelt. Und dies alles, meine Damen und Herren, gilt es zu erhalten, und die heutige Debatte, die abgeführt worden ist, unterstützt mich in dem Glauben, daß es nur aufwärtsgehen kann, denn die heutige Debatte ist des Parlaments würdig, muß ich Ihnen sagen. Es hat gestern ziemlich schlimm ausgesehen, ich weiß nicht, war der Tiroler Föhn im Wiener Becken, ich freue mich heute feststellen zu dürfen, daß dies heute ganz anders ist und bitte nur, diese eingeschlagene Richtung beizubehalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Zum Schluß ein Ausspruch, den ich in einer Zeitung gelesen habe: Ohne Bauern geht es nicht. Ich schließe mich dem an, das möchte ich ganz offenen Herzens sagen, denn ich glaube, die Berge allein könnten wir nicht an die Ausländer verkaufen — wir leben vom Fremdenverkehr —, es gilt also nicht nur, die Berge in Ordnung zu halten, sondern es gilt auch jene Menschen zu

Weinberger

unterstützen, die ihren Beitrag leisten. Das sind vorwiegend die Bergbauern ganz droben, es sind jene, die es am schwierigsten haben, und jenen sollen wir unsere Hilfe zukommen lassen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)* 13.09

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile ihm das Wort.

13.10

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn wir den Grünen Bericht betrachten und die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft zum Gegenstand, zum Hauptgegenstand der Erörterung machen, dann merken wir sehr deutlich, wie recht Ralf Dahrendorf gehabt hat, als er vor einiger Zeit in einem Aufsatz geschrieben hat:

In einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist das Ende des Durchschnittes gekommen, und die Verteilungskämpfe zwischen den einzelnen Gruppen der Bevölkerung werden schärfer.

Das läßt sich auch für den Bereich der Landwirtschaft wie für viele andere unterprivilegierte Bereiche in bezug auf die Einkommenspolitik in Österreich sagen. Die sicherlich berechtigten und aus politischer Sicht zulässigen Versuche des Ministers, den Grünen Bericht so zu gestalten, daß man den Bauern auch dieses vergangene Jahr als Erfolg verkaufen kann, müssen aber durch harte Realitäten in vielen Bereichen entkräftet werden.

Zum einen ist die Einkommensentwicklung dadurch unbefriedigend, daß sich die Produktionskosten in der Landwirtschaft mehr als verdoppelt haben.

Zum zweiten sind die Reinerträge seit dem Jahre 1976 so ausgefallen, daß überhaupt keine Verzinsung mehr erzielt wird.

Zum dritten hat sich in den abgelaufenen fünf Jahren die Verschuldung im Bereich der Landwirtschaft mehr als verdoppelt. Das heißt, daß in vielen bäuerlichen Betrieben die Existenz auf Pump, auf Kreditnahme, auf Schuldenwirtschaft aufgebaut ist.

Das gibt ja letztlich auch der Grüne Bericht zu, wenn er sagt, daß von mehr als 302 000 Einzelbetrieben in Österreich nur mehr 115 000 Vollerwerbsbetriebe sind.

Das, meine Damen und Herren, sollte uns doch zum Nachdenken Anlaß geben. Offenbar ist die Landwirtschaftspolitik nicht mehr in der Lage, wenigstens den bestehenden Stand

an Vollerwerbsbetrieben zu erhalten. Es kann doch nicht das Ziel der Agrarpolitik sein, einen Weg zu gehen, der die Vollerwerbsbetriebe zusätzlich und verstärkt in den Nebenerwerb abdrängt, sodaß wir nur mehr Hobbybauern in Österreich haben. Unser Ziel müßte es sein, die Vollerwerbsbetriebe nicht nur in ihrer Existenz zu erhalten, sondern auch zusätzlich die Voraussetzung zu schaffen, daß jene, die heute zum Nebenerwerb gezwungen sind, wieder in ihren Betrieben einen Vollerwerb finden können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber hier, meine Damen und Herren, gibt dieser Bericht keine entsprechenden Antworten. Die Lösung aus der Sicht von uns Freiheitlichen kann ja nur darin bestehen, daß man in bezug auf die Preispolitik endlich einmal klare Verhältnisse schafft.

Denn, Herr Bundesminister, Sie selbst haben ja in Ihrem Grünen Bericht zugegeben, daß Sie mit Ihrer Preispolitik am Ende sind, wenn dort wörtlich zu lesen ist:

„Allerdings besteht das ungünstige Verhältnis zwischen Produktionsmitteleinsatz und Produktionsergebnis des aus dem Landwirtschaftsbetrieb erzielten Einkommens, sodaß beträchtliche Teile aus dem außerlandwirtschaftlichen Einkommen zu den Betriebsaufwendungen beziehungsweise Investitionsausgaben zugeschossen werden müssen.“

Was heißt denn das? — Das heißt, daß heute der Bauer in den Nebenerwerb getrieben wird, daß er sich einen außerlandwirtschaftlichen Einkommensbereich aufbauen muß, um seinen landwirtschaftlichen Betrieb zu finanzieren. Ja wenn das nicht eine Bankrotterklärung einer Landwirtschaftspolitik ist und man zugeben muß, daß die Bauern gar nicht mehr lebensfähig sind von ihren Betrieben, sondern ein Nebeneinkommen in einer anderen Erwerbstätigkeit aufbauen müssen, um den bäuerlichen Betrieb finanzieren zu können, dann weiß ich nicht mehr, was an Kritik in diesem Bereich noch angebracht werden muß.

Sie sehen, meine Damen und Herren, daß Sie selbst in Ihrem Grünen Bericht sehr deutlich darauf eingehen, wo die Probleme liegen. Das Bauerneinkommen — und das läßt sich im mehrjährigen Vergleich sagen — kann heute weniger denn je mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Es ist einfach unwahr, wenn mein Vorredner gesagt hat, daß die reale Einkommensentwicklung im bäuerlichen Bereich größer war als etwa im Industriearbeitnehmer-Einkommensbereich. Der Unterschied, den er errechnet hat, kann ja nur deshalb entstehen, weil

Dr. Jörg Haider

im bäuerlichen Bereich bei der Einkommensberechnung auch immer die Familienbeihilfen und diverse Zuschüsse, die sonst außer dem Einkommen bleiben, das erwirtschaftet wird, dazugerechnet werden. Daher ergibt sich auch ein sehr verzerrtes Bild.

Der Einkommensabstand ist aber — das muß man sagen — größer geworden, er konnte mit der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten: 25 Prozent der im landwirtschaftlichen Bereich erwirtschafteten Familieneinkommen sind unterhalb der Armutsgrenze, 50 Prozent der Vollerwerbsbetriebe haben ein unterdurchschnittliches Einkommen gemessen am österreichischen Schnitt.

Wenn man jetzt den Bereich betrachtet, von dem so viel die Rede ist, nämlich die bergbäuerlichen Betriebe, dann wird es besonders dramatisch. Und hier, Herr Bundesminister, kann es nicht bei Appellen und bei Versprechungen Ihrerseits bleiben, wo Sie uns bereits vor Jahren versprochen haben, Sie werden sich bemühen, im Bereich der Bergbauernförderung durch eine weitere Zonierung eine gerechtere Unterstützung auch der Bergbauern für ihre Tätigkeit im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft aufzubauen. Denn das Familienarbeitseinkommen pro Familienarbeitskraft am bergbäuerlichen Hof ergibt, umgerechnet aus den Zahlen, die im Grünen Bericht enthalten sind, 5 900 S monatlich.

Wenn ich das jetzt vergleiche etwa mit dem Einkommen, das ein Gärtner erzielt, der im Rahmen des staatlichen Monopolbetriebes Drau-Kraftwerke angestellt ist: Der Landschaftsgärtner Bergbauer kriegt 5 900 S an Einkommen im Monat, der Gärtner eines staatlichen Monopolbetriebes geht mit 18 000 S Grundgehalt nach Hause. (*Abg. Ing. Murer: Unglaublich!*)

Wenn Sie hier, meine Damen und Herren, als Sozialisten nicht endlich bereit sind, eine Umverteilung im positiven Sinne einzuleiten, daß jene, die einen wertvollen volkswirtschaftlichen Beitrag durch enorme Leistungen für diese gesamte Gesellschaft erbringen, auch etwas haben sollen von ihrer Leistung, dann müssen wir Ihre Agrarpolitik als gescheitert erklären! (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Denn, meine Damen und Herren, es geht eben nicht so, daß man mit allen möglichen Zahlen in diesem Grünen Bericht hantiert, aber dem Paritätseinkommen ausweicht. Nur dann, wenn Sie den Beweis erbringen können, daß wenigstens eine tendenzielle Annäherung an ein vorgegebenes Einkommensziel

eines durchschnittlichen Einkommens in Österreich auch in der Landwirtschaft erreicht wird, auch in jenen Bereichen, wie etwa bei den Bergbauern, wo es enorm schwierig ist, den Ertrag zu steigern, dann werden wir Ihrem Grünen Bericht mit Freude zustimmen und ihn zur Kenntnis nehmen.

Warum geht es denn in einem Land wie der Schweiz, wo man eine ähnliche bäuerliche Struktur hat, wo man ähnliche Größenordnungen hat, wo man sogar im letzten Jahr durch eine sehr detaillierte Gestaltung des Paritätslohnzieles auch den Arbeitseinsatz der Bäuerin mit in das Einkommensziel eingerechnet hat und wo man die längere Arbeitszeit des Bauern in die Einkommenszielberechnung eingebaut hat, sodaß heute der Schweizer Bergbauer ohne Veranschlagung von Subventionen, Zuschüssen, Familienbeihilfen und Nebeneinkommen zu 73 Prozent das Paritätslohnziel erreicht hat?

Herr Bundesminister! Das haben Sie bisher in Ihrem Grünen Bericht nicht gegenübergestellt. Sie haben nicht dazu Stellung genommen, daß der Abstand in der Einkommensentwicklung gerade für jene, die am schwierigsten wirtschaften, immer größer wird, weil Sie mit allen möglichen Zauberkunststücken Familienbeihilfen, Subventionen, Förderungen, die der Landwirtschaft gegeben werden, als Einkommen mit berechnen. Wenn ich das bei allen anderen auch mache, wird nämlich der Abstand noch größer werden.

Ich meine daher, daß unser freiheitliches Ziel, den Paritätslohn zu erreichen, die einzige Möglichkeit ist, um auch dieser Berufsgruppe, die sicherlich sehr hart arbeiten muß, einen gerechten Einkommensanteil zu sichern. Denn die Schweiz hat immerhin ein um 300 Prozent höheres Einkommen in der Landwirtschaft, als dies in Österreich zu verzeichnen ist.

Ich glaube, daß es nicht im Sinne des Erfinders ist, wenn jetzt Bauern in Österreich zu Gericht gehen müssen, um vor dem Höchstgericht eine gerechtere Einkommenspolitik zu erkämpfen; eine gerechtere Einkommenspolitik zu erkämpfen, Herr Bundesminister, die durch die Preisregelung und durch eine weltfremde staatliche Gestaltung der Preispolitik die Bauern zu diesem Schritt gezwungen hat.

Wir wissen, daß es ein präjudizielles Erkenntnis des Höchstgerichtes gibt, das deutlich macht, daß auch in jenen Bereichen, wo eine staatliche Preisregelung Platz greift, dem Unternehmer, dem Betriebsführer nicht nur ein kostendeckender Preis zugestanden,

Dr. Jörg Haider

sondern auch ein angemessener Gewinn ermöglicht werden muß.

Wenn sich nun die Bauern entschlossen haben, ihre gerechten Preise vor dem Gericht zu erkämpfen, wäre es doch eigentlich sinnvoller, wenn Sie endlich, bevor Sie durch ein Gerichtsurteil gezwungen werden, eine Änderung Ihrer Landwirtschaftspolitik vorzunehmen, von sich aus Gerechtigkeit walten ließen, um endlich den Bauern wenigstens kostendeckende Produktionspreise sichern zu können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man braucht es ja nur an einem Beispiel darzustellen. Österreich hält den Weltrekord in der Preisspanne zwischen Produzentenmilchpreis und Konsumentenmilchpreis. Über 7 S liegen dazwischen! In den USA ist die Spanne zwischen Produzentenmilchpreis und Konsumentenmilchpreis, beispielhaft angeführt, etwa 2,60 S.

Jetzt frage ich Sie: Wo fließt denn dieses Geld hin, das dazwischen versickert? Der Bauer hat nichts als Urproduzent, und der Konsument muß einen sündteuren Preis bezahlen und hat ebenfalls nichts von diesem System, das Sie hier aufrechterhalten.

Wollen Sie wirklich Weltrekordhalter einer unsozialen Preispolitik gegenüber den Bauern sein? Wollen Sie wirklich als jener Landwirtschaftsminister in die Geschichte eingehen, der sich ein Hobby daraus gemacht hat, den Weltrekord der unsozialen Preisgestaltung in der Landwirtschaft und auch gegenüber den Konsumenten aufrechtzuerhalten?

Darauf hätten wir gerne von Ihnen eine Antwort, wenngleich wir auch wissen, Herr Bundesminister, daß Sie ja nur ein Verursacher mit Ihrer Landwirtschaftspolitik in bezug auf die Einkommenssituation der Landwirtschaft, die uns wenig befriedigt, sind.

Ein zweiter Teil liegt sicherlich in jenem Bereich begründet, den der Herr Bundespräsident in einer seiner letzten öffentlichen Ansprachen deutlich gemacht hat. Der Herr Bundespräsident hat nämlich gemahnt und gemeint, daß es notwendig wäre, sich stärker auf die Genossenschaftsidee zu besinnen. Der Kollege Puntigam wird bald nicht mehr so freundlich fuchteln, wenn ich jetzt ein bißchen auch die Frage der Genossenschaftspolitik aufs Korn nehme.

Der Herr Bundespräsident sagt, er sei der Meinung, daß das auftauchende Unbehagen der Genossenschafter deshalb entsteht, weil sie sich bereits zu weit von ihren Idealen entfernt haben, abseits von der ursprünglichen Idee der Selbsthilfe die Funktionäre eigenständige Ziele verfolgen, und daß die Gefahr

darin besteht, daß die Genossenschaften wegen ihrer Größe und manchmal auch wegen ihrer wirtschaftlichen Monopolstellung in Versuchung gerieten, nicht mehr echte Solidaritätszuschüsse im Sinne von Selbsthilfe und Selbstverwaltung zu leisten. Sie begännen, meint er, ein Eigenleben mit selbstständigen Zielen zu verfolgen.

Meine Damen und Herren! Der Bundespräsident ist sicherlich über jeden Zweifel erhaben, daß er hier parteipolitische Akzente setzen wollte. Der Herr Bundespräsident hat ein Kernproblem des Schicksals der Bauernschaft in Österreich angesprochen, daß die Genossenschaften, die schwerpunktmäßig von schwarzen Funktionären österreichweit dominiert sind, sich weit vom Gründergedanken der ursprünglichen Idee entfernt haben. Die Demokratie in den Genossenschaften wurde abgelöst durch eine Herrschaft der Technokraten. Die Subsidiarität als wesentliches Ziel des Genossenschaftswesens wurde durch Fusion und Zentralismus ins Gegenteil verkehrt.

Die Parteiinteressen haben dem Genossenschaftsgedanken das Rückgrat gebrochen, Funktionäre diktieren Bauern, Bauern kuschen. *(Zwischenruf der Abg. Ottilie Rochus.)*

Ich rede von den landwirtschaftlichen Genossenschaften, Frau Kollegin. Sie sollten das nicht bewußt mißverstehen, was auch Ihre eigene Fraktion trifft. Denn Sie haben in einem mindestens so hohen Ausmaß schuld daran wie diese Regierung, daß es den Bauern heute so schlecht geht; weil Sie durch Ihre Funktionäre, durch dieses Genossenschaftswesen die Bauern in einer Art und Weise ausbeuten, wie es nicht mehr höher gehen kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich sage das ganz emotionslos, weil es viele Beispiele gibt, daß gerade das Genossenschaftssystem in der Landwirtschaft — sicherlich auch in anderen Bereichen, aber hier steht die Landwirtschaft zur Diskussion — eine neue Untertänigkeit der Bauern begründet hat und daß eine neue Klasse von Genossenschaftsfunktionären heute die Bauern beherrscht, die sich längst schon von den Lebensinteressen der Bauernschaft entfernt haben. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Über die Genossenschaften zu den Genossen!)*

An einigen Beispielen dargestellt, damit Sie nicht sagen, das stimmt nicht, Frau Kollegin Wieser. *(Abg. Helga Wieser: Was haben Sie für eine Ahnung davon? — Abg. Dr. Gradenegger: Er wird es Ihnen gleich*

13220

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Dr. Jörg Haider

sagen!) Ihr Zwischenruf, Frau Kollegin Wieser, zeigt nur, wie grenzenlos die Arroganz der Genossenschaftsfunktionäre bereits geworden ist.

Ich zitiere Ihnen ein Beispiel: Ein Getreidehändler in einer niederösterreichischen Gemeinde eröffnet einen neuen Betrieb. Er bietet den Bauern mit einem Rundbrief an, daß er ihnen zwischen 2 und 5 Groschen Prämie geben würde, wenn sie das Getreide bei ihm abliefern. Er gibt ihnen aus seiner Handelsspanne einen Zuschuß und erhöht damit die Einkommensentwicklung der Bauern.

Was macht das Lagerhaus? Was macht die Genossenschaft? Sie bringt eine gerichtliche Klage ein mit einem Streitwert von 1 Million Schilling, daß es zu unterbleiben hat, daß die Bauern mehr Einkommen erzielen dürfen. Und die Bauern müssen mit ihren Geldern, die sie in der Genossenschaft abliefern, den Prozeß auch noch bezahlen! Ja, Frau Kollegin Wieser, ist das wirklich erfunden? (Abg. Helga Wieser: Sie können ja aus der Genossenschaft austreten, es zwingt Sie ja kein Mensch zu bleiben! — Abg. Dr. Gradenegger: Terror! Fragen Sie den Ausschußobmann Deutschmann!)

Das ist die Einstellung der Genossenschaftsfunktionäre. Sie sagen, sie können ja austreten. Die Genossenschaften haben doch ein Monopol in vielen Bereichen errichtet. Sie wissen genau, daß die Bauern völlig allein dastehen würden, wenn diese Genossenschaften sie ausschließen. Und auf das spekulieren Sie, daß Sie Abhängigkeit für Ihre politischen Zwecke mißbrauchen können. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Beispiel. Die Molkereigenossenschaft — wiederum in Niederösterreich passiert — führt eine Depotpflicht für den Gewerbetreibenden ein und sagt: Lieber Freund! Wir liefern dir nur, wenn du mindestens 20 000 S für die Waren, die man dir liefert, deponierst. Zinsenfrei selbstverständlich. Wenn der eine Betriebsprüfung hat, muß er das als Gewinn versteuern.

Die Kasse, die Genossenschaft macht Geld mit dem kleinen Mann. Wo sieht der Bauer etwas von diesem Depotgeld? Wo hat sich sein Michpreis erhöht?

Oder, um es auf die Spitze zu treiben, was in den letzten Monaten im Kärntner Raum passiert ist. Hier haben wir eine Genossenschaft, die Monopolcharakter im gesamten Kärntner Oberland bis weit nach Mittellkärnten hinein hat, die Oberkärntner Molkerei. Einige Bauern haben Mißstände kritisiert,

einige Bauern haben Veruntreuungen aufgedeckt, die bereits gerichtlich abgehandelt sind. Und wie schaut der Dank an diese Bauern aus, die in der Genossenschaft Ordnung machen wollten? Man hat diese Bauern ausgeschlossen, man zwingt sie jetzt, für ihre Milch eine Schüttgebühr von 20 Groschen plus Mehrwertsteuer zu zahlen, wenn sie sie überhaupt noch anbringen wollen.

Das heißt, daß in den letzten vier Monaten, seit man diese aufrechten Bauern ausgeschlossen hat, jedem einzelnen ein Schaden von mindestens 50 000 S entstanden ist. (Abg. Dr. Gradenegger: Hört!, hört! — Abg. Dkfm. Bauer: Unglaublich, aber wahr! — Abg. Ottilie Rochus: Sind Sie ein Bauernvertreter?)

Es tut Ihnen weh, daß wir das hier aufs Tapet bringen. Ich bin kein Bauer, aber ich habe ein Herz für jene Bauern, die anständig geblieben sind und die sich nicht diesem Korruptionsdruck in den Genossenschaften beugen wollen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, Frau Kollegin. (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Gradenegger: Genossenschaftsterror!)

Präsident Thalhammer: Herr Abgeordneter Gradenegger! Ich bitte Sie, sich mit solchen Ausdrücken zurückzuhalten.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (fortsetzend): Also haben wir, meine Damen und Herren, hier einen Musterfall des Mißbrauchs der Monopolstellung der Genossenschaft gegenüber den Bauern. (Abg. Dkfm. Bauer: Da wäre eine Bauernbefreiung notwendig!)

In dieser Genossenschaft passiert nun folgendes: Nachdem man die Bauern ausgeschlossen hat, wird ein Gerichtsverfahren durchgeführt. Eine Angestellte und ihr Mann geben in diesem Gerichtsverfahren zu, daß sie in einem Filialbetrieb der Oberkärntner Molkerei über 850 000 S unterschlagen haben. (Abg. Frodl: Das gibt es überall!) Es ist ein schwacher Trost, daß es das überall gibt. (Abg. Frodl: Leider!)

Die Bauern haben es aufgedeckt, die Gerichte befassen sich damit. Es wird zugegeben von den Angeklagten, daß sie 850 000 S unterschlagen haben.

Was macht die Genossenschaft? Ich habe die Vereinbarung hier. Die Genossenschaft — sprich ihre Funktionäre, nicht die Bauern — schließt eine Vereinbarung mit den Angeklagten, die Bauerngeld veruntreut haben, daß sie sich nur im Ausmaß von 250 000 S geschädigt erklärt.

Dr. Jörg Haider

Meine Damen und Herren! Hier wird Bauerngeld von Genossenschaftsfunktionären gestohlen im wahrsten Sinne des Wortes! Und das ist es, was wir angreifen, daß dieses System, dieser Monopolcharakter der Genossenschaften dazu führt, die Bauern auszubeuten, anstatt ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)* Und wir werden nicht ruhen hier im Parlament, bevor es nicht zu einer Erneuerung des Genossenschaftsrechtes kommt, wo weniger Monopol, weniger Vormacht und mehr Gerechtigkeit auch für die Bauern möglich sein wird. Denn die Folge dieser Politik, meine Damen und Herren — und ich bin überzeugt, daß das viele ÖVP-Mandatare auch nachdenklich machen wird —, die Folge dieser Politik ist doch die ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Das ist Ihnen unangenehm, ich weiß es. *(Abg. Helga Wieser: Ich bin dafür, daß so etwas bereinigt wird!)* Ja glauben Sie, daß es bereinigt ist, wenn eine Genossenschaft, wenn ihre Funktionäre auf Geld, das den Bauern gestohlen wurde, großzügig verzichten? Ist das eine Bereinigung in Ihrem Sinn? *(Abg. Helga Wieser: Ich habe nicht gesagt, daß es eine Bereinigung ist, sondern ich bin froh, wenn so etwas bereinigt wird!)* Also warum tun Sie nichts? In dieser Genossenschaft dominiert der Bauernbund.

Wissen Sie, was Sie tun? Ich sage Ihnen jetzt genau, was Sie tun: Sie ändern jetzt die Zusammensetzung der Delegierten in der Genossenschaft — hier habe ich das Schriftstück —, damit Sie eine Zweidrittelmehrheit des ÖVP-Bauernbundes in dieser Genossenschaft haben, damit niemand mehr hinter die Karten schauen kann, damit niemand mehr in die Akten schauen kann, was noch alles stinkt in dieser Genossenschaft. Das ist die Demokratie, Herr Kollege Deutschmann, das ist die Demokratie, die Sie hier predigen! *(Abg. Hietl: Kommen Sie einmal zu mir in die Genossenschaft, dann werden Sie sehen, was wo stinkt!)* Wir haben mit der OKM genug zu tun. *(Abg. Hietl: Das ist eine unerhörte Frechheit!)*

„Eine unerhörte Frechheit“: Herr Präsident, bitte das zur Kenntnis zu nehmen. Dafür, daß man Fakten bringt.

Präsident **Thalhammer** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ja wirklich nicht notwendig! Bitte sich doch ein bißchen zurückzuhalten!

Das Wort hat der Herr Dr. Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider *(fortsetzend)*: Dafür, daß man Fakten aufwirft, braucht man niemanden zu beschimpfen. Denn, meine Damen und Herren, Sie haben im Bauernbund in den letzten Wochen versucht, in internen Abstimmungen die Delegiertenschlüssel und die Anzahl der Vertreter festzulegen für neue Bezirke, damit Sie sich Ihre Mehrheiten sichern in der OKM. Das, meine Damen und Herren, ist die Form der Bevormundung, der neuen Untertänigkeit, die Sie im Genossenschaftswesen aufbauen. Und wenn Sie diese Regierung kritisieren, haben Sie dann erst ein moralisches Recht, deren diktatorische Maßnahmen dort und da zu kritisieren, wenn Sie im eigenen Bereich Ordnung machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn die Folge dieser Politik ist doch die, am Beispiel der Oberkärntner Molkerei gezeigt, daß man jetzt den Bauern 6 Groschen Milchgeld, das sie vor Jahren bekommen haben, streicht, weil die Molkerei ebenfalls in Verluste geraten ist. Ja, meine Damen und Herren, hier kann man doch nicht mehr von einer verantwortungsbewußten, korrekten Politik gegenüber den Bauern sprechen!

Ich meine daher, daß ein Autor, der sich sehr eingehend mit dem Genossenschaftswesen befaßt hat, recht hat, wenn er in einem kürzlich veröffentlichten Aufsatz gesagt hat: Dort, wo das Genossenschaftswesen in unserer Republik keinen Platz mehr hat, ist der Weg zu einer totalitären Gesellschaft eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich sage diese Dinge heute ganz bewußt, weil ich glaube, daß es einen Selbstheilungsprozeß innerhalb dieser landwirtschaftlichen Genossenschaften geben muß, wollen wir verhindern, daß per Dekret ein Weg beschritten wird, der mehr Staat für die Bauern bedeutet, um dort drinnen Ordnung zu machen. Verhindern wir diesen Weg! Wirken wir mit, daß wieder Demokratie in diese Genossenschaften einzieht und daß auch jene Bauern dort mitreden dürfen, die sich um eine Kontrolle und um Ordnung in diesem System bemühen! *(Beifall bei der FPÖ.)* ^{13.35}

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden. Ich erteile es ihm.

^{13.36}

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich mich schon darüber freuen, daß der Grüne Bericht heuer außer Streit steht, was die Inhalte, was die Darstellung und was die Zahlen betrifft.

13222

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Meine Beamten haben sich sehr darüber gefreut, daß dieser Umstand schon im Ausschuß klargestellt worden ist, denn im Vorjahr war das nicht so. Ich möchte schon daran erinnern, daß wir im Vorjahr darüber debattieren mußten. Das zunächst zur Einleitung.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, wenn man dieser Debatte folgt, wie sie sich heute vollzieht, und den Oppositionsabgeordneten aufmerksam zuhört, dann müßte man den Eindruck gewinnen, wir hätten eine verelendete Landwirtschaft. Ich kann das nicht anders sagen.

Ich sage Ihnen: Ich bin nicht blind für die ernstesten Sorgen und Probleme, die es in der Landwirtschaft gibt. Da wäre ich ja fehl am Platz. Ich weiß, daß wir ganze Problemregionen haben, ich kenne Höfe, die nicht erschlossen sind, die schlechte Wirtschaftsgebäude haben, wo die Maschinenausstattung nicht da ist und kaum finanziert werden kann. Aber wenn Sie durch das Land fahren und wenn Sie Ihre eigenen Betriebe anschauen, soweit Sie Bauern sind, so können Sie doch nicht außer Streit stellen, daß die Anzahl der Betriebe in einem Maße steigt, das erfreulich ist (*Beifall bei der SPÖ*), mit neuen Wirtschaftsgebäuden, mit neuen Wohngebäuden, mit modernen Güterwegen, mit einer Maschinenausstattung, die mitunter das übertrifft, was notwendig wäre. Es kann doch nicht bestritten werden, daß es in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft vorwärtsgeht. Wer einigermaßen die Augen offen hat, wird das zugeben.

Herr Abgeordneter Riegler, weil das heute einige Male so durchgeklungen hat: Ich weiß schon, daß die Agrarpolitik, die Preispolitik, die Frage der Entwicklung der Betriebsmittel für die Bauern ungewöhnlich wichtig ist und daß das Wetter allein letzten Endes nicht das Einkommen ausmacht. Weil ich das weiß, darf ich doch auch darauf hinweisen: Würden wir dieselbe Agrarpolitik machen wie in anderen Ländern, dann hätten wir die gleiche Einkommensentwicklung, wie wir sie etwa in der Europäischen Gemeinschaft haben. Sehen Sie sich doch die Vergleiche an. Also die Politik wirkt sich natürlich aus.

Was ich meinte, und darüber diskutieren wir jetzt fast bei jeder Debatte über den Grünen Bericht, ist, daß der Rothertrag mit dem Einkommen ungewöhnlich stark korreliert, also das Einkommen hängt nun einmal vom Rothertrag ungewöhnlich stark ab. Das kann man doch auch nicht bestreiten.

An Hand des Grünen Berichtes, den wir heute diskutieren, einige Feststellungen:

Wir haben 1980, im Jahre zuvor, eine Endproduktion von 66,25 Milliarden Schilling gehabt. Gegenüber dem Vorjahr 1979 — deshalb war das ein sehr erfolgreiches Jahr für die Bauern — war das eine Steigerung von nahezu 11 Prozent beim Rothertrag.

Wir haben 1981 eine Endproduktion von 66,95 Milliarden Schilling. Wenn wir es einfacher darstellen: keine Änderung. Ein minimaler Zuwachs, ein Zuwachs, der etwa 1 Prozent beträgt. Wenn Sie nun die Inflationstangente berücksichtigen, müssen Sie bei diesem Rothertrag, der nicht gewachsen ist — wir haben eine schwächere Ernte gehabt —, zwangsläufig, gemessen an einem ausgezeichneten Jahr, ein schlechteres Ergebnis haben.

Ja, Sie haben schon recht, daß es sich keine Berufsgruppe bieten lassen würde innerhalb der Unselbständigen, daß das Einkommen im Jahr um 4 Prozent real zurückgeht. Da haben Sie recht. Aber es gibt auch keine Berufsgruppe bei den Unselbständigen, wo es etwa so aussieht, daß der reale Einkommenszuwachs 18 Prozent ausmacht. Das ist die andere Seite.

Wir haben innerhalb der Land- und Forstwirtschaft keine lineare Einkommensentwicklung, sondern eine Einkommensentwicklung, die von vielen Faktoren beeinflusst wird. Ein starker Faktor ist sicher der Rothertrag.

Jetzt diskutieren wir den Grünen Bericht 1981 angesichts einer Ernte, die alles übertrifft, was je da war seit Menschengedenken. Auch mit vielen Problemen!

Wer würde denn bestreiten, daß die Holzmarktsituation für die Bauern, die auf die Waldwirtschaft angewiesen sind, äußerst unerfreulich ist? Wer würde bestreiten, daß die Weinbauern, die etwa auf den Traubenverkauf angewiesen sind, die bei keiner Genossenschaft sind — da darf ich auch schon auf den Wert der Genossenschaften hinweisen —, die keine eigene Kellerwirtschaft haben, die auf den Tagespreis, den ihnen der Sensal geboten hat, angewiesen waren, daß diese Bauern heuer dafür bezahlen, daß sie in anderen Situationen den guten Tageskurs ausnützen können? Das alles liegt auf der Hand. Wir haben eine Fülle anderer Fragen, die uns Sorgen bereiten. (*Abg. Deutschmann: Das interessiert Sie ja nicht mehr!*)

Das interessiert, glaube ich, uns alle, Herr Abgeordneter! Das können wir sicher außer Streit stellen. Da sind wir uns einig. Deshalb bin ich ja der Auffassung und vertrete diese Meinung immer wieder, daß in der Landwirtschaft nur ein langfristiger Einkommensver-

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

gleich möglich ist und kein anderer. Und jetzt machen wir halt den! Sie haben es im Grünen Bericht stehen: Von 1970 bis 1981, in diesem langfristigen Vergleich, haben wir einen nominellen Zuwachs von 183 Prozent, real 44 Prozent, also im jährlichen Durchschnitt 3,4 Prozent.

Herr Abgeordneter Riegler! Den Zuwachs zwischen 1966 und 1969 will ich Ihnen nicht mehr vorrechnen. Sie kennen ihn ohnehin. Ich gebe zu, das liegt schon so weit zurück, daß wir darüber nicht mehr zu reden brauchen. Auch nicht darüber, daß damals in den Hauptbereichen der agrarischen Produktion, in den preisgeregelten, die Preise kein einziges Mal geändert worden sind. Aber lassen wir das Thema. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: 76, 79!*)

Wichtig ist die Zukunft! Und wichtig ist die Periode, die wir jetzt überschauen können. Aber auch die Entwicklung innerhalb der Produktionsgebiete von 1970 bis 1981 scheint mir wichtig zu sein. Wir haben 1970 im südöstlichen Flach- und Hügelland das niedrigste Gesamteinkommen gehabt. Im südöstlichen Flach- und Hügelland hat damals das Einkommen etwa 81 000 S betragen. Das Gesamteinkommen beträgt heute 233 000 S. Das ist ein Plus von 187 Prozent. Dieses Gebiet hat aufgeholt. Warum? Weil im Durchschnitt aller Produktionsgebiete das Einkommen einen Zuwachs von 157 Prozent aufweist, also von 97 000 S auf 248 000 S gestiegen ist. In den Alpengebieten betrug es 1970 rund 92 000 S, 1981 256 000 S; das ist ein Plus von 180 Prozent. Eindeutig überdurchschnittlich! Darüber dürfen wir uns doch auch freuen, daß dort, wo die Bergbauern zu Hause sind, der Einkommenszuwachs besser war als anderswo. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir also einen Paritätsvergleich mit den unselbständig Erwerbstätigen heranziehen und diese 3,4 Prozent jährlich vergleichen, dann kommen wir bei den unselbständig Erwerbstätigen, und zwar bei den Industriearbeitern, im selben Zeitraum auf jährlich 2,7 Prozent. Niemand kann bestreiten, daß damit die Bauern im innerösterreichischen Paritätsvergleich erfreulicherweise aufgeholt haben.

Wir haben diese Studie, die auf den Grundlagen des Ordinariats für Betriebswirtschaft der Universität für Bodenkultur gemacht worden ist. Wenn wir diese fortrechnen, kommen wir zum folgenden Paritätsvergleich: Im Jahre 1981 betrug der Monatsverdienst je Industriearbeiter netto — netto natürlich! — 10 008 S, das Monatsnettogesamteinkommen je Familienarbeitskraft 9 019 S; das ist ein

Rückstand von 989 S. 1975 hat dieser Rückstand noch 1 367 S betragen und damit 90 Prozent des Einkommens der Industriearbeiter. Ich zitiere nur diese Studie und die Fortrechnung auf den Grundlagen dieser Studie.

Aber wenn Sie einen anderen Zeugen brauchen dafür, daß die Landwirtschaft aufgeholt hat, dann darf ich den Dozenten Dr. Matthias Schneider vom Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut zitieren. Er hatte bei seinem Pressegespräch, als er die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vorgelegt hat, in seinen Unterlagen ein Papier, aus dem folgendes hervorgeht:

Von 1970 bis 1980 ist das Volkseinkommen je Erwerbstätigen um durchschnittlich 9,6 Prozent gestiegen, das Volkseinkommen je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft jedoch um 10,1 Prozent; also eine deutlich bessere Entwicklung. Das Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer ist im Durchschnitt dieses Zeitraumes um 9,8 Prozent gestiegen, die landwirtschaftlichen Einkommen je Familienarbeitskraft um 10,8 Prozent; also um ein volles Prozent günstiger. Das kann doch niemand bestreiten! Wie problematisch Paritätsvergleiche sind, das wissen wir alle. Wie soll man denn das vergleichen? Man kann sicher nur Netto- mit Nettobezügen vergleichen. Wie bewerten wir die Eigenentnahmen? Wie bewerten wir die Wohnmöglichkeit? Ein Paritätsvergleich ist halt kompliziert. Aber ich würde mich nur freuen, wenn wir in der § 7-Kommission möglichst bald zu einer Einigung kommen, wie der Paritätsvergleich vorzunehmen wäre.

Herr Kollege Riegler! Weil Sie die Zeit von 1976 heraufrechnen und sagen, geringere Zuwächse — wir haben ja noch reale Einkommenszuwächse — als zuvor, und das würde sich mit meiner Regierungsverantwortung decken, muß ich Ihnen sagen: Das kommt mir gerade so vor, als ob Sie mich verantwortlich machen dafür, daß international die Zuwächse beim Bruttonationalprodukt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre geringer sind als in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Genauso kommt mir das vor! (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Zufälligerweise!*)

Aber Herr Kollege Riegler! Auch da ist natürlich die Frage: Welchen Ausgangspunkt nimmt man? (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: 76!*) Wenn Sie ein Jahr weniger nehmen — ich habe erst im Herbst 1976 die Verantwortung übernommen —, wenn Sie nur das eine Jahr wegrechnen, haben Sie plötzlich eine beachtliche Veränderung, nämlich statt 5 Prozent plus real für den gesamten Zeitraum haben Sie dann im Durchschnitt statt 1 Prozent real

13224

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

2 Prozent real pro Jahr. Wenn Sie die letzten beiden Jahre nehmen, haben wir im Durchschnitt 5,5 Prozent real, und wenn Sie die Zeit seit 1970 nehmen, die besagten 3,4 Prozent. Nächstes Jahr reden wir weiter. Ich stehe Ihnen dann wieder zur Verfügung, wie ich doch annehme. Da reden wir dann weiter. *(Abg. Dr. Wiesinger: Das glaube ich nicht!)* Dann haben wir die Ergebnisse 1982. Es wird mir ein Vergnügen sein, mit Ihnen dann darüber zu diskutieren. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Wiesinger: Das Vergnügen wird Ihnen nicht mehr zuteil werden!)*

Meine Damen und Herren! Wie sieht die Einkommensentwicklung im internationalen Vergleich aus, wenn wir sie mit jener der Europäischen Gemeinschaften vergleichen? Wenn Sie die Jahre 1973, 1974 und 1975 im Durchschnitt mit 100 annehmen, dann haben Sie in der Bundesrepublik 1975 genau diesen Index 100 und im Jahre 1980 81,2; also beträchtliche Einkommensverluste der Bauern in der Bundesrepublik Deutschland. In der Neunergemeinschaft haben Sie im Jahr 1975 den Index 97,2 und im Jahr 1980 den Index 90, also insgesamt ein eindeutiger Einkommensverlust.

In Österreich war 1975 der Index 93,7, 1980 betrug er 122, um einen Vergleich zu haben. So sieht es aus!

Ich möchte Ihnen eine Statistik nicht verheimlichen, die von der COPA stammt. Die COPA ist die internationale Organisation der Landwirtschaftsverbände, der freiwilligen Interessenverbände, wenn man so will. Diese Studie der COPA schaut folgendermaßen aus: In Deutschland 1979 minus 21,9 Prozent, 1980 minus 12,6 Prozent, 1981 minus 7,2 Prozent, und zwar real und nicht nominell! Im EG-Durchschnitt insgesamt sind es 1979 minus 7,5 Prozent, 1980 minus 14,2 Prozent und 1981 minus 4,8 Prozent. In Österreich haben wir 1981 minus 4 Prozent, 1980 haben wir plus 18 Prozent, 1979 haben wir minus 9 Prozent. Insgesamt bleibt ein Plus über. Das ist der internationale Vergleich mit der Europäischen Gemeinschaft.

Weil Sie, Herr Kollege Riegler, die zweite Hälfte der siebziger Jahre so unter die Lupe nehmen, bringe ich einen weiteren Vergleich der Realeinkommen in der Landwirtschaft innerhalb der EG. Das ist in „Agrar-Europä“ einmal veröffentlicht worden. Hier werden die Zeiten von 1968 bis 1973 und von 1973 bis 1979 gegenübergestellt. Dort haben sie insgesamt im Durchschnitt von 1968 bis 1973 einen Zuwachs von jährlich 6,8 Prozent und von 1973 bis 1979 ein Minus von etwa 2 Prozent.

Sie sehen also, daß international die Zeit für die Landwirtschaft in den zu Ende gehenden siebziger Jahren schwieriger geworden ist. Das ist ja auch klar, weil wir die Weltwirtschaftskrise haben, weil wir die Energieverknappung haben, weil auch die Absatzprobleme schwieriger geworden sind, und vieles andere mehr.

Ich würde Sie also bitten, das doch auch ein bißchen bei Ihren Überlegungen zu berücksichtigen, wobei ich natürlich Verständnis habe, daß eine große Oppositionspartei vor einer Wahl das Problem natürlich nicht ganz unpolemisch sehen kann. Da habe ich für Sie Verständnis; das darf ich Ihnen versichern.

Zur Einkommensentwicklung für die Bergbauern. Herr Abgeordneter Riegler! Das Institut für Bergbauernfragen hat in einer Unterlage vorgerechnet und ermittelt, daß das landwirtschaftliche Bergbauerneinkommen von 1975 bis 1981 Zuwächse hat, die eindeutig über dem Zuwachs des Bundesmittels liegen: Im Bundesmittel 8 397 S durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von 1975 bis 1981 und 10 094 S für die Bergbauern. Die Bergbauern haben also eindeutig aufgeholt. Einer Zuwachsrate von 5,7 Prozent steht eine Zuwachsrate von 9,3 Prozent gegenüber.

Ich möchte zusammenfassend zu diesem Teil nur das eine sagen: Die landwirtschaftlichen Einkommen haben unbestreitbar gegenüber vergleichbaren Berufsgruppen in Österreich aufgeholt, etwa gegenüber den Industriearbeitern. Die landwirtschaftlichen Einkommen in Österreich haben sich eindeutig günstiger entwickelt als im westlichen Ausland. Die landwirtschaftlichen Einkommen zeigen ein Bild, wonach die Bergbauerneinkommen deutlich aufgeholt haben. Auch darüber sollten Sie sich mitfreuen können. Das würde ich mir einmal wünschen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der wichtigste Maßstab dafür, wie es den Bauern geht, ist ganz sicher der Verbrauch. Wir haben laut Grünem Bericht in den Jahren 1979 bis 1981 einen bäuerlichen Konsum, der um 19 Prozent gestiegen ist: 1979 161 000 S, 1980 175 000 S, 1981 190 000 S. Nun, meine Damen und Herren, natürlich auch ein Einbekenntnis: Das sind Durchschnittswerte. Das sind österreichische Durchschnittswerte. Es ist unbestritten — das wird vor allem von mir nicht bestritten —, daß es zahllose Betriebe und Familien gibt, die innerhalb der Einkommenstruktur unten liegen, die die schlechteren Voraussetzungen haben und die wahrlich um ihre Existenz raufen müssen.

Deshalb gibt es unsere Bemühungen um

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

direkte Einkommenshilfen, die zuerst belächelt worden sind und heute noch negiert und bagatellisiert werden. Es ist ja der Sinn des Bergbauernzuschusses, daß wir, wenn wir schon nicht einen Ausgleich anbieten können, doch eine Hilfestellung geben, um die naturgegebenen Bewirtschaftungsnachteile so auszugleichen, daß die Betriebe existieren können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Über den Reinertrag haben wir uns hier ja schon wiederholt unterhalten. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die Reinertragslehre ja schon um die Jahrhundertwende zu Grabe getragen worden ist. Der gute Thier lebt schon lange nicht mehr, er ist im 19. Jahrhundert mit seinen Theorien letzten Endes, ich will nicht sagen gescheitert, aber er wurde nicht bestätigt von der Geschichte. *(Abg. Dr. Wiesinger: Da geht es ihm wie Marx! — Abg. Deutschmann: Sie reden im Bericht über den Reinertrag!)* Ja, reden wir über den Reinertrag. Wollen Sie eine andere Grundlage als den Reinertrag? Wollen Sie eine andere Grundlage für die Bemessung der Einheitswerte? Da brauchten wir dann eine allgemeine Steuerdebatte. Da ist die Frage: Wie schaut es aus mit der Pauschalierung? Daraus ergibt sich dann eine Fülle von Problemen. Es muß die Frage der Steuerleistung insgesamt diskutiert werden, wenn Sie das wollen. Ich würde das nicht wollen, ich würde das gerne vermeiden als Landwirtschaftsminister im Interesse unserer Bauern. Zum Wohle unserer Bauern würde ich diese Fragen lieber nicht anschneiden. *(Abg. Kern: Stadtgemeinde Wien — 8 Millionen Verluste im vergangenen Jahr!)*

Aber jetzt zum Reinertrag. Herr Präsident, darf ich Ihnen erläutern, wie es mit dem Reinertrag aussieht? Der Reinertrag ist doch ein Maßstab, der für einen bäuerlichen Betrieb von seiner Konstruktion her nicht typisch sein kann. Alle reden vom Reinertrag, aber offenbar diskutieren wir zuwenig darüber, was der Reinertrag eigentlich ist. Das ist ein Betrieb, bei dem man von der Fiktion ausgeht, daß er nur mit Lohnarbeitskräften geführt wird. Nur mit Lohnarbeitskräften! Wo haben Sie den heute? Heute haben wir bestenfalls familieneigene Arbeitskräfte. In den Gutsbetrieben haben wir noch Lohnarbeitskräfte. Der Reinertrag ist ein Betrieb, von dem man annimmt, daß er schuldenfrei ist, daß er ausgedingefrei ist, daß er mit fremden Arbeitskräften arbeitet und daß er zinsfrei ist. Er müßte pachtfrei und ausgedingefrei sein. Jetzt frage ich Sie: Können Sie mir solch einen Betrieb unter den österreichischen

bäuerlichen Betrieben zeigen? Den haben wir einfach nicht.

Man geht also davon aus, daß zunächst das Bewirtschafterehepaar aus guten Gründen nach dem Kollektivvertrag entlohnt wird und ein Betriebsleiterzuschlag dazukommt. Daß natürlich ein volles vergleichbares Einkommen und dann die Verzinsung zusätzlich nicht sehr wahrscheinlich sind, hat man schon um die Jahrhundertwende diskutiert. Der bäuerliche Betrieb ist ja Arbeitsplatz für die Bauern, der bäuerliche Betrieb ist ja keine Kapitalanlage. Im Frühkapitalismus ist man davon ausgegangen, daß sich auch das land- und forstwirtschaftliche Grundvermögen wie jede andere Kapitalanlage kapitalisieren müßte. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Warum war bis 1973 eine Verzinsung gegeben?)* Das war nie der Fall. Das ist eine Illusion, wenn Sie dieser Vorstellung nachhängen. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Das wollen Sie nicht hören, daß bis 1973 eine Verzinsung gegeben war!)*

1970 haben wir im Hauptvergleichsbetrieb 1 500 S Reinertrag gehabt pro Hektar, im Jahr 1978 waren es dann 3 088 S, im Jahr 1980 waren es 3 282 S, im Jahr 1981 583 S, 1982 werden wir sehen, da wird er wieder ansteigen. Das ist der Vergleichsbetrieb, der ideale Betrieb mit den besten Voraussetzungen, der Hauptvergleichsbetrieb, der letzten Endes auch die Grundlage für die Einheitsbewertung ist, von dem man ausgeht. Wenn Sie das System ändern wollen, müssen Sie dem Herrn Finanzminister einen Brief schreiben. Ich werde ihm einen Brief schreiben, daß ich nicht dafür bin, daß ich glaube, daß die Bauern beim bisherigen System besser fahren. Aber wenn Sie diese Frage aufrollen wollen, brauchen Sie sich nur an den Herrn Bundesminister für Finanzen zu wenden.

Meine Damen und Herren! Ich muß mich doch noch mit einigen Fragen auseinandersetzen, die in der Debatte aufgerollt worden sind. Soviel Zeit müssen Sie mir geben, das geht nicht anders.

Herr Kollege Riegler! Zu den Holzimporten. Sie hätten nicht so argumentieren sollen. Ich habe strikte Weisung gegeben — strikte Weisung —, rigoros die phytosanitäre Kontrolle vorzunehmen. Wenn Sie das so in den Raum stellen, dann, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Riegler, ist das ein unberechtigtes massives Mißtrauen gegen meine Beamten. Gestatten Sie, daß ich meine Beamten im Hohen Haus nicht so hinstellen lasse. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Schauen Sie sich das an! Wir haben das gesehen!)* Es sind im übrigen zum Teil Beamte der Landesforstinspektion, die da mitwirken. Ich glaube, so kann man das

13226

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

nicht machen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ja, ich bin gleich soweit. Auf die Straßen möchte ich gar nicht eingehen. Das ist eine Landesstraße, die da gebaut worden ist. Reden Sie mit der Landesregierung, warum die Landesstraße dort so geschwind gebaut worden ist.

Aber nun zu den Zahlen, Herr Kollege. Wir haben 1981 (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) — Herr Kollege, hören Sie ein bisschen zu, dann wissen Sie, wie sie funktioniert und wie streng sie vorgenommen wird — 78 Transporteinheiten zurückgeschickt. Es waren in den ersten neun Monaten des Jahres 1982 378 Transporteinheiten. Wenn Sie behaupten, daß da nicht verschärft kontrolliert wurde, dann gehen Sie an den Tatsachen vorbei. Bitte, eines kann die phytosanitäre Kontrolle nicht sein: Sie kann keine handelspolitische Barriere sein. Handelspolitik können wir damit nicht machen. Da würden wir jämmerlich Schiffbruch erleiden, denn da gibt es sofort die Retorsion. So geschwind können Sie gar nicht schauen, daß nicht Gegenmaßnahmen des Auslandes kämen.

1981 wurden 3 000 Festmeter zurückgeschickt, in den ersten neun Monaten des Jahres 1982 10 200 Festmeter.

Wir haben den slowakischen Forstminister gebeten, sich einer Selbstbeschränkung zu unterziehen. Wir werden es beim kommenden Besuch wiederholen, das kann ich Ihnen jetzt schon versprechen. Es wird sich eine Möglichkeit ergeben.

Aber Selbstbeschränkung sollte man auch in Österreich haben. Ich habe das in der Eile nicht prüfen können. Aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir helfen. Ich höre, daß die Lagerhausgenossenschaften im Waldviertel tschechisches Eichenbrennholz zu sehr, sehr niedrigen Preisen anbieten und gut verkaufen, und das Bauernholz bleibt im Wald liegen. So geht es eben auch nicht, wenn das stimmt. Bitte gehen Sie auch der Sache nach. (*Hört!-Hört!-Rufe bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich werde mich an die Genossenschaft wenden. Ich habe das gestern erfahren; ich habe es bis heute nicht überprüfen können.

Noch etwas zum Wirtschaftsrat. Ich werde den Verfassungsdienst einladen, zu prüfen, welche Aufgaben der Wirtschaftsrat hat und ob es Aufgabe des Wirtschaftsrates ist, polemische Resolutionen gegen den Landwirtschaftsminister zu beschließen in Fragen, die mit der Geschäftsführung und mit der Wirtschaftsführung, mit der Wirtschaftlichkeit der Bundesforste wirklich nichts zu tun haben. Aber ich werde den Verfassungsdienst bitten,

diese Frage sehr rasch zu prüfen, und wenn er zu einem anderen Ergebnis kommt, werden wir das natürlich akzeptieren. Das ist gar keine Frage.

Herr Kollege Murer! Sie machen es mir ja beide schwer, der Kollege Riegler und Sie. Der Kollege Riegler sagt — nicht ganz zu Unrecht —, wir müssen die Bauern halten. Es ist gut, wenn die Abwanderung nicht so weitergeht wie bisher. Und Sie sagen, der Landwirtschaftsminister ist schuld, weil er immer mehr Bauern in das finstere Wasserloch des Bermudadreiecks stürzen läßt. Also wie kommen wir da jetzt zurecht? Die Wahrheit liegt ja in der Mitte. Vom Bauernbund ist immer wieder kritisiert worden, daß die Abwanderung viel zu hoch wäre. Jetzt geht die Abwanderung erheblich zurück; jetzt spricht der Herr Abgeordnete Riegler von einer versteckten Arbeitslosigkeit. Ich würde sagen, die Wahrheit liegt wirklich in der Mitte. Die Strukturänderung geht weiter, und ohne Abwanderung wird es wahrscheinlich auch in Zukunft nicht gehen, wie ich glaube. Wir sollten uns aber freuen, daß die Abwanderung zurückgegangen ist, und ich verkenne nicht das Problem, daß die Arbeitsplatzsituation in Österreich das mit bewirkt hat. Es wäre ja unklug, das bestreiten zu wollen. Natürlich ist auch ein Einfluß da, der sich auswirkt und der dazu führt, daß die Bauern eher auf ihren Höfen bleiben.

Aber zur grundsätzlichen Frage der Nebenerwerbsbauern. Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie tun hier so, als ob es Nebenerwerbsbauern nur in Österreich gäbe. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Die höchste Anzahl in Europa!*) Die Entwicklung haben wir in sämtlichen westlichen Industriestaaten. Wir haben sie nicht im Ostblock, aber da ist ein ganz anderes System, da wollen wir, glaube ich, gar nicht zu vergleichen anfangen. Wir haben es in sämtlichen westlichen Industriestaaten, und in den Realteilungsgebieten hat es die Nebenerwerbsbauern seit eh und je gegeben. Denn wohin sind denn die Bauern aus dem Oberinntal gegangen? Ins Allgäu sind sie arbeiten gegangen. Oder wohin sind die Bauern aus dem Burgenland arbeiten gegangen? In die Bauwirtschaft nach Wien. Und viele andere Beispiele ließen sich finden.

Es ist einfach so, daß die technologische Entwicklung dazu geführt hat, daß die Betriebe, die entstanden sind, als es noch eine tierische Zugkraft und die händische Arbeit gegeben hat, heute zu klein sind. Daher dieser Prozeß der Abwanderung. Das ist die Anpassung der bäuerlichen Betriebe, der Form der Bewirtschaftung an die Technik, die heute zur

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Verfügung steht. Das sollten Sie doch auch nicht bestreiten.

Herr Kollege Haider! Ich bin weit davon entfernt, Sie belehrend zu informieren. Aber Ihr Vergleich mit dem Produzentenmilchpreis und mit dem Konsumentenmilchpreis ist wirklich völlig daneben. Ich will es Ihnen gleich sagen. Es ist so, daß wir bei uns in Österreich den Butterabsatz mit dem Trinkmilchpreis mitfinanzieren. Sie haben also im Trinkmilchpreis einen nicht unbeträchtlichen Betrag, der dazu dient. Denn die Butter könnten wir ja um den Preis nicht verkaufen. 25 Kilo Milch brauchen Sie für ein Kilo Butter, und wenn man den Milchpreis mit 4 S annimmt, daß wir halt einfach rechnen, dann sind das allein 100 S nur für den Milcheinsatz. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Was machen denn die anderen mit ihrer Butter?)* Die haben nicht dieses System. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Genau das greifen wir ja an!)* Wollen wir mehr Margarine essen? Wollen Sie das? Wollen wir mehr Margarine verzehren? Das ist das Problem. Herr Kollege Haider! Dieser Vergleich ist jedenfalls von Ihnen schlecht gewählt, weil Sie diesen Umstand nicht berücksichtigen.

Und jetzt zur OKM. Ich darf mich da an Herrn Kollegen Haider und vor allem auch an die Damen und Herren des Bauernbundes wenden: Ich habe den Funktionären der OKM dringend geraten, diese Schlechterstellung der ausgeschlossenen Mitglieder rasch zu unterbinden. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ob jemand Mitglied ist oder ob jemand ausgeschlossen wird, geht mich nichts an. Da mische ich mich nicht ein.

Herr Kollege Hietl! Ihr Vergleich ist auch falsch. Bei einer Winzergenossenschaft — Sie weisen auf Ihre Genossenschaft hin — gibt es nicht den Zwang zur Lieferung des Produktes an die Genossenschaft. Das kann sich im freien Raum entwickeln.

Der wesentliche Unterschied — ich meine das sehr, sehr ernst — ist der, daß wir im Milchwirtschaftssystem ja ein Behördenverfahren haben. Das ist nicht einmal ein privatwirtschaftliches, das ist ein Behördenverfahren. Der Bauer kann sich nicht aussuchen, wohin er liefert, er kann nicht einmal so ohne weiteres zum Abholverkauf übergehen. Er hat auch diesen Ausweg nicht. Er ist also auf einen bestimmten Vorgang angewiesen durch ein Gesetz, das wir hier mit Zweidrittelmehrheit beschlossen haben. Die Genossenschaft kann es sich nicht aussuchen, ob sie die Milch nehmen will oder nicht nehmen will.

In einem solchen Verfahren, bei einem sol-

chen Verhältnis sollte man sehr behutsam sein, wenn gegen irgend jemanden Sanktionen ergriffen werden, wenn diese Form der Sanktion gewählt wird.

Ob diese Regelung rechtlich hält, weiß ich nicht; sie wird ja angefochten werden. Aber selbst dann, wenn sie rechtlich hält, würde ich dringend empfehlen, daß Sie Ihre Unterstützung anbieten, daß das saniert wird. Das kann kein Problem sein, das kann kein großes Problem sein.

Wenn das eine andere Genossenschaft ist, ohne Behördenverfahren und ohne Lieferzwang und ohne Übernahmewang, dann schaut es anders aus, dann vollzieht sich das im freien Raum der Bildung von Genossenschaften und der freiwilligen Mitgliedschaft. Ich möchte also sehr darum bitten, diese strittige Frage endlich zu bereinigen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie seitens der Opposition den Grünen Bericht für das Jahr 1981 ungünstig einschätzen, ist das Ihr gutes Recht. Ein gutes Bauernjahr war es ja nicht, das habe ich auch geschrieben, das war es sicher nicht. Aber Sie sollten doch auch das Herz aufbringen, zu sagen: Das Jahr zuvor war ausgezeichnet, und heuer liegen wir trotz aller Schwierigkeiten, die wir in vielen Bereichen haben, insgesamt ganz hervorragend. Das ist kein Trost für die Bauern, die vorwiegend aufs Holz angewiesen sind; das weiß ich schon. Sie sollten das Herz aufbringen, sich mitzufreuen, wenn es in der Land- und Forstwirtschaft ein Stückl vorwärtsgeht. Darüber wäre ich sehr glücklich. *(Beifall bei der SPÖ.)* 14.14

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Helga Wieser. Ich erteile es ihr.

14.14

Abgeordnete Helga Wieser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Ihr Abschluß war: Man sollte sich freuen, wenn es in der Landwirtschaft besser geht. Ich muß Ihnen sagen: Wenn es besser ginge, würden wir uns auch freuen.

Nehmen Sie zur Kenntnis, daß es dem Bauernbund nicht daran liegt, jetzt, im Zuge der Vorwahlauseinandersetzungen, hier eine polemische Agrarpolitik zu betreiben, sondern uns liegt das Wohl und Weh der Bauern sehr am Herzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurden heute von Ihnen verschiedene Zahlenspielereien vorgetragen. Sie haben zwar eingangs zugegeben, daß es einen Einkommensverlust gibt. Wenn man Ihnen aber länger zugehört hat, so hat man den Ein-

13228

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Helga Wieser

druck, es wird eigentlich ständig besser, und wir sollten noch mitjubeln.

Glauben Sie mir: Den Bauern sind diese Zahlenspielerereien völlig gleichgültig. Was für den einzelnen unter dem Strich herauskommt, ist für ihn das einzig Interessante, denn von dem muß er leben, oder er muß deswegen zugrunde gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich freuen wir uns, daß die Gebäude besser, schöner geworden sind. Aber schauen Sie sich heute auch einmal die wirtschaftliche Situation an! Wir haben noch nie so eine hohe Verschuldung der Bauernschaft gehabt. Wir mußten noch nie so oft Konsolidierungskredite anfordern. Sie wissen ja auch vom Interventionsweg her, daß sehr viel persönliches, menschliches Leid damit verbunden ist.

Ich sage Ihnen: Noch nie ist so viel an der Substanz der bäuerlichen Betriebe gezehrt worden. Denn es mußten noch nie so viele Gründe verkauft werden, um Baulichkeiten beziehungsweise Investitionen zu finanzieren.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch ganz kurz auf die Einkommensvergleiche mit dem Ausland eingehen, die im Zuge der Auseinandersetzung über den Grünen Bericht immer wieder vom Herrn Minister angestellt werden.

Natürlich kann man nicht den gesamten EG-Bereich sehen, sondern wir sollten unsere Haupthandelspartner innerhalb dieses EG-Bereichs sehen. Das ist in erster Linie die Schweiz, und da muß ich Ihnen sagen, daß das Familieneinkommen pro Monat in der Schweiz immerhin über 28 000 S beträgt und das Familieneinkommen in Österreich 7 900 S ausmacht. Besser dran ist man auch in Deutschland, obwohl natürlich auch dort bedauerlicherweise ein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen ist. Das Familieneinkommen in Deutschland beträgt immerhin noch 12 260 S.

Ich möchte daraus nur schließen: Man kann sagen, daß dort bedauerlicherweise sicherlich auch mit Einkommenseinbußen zu rechnen war. Wenn aber das Einkommen von vornherein wesentlich höher war, dann ist die Problematik natürlich nicht so groß.

Meine Damen und Herren! Es wurde auch hier immer wieder darauf hingewiesen, daß das Brutto-Einkommen je Familienarbeitskraft im Bauernbereich zwischen 1970 und 1981 wesentlich stärker gestiegen ist als das eines Industriebeschäftigten. Ich möchte klipp und klar von vornherein sagen, daß ich jedem Arbeitnehmer, jedem selbständig

Erwerbstätigen und jedem schaffenden Menschen in Österreich ein gerechtes Einkommen gönne. Denn ich glaube, es hieße eine Neidpolitik zu betreiben, indem man sagt: Der eine kriegt soviel, und der andere kriegt etwas weniger, und vielleicht auch noch eine innerbetriebliche Disparität besonders aufzeigt. Das kann nicht im Sinne einer ernsthaften Agrarpolitik sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So ist eben das Brutto-Einkommen pro Familienarbeitskraft im Jahr in den Jahren zwischen 1970 und 1981 um 3,39 Prozent gestiegen, im Vergleich dazu das des Industriebeschäftigten um 3,88 Prozent.

Ich möchte noch einmal betonen, daß es unser aller Wunsch sein muß, daß ein gutes Durchschnittseinkommen in Österreich zu verzeichnen ist, aber es ist sicherlich ein ungeeigneter Weg, hier der Landwirtschaft besondere Vorzüge oder besondere Leistungen des Bundes vorzuwerfen.

Ich kenne den Herrn Abgeordneten Weinberger persönlich sehr gut, und ich glaube auch, daß er es nicht böse gemeint hat. Aber den sozusagen berühmten „österreichischen Weg“ der Bundesregierung als positiven Weg für die Landwirtschaft zu bezeichnen, das ist schon etwas übertrieben.

Ich meine, daß der „österreichische Weg“ der Bundesregierung gegenüber den österreichischen Bauern ein sehr dornenvoller Weg war. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn sonst wären die Abwanderungen nicht so groß gewesen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich wurden für die Bergbauerngebiete Zuschüsse der Länder und des Bundes gewährt. Aber trotzdem haben wir immer noch 24 Prozent der Bergbauern, die unter der Armutsgrenze vegetieren. Ich glaube, wir sollten diese 24 Prozent nicht vergessen. Diejenigen, deren Höfe heute noch nicht aufgeschlossen sind, die also noch nicht mit elektrischem Strom versorgt sind, sind gerade die Ärmsten. Denn es ist am schwierigsten, dort bei dieser ganzen Kostenexplosion die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen zu setzen.

Ich glaube also wirklich, daß man, um der Wahrheit gerecht zu werden, diese Dinge ins richtige Licht rücken sollte.

Zur Bauernpension: Sie wurde von der SPÖ sozusagen den Bauern geschenkt. Ich möchte hier ein- für allemal feststellen, daß die Bauernpension 1969 — auch mit den Stimmen der SPÖ — beschlossen wurde, daß sie aber von der ÖVP-Alleinregierung initiiert und betrieben wurde! Glauben Sie mir, daß das die Bauern ganz genau wissen. Da können Sie

Helga Wieser

sagen, was Sie wollen, die Bauern wissen genau, wo sie am besten aufgehoben sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir lassen uns auch nicht die Schulbücher, die Schülerfreifahrten und die Familienbeihilfen vorwerfen, die sowieso jeder Österreicher in Anspruch nimmt und in Anspruch nehmen kann. Ich sehe nicht ein, wieso denn gerade die Bauern diese nicht bekommen sollen. Warum werden den Bauern bei allen Agrardebatten diese Sozialleistungen jährlich vorgeworfen? Wir werfen es weder einem Arbeiter noch einem Selbständigen noch einem Intellektuellen oder einem Freischaffenden vor. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, eine gesunde Agrarpolitik vor allem für den Bergbauern kann uns allen miteinander sehr am Herzen liegen, weil wir ja auch als Fremdenverkehrsland interessiert sein müssen, daß gerade die Hänge auch in der Zukunft bewirtschaftet werden.

Als Kennerin der Materie kann ich Ihnen nur sagen, daß zum Beispiel in Tirol im Bezirk Reutte bereits zwischen 13 000 und 15 000 Hektar Sozialbrache zu verzeichnen sind, es ist also fast nicht mehr zu bewirtschaften. Meine Damen und Herren! Es ist auch nicht mehr zu bezahlen, daß diese Gebiete bewirtschaftet werden. Was das für ein Fremdenverkehrsland bedeutet, können Sie sich ja selbst ausrechnen.

Noch ein paar Worte zum Mutterschaftsgeld. Erstens einmal muß man sehr deutlich sagen: Wenn Sie nicht zehn Jahre politisch getrieben worden wären, dann hätten wir das Mutterschaftsgeld heute noch nicht. Und die Form der Mutterschaftsleistung, die hier beschlossen wurde, ist in Wirklichkeit alles andere als praxisnah. Es ist uns Gott sei Dank im Zuge der Verhandlungen gelungen, hier doch etwas vernünftigeren Gangarten zu erreichen. Aber ich darf Ihnen versichern, wenn Sie mit den Bäuerinnen reden, dann sehen Sie, daß sie sich sicherlich über das Mutterschaftsgeld freuen, aber die Form, bis man zum Mutterschaftsgeld kommt, ist so kompliziert, daß mir schon mehrere gesagt haben: Ich pfeife auf diese ganze Sozialleistung.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten gemeinsam interessiert sein, daß wir eine positive Agrarpolitik für die österreichische Bauernschaft erreichen. Nur sind bedauerlicherweise hier nur sehr geringe Ansätze zu erkennen.

Ich weiß nicht, mit wem der Herr Bundesminister eigentlich ständig spricht. Sind es österreichische Bauern, wenn man hört, wie

zufrieden und glücklich alle sind? Wenn man heute Gemeindebesuche macht, wenn man bei Sprechtagen ist, dann wird man mit der Tatsache, mit der Realität konfrontiert, und dort schaut es wesentlich anders aus.

Es wurde verabsäumt, die notwendigen außenpolitischen und außenhandelspolitischen Maßnahmen zu setzen. Ich bin überzeugt, daß man die Möglichkeit ausnützen muß bei den Verhandlungen der EG, wenn Spanien, Portugal und auch Jugoslawien in Zukunft Mitgliedsländer der EG werden sollten, daß auch hier wieder Ansätze zu Verhandlungen gezeigt werden, um doch einen Weg zu finden, die krassesten Mängel unserer Außenhandelspolitik abzubauen.

Meine Damen und Herren! Es sind eben Maßnahmen notwendig, um die Existenz der Arbeitsplätze der Bauern nicht zu gefährden. Denn die Existenz des Bauern und die Sicherung des Arbeitsplatzes sind gleichzeitig die Sicherung für den Industriearbeiter. Es müßten eigentlich gerade von seiten der Gewerkschaft alle sehr interessiert sein, daß hier sehr wesentliche Maßnahmen zur Erhaltung einer gesunden Landwirtschaft gesetzt werden, die nur dann in der Lage ist, Aufträge zu erteilen, wenn das nötige Einkommen da ist.

Das Landwirtschaftsgesetz verpflichtet uns, hier Voraussetzungen zu schaffen, um eine gesunde Landwirtschaft zu ermöglichen. Sie haben das sogar in Ihrem SPÖ-Parteiprogramm drinnen, wo über die Sicherung eines Einkommens für alle in der Landwirtschaft Tätigen geschrieben wird, das dem allgemeinen Niveau entspricht. Unter Anmerkung steht: Unter allgemeinem Niveau versteht man eine absolute Größe und keine Prozentspielereien. Das sollte sich der Herr Minister ins Stammbuch schreiben, meine Damen und Herren.

Wir dürfen durch diese ganzen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen vor allem einen Bereich nicht übersehen, und das ist die bäuerliche Familie. Natürlich muß das notwendige Geld immer wieder in den Betrieb hineingesteckt werden, letztlich bleibt für die Familie nichts übrig.

Ich werde hier als Landes- und Bundesbäuerin, und wenn ich es hundertmal hintereinander sagen muß, auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen, mit denen heute die Bäuerin konfrontiert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie wird konfrontiert mit einer 70-Stunden-Woche, in anderen Bereichen spricht man von der 35-Stunden-Woche. Sie kennt keinen Urlaub, weil niemand da ist, der ihr ihre Arbeit abnimmt. Ich muß Ihnen auch sagen,

13230

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Helga Wieser

daß dieser Urlaub mittlerweile auch ein finanzielles Problem geworden ist. Wir haben jetzt für ältere Bauern-Ehepaare in Strobl einen Urlaub subventioniert, wenn man diese Leute besucht, so sagen sie immer, das sei die schönste Zeit in ihrem Leben. Das muß für uns Grund genug sein, Voraussetzungen zu schaffen, daß regelmäßige Urlaube, die für alle anderen eine Selbstverständlichkeit sind, zumindest teilweise auch im bäuerlichen Bereich verwirklicht werden.

Meine Damen und Herren! Es wurde auch schon vom Nebenerwerb gesprochen. Da kommt die Bäuerin erst recht in Schwierigkeiten, wenn sie mit diesem Problem konfrontiert ist. Denn sie muß nicht nur ihre familiäre Aufgabe erfüllen und die normale betriebliche Aufgabe, die sowieso jede Bäuerin wahrnimmt, sondern sie muß sich um die gesamte Betriebsführung kümmern. Sie hat also sozusagen alle Entscheidungen allein zu treffen, denn ihr Mann kommt ja durchwegs, überhaupt in strukturell schwierigen Gebieten, erst am Wochenende zurück, und sie alleine muß während der Woche den ganzen Betrieb schaukeln.

Es ist ein Skandal, wenn der Herr Staatssekretär Schober sagt, die Nebenerwerbsbauern werden bei Bedarf als erste entlassen, denn die haben ja zu Hause eine Existenz. Hätten sie zu Hause eine sichere, ausreichende Existenz, dann müßten sie keinem Nebenerwerb nachgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Lassen Sie sich das einmal gesagt sein.

Die Bäuerin übernimmt ja auch eine sehr wesentliche Aufgabe, die der Öffentlichkeit sehr viel Geld erspart. Sie ist auch vor allem in der Altenversorgung sehr maßgebend. Es gibt ja Gott sei Dank bei uns noch nicht die Situation, daß die alten Leute in ein Altersheim abgeschoben werden, weil es für junge Übernehmer eine Selbstverständlichkeit ist, trotz aller Schwierigkeiten auf die alten Bauersleute zu schauen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhardt.)* Ich rede nicht von den Arbeiterfrauen, ich habe nicht so ein Klassendenken, wie Sie es haben, Herr Abgeordneter. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man muß anerkennen, daß hier die Bäuerin eine sehr wesentliche Leistung auch für die öffentliche Hand erbringt, die nicht oft genug erwähnt werden kann. Die Folgen sind natürlich auf Grund dieser Überbelastung keine Freizeit, kein Urlaub und außerdem eine schlechte Entlohnung, was es den Jungen immer schwerer macht, den bäuerlichen Beruf zu ergreifen. Das ist ja eine bekannte Tatsache. Wir sollten die Jugend zur Landwirtschaft erziehen. Nur wenn sie solche Bei-

spiele hat, nützt unser ganzes Reden nichts, da haben sie wirklich keine Freude mit ihrem Beruf.

Ich möchte abschließend noch einmal sagen: Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn sich die Einkommenssituation in diese bedenkliche Richtung entwickelt, wenn uns einmal alle auf und davon rennen. Wie es dann in Österreich aussieht, können Sie sich ausmalen. Es gibt sicherlich einige Gunstlagen, wo diese Not nicht da ist, aber es weden immer mehr, die diese Not verspüren. Ich glaube, das sollte für uns Agrarpolitiker eine große Aufgabe sein.

Herr Bundesminister! Es ist wirklich eine bedauerliche Entwicklung, feststellen zu müssen, daß man sich auf einen Landwirtschaftsminister in der SPÖ weniger denn je verlassen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.29

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Koppensteiner. Ich erteile ihm das Wort.

14.29

Abgeordneter **Koppensteiner** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, hier in eine OKM-Debatte einzutreten. Ich glaube, das ist Sache der zuständigen Gerichte, wenn es zu Unterschlagungen gekommen ist. Die Schuldigen sollen verurteilt werden. Aber persönliche Schuld sich fehlverhaltender Menschen sofort einer politischen Partei anzulasten, lehne ich ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der harte Kern der heutigen Beratungen ist sicher die Ertragslage der Bauern mit allen Begleiterscheinungen: Abwanderung, Verödung von Kulturlandschaft, zunehmende Verschuldung, Nachfolgeprobleme. Es gibt immer mehr junge Bauern, die lieber einen anderen Beruf ausüben als daheim zu bleiben, weil sie einfach die Einkommen vergleichen.

Es kann kein Anliegen der Bauern allein sein, mit den Problemen der Landwirtschaft als Oberbegriff fertigzuwerden. Die Landwirtschaft ist ein Bestandteil unserer Wirtschaft schlechthin: Produzent, Konsument, Konsument für andere Produzenten, ein sich schließender Kreislauf, die Wirtschaft schlechthin. Diese Landwirtschaft hat ja auch eine Funktion, die im Rahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung — ich sage dies als Mitglied des Landesverteidigungsausschusses — eine besondere Rolle spielt und mit ein wesentli-

Koppensteiner

cher Punkt dafür sein kann, ob Österreich in Krisenzeiten zu überleben in der Lage ist.

Wenn wir heute von Vollbeschäftigung sprechen, so ist für mich der Arbeitsplatz am Bauernhof gleich viel wert wie jeder andere Platz, den es zu sichern, zu erhalten oder zu schaffen gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein wesentlicher Punkt, der das Einkommen jedes Menschen berührt, sind die steuerlichen Belastungen. Es wurde heute schon mehrmals vom Landwirtschaftsminister, aber auch in den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses vom Finanzminister etwas geringschätzig auf die Steuerleistungen der Landwirtschaft hingewiesen.

Ich gebe zu, daß bei einem Verdienst von 53 119 S je Arbeitskraft die steuerliche Belastung nicht groß sein kann. Sie ist es auch bei den anderen nicht, und wenn ich hier die Sonderbegünstigungen etwa für den 13. und 14. Monatsgehalt ins Kalkül ziehe, wird vom verbleibenden Betrag kaum eine Lohnsteuer anfallen und natürlich auch keine Einkommensteuer. Aber hier werden keine Geschenke gegeben, sondern es wird das realistisch ermittelte Einkommen der Besteuerung unterworfen. Wenn das Einkommen nicht höher ist, dann gilt das Sprichwort: Wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren. Dann gibt es auch keine Einkommensteuer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über den Reinertrag könnte man diskutieren. Nur, die Gewinnermittlungsvorschriften sind für die Landwirtschaft die gleichen wie für das Gewerbe. Und hier muß ich eben die AfA berücksichtigen. Hätte man bei den nichtbuchführenden Landwirten eine Schilling-Eröffnungsbilanz gemacht, dann wäre eben der betriebliche Ertrag mit angemessener AfA belastet, und es würde das herauskommen, was ohnehin der Bericht zum Ausdruck bringt, eben kein Einkommen oder ein negatives Einkommen. Es ist also seriöserweise nicht mit Ertragsteuern von der Landwirtschaft zu rechnen, solange es dort keine Erträge gibt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es sind aber beträchtliche Steuerleistungen, die trotzdem erbracht werden. Ich denke etwa an gewisse Verbrauchsteuern, an die Mineralölsteuer und nicht zuletzt an die Umsatzsteuer. Es ist ja nicht unbegründet, wenn die Österreichische Volkspartei immer wieder — und mit Zahlen untermauert — eine Anhebung dieses Umsatzsteuersatzes begehrt, weil die Umsatzsteuer, die kostenneutral sein soll, im Bereich der Landwirtschaft zum Kostenfaktor geworden ist. Das,

meine Damen und Herren, ist nachweisbar. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als ich im Finanz- und Budgetausschuß den Antrag gestellt habe, man möge die Investitionsprämie so wie für nichtbuchführende Gewerbetreibende auch für nichtbuchführende Landwirte gewähren, was an sich — ich bin immer noch dieser Meinung — absolut gesetzeskonform wäre, denn für mich gibt es keinen Unterschied zwischen einem nach Richtlinien, wie es heißt, veranlagten gewerblichen Betrieb und einem landwirtschaftlichen Betrieb, hat der Herr Finanzminister gemeint — das erste Argument —, die Bauern zahlten ohnehin fast keine Steuer. Ich habe auch dazu früher Stellung genommen.

Das zweite Argument: Es wird ja so viel importiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum wird denn importiert? Es werden Preisvergleiche angestellt, und ich habe relativ wenig Verständnis dafür, daß österreichische landwirtschaftliche Maschinen — Traktoren zum Beispiel — in manchen Ländern wesentlich billiger angeboten werden, als sie hier im Inland den Bauern verkauft werden. Ich lehne es ab, Exportstützung in der Form zu betreiben, daß man im Inland das Produkt, das ohnehin für einen bestimmten Käuferkreis, nämlich die Landwirtschaft, abgestellt ist, verteuert, um billige Exporte ins Ausland damit zu subventionieren. Wenn man es tun will und tun soll, um Arbeitsplätze zu sichern, dann bitte nicht auf Kosten der Landwirtschaft. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Problematik der Einheitswerte wurde schon mehrmals behandelt. Ich darf dazu nur ausführen: Wir haben uns, als das Bewertungsgesetz beschlossen wurde — und das liegt schon sehr lange zurück —, dazu bekannt, für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft eine Ertragsbewertung vorzunehmen. Wenn ich den Berichten entnehmen muß — ich glaube an die Berichte, und der Herr Minister hat ja ausgeführt, das Zahlenmaterial sei unbestritten —, wenn ich zur Kenntnis nehmen muß, daß die Erträge rückläufig sind, dann ist es hanebüchen, die Einheitswerte, die auf einer Ertragsbewertung aufgebaut sind, automatisch zu erhöhen und damit neue Belastungen zu schaffen, die die Einkommenssituation der Landwirtschaft, die zugegebenermaßen nicht die günstigste ist, noch verschlechtern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einkommen — ich bin an sich damit gar nicht so glücklich — beruht in Österreich im wesentlichen auch auf Beihilfen. Wenn sie begründet sind, wenn sie korrekt gegeben werden — das Schönste wären natürlich direkte Preise, aber ich weiß sehr wohl, daß dies

13232

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Koppensteiner

im Rahmen der Marktordnung nicht anders möglich ist —, dann ist alles in Ordnung. Aber ich habe etwas dagegen, wenn Förderungsmaßnahmen nicht einheitlich gewährt werden und wenn es für ÖVP-Bundesländer selbstverständlich ist, die Leistungen, die Bergbauern im Rahmen der Pflege der Kulturlandschaft erbringen, bescheiden durch Bewirtschaftungsprämien abzugelten: Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Steiermark, und es in Kärnten bis heute noch nicht möglich war, derartige Maßnahmen im Landtag zu beschließen.

Ich weiß wohl, es soll jetzt geschehen. Es ist allerdings die Frage noch offen: Soll es aus Steuermitteln geschehen, oder wird eine andere Bevölkerungsgruppe dafür zur Kasse gebeten, etwa der Fremdenverkehr oder sonst irgend jemand? Ich glaube auch, es wäre an der Zeit — und dies ist an den Minister gerichtet oder auch an Herrn Kollegen Schöber —, auf die Freunde in Kärnten Einfluß zu nehmen, um dieses wichtige Gesetz, das der Landwirtschaft und damit der Bevölkerung dient, die sich zu einer geordneten Natur bekennt, rasch über die Bühne zu bringen, um damit die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig zu verbessern.

Ich möchte zum Schluß kommen. Ich habe mich deshalb als Arbeitnehmer zu Wort gemeldet, weil ich mir darüber im klaren bin, daß die Landwirtschaft und ihre Probleme nicht nur Probleme der Bauern sind und sein können, sondern daß die Landwirtschaft als Ganzes wichtiger Bestandteil unseres Wirtschaftssystems ist und es daher unsere Aufgabe sein muß, gemeinsam ja zu allen Maßnahmen zu sagen, die diese Landwirtschaft am Leben und damit als gleichwertigen Bestandteil unserer Gesellschaft erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.39

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Peck. Ich erteile ihm das Wort.

14.40

Abgeordneter Peck (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auf Grund einer Operation meiner Stimmbänder habe ich Schwierigkeiten mit meiner Stimme. Ich bitte, das zu verstehen. Trotzdem habe ich mich zu Wort gemeldet, um zu der Vorlage des Grünen Berichtes von meiner Sicht aus Stellung zu nehmen.

Der jährliche Bericht, der dem Hohen Hause vorgelegt wird, gibt sicherlich Anlaß, verschiedene Feststellungen zu treffen. Es wurde schon von Vorrednern angeführt, daß

das Jahr 1981 kein Jahr ist, wo man Vergleiche auf die übrigen Jahre umlegen kann. Das Jahr 1981 war bekanntlich kein gutes Jahr für die Landwirtschaft, und die Gründe dafür wurden ja bereits des öfteren dargelegt.

Wenn wir aber 1980, 1981 und 1982 zusammennehmen können, so wird dieser Bericht wesentlich positiver ausfallen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen aber doch auch einiges feststellen, was hier in diesem Hohen Hause in letzten zwölf Jahren besprochen und beschlossen wurde. Denken wir nur daran, wieviel in Österreich geregelt ist, was in anderen Ländern Europas nicht der Fall und nicht selbstverständlich ist. Denken wir an die Marktordnungsgesetze, denken wir an unsere Milchmarktordnung. Der Milchmarkt ist sicherlich vorbildlich in Österreich geregelt.

Wenn Sie Vergleiche zum Ausland herstellen wollen, so können wir von dieser Stelle aus sagen, daß viele Delegationen aus dem europäischen Ausland nach Österreich kommen und sich diese Milchmarktordnung ansehen.

Denken wir aber auch an das Bergbauern-Sonderprogramm. Meine Damen und Herren, es ist nicht abzuleugnen: Von 1972 bis 1982 wurden 1 602 695 000 S unseren Bergbauern zugeführt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber auch das Grenzlandförderungsprogramm muß hier erwähnt werden, genauso wie das Regionalförderungsprogramm und die sozialpolitischen Maßnahmen.

Gerade diese sozialpolitischen Maßnahmen haben in den letzten Jahren ein Ausmaß angenommen, wovon die Bauernschaft vor 20 Jahren oder vor 15 Jahren nicht einmal geträumt hat. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Gestatten Sie mir, Meine Damen und Herren, daß ich nur einige ausgewählte Förderungssparten aufzähle, die im Zeitraum von 1970 bis 1981 über diese sozialistische Bundesregierung gegangen sind:

Für kreditpolitische Maßnahmen, also für AIK und ASK, wurden 4 758 000 000 S ausgegeben. Es waren 135 400 Darlehensbewerber, und diese Darlehensbewerber haben einen großen Investitionsschub bewirkt. Dieser Investitionsschub wurde auch für unsere Wirtschaft, für die Gesamtwirtschaft geleistet.

Auch die landwirtschaftliche Regionalförderung in einem Ausmaß von 1 809 Millionen Schilling kann sich sehen lassen.

Peck

Und so könnte ich sehr viele Dinge hier aufzählen. Es sind für die agrarischen Operationen 650 Millionen Schilling aufgewendet worden.

Das sind alles Gelder, die von dieser Bundesregierung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wurden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In dieser Zeit wurden insgesamt 16 055 Millionen Schilling für die österreichische Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Aber denken wir auch an die Entwicklung in dieser Landwirtschaft. Ich nehme zum Beispiel den Getreidepreis heraus. Ich bin selbst Bauer und komme aus einer der größten Agrargemeinden Österreichs, wo ich seit 18 Jahren Bürgermeister bin.

Meine Damen und Herren! Sie können mir glauben: Ich weiß, wie es den Landwirten geht. Es ist bei uns aber doch so: Wir garantieren als Republik, als Staat die Abnahme des Getreides. Jedes Kilo Weizen oder Roggen wird übernommen, und zwar zu einem garantierten Preis!

Wenn wir heute einem Betrieb oder irgendeiner Wirtschaftssparte sagen würden, sie kann zum Beispiel Mikrophone erzeugen, 100 oder 1 000 oder Millionen Mikrophone, und sie würde einen gleichen Preis garantiert bekommen: Was glauben Sie, was da produziert würde!

Das, glaube ich, ist der Vorteil für die Landwirtschaft, den wir doch ab und zu hervorheben müssen.

Seit zwölf Jahren erklingt in diesem Hohen Hause immer das gleiche Lied. Es wurde auch schon gesagt, warum mein Kollege Pfeifer heute nicht angeführt hat, daß es immer das gleiche ist.

Aber, meine Damen und Herren, es war doch so ähnlich wie bei einer Operette: Immer das gleiche. — Man hatte diesen Eindruck. Ich selbst habe des öfteren als burgenländischer Abgeordneter, der ich auch 14 Jahre war, in diesem Hause der Landwirtschaftsdebatte zugehört. Auch ich hatte immer den Eindruck: Auf Grund der Ausführungen der Opposition muß diese Landwirtschaft in aller nächster Zeit zusammenbrechen!

Es erhebt sich jetzt die Frage, warum wir dann überhaupt hier diskutieren. Nach Ihren Feststellungen und nach Ihren Prognosen wäre es mit der Landwirtschaft sicherlich sehr schlecht bestellt.

Der Grüne Bericht, meine Damen und Herren, ist für mich eine Standortbestimmung,

und diese Standortbestimmung wird jedes Jahr in diesem Haus vorgetragen.

Es wurden hier schon Vergleiche mit dem Ausland angestellt. Ich möchte mir ersparen, diese Dinge zu wiederholen.

Als Bürgermeister und als Burgenländer möchte ich Ihnen heute an unserem Landesfeiertag aber doch einen gewissen Vergleich liefern. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Ich habe die Kollegin Rochus spaßeshalber gefragt, ob wir heute nicht die doppelte Gage bekommen müssen, weil wir Burgenländer am Feiertag arbeiten.

Aber den Unterschied der Politik von heute und von damals, Herr Kollege Hietl, kann ich Ihnen ohne weiteres bringen. Heute beim Hereinfahren nach Wien sind sehr viele Burgenländer unterwegs nach Wien gewesen, wahrscheinlich zum Teil um einzukaufen, was für uns Burgenländer ja nicht erfreulich ist — uns ist lieber, sie kaufen im eigenen Bundesland ein —, aber auch zum Ganslessen. Dafür fahren die Wiener wieder ins Burgenland zum Ganslessen. *(Abg. Hietl: Nichts dagegen, Herr Kollege!)* Auch ich bin froh, daß es so ist.

Herr Kollege! Das ist eben der Unterschied zwischen der jetzigen und der damaligen Politik: Heute kann es sich ein Bauer leisten, nach Wien zum Ganslessen zu fahren. Früher war es umgekehrt: Da hat es ein Ganslessen nur dann gegeben, wenn entweder der Bauer krank war oder wenn das Gansl krank war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Kollege Riegler hat in seinen Ausführungen gesagt, die Regierung muß handeln. Selbstverständlich, Herr Kollege Riegler. Ich bin auch dafür, daß diese Regierung handeln soll, und sie hat auch gehandelt. Aber ich habe die Gegenfrage: Hat in der Zeit zwischen 1966 und 1970 die ÖVP-Regierung gehandelt?

Meine Herren vom Österreichischen Bauernbund! Sie wissen es ganz genau: Es ist damals der Weizenpreis gesenkt worden, die Treibstoffvergütung ist gesenkt worden, die Milch wurde zwar um 1 S teurer, aber nur für den Konsumenten und nicht für den Produzenten. Der Produzent bekam nicht mehr. — Es waren verschiedene Dinge.

Und für uns Weinbauern, Herr Kollege Hietl, wurde die Alkoholsondersteuer eingeführt. Damals hatte der Sprecher der Österreichischen Volkspartei im Burgenländischen Landtag die undankbare Aufgabe, diese Dinge zu erklären. Er sagte aber ganz einfach:

Meine Damen und Herren, das ist eben die

13234

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Peck

Angleichung an die Gegebenheiten. — Das war damals die ÖVP-Politik.

Die Forderungen, die Sie heute hier aufstellen, gehen öfters in die Milliarden Schilling.

Ich glaube, wenn Sie ehrlich sind, so müssen Sie zugeben, daß die vielen, vielen Milliarden Schilling, die von dieser sozialistischen Bundesregierung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wurden, ihre Wirkung gezeigt haben. Aber wenn die Wirkung nicht so groß war, dann sind in erster Linie Sie daran schuld. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wenn Sie das heute immer wieder kritisieren, dann kritisieren Sie sich selbst. Denn alle diese vielen Milliarden Schilling wurden der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt von einer sozialistischen Bundesregierung. Diese Gelder bekamen erstens die ländlichen Genossenschaften, zweitens die Landwirtschaftskammern, drittens die Agrarreferate und viertens die Agrarreferenten. Alle diese Institutionen sind ÖVP-dominierte Institutionen. Die haben dieses Geld bekommen. Wenn schlecht gewirtschaftet wurde, dann haben sie schlecht verteilt, und sie haben schlecht gehandelt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf, zur SPÖ gewendet: Ich schweige nur, weil er Halsweh hat, sonst hätte ich schon geschrien! Nur aus landsmannschaftlicher Hinsicht schweige ich!)* Herr Präsident, es wird einmal die Gelegenheit kommen, wo wir uns anders auseinandersetzen können.

Aber eines meine Damen und Herren, steht für mich fest: Dieser Bericht über die österreichische Landwirtschaft ist sicherlich ein Spiegelbild.

Herr Kollege Hietl! Wir werden ja, glaube ich, öfter die Gelegenheit haben, daß wir uns darüber auseinandersetzen werden, besonders auf dem Sektor Weinbau. Auch in dieser Hinsicht muß ich sagen: Gerade Sie als Obmann einer großen Genossenschaft haben sicherlich nicht das Beste getan. Auch Sie haben dort versagt als Obmann oder als Genossenschaft. Das können Sie ruhig zur Kenntnis nehmen. Wir werden uns auseinandersetzen über diese Dinge.

Aber dieser Bericht, der uns heute vorliegt, ist meiner Ansicht nach ein Spiegelbild der österreichischen Landwirtschaft. Und diese Landwirtschaft kann man nicht isoliert betrachten. Es hat schon mein Vorredner hier gesagt: Die Landwirtschaft ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft ein wichtiger Bestandteil unserer österreichischen Wirtschaft. Und so wollen wir es auch betrachten.

Ich glaube auch: Der österreichische Bauer

ist im großen und ganzen zufrieden. Unzufrieden sind nur der ÖVP-Bauernbund und seine Vertreter. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

In Wirklichkeit ist es, meine Damen und Herren, wesentlich anders. Sie lachen vielleicht darüber, Herr Präsident, aber auch ich weiß es, wie es der Landwirtschaft wirklich geht: Bei weitem nicht so, wie Sie das immer hier in diesem Hohen Hause darstellen.

Deswegen glaube ich: Dieser Bericht, dieser Grüne Bericht, der uns vorliegt, ist sicherlich ein guter Bericht, wenn er auch nicht den Erwartungen der Landwirtschaft ganz entsprochen hat. Die Gründe sind bekannt. Reden wir weiter, sprechen wir weiter in einem Jahr, dann werden wir wieder ein Plus haben.

Deswegen glaube ich: Von unserer Sicht aus, von der sozialistischen Fraktion aus, werden wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und ihm die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)* 14.53

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Ottilie Rochus. Ich erteile es ihr.

14.54

Abgeordnete Ottilie Rochus (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Man müßte jetzt sagen: Heiliger Martinus, schau oba! *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)* Denn unser Landesheiliger, unser Landespatron, hätte sich sicher niemals träumen lassen, daß er als Alibi-Handler für das Wohlergehen der Landwirtschaft im Jahre 1982 herhalten muß.

Bevor ich direkt zum Grünen Bericht komme, möchte ich doch auf die Ausführungen meines Kollegen Abgeordneten Peck eingehen, der sehr wohlmeinend über diesen Grünen Bericht gesprochen hat und auch über die Leistungen der sozialistischen Bundesregierung, speziell des sozialistischen Landwirtschaftsministers.

Er hat nur ganz vergessen, daß gerade das Burgenland ein Grenzland ist, daß wir ständig, seit es die Grenzlandförderung gibt, zu wenig Mittel für die Grenzlandförderung haben, und Mittel aus der Regional-Förderung nehmen müssen, und daß wir keine zusätzlichen Mittel, weder vom Bund noch vom sozialistischen Land Burgenland, bekommen. Ich glaube, es sollte unser gemeinsames Anliegen sein zu trachten, für dieses Grenzland im Osten mehr Mittel zu erhalten. Der Herr Abgeordnete Peck hat ganz vergessen, hier im Parlament zu erwähnen, daß das Bur-

Otilie Rochus

genland unbedingt mehr Geld für die Grenzlandförderung braucht.

Ich möchte noch betonen: Bei den agrarischen Operationen, die er auch hervorgehoben hat, dürfte ihm, obwohl er Kammerrat in der Burgenländischen Landwirtschaftskammer ist, entgangen sein, daß hierfür immer weniger Bundesgelder zur Verfügung stehen und immer mehr Eigenleistungen von den Landwirten verlangt werden. Früher, bei den ÖVP-Landwirtschaftsministern, war der Aufteilungsschlüssel ungefähr 40:60, und jetzt müssen die Bauern 70 Anteile leisten, Land und Bund aber nur mehr 30. Auch das hat sich zum Nachteil der Bauern geändert.

Der Herr Abgeordnete Peck hat auch vergessen, auf die Weinbauprobleme hinzuweisen. Er ist ein großer Weinbauexperte im Land, aber hier auf Bundesebene dürfte er doch die Landwirtschaft nicht mehr so aus der burgenländischen Perspektive betrachten und hat die Weinbauern zu erwähnen vergessen.

Ich möchte mich nun dem Grünen Bericht zuwenden. Es scheint mir notwendig, die Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes von dieser Stelle aus zu zitieren. Sie lautet unter anderem: „... einen wirtschaftlich gesunden und leistungsfähigen Bauernstand in einem funktionsfähigen ländlichen Raum zu erhalten. Weiters ist der Landwirtschaft und den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft zu sichern.“ — Das ist Gesetzesauftrag.

Wenn wir nun noch das SPÖ-Programm dazunehmen, das auch die Kollegin Wieser schon erwähnt hat, daß die Sozialisten für ein Einkommen in der Landwirtschaft eintreten, das dem allgemeinen Niveau entspricht, dann hat der Herr Landwirtschaftsminister einen doppelten Auftrag zu erfüllen. Wie wir heute von vielen Rednern gehört haben, ist eigentlich dieser Auftrag nicht erfüllt worden, denn seit 1976 — und ich darf das doch noch einmal erwähnen, Herr Minister — ist das Einkommen der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen real ständig gefallen.

Es ist vielleicht ein Zufall, daß es in die Amtszeit des Herrn Ministers fällt, daß das Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen gefallen ist. Der Einkommensabstand zu den in der Industrie Beschäftigten ist auch immer größer geworden. Auch das haben wir heute selten von ÖVP-Rednern gehört.

Ich darf hiezu ergänzen, daß die Arbeitszeit der bäuerlichen Familien pro Jahr 2 300 Stunden beträgt, im Gegensatz zu den Unselbstän-

digen, die zirka 1 750 Stunden pro Jahr arbeiten.

Wenn man das nun im Zusammenhang mit dem Einkommen vergleicht, dann ist die eklatante Schlechterstellung der Landwirtschaft, so glaube ich, nicht mehr zu übersehen. Man muß immer wieder auf den Gesetzesauftrag verweisen, der echt nicht erfüllt worden ist.

Denn nicht nur das Einkommen ist in der Landwirtschaft niedriger geworden, sondern auch die Belastungen sind durch Steuern, durch Sozialbeträge enorm gestiegen. So ist die Einkommensbelastung je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft um 262 Prozent hinaufgeschneit.

Es wurde hier auch schon festgestellt, daß eine starke Abwanderung erfolgt ist. Seit 1970 waren es 35 Prozent der in der Landwirtschaft Tätigen. Das sind — täglich! — 48 Erwerbstätige, die aus der Landwirtschaft abwandern und die den ohnehin so überlasteten Arbeitsmarkt noch mehr belasten. Da frage ich mich: Wo bleibt die Arbeitsplatzsicherung für die Landwirtschaft? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber nicht nur, daß abgewandert wird: Immer weniger erlernen den Beruf in der Landwirtschaft. Im Grünen Bericht wird aufgezeigt, daß es seit 1979 um 1 000 Lehrlinge in der Landwirtschaft weniger gibt, als es eben 1979 waren. Es muß doch zu den ecken eben, wenn die Jugend diesen Beruf nicht mehr als erstrebenswert ansieht, weil eben die Jugend merkt, daß das Einkommen nicht entspricht und daß es in anderen Berufen bessere Einkommen gibt.

Die Meisterprüfungen und die Facharbeiterprüfungen werden ja nach wie vor abgelegt. Da läßt die Initiative des Landwirtschaftsministers zu wünschen übrig. Er müßte sich viel mehr für eine bessere Anerkennung des landwirtschaftlichen Berufes einsetzen: Die Erleichterung zum Übergang in andere Berufe ist noch nicht bemerkbar. Also wenn ein landwirtschaftlicher Facharbeiter oder ein Meister seine Prüfung ablegt, kann er mit diesem Zeugnis noch nicht andere Berufe ergreifen oder zumindest eine gewisse Anrechnung seiner Kenntnisse erreichen. Ich glaube, hier müßte auch das Landwirtschaftsministerium mit Nachdruck wirkliche Initiativen ergreifen.

Als Kriterium für den Lebensstandard der bäuerlichen Familien — das hat der Herr Landwirtschaftsminister angeführt — wird auch immer der Verbrauch in den landwirtschaftlichen Haushalten ausgewiesen und eine Zuwachsrate ausgerechnet. Ich weiß

Otilie Rochus

ganz sicher, daß das ein Trugschluß ist, der ganz einfach aufgeklärt gehört, weil wir uns selbst ja ins Säckel lügen, wenn wir behaupten, daß das eine Aufwärtsentwicklung des Lebensstandards ist.

Die Steigerung kommt doch nicht deshalb, weil es den Bauern viel besser geht, sondern die Steigerung kommt deshalb, weil ganz einfach die Spezialisierung in der Landwirtschaft vorangetrieben worden ist, also die Selbstversorgung nicht mehr so stark ist, daß es mehr Generations-Familien gibt, daß mehr Kinder da sind, daß mehr Verpflegspersonen da sind und daß auch verschiedene Zuschüsse von Rentnern und so weiter in den Haushalt hineinkommen und ausgegeben werden können.

Man muß auch einmal ganz sachlich feststellen, daß es nicht ein Kriterium für einen erhöhten Lebensstandard sein kann, wenn dort mehr Geld ausgegeben werden muß. Es ist ja alles teurer geworden und außerdem ist die Situation der Familien im ländlichen Haushalt wesentlich anders als die im städtischen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich wäre keine landwirtschaftliche Haushaltsberaterin, würde ich nicht auch von dieser Sicht aus die schwierige Situation der Bauern erkennen. Wenn wir sehen, daß es ein geringeres Wirtschaftswachstum, überfüllte Agrarmärkte, steigende Energiekosten, Kapitalverknappung, hohe Zinsen, Steuerbelastungen, Verunsicherung im Betrieb und Verunsicherung der bäuerlichen Menschen gibt, und der Nebenerwerb zunimmt, dann muß sich die Beratung darauf einstellen. Dies ist uns auch in Österreich gelungen. Die österreichische landwirtschaftliche Beratung ist beispielgebend für ganz Europa.

Man muß aber für die Weiterbildung der Beratungskräfte mehr Mittel einsetzen, denn man muß sich den neuen Gegebenheiten anpassen und man muß neue Methoden, neue Hilfsmittel und so weiter erlernen und erarbeiten. Es gibt schon den Einsatz von programmierbaren Taschencomputern. All das müssen der Berater und die Beraterin in Fortbildungsveranstaltungen erlernen, und dazu gehören eben auch Geldmittel.

Ich möchte Sie bitten, Herr Minister, diese Ansätze zu erhöhen, damit die Anpassung der Beratung an die Situation des Bauern besser vor sich geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt eine Kosten-Nutzen-Rechnung, die besagt, daß die geistige Förderung die effizienteste ist. Das müßte der Ansatzpunkt sein, daß hier wirklich mehr Mittel eingesetzt

werden. Sie wissen von der Wichtigkeit der Beratung, denn Sie haben ja auch in Niederösterreich ein neues Fortbildungsinstitut ins Leben gerufen, gegründet, um den Bauern zu helfen. Ich weiß nicht, warum Sie das getan haben, da die Beratung ja ohnehin bundesweit funktioniert. Aber anscheinend haben Sie es für notwendig befunden, so etwas zu gründen. Dieses Institut kostet viel Geld! Ich habe noch nicht gehört, ob es dort auch wirklich ausgebildete Berater gibt und was sie machen. Ich werde mich sicherlich dafür interessieren, um die Kursprogramme dort kennenzulernen.

Nun zurückkommend zu dem Gesetzauftrag, von dem ich ausgegangen bin: Man muß doch letztlich feststellen, daß Sie in vielen Punkten diesem Gesetzauftrag nicht nachgekommen sind, weil es der Landwirtschaft echt schlechter geht als allen anderen Berufsgruppen in Österreich.

Herr Minister! Sie allein tragen die Verantwortung für die heutige Situation der Landwirte. Das muß auch ganz dezidiert und ohne Emotion festgestellt werden, denn Sie sind der Ressortverantwortliche. Oft kommt mir Ihre Einstellung zum Schicksal vieler bäuerlicher Familien, die von den Erträgen ihrer Kleinst- und Kleinbetriebe leben müssen, unverständlich vor. Sie erzählen uns immer, wie gut es den Bauern geht, welche schönen Häuser sie haben und so weiter. Ich hingegen kenne Bauern, denen es wirklich nicht gut geht, die keine schönen Häuser haben, die eben wirklich täglich um ihre Existenz kämpfen müssen. Die übersehen Sie! Ich möchte Sie einladen, sich diesen einmal zu stellen, und mit ihnen zu reden.

Herr Minister! Man hat sehr oft den Eindruck — gestatten Sie mir das festzustellen —, daß Sie auf Grund Ihrer Handlungen nicht für die Bauern entscheiden, sondern man hat den Eindruck, daß Sie gegen die Bauern entscheiden. — Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.08

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

15.09

Abgeordneter Lafer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Grüne Bericht gibt eine Darstellung, eine Bilanz, eine Offenbarung über

Lafer

die Lage der Landwirtschaft 1981 und darüber hinaus — ich darf das eingangs feststellen, Herr Minister — eine betrübliche, eine traurige Bilanz: 8,8 Prozent der erwerbstätigen Österreicher — das sind rund 300 000 Betriebe, die in der Land- und Forstwirtschaft sind, 600 000 Beschäftigte — haben ein Volkseinkommen von 4,1 Prozent erwirtschaftet. Von 1970 bis 1981 ist dieses Volkseinkommen in der Landwirtschaft real um 15 Prozent gesunken.

Diese Entwicklung ist in der Praxis überall sichtbar und deutlich spürbar. Als praktizierender Bauer und auch als Bürgermeister einer ländlichen Gemeinde muß ich Ihnen sagen, daß Unsicherheit, Sorge herrschen und immer wieder die Frage gestellt wird: Wie soll denn das weitergehen? Pensionen, Kinderbeihilfen und andere Mittel müssen aufgewendet werden, um die Wirtschaftsführung in diesen kleinen Betrieben überhaupt aufrechtzuerhalten.

Herr Minister! Die schönen Sonntagsreden, die schönen Aussagen sowie die Mitteilungen Ihrer Propagandazeitschrift „Agrarwelt“ können über diese belegbaren und in der Wirklichkeit sichtbaren Verschlechterungen der Landwirtschaft nicht hinwegtäuschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mitte der siebziger Jahre ist diese Verschlechterung besonders spürbar und auch im Grünen Bericht belegt. 1977, 1979 und 1981: reale Einkommensverluste, 1981 besonders stark. Wir wissen, daß auch die Ertragslage nicht gegeben war, daß das mit dazu beigetragen hat. Trotzdem müssen wir feststellen, daß eine deutliche Verschlechterung eingetreten ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bauern und vor allen Dingen die bäuerliche Jugend sind beunruhigt, verunsichert und begreifen nicht, daß es bei steigenden Betriebskosten immer schwieriger wird, die Absatz- und Preisprobleme durch das Ministerium, durch den Herrn Minister zu regeln. Es sind immer Vorsprachen notwendig, es sind Proteste notwendig, die Länder werden zur Finanzierung mit eingebaut. Der Herr Minister gibt das immer weiter und sagt, wenn die Länder mithelfen, können wir diese Probleme lösen.

In einer Zeit der Einkommensverminderung, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden die Einheitswerte laufend erhöht, ab 1. Jänner 1983 pauschal wieder um 5 Prozent. Daher tritt eine Verschlechterung der

wirtschaftlichen Situation ein. Wir wissen, daß die Einheitswerte für viele Belastungen aufbauend sind, ich nenne hier vor allen Dingen auch die Sozialbelastungen, aber auch die anderen Belastungen, und daß daher die Erhöhung des Einheitswertes die Grundlage der steuerlichen Belastungen in der Landwirtschaft ist.

Die Landwirtschaft ist nicht nur für die Sicherstellung der Ernährung unserer Bevölkerung zuständig. Ich darf hier feststellen: Über 90 Prozent der Nahrungsmittel, über 90 Prozent der Selbstversorgung wird durch den Fleiß der Bauern, der bäuerlichen Familie hier in Österreich sichergestellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Keine 40-Stunden-Woche, kein Feiertag und Sonntag, sondern es muß immer fleißig gearbeitet werden, und ich glaube, wir müssen von dieser Stelle aus auch unseren Bauern und Bäuerinnen und der bäuerlichen Jugend den Dank aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es werden in vielen Produktionssparten sogar Überschüsse produziert, und natürlich drücken diese Überschüsse auch die Preise und können nur vielfach durch die Mitfinanzierung der Bauern vermarktet werden. Ich nenne hier Milch, Getreide und auch andere Dinge.

Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mich: In welcher Produktionssparte, in welcher Berufssparte gibt es diesen Zustand, wo die Mitfinanzierung der Produkte seitens der Arbeitnehmer oder auch der Betriebsführer gegeben ist?

In vielen Bereichen müssen hohe Beträge aufgewendet werden, um die Arbeitsplätze zu sichern. Wir gönnen jedem Arbeitnehmer den Arbeitsplatz, und wir sind für die Vollbeschäftigung. Aber durch die Einkommensverminderung bleiben natürlich auch die Bauern als Käufer, als Auftraggeber, als Investitionsfaktor aus, sei es im Maschinenkauf, sei es auf dem Bausektor. Ich glaube, auch diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge dürfen nicht übersehen werden.

Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme nun zu einem Spezialgebiet. Wenn hier der Dank ausgesprochen wurde für die guten Äpfel, so darf ich bitten und sagen: Lassen Sie sie sich gut schmecken und kaufen Sie fest steirische Äpfel *(Beifall bei der ÖVP)*, und zwar aus der südöstlichen Steiermark, wo man sich gesagt hat: Durch die klimatischen Verhältnisse und

Lafer

Voraussetzungen könnte man die Spezialisierung und die Sonderkulturen bauen, bepflanzen, und in diese Betriebssparte könnte man einsteigen, um dadurch andere Gebiete wie Getreidebau, Milchwirtschaft, Viehwirtschaft zu entlasten.

Wie sehen die Probleme vor allem auf dem Obst- und Gemüsesektor aus? Kleinstrukturierte Betriebe im hügeligen Gebiet sind eingestiegen, und ich glaube, hier werden viele, viele Arbeitsplätze gefördert und gehalten.

Ich möchte versuchen, diese Situation und diese Probleme sachlich darzustellen.

Herr Minister! Ich weiß, wir haben durch das Dreiphasensystem — der Herr Minister ist leider weg, Herr Staatssekretär, ich glaube, Sie sind auch informiert — einen gewissen Schutz; einen Schutz in der Obst- und Gemüsesparte. Doch ich glaube, daß dieser Schutz vor allen Dingen in der Obstwirtschaft nicht ausreichend ist und daß die südlichen Länder uns eine steigende Konkurrenz bereiten.

Ich weiß, es gibt die Ausrede oder die Aussage — ich bin auch informiert —, daß GATT-Verpflichtungen aus den Jahren 1952, 1953, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 30 Jahren abgeschlossen, gewisse Einschränkungen bringen.

Ich möchte einen Beweis antreten. Im Jahre 1980 wurden 360 000 Tonnen Obstprodukte aller Art in einem Wert von 1,7 Milliarden Schilling nach Österreich importiert. Im Jahre 1981 waren es 464 000 Tonnen, um 100 000 Tonnen mehr, in einem Wert von 3,7 Milliarden Schilling.

Meine sehr geschätzten Anwesenden! Um 100 000 Tonnen mehr Import, das ist so viel, wie die heurige Obstproduktion, die heurige Apfelproduktion in Österreich ausmacht. Innerhalb der letzten zehn Jahre sind die Importe mengenmäßig und auch wertmäßig laufend gestiegen.

Ich glaube, Herr Minister und meine sehr geehrten Damen und Herren, daß für diese Obst- und Gemüseproduzenten eine Absicherung unbedingt gegeben sein muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohe Beträge wurden investiert in Anlagen, in Obstgärten und in übrige Anlagen, in Geräte, in Lagerräume und so weiter. Viele Arbeitsplätze bei kleinbäuerlichen Betrieben konnten dadurch geschaffen werden. Diese Betriebe sind verunsichert und wissen nicht, wie es weitergehen soll, wenn diese Importflut weiter anhält.

Meine sehr geehrten Anwesenden! Ich möchte hier einige Beispiele anführen. Die Bauern — vor allen Dingen die spezialisierten Bauern — können nicht verstehen, wenn zum Beispiel bei einer guten Pflirsichernte Hunderte Tonnen Pflirsiche auf den Müllplätzen landen, während in der gleichen Zeit bei einem Eigenaufkommen von 10 000 bis 12 000 Tonnen 20 000 Tonnen importiert und zu guten Preisen verkauft werden, oder wenn Preisobst zum Teil nicht gesammelt, aufgelesen werden kann, weil der Preis ein Niveau erreicht hat, wo die Arbeitskosten höher liegen als der Verkaufspreis, oder wenn der Verkaufs- beziehungsweise der Preisdruck der importierten Obstarten — zurzeit auch anzutreffen, teilweise auch von den Importländern subventioniert — derart groß ist, daß der Abverkauf der heimischen Obstproduktion schwer oder überhaupt nicht möglich ist. Ich glaube, auch hier sagen zu dürfen, die Klasse II ist unverkäuflich.

Herr Minister! Hier sind Tausende kleine Betriebe betroffen und viele, viele Arbeitsplätze gefährdet. Die Österreichische Volkspartei hat ein Obst- und Gemüsesetz verlangt, um eine Absicherung dieser Sonderkulturen zu garantieren. Herr Minister! Wo bleibt Ihre Initiative? Herr Staatssekretär! Wo bleibt Ihre Initiative?

Die Ostliberalisierung mit allen ihren Problemen will ich nicht anschneiden. Sie bringt große Schwierigkeiten, weil Vertragsanbau, mit der Industrie ausgehandelt, nicht eingehalten werden kann, weil auch in der Industrie Arbeitsplätze gefährdet sind. Auch hier müßte man zu einer Lösung kommen, daß diese Sonderkulturen abgesichert werden, und es gibt eine Möglichkeit.

Hohes Haus! Es wurde heuer bei den Marktordnungsgesetzen bei Kren im Zoll eine Abschöpfung von 4 S beschlossen. Durch diese Absicherung gibt es überhaupt keine Probleme und keine Schwierigkeiten. Hier ist unseren Landwirten eine Sicherheit gegeben worden.

Kurz ein Wort zum Außenhandelsdefizit: 1981 12,9 Milliarden Schilling; eine Zunahme seit 1980 um 7,6 Prozent. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Jahre 1981 wurden im Wert von 6,3 Milliarden Schilling Obst und Gemüseprodukte importiert, wertvolle Devisen ausgegeben und den heimischen Obstproduzenten schwere Schäden zugefügt. Ich glaube — und das möchte ich mit besonderer Deutlichkeit feststellen —, wenn die inländische Produktion

Lafer

am Boden liegt und es keine Möglichkeit mehr gibt, durch diese vielen Importe im Inland zu produzieren, dann wissen auch die Importländer die Preise zu verlangen, und wir werden sicher auch für die Konsumenten höhere Preise zu erwarten haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zusammenfassend und zum Schluß kommend: Ich möchte nicht jammern und überzogen diese Probleme aufzeigen, sondern der Realität, der Wirklichkeit, wie sie im ländlichen Raum und vor allen Dingen in unseren kleinstrukturierten Gebieten anzutreffen ist, entsprechend. Der Grüne Bericht zeigt diese Schwierigkeiten deutlich auf, und ich hoffe, daß nach der kommenden Nationalratswahl eine verständnisvolle Agrarpolitik im Interesse der österreichischen Bauern, im Interesse des ländlichen Raumes gemacht wird.

Die Österreichische Volkspartei stimmt daher diesem Grünen Bericht nicht zu. Ich darf aber noch einen Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei verlesen, und zwar den

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Deutschmann, Lafer und Genossen zum Grünen Bericht III-153 der Beilagen betreffend die Sicherung des „Arbeitsplatzes Bauernhof“.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, rasch die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der rund 300 000 bäuerlichen Familienbetriebe Österreichs einzuleiten.

Insbesondere sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

Rasche Verwirklichung zusätzlicher Einkommenschancen durch Biosprit und Ölsaatenbau;

Preis- und Absatzsicherung neben Milch, Getreide und Vieh auch bei Wein, Obst, Gemüse, Sonderkulturen und Geflügel;

Sicherung der Arbeitsplätze für Waldbauern und Forstarbeiter durch verbesserten Schutz gegen existenzgefährdende Holzimporte;

Anhebung des Mehrwertsteuersatzes für pauschalierte land- und forstwirtschaftliche Betriebe von 8 auf 9 Prozent;

Zurücknahme der bereits beschlossenen Einheitswerterhöhung um 5 Prozent per 1. Jänner 1983;

Gerechteres Steuersystem für die österreichischen Weinbauern.

(Beifall bei der ÖVP.) 15.25

Präsident **Thalhammer**: Der eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schwarzenberger. Ich erteile ihm das Wort.

15.26

Abgeordneter **Schwarzenberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Landwirtschaftsgesetz bestimmt, daß bei dessen Vollziehung die Bergbauern besonders zu berücksichtigen sind. Damit sollte ein wirtschaftlich gesunder und leistungsfähiger Bauernstand erhalten werden. Leider müssen wir feststellen, daß wir in der Landwirtschaft seit Mitte der siebziger Jahre laufend reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Im Jahre 1970 konnten wir um 15 Zuchtkühe einen Bergbauerntransporter kaufen. Für diese Maschine brauchen wir heuer, im Jahr 1982, 25 Zuchtkühe. Oder: Für einen Motormäher, den ich im Jahr 1968 kaufte, war der Gegenwert 6 500 Liter Milch, heute brauchen wir für dieselbe Maschine 10 200 Liter Milch.

Die Auswertung der Buchführungsergebnisse ergab im Berggebiet einschließlich der öffentlichen Zuschüsse ein Einkommen von 81 299 S im Jahr, und da wird vom Minister noch von einer erfolgreichen Agrarpolitik gesprochen!

Nachdem der Abgeordnete Pfeifer einen Zeitungsartikel zitierte, erlauben Sie mir, das ebenfalls zu tun, und zwar aus den „Salzburger Nachrichten“ vom 6. September 1982 — von wegen Lebensstandard —:

„Landwirtschaftsminister Haiden war, bevor er Minister wurde, Direktor der Österreichischen Bundesforste. Sein Staatssekretär Albin Schober ist einer der größten Schweinemäster Österreichs, ein Kärntner Großbauer mit Dienstwagen und allen Diäten. Nur vor diesem Hintergrund ist das zu verstehen, was die beiden auf der Welser Messe von sich gaben.“ — Dies ist das Zitat aus den „Salzburger Nachrichten.“

Der eine, Haiden, sprach davon, die sozialistische Regierung habe die Bauern aus dem Armenhaus herausgeführt, der andere, Schober, betonte den hohen Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung. Und hier weiter die „Salzburger Nachrichten“: „Man kann das als

13240

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Schwarzenberger

nichts anderes als blanken Zynismus bezeichnen.“

Von wegen hohem Lebensstandard: Die Einkommen der Bauern hinken, egal wie immer man sie berechnet, weit hinter denen der übrigen Bevölkerung nach. Eine 70- oder 80-Stunden-Woche ist auf Österreichs Bauernhöfen die Regel, an eine 40- oder gar 35-Stunden-Woche ist überhaupt nicht zu denken. Das Wort Urlaub ist ein Fremdwort.

Vor einigen Wochen ging eine Meldung durch die Presse, wonach 29 Prozent der Bergbauern einkommensmäßig unter der Armutsgrenze von 3 700 S pro Monat liegen; unter Einrechnung aller öffentlichen Zuschüsse sind es immer noch 24 Prozent. Dies bei einer 70- bis 80-Stunden-Woche! Das möchte ich nochmals betonen.

Bei diesem geringen Einkommen müssen unsere Bauernfamilien drei, vier, fünf Kinder großziehen und ausbilden und dabei noch die alten Eltern pflegen.

Welche Leistungen wir neben der Nahrungs- und Rohstoffproduktion, die für einen neutralen Staat zur wirtschaftlichen Landesverteidigung unbedingt notwendig ist, noch erbringen, sollte auch deutlich herausgestellt werden. Die Bauern — und hier besonders wir Bergbauern — pflegen unsere so schöne Erholungslandschaft, vielfach ein Paradies für Wanderer. Wir sind eigentlich die aktiven Naturschützer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Paragrafen allein können unseren Erholungsraum sicher nicht erhalten. Dazu brauchen wir schon die pflegende Hand unserer bäuerlichen Menschen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ohne gesicherte wirtschaftliche Basis sind diese Leistungen in Gefahr!

Meine Damen und Herren! Auf Seite 65 des Grünen Berichtes geht aus einer Tabelle hervor, daß 88 Prozent der gesamten Gästenächte in Österreich auf das Berggebiet entfallen, welche — 1981 — 82 Milliarden Schilling an Devisen brachten. Die gepflegte Landschaft ist der größte Anziehungspunkt, wie eine Gästebefragung durch das Salzburger Landesverkehrsamt ergab. Leider ist es nur wenigen Bauern möglich, sich an diesem Wirtschaftszweig zu beteiligen, weil die notwendigen Investitionen aus Geldmangel nicht durchgeführt werden können.

Meine Damen und Herren! Den in der Propaganda immer wieder so hochgespielten Bergbauernzuschuß erhalten nur 46 Prozent der Bergbauern. 1981 erhielten 24,8 Prozent der Bergbauern der Zone III und 33,2 Prozent

der Bergbauern der Zone II sowie alle Bergbauern der Zone I keinen Bergbauernzuschuß.

In der Regionalförderung war der Förderungsanteil 1970 noch 12,77 Prozent der Investitionssumme. 1981 ist er auf 6 Prozent abgesunken. Es gibt auch den fiktiven Einheitswert nur in der Landwirtschaft. Weder in der Förderung der gewerblichen Betriebe noch in anderen Bereichen, geschweige denn in der verstaatlichten Industrie gibt es solche Einschränkungen. Dies beweist, daß Landwirtschaftsminister Haiden für Nebenerwerbsbauern wenig übrig hat! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Unser Einkommen im Berggebiet stützt sich in der Regel auf drei Sparten: Vom Milch- und Rinderverkauf wird der Lebensunterhalt getragen, während der Holzerlös für die Investitionen verwendet wird. 100 Festmeter Nutzholz brachten uns 1980 einen Betrag von 140 000 S. Dieselbe Menge Holz brachte im heurigen Jahr nur mehr 90 000 S. Bei gleicher Arbeitszeit um 50 000 S weniger!

Wir verstehen es deshalb nicht, daß der Minister für Land- und Forstwirtschaft nicht bereit ist, mehr gegen die massiven Holzimporte zu unternehmen. Durch den Import von 1 Million Festmeter Holz werden 1 200 Forstarbeiter arbeitslos, 2 000 weitere durch Nichtermöglichung von Investitionen. Im Jahr 1981 sind insgesamt 4 Millionen Festmeter Holz importiert worden. Die Menge für 1982 ist noch weiter steigend.

Herr Staatssekretär, bitte berichten Sie dem Minister: Im Bundesvoranschlag 1981 waren für den Güterwegbau, für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete 375,5 Millionen Schilling vorgesehen. Im Rechnungsabschluß scheinen aber nur 314,28 Millionen Schilling auf. Es fehlen 61,2 Millionen Schilling, die Sie den Bauern vorenthalten haben. Wo ist dieses Geld hingekommen?

Über 15 000 Bauern warten in Österreich noch auf einen entsprechenden Verkehrsanschluß. 1970 waren zum Beispiel in Salzburg von der Güterwegförderung drei Viertel Bundesmittel und ein Viertel Landesmittel. 1981 war es genau umgekehrt: Also ein Viertel Bundesmittel und drei Viertel Landesmittel. Ja wir hatten sogar die groteske Situation, daß 1981 in Salzburg bei den Güterwegbauten die abgelieferte Mehrwertsteuer bereits höher war, als die an Salzburg geleistete Bundesförderung.

Meine Damen und Herren! Wenn das noch erfolgreiche Agrarpolitik sein soll, dann ver-

Schwarzenberger

stehe ich die Welt nicht mehr! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wie sieht dieser Güterwegbau in der Praxis aus?

Vor einigen Tagen war ein extremer Bergbauer aus Wagrain bei mir, ein Bergbauer auf 1 200 m Seehöhe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 14 Hektar und 1 Hektar Wald. Er mußte notgedrungen für die Hofer-schließung Bundesforste-Grund verwenden. Für diesen 1 Hektar Bundesforste-Grund — wobei die Bundesforste diesen Güterweg sehr notwendig als Holzabfuhr brauchen — mußte dieser Bauer das einzige Hektar Wald, das er zur Verfügung hatte, den Bundesforsten zurückgeben. Und das bei einer Leistung von 240 000 S für diesen Betrieb, ein Zuerwerbsbetrieb mit 15 Stück Vieh.

So sieht die Realität draußen aus. Solche Praktiken sind einfach nicht zumutbar!

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wollen wir, daß die Bergbauern auch in Zukunft auf ihren Höfen bleiben können, so brauchen wir neben der Preis- und Absatzsicherung für die Berggebiete folgende Förderungsschwerpunkte:

Erstens: Die Bauern von jenen Kosten befreien, die andere nicht haben. — Ich denke in erster Linie an die Verkehrserschließung, aber auch an die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes. Bis zu 80 Prozent des Straßennetzes in einzelnen Bundesländern in Österreich sind ländliches Wegenetz. Dort wird sehr viel Treibstoff verfahren, wobei mit der Bundesmineralölsteuer, verbraucht beim ländlichen Wegenetz, praktisch das höherrangige Straßenwesen subventioniert wird.

Zweitens: Bessere Investitionshilfen und Investitionshilfen auch für Nebenerwerbsbauern.

Und drittens: Einen weiteren Ausbau der Direktzuschüsse, und zwar gemeinsam vom Bund und Ländern. Ich möchte den Staatssekretär Schober ersuchen: Er hätte in Kärnten noch ein sehr großes Betätigungsfeld, denn die beiden sozialistischen Bundesländer Kärnten und Burgenland sind die einzigen Bundesländer in Österreich, die keine Direktzuschüsse von seiten des Landes geben.

Von den eingangs erwähnten Zielvorstellungen des Landwirtschaftsgesetzes sind wir derzeit weiter denn je entfernt. Deshalb lehnen wir Bergbauern diesen Grünen Bericht ab. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{15.35}

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Schober. Ich erteile es ihm.

^{15.36}

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft **Schober**: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Haider hat heute in der Debatte zum Grünen Bericht ein sehr wichtiges Problem zur Sprache gebracht, nämlich das der Raiffeisen-Geschäftspolitik. Ich möchte in der gebotenen Kürze dazu auch Stellung nehmen und mit einem Rückblick beginnen.

Es ist jetzt ziemlich genau 100 Jahre her, daß seinerzeit Raiffeisen, Friedrich Wilhelm Raiffeisen, die ersten landwirtschaftlichen Genossenschaften, die genossenschaftlichen Einrichtungen — wie Raiffeisen-Kassen, Molkereien — gegründet hat unter der Zielsetzung, daß es damals, am Beginn des kapitalistischen Zeitalters gegolten hat, den Bauern einen wirksamen Schutz zu bieten vor der Ausbeutung durch das Kapital. Ohne jeden Zweifel ist das Raiffeisen damals in einer ganz hervorragenden Weise gelungen. Es würden heute sicher Zehntausende bäuerliche Betriebe nicht mehr existieren können, hätte es die Raiffeisen-Bewegung und Raiffeisen nicht gegeben.

Wenn wir uns aber heute die Raiffeisen-Geschäftspolitik der Unternehmungen ansehen, die in diesem Bereich tätig sind, dann muß ein unvoreingenommener Betrachter eigentlich zum Schluß kommen, daß sich diese wertvolle Idee vielfach ins Gegenteil verkehrt hat. Nicht überall! Aber wir haben Fälle, wo es so ist, daß durch eine wirtschaftliche Konzentration der einzelne Bauer in eine wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht wurde. Es wäre sehr naiv zu glauben, daß eine solche Abhängigkeit im wirtschaftlichen Bereich nicht auch eine politische Unmündigkeit bedeuten würde.

Ich darf hinzufügen: Zum Teil hat man diese Monopol- und Machtstellung deshalb erreicht, weil man die gewerbliche Konkurrenz sehr brutal ausgeschaltet hat.

Wir Sozialisten haben immer verlangt, daß die Genossenschaften uns Bauern am Gewinn, am Ertrag beteiligen, zum Beispiel durch die Auszahlung einer Dividende, durch die Zur-Verfügung-Stellung von verbilligten Betriebsmitteln oder durch einen Bonus, der am Jahresende ausbezahlt wird, wie das die Konsumgenossenschaften schon seit Jahrzehnten tun.

Wie sieht die Raiffeisen-Geschäftspolitik jetzt aus? — Sie geht in immer mehr bauern-

Staatssekretär Schober

ferne Geschäftsbereiche. Denn nennen Sie es eine bauernfreundliche Geschäftspolitik, wenn zum Beispiel die Raiffeisen-Bankengruppe einer der größten Anteilsinhaber der Wiener Tageszeitung „Kurier“ ist und sich mit einem Millionen-Aufwand eingekauft hat? — Ich glaube, daß das, meine Damen und Herren, nichts anderes als eine mißbräuchliche Verwendung von Bauerngeldern ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Oder: Die Gründung von Reisebüros, die ebenfalls mit einer bäuerlichen Geschäftspolitik sehr wenig zu tun hat. Lassen Sie mich auch das Engagement bei der Schoeller Bank erwähnen. In allerletzter Zeit ist ein ganz signifikantes Beispiel auch einer Geschäftspolitik offenkundig geworden, das ich ebenfalls vortragen möchte.

Raiffeisen hat nämlich die Firma Eckes gekauft. Eckes ist eine Firma, die im Getränkebereich tätig ist, und zwar in einem Bereich, wo aus der heimischen Produktion kein Getränk erzeugt werden kann. Eckes ist nämlich Marktleader bei Fruchtsäften, die aus importierten Zitronen und Orangen, also aus Südfrüchten hergestellt werden, die Bauern in Österreich auf Grund der klimatischen Bedingungen nicht produzieren können.

Das heißt: Statt daß man eine Firma unterstützt oder in einem Geschäftsbereich tätig ist, wo die heimische Landwirtschaft ihre Erzeugnisse anbieten kann, erwirbt man eine Firma und bewirbt ein Produkt, das uns Bauern in Österreich Konkurrenz macht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß das ein sehr wesentliches Beispiel einer Geschäftspolitik ist, die mit den Zielsetzungen, meine Damen und Herren, eines Friedrich Wilhelm Raiffeisen nichts mehr zu tun hat.

Es ist ein Urteil des Obersten Gerichtshofes ergangen, daß Genossenschaftsmitglieder nicht schlechter gestellt sein dürfen als Nichtmitglieder. Ich glaube, daß dieses Urteil natürlich richtig ist, weil ja die Mitglieder im Rahmen ihrer Haftung etwas Wesentliches für die Genossenschaft erbringen: Sie bringen Kapital ein, das auch nicht verzinst wird.

Wenn nun ein Bauer als Nichtmitglied an eine genossenschaftliche Einrichtung, an eine Molkerei Milch liefert, dann wird ihm eine Schüttgebühr in einer Höhe von 20 Groschen vorgeschrieben.

Wir glauben nun, daß diese Form, daß Bauern nicht schlechter gestellt werden dürfen, nicht nur für die Bereiche gilt, wo die landwirtschaftliche Genossenschaft etwas von uns

Bauern verlangen kann, sondern auch für alle anderen Bereiche, wie zum Beispiel bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die uns Betriebsmittel verkaufen. Hier hat aber das Nichtmitglied deswegen einen großen Vorteil, weil es ja keine Anteile zeichnen braucht, weil es kein Kapital einbringt, weil es auch nicht haften braucht und weil es trotzdem die benötigten Betriebsmittel genau zu den gleichen Preisen kaufen kann wie die Mitglieder.

Es ist sehr interessant, daß dieses Oberste Gerichtshofurteil von einer Molkereigenossenschaft erzwungen wurde. Sie ist also, als es darum gegangen ist, von Bauern Geld zu holen, den Weg zum Obersten Gerichtshof gegangen, hat sich nicht gescheut, den Obersten Gerichtshof anzurufen, umgekehrterweise verweigert sie aber im genossenschaftlichen Bereich der Lagerhausgenossenschaften das selbstverständliche Prinzip, das sie selbst hier beim Obersten Gerichtshof gesucht hat. Ich darf Ihnen mitteilen, daß die sozialistischen Bauern hier im Wege eines Musterprozesses den Bauern zu ihrem Recht verhelfen wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Halten Sie es für vereinbar, wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften jetzt — und ich höre das aus verschiedenen österreichischen Landesteilen — die Auszahlung des Maispreises verzögern? Sie werfen uns hier eine Politik vor, die den Bauern nicht dient.

Ich glaube, in diesem Bereich, meine Damen und Herren, könnten Sie sehr erfolgreich für die Bauern wirken, wenn *(Zwischenruf der Abg. Helga Wieser)* Sie nämlich eine andere Bewußtseinsbildung, vor allem auch Sie, Frau Abgeordnete Wieser, bei den Genossenschaften herbeiführen. Wir haben eine Hilfe sofort geboten, indem notwendige Maisexporte von immerhin 70 000 Tonnen durchgeführt worden sind.

Ich habe deshalb bereits vor längerer Zeit gefordert, daß in diesem genossenschaftlichen Bereich *(Abg. Helga Wieser: Sie können fordern, was Sie wollen, das nützt sowieso nichts!)* ein Bauernanwalt eingesetzt wird, ein Bauernanwalt für Raiffeisen, der unserer Meinung nach folgenden Aufgabenbereich haben sollte:

Erstens sollte der Bauernanwalt in die Lage versetzt werden, Beschwerden entgegenzunehmen *(Abg. Helga Wieser: Daß wir uns von Ihnen anschaffen lassen, soweit kommt es noch!)*, die Bauern im genossenschaftlichen Bereich haben, die sie an den Bauernanwalt herantragen. Zweitens — und ich halte das

Staatssekretär Schober

für genauso wichtig — müßte diese Bauernanwaltschaft in die Lage versetzt werden, daß jeder Geschäftsbeschluß, den Raiffeisen oder eine Raiffeisengenossenschaft faßt, daraufhin überprüft wird, ob der natürlich auch heute noch vorhandene Förderungsauftrag von Raiffeisen erfüllt wird. Dann könnte nämlich eine solche Geschäftspolitik, wie das Einkaufen in eine Tageszeitung, die mit Bauernpolitik nichts zu tun hat, in Zukunft nicht mehr durchgeführt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Im Interesse der Bauern lade ich Sie ein, hier an der Einsetzung eines solchen Bauernanwaltes auch mitzuwirken!

Herr Abgeordneter Riegler! Sie haben von einem Auseinanderklaffen der landwirtschaftlichen Preise und jener Preise gesprochen, die wir für unsere Betriebsmittel bezahlen müssen. Das hat es immer gegeben. Ich darf hier für unsere Agrarpolitik eines feststellen:

Wir Sozialisten wissen, daß der Preis, den der Bauer für ein Produkt, das er erzeugt, erhält, der von ihm hart und schwer erarbeitete Arbeitslohn ist. Wir haben deshalb im Rahmen unserer Agrarpolitik einer notwendigen Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte immer ein besonders großes Augenmerk zugewendet.

Das war leider nicht immer der Fall. Ich darf hier aus einer Broschüre auch heute wieder zitieren, meine Damen und Herren, die ich von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs erhalten habe *(Abg. Helga Wieser: Das war eine Fehlinvestition!)*, die sich mit „Zahlen 1981 aus Österreichs Land- und Forstwirtschaft“ betitelt. Ich erwähne das deshalb, Frau Abgeordnete Wieser, damit Sie mir nicht vorwerfen, daß diese Zahlen vielleicht auch in Frage gestellt werden. Denn die Präsidentenkonferenz wird ja wohl auch für Sie, so hoffe ich zumindest, unbeeinträchtigt bleiben, was sie hier an Zahlen herausgibt.

Im Jahre 1966 ist ein Milchpreis von 2,27 S bezahlt worden. Vier Jahre später, im Jahre 1969, ein solcher von 2,17 S. Das heißt: Vier Jahre ÖVP-Agrarpolitik hat bewirkt, daß die Bauern um 10 Groschen weniger bekommen haben. Das war Ihre Preispolitik, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich fahre aber in diesem sehr interessanten Vergleich aus der zitierten Broschüre fort. 1970 ist von uns ein Preis von 2,17 S übernommen worden, im Jahre 1976 wurde ein solcher von 3,31 S bezahlt und im Jahre 1982 ein sol-

cher von 4,42 S inklusive Mehrwertsteuer. Das heißt: Er war doppelt so groß als vor der Zeit, als wir für die Preispolitik verantwortlich gemacht werden konnte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist, meine Damen und Herren, der Beweis, daß für uns die Preispolitik einen hohen Stellenwert im Rahmen der Möglichkeiten der Agrarpolitik hat.

Darf ich noch zum Getreidepreis etwas sagen: Beim Weizen war es ähnlich. 1970 war der Weizenpreis um ganze 7 Groschen niedriger als im Jahre 1966, obwohl in dieser Zeit *(Abg. Frodl: Sie müssen die Maschinenpreise auch sagen!)* ein gezielter Stützungsabbau durchgeführt wurde bei den wichtigsten Betriebsmitteln, die wir Bauern haben, nämlich beim Mineraldünger, während wir mit der Problematik der hohen Weltmarktpreise, vor allem bei Diesel und natürlich auch bei den notwendigen Einfuhren im Bereiche der Phosphat- und Kalidünger, die wir ja in Österreich nicht erzeugen können, fertig werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich einige Worte heute auch zu den Nebenerwerbsbauern sagen und noch einmal mit allem Nachdruck feststellen, daß ich nach wie vor die Meinung verrete, daß die Politik der Arbeitsplatzsicherung, die diese Bundesregierung seit 1972 als unbestrittenen Schwerpunkt ihrer Politik führt, vor allem eine Politik der Nebenerwerbsbauern gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es wird ein sehr genauer Prüfstein auch hier im Hohen Hause sein, wie die Österreichische Volkspartei zum zweiten Beschäftigtensonderprogramm der Bundesregierung steht, ob sie hier diesen Maßnahmen, die wir vorschlagen werden, ihre Zustimmung gibt. Denn: Wenn Sie das nicht tun, dann lehnen Sie eine Beschäftigungspolitik für die Nebenerwerbsbauern ab.

Machen Sie einen Blick über die Grenzen Österreichs hinaus in vergleichbare Länder. Dort, wo die Arbeitslosenrate stärker ansteigt, als es in Österreich der Fall ist, dort gibt es ein Heer von arbeitslosen Nebenerwerbslandwirten. Wir haben die Nebenerwerbslandwirte, Hohes Haus, in alle Förderungsmöglichkeiten eingebunden. Auch das ist vor 1970 nicht der Fall gewesen.

Wir haben die Berechnung des fiktiven Einheitwertes — ich komme konkret darauf — verbessert. Wir haben einen Faktor von 5 übernommen. Damals wurde das außerlandwirtschaftliche Einkommen mit 5 multipliziert, dem wurde der Einheitwert aus der

Staatssekretär Schober

Land- und Forstwirtschaft hinzugerechnet, und die so errechnete Summe durfte 300 000 S nicht übersteigen. Wir, meine Damen und Herren, haben diesen Faktor auf 1,2 gesenkt. Das heißt, daß zu Ihrer Zeit kaum ein Nebenerwerbsbauer in den Genuß irgendeiner Förderung gekommen ist. Das ist eine Tatsache, die sich an Hand dieser Fakten leicht beweisen läßt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Mehr noch, meine Damen und Herren: Zu Zeiten der ÖVP-Regierung ist es so gewesen, daß man vielfach, wenn ein Nebenerwerbsbauer bei einer Bezirksbauernkammer um eine Förderung vorgesprochen hat, abgelehnt hat. Ja man hat sogar in ihm eine Gefahr für unseren Berufsstand gesehen. Auch das haben wir Sozialisten geändert.

Frau Abgeordnete Wieser! Sie haben heute zur Bauernpension gesprochen. Hier darf ich Sie daran erinnern, daß die Sozialisten im finanziellen Bereich die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß eine Bauernpension überhaupt ausbezahlt werden kann. Ich weiß, daß Sie darüber nicht gerne reden. Ich darf hier aus dieser Broschüre noch einmal zitieren, meine Damen und Herren. Hier sind nämlich die Leistungen des Bundes zur bäuerlichen Sozialversicherung sehr genau aufgeschlüsselt und ausgewiesen.

Im Jahre 1970 ist für die Pensionsversicherung ein Betrag von 725 Millionen Schilling bezahlt worden, für die Krankenversicherung ein solcher von 271 Millionen Schilling und für die Unfallversicherung einer von 59 Millionen Schilling. In Summa hat das einen Betrag ausgemacht von 1 055 Millionen Schilling.

Für 1982 stehen folgende Zahlen zu Buche: Pensionsversicherung 6,7 Milliarden Schilling, Krankenversicherung 680 Millionen Schilling, Unfallversicherung 210 Millionen Schilling, wieder in Summa gerechnet, sind das 7,6 Milliarden Schilling.

Für 1983 werden es knappe 8 Milliarden Schilling sein. Das heißt, daß wir diese Aufwendungen um 800 Prozent steigern konnten! *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist die Voraussetzung, daß die Bauern im bäuerlichen Bereich heute eine entsprechende Pension erhalten, und ich lade Sie ein, Frau Abgeordnete Wieser, diese Fakten endlich auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Mutterschutz darf ich feststellen — Sie haben diesen ebenfalls angesprochen —, daß ich sehr stolz darauf bin, daß dieser Mutterschutz in der derzeitigen Form verwirklicht wurde. Das ist ein weiterer Meilenstein im Bereiche der sozialistischen Sozialpolitik

für unsere Bauern, die wir auch verwirklichen konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Stolz bin ich vor allem darauf, daß mit der gefundenen Form eine größtmögliche Arbeitsentlastung für unsere Bäuerinnen erreicht wird.

Herr Abgeordneter Koppensteiner! Sie haben die Bergbauernförderung in Kärnten angesprochen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß, wenn man alle Förderungsmaßnahmen meines Heimatlandes zusammenrechnet, Kärnten in der Förderung für die Bergbauern vorbildlich ist.

Ich darf konkret darauf verweisen, daß für den Rinderabsatz in Kärnten besonders viel, ja mehr getan werden muß als in anderen Bundesländern.

Das Schulwesen ist bei uns vorbildlich — und dem wird nicht widersprochen — ausgebaut und organisiert.

Vor allem in der überbetrieblichen Maschinenverwendung hat Kärnten eine Pionierarbeit für ganz Österreich geleistet. Bereits in den fünfziger Jahren haben wir das Modell einer überbetrieblichen Landmaschinenhilfe verwirklicht. Damals hat man allerdings von seiten des Bauernbundes und der ÖVP davon gesprochen, daß die Kärntner Sozialisten damit den Beginn einer Kolchosierung der Landwirtschaft in meinem Heimatland einleiten wollten. Sie sind zum Besseren bekehrt worden. Ich freue mich darüber, daß Sie zum Einsehen gekommen sind und diese Maßnahmen der Bundesregierung jetzt auch unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Koppensteiner! Ich persönlich vertrete immer die Meinung, wenn über die Bergbauernhilfe in Kärnten gesprochen wird, daß die sinnvollste Hilfsmöglichkeit und Förderung für unsere Bergbauern die Übernahme der Wegerhaltungskosten ist, wobei ich aber auch nicht verschweigen möchte, daß natürlich nicht nur Einigung über die Förderung erreicht werden muß, sondern daß sich die ÖVP bei der notwendigen Finanzierung von der Verantwortung natürlich auch nicht ausschließen darf.

Herr Abgeordneter Schwarzenberger! Sie haben mich persönlich angesprochen und aus einem mir nicht bekannten Artikel zitiert, daß ich einer der größten Schweinemäster Österreichs wäre. Ich würde mich freuen, wenn das der Fall wäre. Ich darf Sie informieren, daß ich in Kärnten meinen ererbten mittelbäuerlichen Besitz gemeinsam mit meiner Gattin auch heute noch bewirtschafte. Ich habe derzeit einen Bestand von 270 Mastschweinen. Ich glaube, wir sind uns einig, daß das nicht

Staatssekretär Schober

großbäuerlich, sondern mittelbäuerlich ist. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Ich darf Ihnen auch versichern, daß ich mir eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung meines landwirtschaftlichen Betriebes einfach nicht in Frage stellen lasse. Ich glaube, auch im Interesse der Glaubwürdigkeit in der Politik ist es notwendig, daß Menschen, die in der Politik tätig sind, darauf verweisen können, daß sie die bäuerliche Arbeit aus eigener Erfahrung kennen und diese auch verrichten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf am Schluß meiner Ausführungen, Herr Abgeordneter Murer, zu etwas kommen, was Sie heute hier in die Diskussion getragen haben. Wenn Sie mit dem Begriff Bermuda-Dreieck eine sprachliche Anleihe aus dem Bereich der Schifffahrt genommen haben, dann haben Sie damit ungewollt und unbewußt — das gebe ich gerne zu — der Agrarpolitik der Bundesregierung ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Sie steuert nämlich die österreichische Agrarpolitik seit zwölf Jahren krisenfest und unbeirrt zwischen der permanenten Krankjammerpolitik des ÖVP-Bauernbundes und den blauen Agrarillusionen der FPÖ auf einen sicheren Kurs *(Beifall bei der SPÖ)* genauso erfolgreich, wie ein bewährter und erfahrener Kapitän die Gefahren des Bermuda-Dreieckes auf hoher See bewältigt. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwiimmer: Er ist in der Sauna im Bermuda-Dreieck! — Weitere Zwischenrufe und Heiterkeit bei der ÖVP.)* 15.57

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hietl.

15.58

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wortmeldungen des Herrn Staatssekretärs im Hohen Hause haben, seit er diesem als Staatssekretär angehört, immer bei allen Fraktionen dieses Hauses zu Heiterkeit geführt. Das war auch heute so.

Herr Staatssekretär! Es bleibt immer Ihnen überlassen, mit Ihren Ausführungen dafür zu sorgen, daß man von den tatsächlichen Schwierigkeiten, die die gesamte Landwirtschaft Österreichs hat, ablenkt. Wenn Sie mit einem Lob für die Raiffeisenbewegung begonnen haben, dann sind wir davon überzeugt — die Masse aller Landwirte Österreichs ist davon überzeugt —, daß diese Raiffeisenbewegung nach wie vor das große Rückgrat *(Ruf bei der SPÖ: Des „Kurier“!)* der gesamten Landwirtschaft ist und dafür sorgt, meine Damen und Herren, daß vom Saatgut begin-

nend bis zur Ernte hier eine große Bewegung da ist, die zum Nutzen der Landwirtschaft Österreichs arbeitet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie, Herr Staatssekretär, der Auffassung sind, daß das heute anders ist, dann vielleicht deswegen, weil die österreichische Bauernschaft, die in den einzelnen Genossenschaften vereint ist, Ihnen nicht das Vertrauen entgegenbringt, das Sie gerne hätten, weil unsere Bauern, unsere Mitglieder der einzelnen Genossenschaften, egal aus welcher Sparte in der Landwirtschaft, genau wissen, daß dort Menschen sitzen, die von den einzelnen Mitgliedern frei gewählt werden, die für ihre Interessen und dafür sorgen, daß sie trotz zwölf Jahren sozialistischer bauernfeindlicher Regierung noch immer ihre Höfe bestellen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* Deswegen Ihre Kritik.

Man könnte sich jetzt stundenlang mit Ihnen auseinandersetzen, doch ich will das dem Hohen Haus ersparen und will nur auf einzelne Dinge eingehen.

Wenn Sie von mißbräuchlicher Verwendung der Bauerngelder in den Genossenschaften sprechen, Herr Staatssekretär, dann behaupte ich: Das ist eine glatte Unterstellung gegenüber der Genossenschaftsbewegung überhaupt!

Wenn unsere Bauern in den einzelnen Sparten Schwierigkeiten haben, dann sind es die Billigimporte, die von dieser Bundesregierung aus anderen Staaten nach Österreich genehmigt werden und dadurch die Schwierigkeiten unserer Landwirtschaft heraufbeschwören. Das ist die Tatsache, an der wollen Sie anscheinend vorbeigehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Verzögerung beim Maispreis, Herr Staatssekretär, Sie können doch in diesen wenigen Wochen nicht schon vergessen haben, daß wir angesichts der großen Maisernte, die wir kommen gesehen haben, die Anlegung von Sperrlagern oder die Durchführung von Exporten verlangt haben. Erst als Exporte gelungen waren, hat der Maispreis eine Regelung gefunden. Sofort haben Handel und Genossenschaften allen Bauern den festgesetzten Maispreis ausbezahlt.

Ich weiß nicht, vielleicht ist das bei Ihnen persönlich anders; ich habe das in allen Teilen unseres Landes feststellen können.

Wenn Sie gegen die Genossenschaften einen Bauernanwalt verlangen, Herr Staatssekretär, so habe ich schon gesagt: Das Vertrauen zu Ihnen ist anscheinend in den einzelnen Genossenschaften nicht da. Vielleicht

13246

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Hietl

versuchen Sie auf diese Art und Weise Einfluß zu gewinnen.

Wir haben, Herr Staatssekretär, nichts zu verbergen. Daher tun Sie, was Sie nicht lassen können. Wir sind überzeugt, daß das Vertrauen der österreichischen Bauern zu den Genossenschaften — das ist ja das, was Sie stört — vorhanden ist. Das ist das entscheidende für uns. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie von Zeitungsbeteiligung sprechen: Wir haben eine Zeitung in Österreich, die aus dem Landwirtschaftsbudget bezahlt wird — 10 Millionen Schilling für die „Agrarwelt“ —, in der die Masse der Bauern — wir sind davon überzeugt — völlig falsche Informationen von Ihnen bekommt. Wenn Sie sozialistische Propaganda betreiben wollen, dann bezahlen Sie das aus sozialistischen Beiträgen und nicht aus Beiträgen des Ministeriums! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was die Preisbildung für die Landwirtschaft betrifft, Herr Staatssekretär, auch dazu klar und deutlich: Die Bundesregierung ist letzten Endes bei allen Preisverhandlungen entscheidend. Und das, was unsere bäuerlichen Vertreter für die Bauern erzielen, muß dieser Bundesregierung schwer abgerungen werden.

Wenn Sie behaupten, es gebe beispielsweise 1982 einen niedrigeren Milchpreis als 1966, dann stimmt das insofern nicht, als es um den Milchpreis geht, der für die gelieferte Milch im Wege der Richtmengenregelung bezahlt wird. Wer bestimmt denn den Absatzförderungsbeitrag, Herr Staatssekretär? Darauf haben Sie maßgeblich Einfluß, und das haben Sie damit gemeint. Es ist eine Verzerrung der Tatsachen, ob ich den Milchpreis minus Absatzförderungsbeitrag nenne oder den tatsächlichen Milchpreis; der liegt wesentlich anders als 1966. Nur der Kaufpreis ist heute ein anderer. Und dafür, glaube ich, ist doch wieder diese Regierung verantwortlich. Das trifft auf alle Preisvergleiche zu.

Ich werde Ihnen, wenn ich vom Wein sprechen werde, einen ähnlichen Preisvergleich geben.

Anders liegen die Düngerpreise. Wenn Sie hier von Weltmarktpreisen sprechen: Es liegt an der Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß auch entsprechende Handelsdüngerpreise gelten, die den österreichischen Bauern die Verwendung des Düngers ermöglichen; sprich beispielsweise Stickstoff-Werke. Ich brauche nicht darauf einzugehen, Sie kennen genau die Situation.

Was die Arbeit der Nebenerwerbsbauern

anlangt, ist es auch sehr einfach. Sie machen es einem wirklich leicht, Ihnen zu antworten. Es ist noch nicht so viele Jahre her, als jemand — ich glaube, der Mann war der Staatssekretär Schober — erklärt hat: Die ersten Entlassenen, wenn es Schwierigkeiten in der Arbeitsbeschaffung gibt, werden die Nebenerwerbsbauern sein, weil die sowieso zu Hause etwas haben. So Staatssekretär Schober.

Dieser Mann glaubt heute, unsere Nebenerwerbsbauern für sich gewinnen zu können, indem er schöne Worte spricht. So schnell, Herr Staatssekretär, vergessen unsere Nebenerwerbsbauern Ihre Äußerungen nicht. Ich darf Ihnen auch versichern, daß es gerade unsere Kammern sind, die in Abendsprechstunden die Nebenerwerbsbauern beraten, um ihnen alle Informationen zu geben.

Sie rühmen sich großer Leistungen für die Bauernpensionen durch Gelder der Bundesregierung. Erstens möchte ich feststellen: Es war die ÖVP-Alleinregierung im Dezember 1969, die die Einführung der Bauernpensionen beschlossen hat.

Zweitens stelle ich fest, daß im Dezember 1979 die sozialistische Regierung — ihr war es vorbehalten — Kürzungen bei den Mindestpensionen vorgenommen hat, und erst auf unseren Einspruch wurde im März 1980 dies wieder repariert.

Wer bringt die Leistungen für die Pensionen: Sie oder die Österreichische Volkspartei, die für die Bauernpensionisten alles in ihrer Macht stehende tut? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mutterschaftsgeld: Sie freuen sich, Herr Staatssekretär, daß es durchgesetzt wurde. Aber wir waren letzten Endes die Initiatoren, daß auch die Bäuerinnen ihr Karenzgeld bekommen.

Auch hier, meine Damen und Herren, erinnere ich mich eines Ausspruches, den ich nur ungern wiedergebe, aber um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich das tun.

Es war wieder ein Mann auf der Regierungsbank, auch er heißt Staatssekretär Schober, der erklärt hat, den Bäuerinnen Bargeld zu geben, wäre falsch. Sie würden sich höchstens dafür — dieser Ausspruch stammt von Schober — ein Mutterschwein anschaffen. So sieht Ihr Interesse für die Bäuerinnen aus, Herr Staatssekretär. Das sind die Dinge, die Sie machen.

Und wenn Sie Ihre Maschinenhöfe in Kärnten rühmen: Man hört nichts mehr, es war ein untaugliches Mittel. Mehr Beweise sind, glaube ich, nicht mehr notwendig, um diese

Hietl

Unfähigkeit Ihrer Politik, diese Unfähigkeit Ihrer Vorschläge unter Beweis zu stellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Dieser Grüne Bericht wurde heute von meinen Kolleginnen und Kollegen in jeder Weise klar und deutlich behandelt. Er zeigt genau die Ergebnisse auf. Wir wissen, daß das Jahr 1981 durch Witterungseinflüsse geringere Ernten gebracht hat. Aber wenn es schon so ein Jahr gibt, dann sind der Staat und sein Ministerium, das für die Belange der Landwirtschaft da ist, verpflichtet, dafür zu sorgen, daß entsprechende Hilfe geleistet wird. Es geschieht aber genau das Gegenteil.

Wenn man vom Jahr 1982 spricht, wo es größere Ernten gegeben hat, jubeln Sie heute schon einem Bericht entgegen, den wir in seiner ganzen Tragweite noch gar nicht kennen, in der Annahme, er wird doch hoffentlich besser werden, damit man sehr, sehr rasch den schlechten Grünen Bericht 1981 vergißt, damit man vergessen soll, daß diese Bundesregierung, daß das Landwirtschaftsministerium nicht das getan hat, was ihm als Anwalt, als Vertreter der Bauern zustünde.

Das landwirtschaftliche Einkommen, das geben die einzelnen Zahlen genau wieder, beträgt je Familienarbeitskraft im Monat 5 853 S. Meine Damen und Herren, das ist gegenüber einem Industriearbeiter ein Abstand von mehr als 6 000 S, wobei wir keinem Industriearbeiter seinen Lohn neiden. Wir wären schlecht beraten, wenn wir das täten. Wir wollen nichts anderes, als daß unsere schwere Arbeit in der Landwirtschaft diesen Löhnen angeglichen wird, wofür eine gerechte Agrarpreisregelung die erste Voraussetzung wäre.

Vergleiche der Familienarbeitskrafteinkommen — auch das muß ich noch einmal feststellen — zeigen in der Bundesrepublik Deutschland fast das Doppelte, in der Schweiz das Dreifache. Das sind die Länder, mit den wir uns in Konkurrenz auseinandersetzen müssen.

Ich glaube, das ist eine Notwendigkeit, weil es schließlich über die Marktfähigkeit der österreichischen Landwirtschaft etwas aussagt.

Und wenn Sie vom Einheitswert gesprochen haben, dann darf ich feststellen: Es ist unverständlich, daß diese Bundesregierung, daß die Mehrheit dieses Hauses nicht gewillt ist, unseren Anträgen zu entsprechen, die fünfprozentige Erhöhung des Einheitswertes für 1983 zurückzunehmen, obwohl klar und deutlich in jeder Weise berechenbar hier fest-

gestellt wurde, daß das Reinertragnis der Landwirtschaft nicht nur zurückgegangen ist, sondern beispielsweise im Jahre 1981 unter Null lag. (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Reinverluste!) Das heißt, wir haben überhaupt keinen Reinertrag. Wem würde man das in Österreich, welchem Arbeitnehmer würde man das noch zumuten? Und Sie erhöhen über die Opposition hinweg, einfach weil es Ihnen paßt, den Einheitswert um weitere 5 Prozent — trotz Realverlust von 16,1 Prozent, trotz Preisverlusten bei den verschiedenen Produkten.

Und wenn ich abschließend nur einige Worte zum Wein sage, dann auch, Herr Abgeordneter Peck, auf Ihre Ausführungen, die Sie sich besser hätten ersparen sollen. Es liegt mir gänzlich fern, hier gegen jemand persönlich zu werden. Das, glaube ich, gehört nicht zu der Aufgabe des Abgeordneten, sondern seine Aufgabe ist es, die Sachlage klar und deutlich herauszustellen.

Wir wissen, daß die Ernte 1982 zweifellos Schwierigkeiten gebracht hat, weil eben große Ernten in ihrer Verwertung, noch dazu, wenn sie nicht preisgeregelt sind, Schwierigkeiten bringen.

Aber ich darf hier mit aller Deutlichkeit feststellen: Wenn hier von Ihnen an diesem Pult behauptet wurde, der Abgeordnete Hietl als Obmann der größten österreichischen Genossenschaft — so haben Sie wörtlich gesagt — hätte versagt, dann gehen Sie hinaus, Herr Abgeordneter Peck, ich lade Sie ein: Fragen Sie die 2 600 Mitglieder, wer versagt hat!

Ich kann Ihnen heute schon sagen: 1981 haben unsere Leute 9 S im Schnitt für das Kilogramm Trauben bekommen, und ich garantiere Ihnen, daß sie für 1982 einen Betrag bekommen werden, der über dem Doppelten von dem Betrag liegt, um den so manche Vermittler — ich will nicht rundweg behaupten, daß Sie dazugehören — in Ihrer Heimat die Trauben des Weinbauern anderen angeboten haben. Das, bitte, sind die Tatsachen.

Ich verwahre mich daher dagegen, daß Sie sagen, dieser Abgeordnete Hietl hätte versagt. Wir sorgen dafür, wir haben jahrzehntelang dafür gesorgt und werden auch in Zukunft dafür sorgen, daß unsere Weinbauern ihre Ware zu entsprechenden Preisen an den Mann bringen, trotz aller Schwierigkeiten. Schwierigkeiten sind da, um gemeistert zu werden.

Sie haben die Aufgabe — auch mit uns —, dafür zu sorgen, daß seitens der Regierung all

13248

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Hietl

das geschieht, was wir letzten Endes als Instrumentarium brauchen, um Vorsorge zu treffen. Das, glaube ich, wäre Ihre Aufgabe. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Helfen Sie mit, Sie haben die Möglichkeit, erstens für gesetzliche Maßnahmen zu sorgen. Der Antrag liegt im Haus, eine Mindestpreisregelung auch bei Wein herbeizuführen. Was bei allen anderen Produkten geht, müßte schließlich auch beim Wein möglich sein. Sorgen Sie dafür, daß wir eine Lagerungsaktion machen, um jetzt schon Vorsorge zu treffen, für 1983, wie immer die Ernte aussieht, damit nicht unsere Weinbauern auf der Straße stehen und nicht wissen, wohin mit dem Wein.

Wir haben heuer dafür gesorgt, wir werden es auch in Zukunft tun. Tun Sie das gleiche, Herr Abgeordneter. Sie haben letzten Endes alle Voraussetzungen dafür zu schaffen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das ist bei Ihnen nicht so gewesen wie bei uns, das darf ich Ihnen klar und deutlich sagen. Dazu gehört die Schaffung von Sperrlagern, um einen Vorrat anzulegen, um schlechteren kommenden Ernten, die sicher wieder einmal eintreffen, vorzubeugen, eine entsprechende Exportstützung und schließlich eine steuerliche Erleichterung, wenn Sie wollen, um eine Wettbewerbsverzerrung zu verhindern.

Wenn wir diese Aufgaben gemeinsam lösen können, dann können wir miteinander reden. Aber nicht der Opposition Vorwürfe machen, die nicht stimmen, und selber, wenn man der Mehrheit des Hauses angehört, nicht die Voraussetzungen dafür schaffen! *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.14

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Remplbauer.

16.14

Abgeordneter Remplbauer (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegen Schluß der Agrardebatte zum Grünen Bericht 1981 möchte ich feststellen, und das ist erfreulich, daß erstmals das Ergebnis und die Zahlen dieses Berichtes praktisch außer Streit gestellt wurden und daß es fast ausschließlich positive Beiträge waren, sachliche Beiträge, die hier von den Rednern gebracht wurden, mit der unrühmlichen Ausnahme meines Vordrängers, der wie immer nicht darauf verzichten konnte, polemisch zu sein. *(Abg. Hietl: Bitte Beispiele! — Abg. Brandstätter: Herr Oberlehrer!)* Ich möchte mich nicht an Ihr Beispiel halten, Herr Kollege.

Bevor ich zu einigen Fakten des Grünen Berichtes Stellung beziehe, möchte ich zu den

Ausführungen der Frau Abgeordneten Wieser, der Frau Abgeordneten Rochus und des Kollegen Hietl etwas sagen.

Frau Kollegin Wieser! Sie dürften das Einkommen einer Familienarbeitskraft in Österreich mit dem Familieneinkommen in der Schweiz verwechselt haben.

Und wenn Sie gemeint haben, daß der Herr Bundesminister Zahlenspielerei betreibt, so muß ich das entschieden zurückweisen, denn noch nie in der Geschichte dieser Republik hat es so viele Förderungsmaßnahmen, so große finanzielle Unterstützung für die Bauernschaft gegeben wie zur Zeit der sozialistischen Bundesregierung und der sozialistischen Landwirtschaftsminister. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich darf Ihnen versichern, weil ich das aus der eigenen Praxis weiß — ich schließe mich ja hier mit meinem Beitrag der Bürgermeisterriege, die heute gesprochen hat, an, ich komme ebenso aus dem ländlichen Bereich und weiß das deshalb aus eigener Praxis, aus eigener Erfahrung, durch eigene Kontakte mit der Bauernschaft —, daß der Herr Bundesminister auch in Einzelfällen, soweit Probleme an ihn herangetragen wurden, immer wieder bereit war, zu helfen. Das ist positiv, und das möchte ich hier auch zum Ausdruck bringen.

Und so kann es ja wohl nicht sein, wie einige von Ihnen, von den Funktionären des ÖVP-Bauernbundes behauptet haben, daß die Einkommenssituation und die Lage der österreichischen Landwirtschaft von Jahr zu Jahr schlechter geworden wäre. Denn sonst wäre es doch nicht möglich, es wäre unlogisch, daß so viele aus dem ländlichen Raum, daß so viele aus der österreichischen Bauernschaft ein Stück des Weges, des guten Weges, des österreichischen Weges in den letzten zwölf Jahren mit uns gegangen sind und auch in Zukunft bereit sein werden, mit uns diesen österreichischen Weg, der auch ein guter Weg für die österreichische Bauernschaft ist, weiter zu beschreiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Frau Kollegin Wieser! Wenn Sie gemeint haben, daß es Bäuerinnen gibt, die bis zu 70 Stunden und vielleicht auch mehr aufwenden müssen in harter Tagesarbeit, so gebe ich Ihnen vollkommen recht. Diese Bäuerinnen gibt es selbstverständlich.

Ich möchte dazu nur ergänzen, daß es mindestens so viele Arbeiterfrauen in Österreich gibt, die ihre Arbeit hundertprozentig in den Betrieben erfüllen, die 40-Stunden-Woche, und dazu kommt die Hausarbeit, die Arbeit für die Familie *(Abg. Helga Wieser: Natürlich! Das habe ich nicht bestritten!)*, die Sie

Remplbauer

natürlich dazugerechnet haben, zu Recht, sodaß ich Ihnen sage, daß es noch viel mehr Frauen aus der Arbeitnehmerschaft gibt, die mindestens auch so viel Arbeit haben und mindestens auch so viel Arbeit leisten wie die fleißigen und tüchtigen Bäuerinnen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Gar keine Frage. Das haben Sie zu sagen vergessen, und Sie sind so lieb, mir zu erlauben, daß ich das nur dahin gehend ergänze. *(Abg. Helga Wieser: Das ist bei den Wirtinnen genauso!)*

Und weil Sie vom Mutterschaftsgeld und von der Betriebshilfe gesprochen haben: Das ist uns allen, denen die Probleme der Bauernschaft und vor allem auch der Bäuerinnen ein echtes, persönliches Anliegen sind, gleich. Alle unterstützen wir diese Maßnahme. Schließlich haben wir sie verantwortet, auch mit unserer Mehrheit, denn ohne die Bereitschaft zur Beschlußfassung durch die Regierungsfraktion wäre es nicht möglich gewesen, daß es nun eine Betriebshilfe oder eine Mutterschaftshilfe gibt, die den Bäuerinnen 28 000 S Bargeld bringt. Ich glaube, das sollte man sagen, denn es war nicht immer so. Es hat Zeiten gegeben, und ich weiß das aus persönlichen Sprechtagen, in denen Bäuerinnen gekommen sind, weil sie nicht gewußt haben, wie sie den einen oder den anderen Hunderter für ein persönliches Bedürfnis hätten aufbringen sollen. Daher ist es so wichtig, daß diese sozialistische Bundesregierung bereit war, auch am Sozialsektor in dieser Hinsicht einen entscheidenden Schritt nach vorne zu tun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft möchte ich nur noch bemerken, daß es klar ist, daß der Rohertrag entscheidend ist für das Einkommen in der Bauernschaft, und der ist einfach abhängig von einer guten oder einer schlechten Ernte. Daher ist es nicht zielführend — das ist heute schon wiederholt zum Ausdruck gekommen —, einen kurzfristigen Vergleich zu ziehen. Ein Vergleich kann immer nur ein längerfristiger sein, weil der Ernteertrag eben von der Witterung abhängig ist.

Das hat nichts mit dem Herrn Bundesminister zu tun. Es hat auch vor der sozialistischen Bundesregierung gute Erntejahre und schlechte Erntejahre gegeben. Aber eines ist sicher und ist unbestritten, und deshalb möchte ich es hier dezidiert noch einmal ganz konkret wiederholen: Ich beziehe mich hier nur auf den Zeitraum der Ministerschaft unseres Landwirtschaftsministers Dipl.-Ing. Haiden. Wenn ich den Zeitraum von 1975 bis 1981 hernehme, dann ist das Volkseinkommen je Erwerbstätigen jährlich durchschnitt-

lich um 7,4 Prozent gestiegen. Das sind Fakten. Das ist unbestreitbar. Das Volkseinkommen je Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ist um 9 Prozent gestiegen. Es ist also absolut falsch, wenn Redner hier behaupten, daß das Einkommen der Landwirtschaft schlechter wäre oder geringer gestiegen wäre als die Einkommen in anderen Schichten der Wirtschaft beziehungsweise in anderen Bevölkerungsschichten.

Zur Agrarstruktur und ihrer Veränderung möchte ich nur anmerken, daß die Anzahl der Nebenerwerbsbetriebe immer mehr im Steigen begriffen ist. Es ist sicher richtig, daß seit 1970 die Zahl der Betriebe um etwa 10 Prozent zurückgegangen ist, aber es ist auch eine Tatsache, daß die Zahl der Erwerbstätigen, also die Agrarquote, ganz minimal gefallen ist, nämlich um 0,2 Prozent im Vergleich zum Jahre 1980. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft verlangsamt sich, es ist nachweislich die geringste Abwanderung seit 30 Jahren aus der Landwirtschaft erfolgt. Das steht sicherlich in Zusammenhang mit der allgemeinen schwierigen Wirtschaftslage nicht nur bei uns in unserer Republik, sondern überhaupt. Das gilt ja auch für andere Länder.

Zur wirtschaftlichen Lage im Jahre 1981: Die landwirtschaftlichen Einkommen sind im Jahre 1980 um 24 Prozent gestiegen, 1981 nur um 2 Prozent. Wir sehen, wie abhängig dieses Wachstum des landwirtschaftlichen Einkommens vom Ernteertrag ist. Das sehen wir ja auch im Grünen Bericht, wenn wir die Zuwächse nach Produktionsgebieten anschauen: Im südöstlichen Flach- und Hügel-land plus 24 Prozent, im nordöstlichen Flach- und Hügelland minus 16 Prozent gegenüber plus 55 Prozent im Vorjahr.

Zur Einkommenssituation muß unbedingt angeführt werden, daß die Disparitäten, die Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft groß sind und daß das besondere Problem darin besteht, diese Disparitäten auszugleichen, was uns nie völlig gelingen wird, weil wir einfach den Standort, die Produktionsbedingungen, die Betriebsstruktur und die Betriebsgröße nicht zu verändern in der Lage sind.

Wenn wir heute ein Gesamteinkommen in der Landwirtschaft von etwa 119 000 S im Bundesdurchschnitt haben, so gibt es sicherlich Betriebe, die darüberliegen, bei weitem darüberliegen, aber ein Viertel der österreichischen Landwirtschaftsbetriebe — das sind etwa 47 000 Betriebe — hat ein geringeres Einkommen. Hier setzt die sozialistische Agrarpolitik durch die Bergbauernhilfe an.

Remplbauer

Sie haben die Einführung der Bergbauernhilfe, des Bergbauern-Sonderprogramms vorerst einmal belächelt. Aber eines steht fest: Nur durch die öffentlichen Zuschüsse, durch die Direktzuschüsse, durch die Direktgaben, durch die Bergbauernzuschüsse, die gestaffelt bis zu 10 000 S ausmachen, konnte das erreicht werden. Es ist beabsichtigt, den Bergbauernzuschuß weiter zu erhöhen, denn wir sind erstmals in der Lage, im Grünen Plan, den wir in einer der nächsten Sitzungen diskutieren werden, die Milliardengrenze zu erreichen. Das ist eine Traumgrenze, die sich niemand in der österreichischen Bauernschaft vor zehn Jahren erwartet hätte. Das ist eine entscheidende Maßnahme, um den Kleinen, den Schwachen, den Benachteiligten in der österreichischen Landwirtschaft zu helfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Problematik der Einkommensvergleiche muß man anführen: Wenn man einen möglichst objektiven Vergleich ziehen will, dann sind zum landwirtschaftlichen Einkommen selbstverständlich die außerlandwirtschaftlichen Einkommen und die öffentlichen Zuschüsse dazuzurechnen, aber natürlich nicht die Sozialeinkommen. Das möchte ich feststellen. Aber die außerlandwirtschaftlichen Einkommen betragen ja bei den Haupterwerbsbetrieben schon 12,9 Prozent. Die 2,9 Prozent öffentlicher Zuschüsse dazugechnet, sind es etwa 16 Prozent. Das ist eine maßgebliche Größe, die vernachlässigt wird bei Ihren Vergleichen, bei den Paritätsvergleichen der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern.

Wenn Sie die Nebenerwerbsbetriebe hernehmen, so ist das Bild noch krasser, denn dort macht das außerlandwirtschaftliche Einkommen bis zu 69, ja fast 70 Prozent aus, mit den öffentlichen Zuschüssen über 70 Prozent. Allein daraus ist abzuleiten, daß ein solcher Vergleich falsch sein muß. Ein Vergleich mit den Unselbständigen hinkt auch deshalb, weil die Nettoeinkommen der Landwirte mit dem Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer verglichen werden. Es kann doch wohl nur Gleiches mit Gleichem verglichen werden, wenn man zu einer objektiven Klarstellung und Aussage kommen will.

Dazu ist noch anzumerken, daß der Wert der selbstverbrauchten Nahrungsmittel und der Wohnungswert am Hof zu niedrig angesetzt sind bei diesen Vergleichen und daß nur das landwirtschaftliche Einkommen statt des Gesamteinkommens zum Vergleich herangezogen wird. Mit dem Durchschnitt aller Unselbständigen wird verglichen, und zwar zusammengerechnet Einkommen der Arbei-

ter und Angestellten bis zu den Höchstbezügen, anstatt mit dem Einkommen der Arbeiter zu vergleichen. Es ist ja auch eine Tatsache, die nicht bestritten werden kann, daß 71 Prozent derer, die aus der Landwirtschaft abwandern, einen Beruf als Hilfsarbeiter oder als Arbeiter annehmen müssen.

Dazu kommen noch Vorteile in der Landwirtschaft, die natürlich nicht in Beträgen meßbar, aber doch von entscheidender Bedeutung sind, wie etwa die freie Arbeitseinteilung, die es für keinen Arbeitnehmer in einem Betrieb gibt. Der ist gebunden an den Takt der Maschine, an eine vorgegebene Zeit. Weiters: die sicherlich auch weitgehend bessere Arbeitswelt, der sichere Arbeitsplatz, die Einheit von Wohn- und Arbeitsstätte, also kein Zeitverlust, um von der Wohn- zur Arbeitsstätte zu kommen, keine Pendlerprobleme.

Das alles ist hier nicht berücksichtigt. Das alles ist auch ein Grund, warum viele gerne in der Landwirtschaft bleiben. Ich kann Ihnen zumindest aus meiner Region sagen — ich gebe zu, daß das eine bevorzugte Region ist —, daß es kaum jemand gibt, der bereit wäre, aus der Landwirtschaft wegzuziehen.

Meine Damen und Herren! So könnte man zum Verschuldungsgrad Stellung nehmen, der im wesentlichen gar nicht so groß ist, der etwa 12 Prozent im Durchschnitt ausmacht, wobei ich zugebe, daß es viele gibt, die auf Grund ihrer Schwierigkeiten und Probleme einen weitaus höheren Verschuldungsgrad aufweisen. Liebe Kollegin Rochus! Das gibt es aber auch bei den Häuselbauern zum Beispiel. Oder schauen Sie in der Wirtschaft bei den Klein- und Mittelbetrieben, von denen so oft die Rede ist.

Nachdem ich mich kurzhalten will, möchte ich zum Abschluß kommen und darauf verzichten, zu Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation hier Vergleiche anzustellen. Zu den Sozialeinkommen ist heute bereits manches ausgeführt worden.

Ich möchte zusammenfassend feststellen, daß zwar der Grüne Bericht des Jahres 1981, gemessen an den Ergebnissen des Grünen Berichtes des Vorjahres, ungünstig ausfällt, daß man aber hier nur einen längerfristigen Vergleich ziehen kann und daß die Einkommenssituation in der Landwirtschaft keinesfalls schlechter, sondern besser geworden ist. Ich bitte daher den Herrn Landwirtschaftsminister, im Interesse der österreichischen Bauernschaft, vor allem im Interesse der Bergbauern, der Kleinbauern, der Kleinbetriebe, der Nebenerwerbsbetriebe, der Schwächeren, die erfolgreiche Agrarförderungspoli-

Remplbauer

tik fortzusetzen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.29

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Manndorff.

16.29

Abgeordneter **Manndorff** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte hat wie meist solche Aussprachen als wesentlich folgendes zum Ausdruck gebracht: Die Regierung sieht die Lage der Landwirtschaft, um die es geht, relativ günstig, die Opposition sieht sie wesentlich ungünstiger. — Die Frage ist: Wer hat recht, wem wird geglaubt? *(Rufe bei der SPÖ: Uns!)*

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, eine jüngste Meinungsforschung zur Kenntnis bringen, die ein sehr interessantes und, ich darf sagen, im Vergleich zu früheren Ergebnissen konträres Ergebnis zum Ausdruck bringt.

Auf die Frage: Stellt die Bundesregierung die wirtschaftliche Situation richtig dar oder beschönigt sie sie?, antwortet heute eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mit der Feststellung: Sie stellt sie zu günstig dar, sie ist nicht gut.

Und auf die Frage: Stellt die Opposition die Lage richtig dar oder falsch?, antwortet eine ähnlich klare Mehrheit mit der Feststellung: Die Opposition stellt die Lage richtig dar. *(Ruf bei der SPÖ: Wo steht das?)*

Meine Damen und Herren! Das wird, wenn man heute mit den Menschen spricht, die Wirtschaft betreiben, die in den Unternehmungen die Verantwortung tragen, ob das nun Unternehmer oder Betriebsräte sind, bestätigt. Die Lage ist heute kritischer, als sie von der Regierung dargestellt wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich zweifle keinen Augenblick daran, Herr Bundesminister, daß dies, was für die allgemeine wirtschaftliche Situation gilt, auch für die Land- und Forstwirtschaft Berechtigung hat. Ich darf, meine Damen und Herren, als ein nicht agrarischer Abgeordneter diese Entwicklung und diese Lage, diese negativen Aspekte der landwirtschaftlichen Situation als für die Nichtagrarier genauso besorgniserregend unterstreichen wie für die Landwirte selbst. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Denn eines ist uns aus der Erfahrung der Entwicklung immer klarer ins Bewußtsein gerückt: Es gibt keinen Bereich der Wirtschaft, der nicht von Entwicklungen anderer Bereiche der Wirtschaft unmittelbar betroffen

wäre. Wir alle sitzen in einem Boot, wir alle haben die Vorteile einer günstigen Entwicklung und die Nachteile einer negativen Entwicklung zu tragen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mir erlauben darf, die ganze Diskussion zusammenzufassen, so geht es letztlich im Kern um die Frage: Kann das Unternehmen, kann der Betrieb die Kosten, die er hat, im Preis gewinnbringend unterbringen? — Das ist letztlich die Kernfrage aller Betriebe, ob es sich um Gewerbe, Industrie, Handel, Bauwirtschaft oder Landwirtschaft handelt.

Die Frage: Kann der Betrieb die Kosten, die ihm entstehen, in einem gewinnbringenden Preis unterbringen?, müssen heute sehr viele Unternehmungen aller Bereiche mit Nein beantworten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und das, meine Damen und Herren, ist ein Kern der gesamten wirtschaftspolitischen Probleme der Situation von heute.

Ich bin überzeugt davon, daß wir die zukünftige Entwicklung Österreichs nicht meistern werden, wenn es uns nicht gelingt, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die erreicht, daß die Kosten der Unternehmungen im Preis gewinnbringend untergebracht werden können. Das ist der entscheidende Satz, die entscheidende Aufgabe der kommenden Zeit.

Ein Beispiel dafür, meine Damen und Herren, was Gewinn und die Chance auf Gewinn bedeuten, darf ich Ihnen aus einem Gebiet vorlegen, das uns, wenn wir das hören, immer wieder überrascht, das Ihnen im Prinzip bekannt sein wird, aber das in Erinnerung zu rufen sicher in diesem Augenblick aktuell sein mag. Es sind die sogenannten Küchengärten der Kolchosenarbeiter in der Sowjetunion.

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, daß in der Sowjetunion der Kolchosenarbeiter das Recht hat, einen kleinen Privatgarten zu betreiben, dessen Produkte er nicht nur für die eigene Ernährung, sondern auch für den Verkauf auf dem Markt zu Marktpreisen verwenden darf. Und das erstaunliche, fast unglaubliche ist, daß in der Sowjetunion bei einem Anteil dieser Privatküchengärten von 1,5 Prozent die Versorgung des sowjetischen Verbrauchers mit Milch und Fleisch zu 31 Prozent aus diesen Gärten besorgt wird, mit Gemüse zu 35 Prozent, mit Eiern zu 40 Prozent und mit Kartoffeln zu 60 Prozent.

Was heißt das? — Dort, wo der Betriebsführer — und diese kleinen Betriebe sind auch so zu betrachten — die Chance hat, die Kosten

Mannndorff

im Preis mit Gewinn unterzubringen, ist ein Animo da, die größtmögliche Leistung an den Tag zu legen. Und das muß unsere Wirtschaft anzustreben sich bemühen, sonst wird sie keinen Erfolg für die Zukunft haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das scheint mir ein wichtiger Punkt der Schlußfolgerungen aus all diesen Problemen zu sein.

Ich darf nochmals sagen: In der Frage der sozialen Sicherung, eines sozialen Netzes, der Bemühung zu verhindern, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten in soziale Not umschlagen, in diesem Schwerpunkt der Gesamtpolitik, ob es der Landwirtschaftsbereich oder ein sonstiger Bereich ist, sind wir im Ziel und in den Methoden zu einem großen Teil eines Sinnes. In der Frage aber: Kurbeln wir die wirtschaftliche Initiative genügend an, tun wir genügend, um den Unternehmungen, das sind Arbeiter und Unternehmer und Betriebsleiter gemeinsam, einen entsprechenden Anreiz zu geben, die größte Leistung zu bringen, sich für die Zukunft Gedanken zu machen, alles einzusetzen, damit der Betrieb neue Wege geht und konkurrenzfähig ist?, in dieser Frage der offensiven Wirtschaftspolitik liegt der entscheidende Unterschied zwischen der Politik der Sozialistischen Partei und der der Österreichischen Volkspartei. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich sage noch einmal, meine Damen und Herren: Wenn es uns nicht gelingt, diese offensive Wirtschaftspolitik, diese Ankurbelung der unternehmerischen Initiative tatsächlich zuwege zu bringen, dann werden wir die Zukunft nicht meistern.

Es ist unsere Aufgabe, diesen Schwerpunkt zu einem gemeinsamen Schwerpunkt der Zukunft zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.38

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-153 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend die Sicherung des „Arbeitsplatzes Bauernhof“.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration betreffend den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht (III-144 der Beilagen) über den Stand der Europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie über die von der Bundesregierung im Hinblick auf die Integration gesetzten innerösterreichischen Maßnahmen (Integrationsbericht 1981) (1245 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung.

Integrationsbericht 1981.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Köck. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatte Köck: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie hat am 3. Juni 1982 den nunmehr neunten Integrationsbericht seit dem Inkrafttreten der Freihandelsabkommen Österreich-EWG und Österreich-EGKS vorgelegt. Neben einleitenden Bemerkungen enthält der Bericht die Abschnitte Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandelsabkommen; Europäische Freihandelsassoziation (EFTA); die österreichische Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Integration; Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten; die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1981 sowie Schlußbemerkungen und einen Statistischen Anhang.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Integration hat diesen Bericht in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1982 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Integration stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Präsident

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Lanner.

16.39

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Integrationsbericht 1981 ist eine durchaus interessante Zusammenstellung. Wir werden diesem Bericht unsere Zustimmung geben, wollen allerdings einige doch wichtige Bemerkungen machen.

Es sind genau zehn Jahre, daß das Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet wurde, und zwar mit dem Ziel, die Handelschranken auf dem industriell-gewerblichen Sektor völlig zu beseitigen und auf dem Agrarsektor zumindest Teillösungen anzustreben, die, wie Sie wissen, Herr Minister, leider unbefriedigend waren und unbefriedigend sind.

Wenn wir nach diesen zehn Jahren Bilanz ziehen, können wir feststellen, daß sich zwar der Handelsverkehr, was die Ausfuhren in die EWG anlangt, prozentuell beträchtlich erhöht hat, daß aber nach wie vor ein ganz erhebliches Handelsbilanzdefizit gegenüber der Wirtschaftsgemeinschaft besteht. Das heißt, daß wir wesentlich weniger in den Raum der Gemeinschaft verkaufen können, als wir in der EWG einkaufen. Die Differenz beträgt über 60 Milliarden Schilling. Noch viel krasser, prozentuell gesehen, liegen die Dinge im Bereich der Agrarwirtschaft.

Wesentlicher erscheint uns aber nicht eine Analyse der Vergangenheit, sondern die Frage, wie sich die künftige Entwicklung fortsetzen könnte, fortsetzen müßte, und dazu, Herr Minister, möchte ich später vier ganz kurze Bemerkungen anbringen.

Aber zunächst eine Feststellung: Wir alle wissen, daß sich heute weltweit ein eigenartiges — fast möchte ich es so sagen — Spiel im handelspolitischen Bereich abspielt, und zwar reden alle auf der einen Seite von engerer Zusammenarbeit, während sie sich durch protektionistische Maßnahmen immer mehr abkapseln. — Dafür können Sie, Herr Minister, nichts, und das halte ich Ihnen nicht vor, wenn Sie wollen, bringe ich das sogar zu Ihrer Entschuldigung.

Aber es gibt eine zweite weltweite Tendenz, nämlich ein beinhartes Werben — ja ich möchte sagen Kämpfen — um die Sicherung und den Ausbau von Exportmärkten. Hier kann ich es Ihnen nicht ersparen, Ihnen eine gewisse Säumigkeit vorzuwerfen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Sie werden sagen: Das ist die übliche Tour der Opposition. — Lassen Sie mich zwei Beispiele bringen. Ein Beispiel aus der allerletzten Zeit.

Wir haben traditionell enge Handelsbeziehungen zu Frankreich. Die Franzosen haben es unter ihrem sozialistischen Ministerpräsidenten Mitterrand zu einem Motto erhoben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den heimischen Markt rückzuerobern und Importe, wo immer es möglich ist, einzuschränken. Nun haben sie dafür nach den gesetzlichen Bestimmungen relativ wenig Möglichkeiten. Daher findet man Ausflüchte in den sogenannten administrativen Handelsbeschränkungen. Das geht dann so vor sich: Wenn wir etwa nach Frankreich — und das ist ein aktuelles Beispiel — Videorecorder exportieren, gibt es in Portiers in der Mitte von Frankreich eine Verzollungsstelle, da müssen alle hin, und erst dann kann man wieder zurückliefern und sie irgendwo verkaufen. Das ist etwa so: Wenn jemand nach Bregenz eine Ware verkauft, muß er zunächst nach Linz fahren, um sie zu verzollen, und dann müßte er sie nach Bregenz zurückführen.

Das sind solche Handelshemmnisse, an einem Beispiel konkret aufgezeigt. Nun haben wir Sie ersucht, anlässlich des Besuches des Staatspräsidenten Mitterrand in einem Spitzengespräch diese Frage zu klären, zu bereinigen. Es gab Gespräche auf Fachministerebene — das möchte ich gern zugestehen —, es gab kein Gespräch zwischen Bundeskanzler Kreisky und Staatspräsident Mitterrand.

Das ist ein Beispiel, wo die Akzente falsch gesetzt sind. Kreisky sucht den Wüstensand bei Herrn Gaddafi, statt sich in Brüssel um die österreichische Integrationspolitik und den Absatz zu kümmern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Ich muß aber noch ein zweites Beispiel anführen: Ich habe etwas gezögert, aber es muß erwähnt werden.

In Brüssel kennt man Sie nicht, und das ist schade. Sie sind ein gewiegtter Verhandler. Sie sollten öfter nach Brüssel fahren und hätten das in den vergangenen Jahren öfter tun sollen. Dabei geht es um die Pflege der Handelsbeziehungen, um die Bestätigung von Handelshemmnissen. Es ist dabei doch das A und O, daß der zuständige Ressortminister ständig dort vor der Tür lästig ist. Lassen Sie mich das wirklich so sagen.

Irgend jemand hat mir berichtet, Sie wären in den letzten zehn Jahren zwei- oder höch-

13254

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Dr. Lanner

stens dreimal in Brüssel gewesen, aber vierzigmal in den Oststaaten. Nichts gegen die Oststaaten. Aber es sind die Prioritäten falsch gesetzt, wenn das stimmen sollte.

Ich komme daher zu den vier Schlußfolgerungen, um das Ganze auf das Wesentliche, Herr Minister, zu konzentrieren:

Erstens was die Zukunft anlangt: Wir brauchen eine neue Exportoffensive. Wir brauchen einen stärkeren persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers, der zuständigen Fachminister, und wir brauchen eine Verlagerung der Schwerpunkte in den europäischen Exportraum und nicht Ausflüchte und Ausflüge in den Nahen Osten, die der österreichischen Wirtschaft und den österreichischen Arbeitern sehr wenig bringen.

Zweitens: Wir verlangen im Agrarbereich neue Verhandlungen mit Brüssel, um das bestehende Ungleichgewicht zu beseitigen und bessere Exportsituationen für unsere Bauern zu erreichen. Der gegenwärtige Zustand ist in jeder Hinsicht unbefriedigend! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Drittens: In der Verkehrspolitik erwarten wir eine finanzielle Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an der Innkreis-Pyhrn-Autobahn. Diesbezüglich gibt es eine Bemerkung im Integrationsbericht auf Seite 79:

„Dem Problem der starken Belastung österreichischer Straßen durch den Transitverkehr insbesondere durch Benützer aus den EG wurde trotz diesbezüglicher österreichischer Bemühungen seitens der Gemeinschaft bisher nicht Rechnung getragen.“

Herr Minister! Damit finden wir uns nicht ab.

Viertens: Die Regierung müßte sich mehr als bisher um eine Vereinheitlichung von Normen und Kennzeichnungsvorschriften kümmern. Das sind nämlich die modernen Hintertüren in der Handelspolitik. Wenn die internationalen Bestimmungen Bremsen und Schranken nicht mehr zulassen, versucht man, administrative Hemmnisse aufzubauen. Deren Beseitigung ist für die Wettbewerbsgleichheit eine ganz entscheidende Frage.

Diese vier Punkte, Herr Minister Staribacher, stehen für uns in der Integrationspolitik im Vordergrund. Wir erwarten mehr, wesentlich mehr persönlichen Einsatz von Ihnen in Brüssel, und wir verlangen vor allem Nachdruck und Zähigkeit bei den Verhandlungen. Damit helfen Sie nicht nur der österreichischen Wirtschaft. Das ist im besten Sinne Arbeitsplatzsicherung für die Zukunft. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{16.48}

Präsident: Nächster Redner: Abgeordneter Teschl.

^{16.48}

Abgeordneter **Teschl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Integrationsbericht ist an sich positiv zu bewerten. Trotzdem geht aus diesem Bericht hervor, welche Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art sich in den Europäischen Gemeinschaften abzeichnen beziehungsweise vorhanden sind. Die Zahlen des Berichtes zeigen, daß die österreichischen Exporte in die EG, die 1980 122,9 Milliarden Schilling ausmachten, im Jahre 1981 auf 133 Milliarden angestiegen sind, und das in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Aus dem Bericht geht aber auch hervor, daß die protektionistischen Maßnahmen, die die einzelnen EG-Länder ergriffen haben, die Handelshemmnisse besonders hervorkehrten.

Ich habe Herrn Abgeordneten Lanner natürlich nur so verstanden, daß er Frankreich, das schon in der Zeit vor Mitterrand bekannt war für seine besonderen protektionistischen Maßnahmen, jetzt halt nur deshalb erwähnt hat, weil zufällig oder Gott sei Dank, wie man will, dort ein Sozialist Staatspräsident ist. Es hätte mir mehr gefallen, wenn er die gesamten Handelshemmnisse, die die EG-Staaten errichtet haben, hervorgekehrt hätte und dabei die Erschwernisse des österreichischen Exportes erwähnt und zugegeben hätte, daß es der österreichischen Wirtschaft trotzdem gelungen ist, die Exporte um 11 Milliarden Schilling auszuweiten. Das ist eine Leistung der österreichischen Wirtschaft, die hier in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt. So glaube ich im Spiegel der derzeitigen Wirtschaftszession im Zusammenhang mit den Handelshemmnissen, daß alle Staaten, in denen etwa durch versteckte Subventionen Handelshemmnisse errichtet werden, versuchen, sich abzukapseln, die nationalen Wirtschaften zu fördern. Unter diesen Voraussetzungen konnte die österreichische Wirtschaft Exporterfolge in beachtlichem Ausmaß erzielen.

Ich glaube nicht, Herr Abgeordneter Lanner, daß der österreichische Handelsminister den Hausbesorger bei den EG in Brüssel spielen soll und sich ständig dort aufhalten soll, um zu antichambrieren. Für diese Zwecke ist der Gemischte Ausschuß da, der alle jene Fragen zu erörtern hat, die die österreichische Handelspolitik im EG-Raum betreffen. Solche Sitzungen fanden, wie dem Bericht zu entnehmen ist, periodisch statt.

Teschl

Ich darf auszugsweise erwähnen, welche relevanten Fragen da zur Diskussion standen und, wie wir wissen, auch im Durchschnitt erfolgreich behandelt wurden. Zum Beispiel der sehr diffizile Bereich der sensiblen Produkte. Es gelang trotz der Schwierigkeiten, in denen sich die europäische Papier- und Zellstoffindustrie befindet, dem Gemischten Ausschuß, die Plafondregelung zugunsten Österreichs aufrechtzuerhalten, auch in diesem Jahr. Wer die Branche und ihre Schwierigkeiten kennt, weiß, was es bedeutet, wenn die Plafondregelungen gegenüber Österreich nicht verschärft wurden.

Des weiteren standen die Probleme der Ursprungsregelung zur Diskussion, ein Fragenkomplex, der Österreich immer wieder besonders beschäftigt hat, schon aus dem Grund, weil daraus administrative Handelshemmnisse rekrutieren. Dasselbe gilt ja auch im Bereich der Schutzklauseln.

Es wurden auch die Fragen erörtert, die die Probleme bezüglich Spanien und Portugal betreffen, falls diese beiden Länder den EG beitreten. Zugegebenermaßen ist das wieder etwas in die Ferne gerückt. Aber allenfalls und vorsorglich hat die österreichische Regierung, hat der österreichische Handelsminister über die Gemischte Kommission nicht nur jene Fragen erörtern lassen, die Österreich betreffen, sondern es konnte Übereinstimmung erzielt werden, daß die gleichen Voraussetzungen bestehen, die in bezug auf die EG bestehen.

Es wurden alle Agrarhandelsfragen immer wieder diskutiert, und die Agrarhandelsbilanz mit den EG ist aus dem Landwirtschaftsbericht ersichtlich. Diese noch besonders zu erwähnen, kann ich mir ersparen, aber sie ist durchgehend positiv.

So wurden alle jene Fragen im Gemischten Ausschuß behandelt, die Herr Abgeordneter Lanner hier moniert hat. Ich glaube, ich sagte es im vorigen Jahr zum selben Anlaß schon: Es ist sinnvoll, daß die österreichische Bundesregierung und die zuständigen Fachminister, also der Handelsminister und der Landwirtschaftsminister, die Politik der kleinen Schritte gewählt haben, wo also sukzessive jene Wünsche Österreichs durchgesetzt werden konnten, die die Handelspolitik in bezug auf die Landwirtschaft und die gewerblichen Produkte betreffen. Wenn es möglich ist, das zu beweisen, dann natürlich nur durch Ziffern, die in den jeweiligen Berichten zum Ausdruck kommen und unwiderlegbar sind.

Zugegebenermaßen diskutieren wir über einen Bericht, der schon ein Jahr zurückliegt.

In der Zwischenzeit haben sich die weltwirtschaftlichen Bedingungen im allgemeinen und im EG-Raum im besonderen eher noch verschlechtert. Trotzdem gilt auch für die österreichische Wirtschaft, für die Exportwirtschaft wieder jenes, was ich für 1981 schon sagte, daß es wahrscheinlich — das Jahr ist noch nicht zu Ende — wiederum gelingen wird, die Exporte in eine Reihe von Ländern der EG und der EFTA zu steigern. Ich sage nochmals: Unter Berücksichtigung der gegebenen weltwirtschaftlichen Verhältnisse ist das eine besondere Leistung der österreichischen Wirtschaft.

Wie sich eben die Weltwirtschaftslage darstellt, wo jedes einzelne Land um seine Handelsbeziehungen ringt, wo es zu Mengen- und Preiskämpfen kommt, muß dieser Bericht gesehen werden und unter diesen Voraussetzungen, wie schon mehrmals erwähnt, die Exportbemühungen und die Exportchancen, die von der österreichischen Wirtschaft genutzt wurden, natürlich unter der Assistenz der zuständigen Fachminister, die es daraus vermieden haben, permanent in Brüssel zu antichambrieren. Sie haben durch eine kluge Politik über die Gemischten Ausschüsse und über andere Gremien die Voraussetzungen geschaffen, daß die österreichische Wirtschaft diese Möglichkeiten nutzen konnte, die angestrebt wurden. So gesehen ist der vorliegende Bericht positiv, und meine Fraktion wird auch ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.56

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Frischenschlager.

16.57

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht über den Stand der Integration spiegelt die ganz konkreten politischen Schwierigkeiten wider, die im Zuge der europäischen Integration zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Österreich auftreten. Fernab von jeglicher Europaeuphorie sind dort die ganz konkreten Probleme aufgezeigt. Wir anerkennen, daß von Beamtenebene alles unternommen wurde, um diese aus dem Weg zu räumen. Wir wissen, daß es nicht an den Bemühungen gelegen ist, sondern einfach an den größeren politischen Schwierigkeiten, die es in Europa gibt. Das ist in diesem Bericht alles zusammengefaßt. Die Möglichkeiten wurden ausgeschöpft, und aus diesem Grund stimmen wir dem Bericht zu.

Allerdings, wenn man diesen Bericht in

Dr. Frischenschlager

einem größeren Zusammenhang sieht, dann muß man wieder vor der Gefahr warnen, daß wir als Nichtmitglied der Europäischen Gemeinschaften zunehmend in eine Abseitsposition rutschen können. Die Europäischen Gemeinschaften haben ihre Eigendynamik, haben auch ihre Schwierigkeiten, und es stockt auch da und dort, aber die Verflechtung im Feinen nimmt natürlich zu. Nicht zuletzt müssen wir ja anerkennen, daß eine zunehmende Zahl von Staaten Europas in den Europäischen Gemeinschaften ihre wirtschaftliche und später womöglich ihre politische Heimat finden wird. Jedenfalls der größere und der wichtigere Teil Europas steht innerhalb der Europäischen Gemeinschaften.

Deshalb möchte ich auch hier anlässlich dieser Debatte die Gelegenheit ergreifen, auf die Gefahr nochmals hinzuweisen, der Österreich begegnen muß, wenn es nicht in Europa übrigbleiben will. Das ist der Grund, warum wir wieder und wieder darauf hinweisen, daß es auch in unserer Außenpolitik eines eindeutigen europapolitischen Schwerpunktes bedarf. Wir vermissen ihn. Wir vermissen das Engagement des Bundeskanzlers, der sich in vielen internationalen Belangen sehr stark engagiert. Wir vermissen eben dasselbe Engagement in der Europapolitik. Das ist ein Punkt.

Der zweite: Selbstverständlich gilt auch für die Europäischen Gemeinschaften, was für jeden politischen Körper gilt, daß diesen Leuten, die dort die politischen Entscheidungen treffen, ihr Hemd näher ist als der Rock und sie daher zunächst ihre Probleme betrachten und die Probleme, die zum Beispiel unser Staat mit den Europäischen Gemeinschaften hat, eben als zweitrangig betrachten. Das ist eine politische Realität. Deshalb braucht es eines europapolitischen Anstoßes und einer permanenten europapolitischen Schwerpunktbildung.

Wir wissen, daß das Europa der EG zunehmend ein Europa der Bürokratie geworden ist. Trotzdem und vielleicht gerade deshalb, weil wir wissen, daß diese Bürokratie nicht so leicht Dinge aus dem Weg räumen kann, wie wir uns das vorstellen, ist es wichtig, daß wir auch auf eine andere Institution setzen, die vielleicht manch bessere Gelegenheit bietet, und das ist das Europäische Parlament. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Wir alle sind als Fraktionen dieses Hauses in internationalen Parteizusammenschlüssen, wir alle haben Kontakte zu den Fraktionen des Europäischen Parlamentes. Ich habe aus manchem Bericht den Eindruck, daß wir bei

den Fraktionen des Europäischen Parlamentes mehr Verständnis finden als bei der Bürokratie und vielleicht auch bei manchem Minister der Europäischen Gemeinschaften.

Deshalb mein Appell an alle Fraktionen dieses Hauses: Nützen wir die Möglichkeiten, die wir über die Parteizusammenschlüsse haben, Einfluß zu nehmen auf das Europäische Parlament; dort liegt die politische Möglichkeit, die wir ausnützen sollten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es wird viel Zeit vergehen, bis wir den Weg nach Europa gefunden haben und er wirklich ausgeschritten ist. Ein wichtiger Meilenstein ist das Europäische Parlament. Den sollten wir nützen. (*Beifall bei der FPÖ.*) 17.01

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dkfm. Gorton. Ich erteile es ihm.

17.02

Abgeordneter Dkfm. **Gorton (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Integrationsbericht, der uns ja jedes Jahr vorgelegt wird, schildert die Situation und sicherlich auch die Bemühungen des letzten Jahres, in diesem Zusammenhang sozusagen vorwärtszukommen. Wir werden ihm zustimmen, obwohl ich einige Bemerkungen dazu noch machen möchte.

Die Kompetenzüberlappungen in Fragen der Integrationspolitik, also zwischen dem Handels- und Außenministerium, spiegeln sich auch in den Berichten der beiden Ministerien zu diesen Materien wider.

Der äußere Unterschied liegt zunächst darin, Herr Bundesminister — ich habe das auch bereits erwähnt im Ausschuß —, daß der Außenpolitische Bericht zweifellos insgesamt wesentlich umfangreicher ist, weil er ja die gesamte Außenpolitik beinhaltet, aber doch uns wesentlich früher im Parlament vorgelegt wurde. Ich möchte also von der Form gar nicht sprechen, die sicherlich eine viel leichter zu studierende Form darstellt, aber wir wollen ja keine Formalisten sein, sondern möchten rechtzeitig die Berichte haben. Ihr Bericht, der nur einen Teilbereich dieser Handelspolitik beinhaltet, ist jedenfalls nahezu drei Monate später eingelangt, der eine ist im März schon vorgelegen, Ihrer ist im Juni erst ins Haus gekommen.

Inhaltlich möchte ich, da ja beide die Integration behandeln, doch zwei Punkte erwähnen. Ich möchte sagen, der hoffentlich wirklich nur bis Ende 1983 aktuelle Dauerbrenner der sensiblen Produkte, die ja bereits auch hier von Abgeordneten Teschl genannt wur-

Dkfm. Gorton

den, diese Fragen wurden, soviel ich vergleichen konnte, im Außenpolitischen Bericht ausführlicher und, ich möchte sagen, auch etwas sensibler behandelt.

Zu den bisher als gescheitert anzusehenden Bemühungen einer EG-Mitfinanzierung der Pyhrn-Autobahn möchte ich feststellen, daß zum Unterschied von Ihrem Bericht — ich möchte das aber nicht werten — im Außenpolitischen Bericht angeführt erscheint, daß sich auch Österreich vorbehält, die durch einen verzögerten Ausbau der Innkreis-Pyhrn-Autobahn bedingten Belastungen durch entsprechende Maßnahmen in zumutbaren Grenzen zu halten.

Ich möchte nur die Frage in den Raum stellen, ob die Regierung hier entsprechende Maßnahmen, falls es nicht zu einer baldigen Mitfinanzierung und Zusage diesbezüglich kommt, ins Auge faßt, was Sie zu dieser Frage grundsätzlich zu sagen haben.

Ich möchte jedenfalls feststellen: In der Verkehrspolitik ist die Integrationspolitik bisher gescheitert. Und wenn wir in diesen ganzen Fragenkomplex der Integration auch den Rhein-Main-Donau-Kanal miteinbeziehen, so möchte ich sagen, daß der gegenwärtigen Noch-Regierung bei uns zweifellos durch den Regierungswechsel im Nachbarland Deutschland die Wege wesentlich zu einer Realisierung dieses Projektes, die allerdings noch sehr lange dauern wird, erleichtert wurden. Ich glaube, die jetzige deutsche Regierung bekennt sich wenigstens positiv zum Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals, während das ja bei der vorigen nicht der Fall war. Ich kenne den grundsätzlichen von uns vertretenen Standpunkt, wo wir ja keine Meinungs-differenzen haben.

Wenn ich früher von den sensiblen Produkten gesprochen habe, so möchte ich hier nur erwähnen: Es ist positiv zu beurteilen, daß diese Mehrbelastung der Papierindustrie, die sie ja durch den Auslauf der Zölle oder durch den Zoll-Wiederaufbau teilweise und durch den endgültigen Auslauf Ende 1983 in Kauf zu nehmen hat, daß also die Aktionen für die Investitionen und vor allen Dingen die Umweltinvestitionen budgetmäßig entsprechend dotiert wurden.

Unter Vorgriff auf Ihr Budget möchte ich nur sagen, daß sich die Zuwachsrate von 1982 von 133 Millionen Schilling im Jahre 1983 auf 175 Millionen Schilling erhöhte, Geld, das für die papierindustrielle Förderung bereitgestellt wird, und das beurteilen wir positiv. Wir hätten uns nur gewünscht, daß sich auch die Zuwachsraten für die BÜRGES und Betriebs-

neugründungsaktionen für Zinsenzuschüsse ebenfalls in diesem Rahmen bewegt hätten, denn hier wären von 1982, wo 233 Millionen Schilling vorgesehen sind, auf 1983 nur 238 Millionen Schilling gegeben, also es würde eine ganz geringfügige Aufstockung zu verzeichnen sein.

Gerade im Zusammenhang mit dem Mittelstandsgesetz — es sollen ja auch die Klein- und Mittelbetriebe in diese Integrationsmöglichkeiten hineinwachsen — glaube ich, daß bei der Vorlage des Budgets ein Versäumnis geschehen ist, aber ich gebe zu, daß es im Rahmen der Gesamtintegrationsfragen nur einen Randbereich betrifft.

Ich möchte aber doch den Abgeordneten Teschl dahin gehend berichtigen, wenn er hier die restriktiven oder protektionistischen Maßnahmen Frankreichs zitiert hat und dann gesagt hat, von früheren Regierungen habe Lanner nicht gesprochen.

Soweit ich informiert bin, ist die Frage mit den Videorecordern und dem Zollamt in Portiers erst jetzt unter der neuen Regierung in Frankreich virulent, aktuell geworden, zumindest diese strengerer Maßnahmen, die jetzt angesetzt werden, scheinen also jüngsten Datums zu sein. Ich glaube, daß es hier sehr wohl eines ministeriellen Einsatzes oder eines Einsatzes des Kanzlers bedürfte, um solche protektionistische Maßnahmen eben abzubauen oder überhaupt zu verhindern.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zum Schluß möchte ich nur noch folgendes sagen: Die bedrohlichste Aussage im Integrationsbericht lese ich auf Seite 22, wo die Entwicklung der Inlandsmarktanteile der österreichischen Industrieproduktion behandelt wird. Das ist meiner Meinung nach doch ein Spiegelbild der zwölfjährigen sozialistischen Wirtschaftspolitik in diesem Land, wenn hier davon gesprochen wird, daß der Inlandsmarktanteil der österreichischen Industrie auch in der Phase eines verringerten weltwirtschaftlichen Wachstums in etwa in dem bisherigen Tempo weiter sinkt.

Hatte die österreichische Industrie 1955 noch rund 75 Prozent des Inlandsmarktes versorgt, so waren es 1981 nur noch 51 Prozent. Die Abnahme des Inlandsmarktanteiles betrug somit pro Jahr knapp einen Prozentpunkt, und auch 1980 und 1981 setzte sich diese Entwicklung praktisch in gleichem Tempo fort. 1980 sank der Marktanteil um 0,8 Prozentpunkte, ebenso im Jahre 1981 von 51,7 auf 50,9, also ebenfalls 0,8 Prozentpunkte.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich weiß, daß sich bei einer arbeitsteili-

13258

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Dkfm. Gorton

gen Kontinental- oder auch Weltwirtschaft natürlich ein kleines Land durch Exporte Ergänzungen schaffen muß. Ich glaube aber trotzdem, daß der Aufruf, der vor allen Dingen von der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft jetzt im Herbst immer getätigt wird, der Aufruf zum Kauf von österreichischen Waren, doch auch durch entsprechende Maßnahmen der Regierung wieder zu unterstützen wäre.

Die Bemühungen, die wir in diesem gesamten Zusammenhang und gerade auch hinsichtlich dieser Aussage im Integrationsbericht zu intensivieren haben, müssen dahin gehen, daß die Wandlung Österreichs von einem Industrieproduktionsland zu einem Importhandelsland abgeschwächt wird, gestoppt wird und daß wir sehr wohl trachten müssen, auch den Inlandsmarktanteil in unserer industriellen Produktion an der Versorgung des österreichischen Marktes durch entsprechende Maßnahmen der Regierung zu steigern. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.09

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Fachleutner. Ich erteile es ihm.

17.10

Abgeordneter Fachleutner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir den Integrationsbericht vor uns liegen haben und ihn durchsehen, dann sehen wir, daß sicher auch die österreichische Landwirtschaft von Sorge erfüllt ist, inwieweit werden wirtschaftliche Möglichkeiten gegeben sein, um auch in der Zukunft in der Vermarktungspolitik zu Rande zu kommen, wenn wir gleichzeitig wissen, daß wir gerade in der derzeitigen Situation von der Wirtschaftsgemeinschaft in der Vermarktungspolitik großen Belastungen ausgesetzt sind.

Ich glaube, damals bei der Gründung, 1962, als sich sechs Staaten zur Wirtschaftsgemeinschaft — derzeit sind es zehn — zusammenfanden, war die Meinung vorhanden, in Europa werde sich auf Grund einer Entwicklungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue wirtschaftliche Epoche entfalten. Als diese Entwicklung in den letzten Jahren sicherlich auch für diese Staaten eine positive Richtung nahm, hat auch Österreich 1972 entschieden, in Form einer Teilassoziiierung an der Wirtschaftsgemeinschaft teilzunehmen.

Nun müssen wir aber feststellen, wie ich bereits eingangs gesagt habe, daß wir vor großen Sorgen in der Vermarktungspolitik stehen.

Ich darf einige Beispiele hier anführen. Wenn wir derzeit beispielsweise mit Getreideexporten in den Osten befaßt sind, dann wird uns von den Verhandlungspartnern vorgehalten, daß auch den Ostblockstaaten niedrige Preise bei Getreide angeboten werden, und wir sehen uns der Tatsache gegenüber, daß im Vergleich zum letzten Jahr eine Verschlechterung in der Exportstützung von mindestens 20 bis 30 Groschen eintritt. Derzeit ist die Situation so, daß wir bei Getreide fast 1,70 S Stützung geben müssen, weil die Wirtschaftsgemeinschaft auch den Ostblockstaaten unter den Weltmarktpreisen anbietet und wir als Drittland keine Stützungsform besitzen, eine Abschöpfungs- und Erstattungsregelung in einer Größenordnung, wie sie derzeit die Wirtschaftsgemeinschaft im letzten Wirtschaftsjahr mit 380 Milliarden Schilling zum Einsatz bringen kann. Vor fünf Jahren waren es 90 Milliarden Schilling, also ein gigantischer Aufschwung! Gegenüber diesen Geldern, die hier zum Einsatz gebracht werden, werden wir in der Vermarktungspolitik in Schwierigkeiten kommen.

Wir haben heuer qualitativ und mengenmäßig bei Getreide eine Ernte eingebracht, die sehr groß war, die heute schon feststellen läßt, daß wir mindestens 620 000 Tonnen in den Export fließen lassen müssen. Aufgegliedert: 400 000 Tonnen Weizen, wo der Qualitätsweizen inbegriffen ist, zirka 50 000 bis 60 000 Tonnen Roggen, 100 000 Tonnen Gerste, 70 000 Tonnen, vielleicht sogar 100 000 Tonnen Mais. Das ist eine gigantische Menge mit einer Wertschöpfung von über 2 Milliarden Schilling, die wir im Exportwege absetzen müssen.

Wenn ich gesagt habe, daß die Wirtschaftsgemeinschaft uns auch in der Vermarktungspolitik große Sorgen bereitet, dann reichen die Mittel in der Vermarktungspolitik im heurigen Jahr, Herr Handelsminister, nicht aus, um die Gesamtmenge außer Landes zu bringen. Es werden zirka, wenn ich nicht irre, zwischen 300 und 400 Millionen Schilling fehlen, um die gesamte Überschussmenge, die wir im Inland nicht verbrauchen können, außer Landes zu bringen. Das ist eine Situation, an der man nicht vorübergehen kann und die man auch sehen muß. Sicherlich wird sich die Wirtschaftsgemeinschaft weniger Sorgen machen darüber; so müssen wir innerösterreichische Maßnahmen setzen, damit wir in Zukunft auf Grund dieser Entwicklung auch zu Rande kommen, sonst tritt der Fall ein, wir möchten anbieten und können nicht verkaufen.

Welche wirtschaftlichen Konsequenzen sich

Fachleutner

daraus ergeben, brauche ich Ihnen in diesem Kreis, glaube ich, nicht vor Augen zu führen. Aber nicht nur bei Getreide ist die Lage so. Wir bringen die größte Rübenenernte ein, Herr Handelsminister. Wenn ich mich wieder nicht irre, werden wir mindestens 200 000 Tonnen Zucker außer Landes bringen müssen. Die Weltmarktlage ist sehr kritisch. Rund 3 S ist der Weltmarktzuckerpreis. Ich möchte Sie auch in diesem Fall fragen: Welche Möglichkeiten sehen Sie, Herr Handelsminister, diese gigantische Menge von 200 000 Tonnen Zucker auch in diesem Wirtschaftsjahr außer Landes zu bringen? Das sind ja zwei Exportjahre, wenn ich überlege. Circa 100 000 Tonnen wurden im Jahr exportiert, das ist doppelt so viel wie im letzten Wirtschaftsjahr. Hier sind auch Maßnahmen zur Sicherung der Produktion zu setzen.

Es kann doch nicht der Weg beschritten werden, so wie manche bereits andeuten, Herr Handelsminister, nächstes Jahr eine Einschränkung der Rübenproduktion durch Verringerung der Anbaufläche — mit 15 000 oder 20 000 Hektar rechnen manche — zu erwägen. Das würde ja bedeuten, daß diese Flächen wieder der Getreidewirtschaft zugeführt werden und zirka 70 000 bis 90 000 Tonnen zusätzliches Getreide schon auf Grund dieser Einschränkungen der Rübenanbauflächen anfallen müßten. Es müßten daher auch hier Maßnahmen gesetzt werden, damit auch diese Waren außer Landes gebracht werden können.

Wir haben eine überdurchschnittliche Ernte, eine Rekordernte — fast zwei Ernten, Herr Handelsminister —, auch bei Wein eingebracht. Wir stehen vor großen Schwierigkeiten auch in der Vermarktungspolitik mit dieser Ware. Ich frage Sie und die Bundesregierung auch in diesem Zusammenhang: Sind Sie bereit, hier eine marktentlastende Maßnahme zu setzen, damit die Preise nicht zusammenbrechen, damit nicht der Fall im Jänner, Feber, März eintritt, die Bauern bieten an und können nicht verkaufen? Ich brauche auch in dieser Sparte nicht zu erklären, welche menschlichen Erlebnisse im negativen Sinne in der Produktion, in der Vermarktung sich diesbezüglich ergeben, daß auch hier Maßnahmen gesetzt werden müssen, um eine Erleichterung zu erreichen.

Wir sehen ja auch die Schwierigkeiten in der Wirtschaftsgemeinschaft, beispielsweise in der Veredelungsproduktion, bei Molkereiprodukten mit den großen Abschöpfungen, die die Gemeinschaft durchführt, die letzten Endes die Produktion zu tragen hat. Daher sehen wir, daß trotz dieser gigantischen wirt-

schaftlichen Entwicklung, die die EG für den gesamten europäischen Raum bieten, sich für Drittländer, die nicht Mitglieder sind oder nicht sein können, große, fast unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben.

Ich habe einmal im Ausschuß die Frage gestellt, ob nicht im Falle, daß wir in der nächsten Zeit oder bereits im nächsten Jahr keine Erleichterung in dieser Frage erleben, ein Überdenken selbst der Teilassoziierung, die wir als Teilmitglied erleben durften, wo die Landwirtschaft ausgeschlossen wurde, eine Überprüfung dieses Teilvertrages eingeleitet werden müßte. Ansonsten stehen wir vor der großen Schwierigkeit, daß die Landwirtschaft wohl produziert, sie aber keine wesentlichen Chancen hat, und wo sie Chancen hätte, einer Diskriminierung der Abschöpfung zwangsläufig unterliegt.

Wenn man das sieht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann sollte man — es wurde auch heute anläßlich der Debatte über den Grünen Bericht hier einige Male angeschnitten — die Alternativproduktion endlich in Angriff nehmen. Wir kennen ja einmal das Ölsaatenkonzept; da wurde ein Jahr verhandelt. Es ist gescheitert durch mehrere Einflüsse, die wir alle kennen. Dann haben wir das Biospritprojekt in Angriff genommen. Es wurde auch heute berichtet, daß gute Vorbereitungen bereits getroffen worden sind, um dieses Projekt einer Lösung zuzuführen. Hoffentlich reichen diese Gedanken nicht nur bis zur Nationalratswahl, nachher schlafen sie wieder ein oder gehen in Agonie, sie erlahmen wieder, und es wird keine aktive Verwertungspolitik im Inland vollzogen.

Wir haben eine dritte Maßnahme zu setzen, nämlich die Forcierung der Exportpolitik. Und in diesem Fall müßten wir uns etwas einfallen lassen. Entweder ein Abschöpfungssystem, ähnlich wie es die Wirtschaftsgemeinschaft hat — bei den Importen abzuschöpfen und auch zu erstatten, damit wir auch einigermaßen konkurrenzfähig sind auf den internationalen Märkten.

Das sind die drei Varianten, die sich anbieten. Ich würde mich sehr freuen darüber — nicht nur wir, sondern alle hier im Haus sitzenden agrarischen Abgeordneten — zu erfahren, welche Gedanken die Bundesregierung in dieser Richtung hat. Sie sind wohl immer ein sehr einflußreicher Mann gewesen (*Redner wendet sich an Bundesminister Staribacher*), aber in der letzten Zeit fällt mir auf, daß Sie keine Aktivitäten in dieser Richtung mehr entfalten. Ich weiß nicht, womit das in Zusammenhang zu bringen ist. Ich hoffe, daß diese Erlahmung wieder in Aktivität

13260

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Fachleutner

umschlägt, damit Sie zu diesen Maßnahmen, die hier angeschnitten wurden, Vorstellungen entwickeln, die uns in dieser Lage helfen können.

Wir stimmen dem Bericht zu. Ich sage nochmals, daß ich persönlich der Meinung bin, daß es mit dem Zustimmung allein nicht abgetan sein kann. Sondern: Wenn diese Diskriminierungen weitergehen, dann müßten wir uns auch über diesen Teilvertrag unterhalten und in weiterer Folge in Verantwortung prüfen, ob wir nicht anstreben sollten, die Wirtschaftsgemeinschaft zu ersuchen, dem neutralen Österreich bei diesen Belastungen eine Sonderstellung einzuräumen.

In diesem Sinne meine Gedanken zu diesem Bericht in der Hoffnung, daß diesbezüglich eine Verbesserung eintritt. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.19

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Egg. Ich erteile es ihm.

17.20

Abgeordneter Egg (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die schwierige Situation der Weltwirtschaft zeigt sich auch im europäischen Freihandelsraum mit wirtschaftlicher Stagnation, mit Strukturschwächen und mit steigender Arbeitslosigkeit. Dies führte auch zu einer deutlichen Verlangsamung des Integrationsprozesses, und es ist eine Tatsache, daß die Außenhandelspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zuerst ihre eigenen Probleme zu lösen bemüht ist und damit zwangsläufig Grenzziehungen gegenüber den Drittländern vornimmt.

Deutlich hat dies erst vor wenigen Wochen der EWG-Kommissionspräsident Thorn erklärt, der anlässlich einer Tagung in Zürich darauf hingewiesen hat, er warne davor zu glauben, daß protektionistische Schritte in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit gestoppt werden könnten.

Unter diesen Vorzeichen ist es zweifellos bedauerlich, aber doch weitgehend auf die internationale Situation zurückzuführen, wenn im Rahmen des Berichtes selbst eine Reihe von Schwierigkeiten sich auch in Verringerungen von Exporten niederschlagen. Trotzdem wurde eine Reihe von Gesprächen und Verhandlungen auf allen Ebenen der EWG geführt, und zum Teil haben diese Verhandlungen auch tatsächlich sehr erfolgreich abgeschlossen werden können.

Ich darf dazu sagen, daß trotz dieser nicht sehr erfreulichen Entwicklung im Berichts-

zeitraum im Leistungsbilanzbereich immerhin doch eine nicht unwesentliche Verbesserung um mehr als 4 Milliarden Schilling im Jahre 1981 erzielt werden konnte.

Die bisherigen Exportergebnisse im Jahre 1982 sind grundsätzlich sicher erfreulich, denn der Export in die Länder Westeuropas erholte sich um etwa 9,5 Prozent, die Warenexporte im ersten Halbjahr sind prozentuell dreimal so stark gewachsen als die Warenimporte.

Interessant ist, vielleicht hiezu noch ergänzend zu sagen, daß der Marktanteil, der im Rahmen der OECD berechnet wurde, 1981 die Industriewarenexporte Österreichs an den Spitzenplatz gesetzt hat. Wir haben immerhin in den Jahren 1979 bis 1982 mit einem 14prozentigen Zuwachs das größte Wachstum aller Industriestaaten. Ich darf auch daran erinnern, daß im Jahr 1970 20 Prozent der österreichischen Erzeugung in den Export gegangen sind, während es 1981 nunmehr real 24 Prozent sind, und zwar bei dreieinhalbfacher Steigerung der erzeugten Waren in Österreich.

Einige wenige Sätze zum Agrarsektor, meine Damen und Herren: Auch hier gilt nach wie vor die Notwendigkeit einer beharrlichen Politik der kleinen Schritte. Sie ist die einzig realistische in der Vorgangsweise im Interesse der Landwirtschaft selbst.

Die Außenhandelsbilanz für Agrarprodukte hat sich trotz aller pessimistischen Stimmen und der zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten relativ positiv entwickelt. Gegenüber dem Jahr 1980 stiegen die Agrarexporte im Jahr 1981 immerhin um 20 Prozent, während die Importe lediglich um 6,6 Prozent zugenommen haben.

Wenn man also den Trend auf lange Sicht sieht, sehr verehrte Damen und Herren, dann ist es nicht uninteressant festzuhalten, daß im Jahr 1960 von den Einfuhren im Agrarsektor lediglich 23 Prozent durch Exporte abgedeckt werden konnten, während es 1981 immerhin schon 47 Prozent gewesen sind.

Mit Beginn des Jahres 1982 war es möglich, eine umfangreiche Agrarvereinbarung zwischen Österreich und der EWG herbeizuführen, die sehr wesentliche Erleichterungen am agrarischen Sektor zur Folge hatte. 1982 hat sich daraufhin die Entwicklung im Agraraußenhandel sicherlich positiv fortgesetzt, denn im ersten Halbjahr betrug die Verbesserung des Saldos im Agrarhandel mit der EWG immerhin schon 245 Millionen Schilling.

Alles in allem müssen wir sicher feststellen,

Egg

daß Österreich weder bei der Energiekrise noch bei den weltweit vorhandenen Schwierigkeiten im Rahmen der Wachstumsverlangsamung die Möglichkeit hat, sich zur Gänze abzukoppeln. Wir haben aber trotzdem diese Probleme noch besser gemeistert als fast alle anderen vergleichbaren Länder.

Für unsere Exportentwicklung darf ich vielleicht noch darauf hinweisen, daß es immerhin zu einer Rangverbesserung im Rahmen der OECD vom elften Rang in den Jahren 1960 bis 1967 auf den fünften Rang im Jahr 1980 gereicht hat.

Trotz des Wirtschaftseinbruches internationaler Prägung hat sich damit das reale Wachstum der Exporte von Waren und Dienstleistungen in Österreich nicht in jenem Maße verringert, wie das etwa in der Bundesrepublik, in der Schweiz oder in der EWG insgesamt der Fall gewesen ist.

Natürlich müssen wir wie alle anderen Länder mit der Rezession und mit den Ölpreischüben leben. Die von mir aufgezeigten Fakten geben daher lediglich ganz kurz die tatsächlichen Relationen wieder, die Grundlage weiterer Bemühungen sein sollen. Damit soll aber auch unter Beweis gestellt werden, daß die Bemühungen der zuständigen Minister und Ministerien durchaus in der Lage waren, im Bereich der Exporte und der Verhandlungen mit anderen Freihandelsräumen Ergebnisse zu erzielen, die doch einigermaßen ermutigen, auch in Zukunft in dieser Richtung fortzusetzen.

Nachdem sich auch die Leistungsbilanzentwicklung 1982 außerordentlich erfreulich darstellt, kann ich doch festhalten, daß wir als sozialistische Fraktion den Weg des Bemühens um eine Verbesserung der Integration unserer Gesamtwirtschaft auch in Zukunft in derselben Form weiter intensiv fortsetzen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)* 17.26

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder. Ich erteile es ihr.

17.26

Abgeordnete Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bedaure es sehr, daß der Herr Bundesminister sich jetzt immer zum Schluß beim Integrationsbericht meldet. Ich bedaure das, denn ich kann ihm nicht antworten, aber dadurch habe ich doch die Möglichkeit, ihm Fragen zu stellen, und hoffe, sie von ihm auch beantwortet zu erhalten.

Der Integrationsbericht ist eine faire Faktendarstellung, und er sagt genau in den

Schlußbemerkungen, daß sich durch die schwierige Situation der Weltwirtschaft eine Verlangsamung des Integrationsprozesses ergibt.

Wir haben heute schon in Reden gehört, auch vom Kollegen Lanner, daß die anderen Länder versuchen, durch administrative Maßnahmen Importe zu verhindern.

Ich möchte einmal ein Beispiel aus meiner eigenen Praxis nehmen, und zwar haben wir heute gehört, daß die Weinernte sehr groß ist und daß sich immer wieder auch kleine Weingüter und Handelsfirmen bemühen, Wein zu exportieren.

Ich möchte Ihnen einmal schildern, wie ein Weinexport von Qualitätsweinen funktioniert.

Unsere Firma, wir sind ein mittelgroßes Weingut, hat 300 Flaschen Qualitätswein nach München exportiert. Was muß ich da machen?

Ich muß zunächst, da das meistens mit einem Spediteur geht, weil natürlich der Importeur die Ware frei Haus geliefert haben möchte, das Zollamt rufen. Das Zollamt kommt und begutachtet den Wein. Das heißt, es verschließt die Verpackung des Weines und zieht daraus Proben. Diese Proben müssen dann in die landwirtschaftlich-chemische Bundesversuchsanstalt gebracht werden, wo sie genau analysiert werden sollen. Das ist ganz korrekt, ganz klar. Aber dazu muß ich zunächst die ganzen administrativen Wege erledigen, und der Bürokratismus läuft da richtig auf Touren.

Ich brauche für das Zollamt einen Hausbesuchzettel, denn wenn das Zollamt kommt und das besichtigt, ist es eine Hausbeschau. Da kommen auch Beamte vom Zollamt, die das in Form von Stempelmarken bezahlt bekommen.

Ich kann mir aber diese Stempelmarken nicht bereits vorher besorgen, denn der Zollbeamte muß erst feststellen, wie hoch die Gebühren sind. Das hängt vom Rang des Zollbeamten ab, und er kann erst festlegen, wie lange er braucht, wenn er direkt an Ort und Stelle ist. Das heißt, er rechnet aus, wie lange er braucht, um das zu bemustern und alles zu versiegeln, und dann muß man um die Stempelmarken zur nächsten Trafik gehen. Jetzt stellen Sie sich vor, ein Weingut in Niederösterreich, im Burgenland.

Die Stempelmarken für 300 Flaschen Wein kosten bei uns ganz genau 623,20 S. Dividiert durch 300 bedeutet das bereits eine Verteuerung pro Weinflasche um 2 S.

Es ist aber damit nicht genug, man muß

Ingrid Tichy-Schreder

noch eine Exporteurerklärung, eine Ausfuhrerklärung, eine Proformarechnung dem Zollamt vorlegen. Da kommt eine Nummer darauf, vom Zollamt bestätigt.

Mit diesen Unterlagen gehe ich in die Handelskammer. Dort wird das von der Handelskammer bestätigt, dort wird das Ursprungszeugnis bestätigt, die Exporteurerklärung et cetera. Von diesen ganzen Unterlagen gebe ich einen Teil davon in die Bundesversuchsanstalt für Wein und Obst, beziehungsweise dort wird der Wein untersucht. Das muß ich express untersuchen lassen, denn inzwischen muß ich ja die Pakete unter Zollverschluß halten. Wenn ich 300 Flaschen habe, ist das eine kleine Menge, die kann ich in Pakete geben, bei einer größeren muß ich einen ganzen Raum versiegeln lassen. Das benötigt alles Zeit und Aufwand, und es muß ja schnell gehen. Die Untersuchungsgebühr für eine Sorte, es geht pro Sorte, hat 768 S gekostet, und wenn ich das wieder durch 300 dividiere, komme ich auch dabei fast auf 3 S. Wenn ich das zusammenrechne, kommen ungefähr 4 bis 5 S pro Flasche zusammen, das sind allein die österreichischen Gebühren. Die Exportgebühr ist noch gar nicht enthalten. Habe ich das Untersuchungsergebnis von der Versuchsanstalt, muß ich wieder in die Handelskammer gehen, muß neuerlich alles bestätigen lassen, dann endlich kann ich die Papiere nehmen, sie zum Spediteur bringen, und er kann losfahren.

Ich wollte Ihnen zeigen, wie schwierig es ist. Sie lachen, meine Herren, aber damit schlagen sich natürlich die einzelnen Unternehmer herum. Und das sind die Probleme, die uns, die Wirtschaft, beim Export betreffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber jetzt weitergehen, und zwar zu den großen Problemen — das hat sich gerade auch der Herr Kollege Lanner vorgenommen —, die wir in den Handelsbeziehungen mit Frankreich haben. Frankreich hat seit der sozialistischen Bundesregierung, Herr Abgeordneter Teschl, ganz große administrative Hemmnisse für Importe in das Land Frankreich eingeführt. Wir haben eine negative Handelsbilanz mit Frankreich, und Frankreich möchte die heimische Wirtschaft stützen. Natürlich macht es das nicht so, daß man sagt: Zollerhöhung, nein, das nicht, aber ein praktisches Beispiel aus dem Sommer vergangenen Jahres.

Eine Saisonware, Sonnenschirme aus Österreich, wird jahrelang nach Frankreich exportiert. Die Sonnenschirme kamen an die Grenze. Die Zollbehörde Frankreichs hat die Sonnenschirme beschlagnahmt und den Ver-

dacht geäußert, das ist keine Ursprungsware aus Österreich, sondern eine drittländische Ursprungsware.

Die Ware wurde beim Zollamt eingelagert, durfte nicht ausgeliefert werden. Die Firma mußte den Nachweis erbringen, daß das ein österreichisches Produkt ist, die Zollbehörde hat nicht daran geglaubt. Man macht eine Anfrage an das österreichische Zollamt. Das österreichische Zollamt, da muß ich Lob aussprechen, hat die Anfrage kurzfristig beantwortet, es wurde die Verifizierung beantragt, es hat gestimmt, die Ware war österreichischen Ursprungs. Aber! Dann mußte noch mit Druck des Handelsministeriums in Frankreich beim Zoll beantragt werden, daß die Ware freigegeben wird. Wissen Sie, wann diese freigegeben worden ist? Als die Saison für Sonnenschirme zu Ende war. Jetzt können die österreichischen Sonnenschirme nicht mehr verkauft werden. So sehen die administrativen Hemmnisse Frankreichs aus.

Das Neueste, Herr Bundesminister, Sie wissen es genau, und daran knüpft sich dann auch meine Frage, ist die letzte französische Verordnung. Es wurde eine Verordnung am 20. Oktober herausgegeben in einer offiziellen Zeitung, die unserer „Wiener Zeitung“ entspricht, es gibt in Frankreich ebenfalls eine solche Zeitung. Mit Wirkung vom 21. Oktober müssen sämtliche Warenbegleitpapiere beim Import nach Frankreich in französischer Sprache angefertigt oder mit französischer Übersetzung versehen sein.

Diese Bestimmung betrifft alle Exportbegleitpapiere wie Warenverkehrsbescheinigungen, Verträge, Etikettierungen, Ursprungszeugnisse, Gebrauchsanweisungen und auch die Verpackung, die Transportpapiere. Zum Beispiel muß „Made in Austria“ in Französisch, „Importé d'Autriche“, draufstehen.

Das ist natürlich alles schwierig. Warum schwierig? Der kleine Unternehmer muß das alles übersetzen lassen, der größere Unternehmer hat das teilweise im Computer eingespeichert, das meiste automatisch in Englisch, und der muß das Programm auch wieder umstellen. Das sind die administrativen Hemmnisse, die hier vorgenommen werden.

Sie wissen, Herr Bundesminister, daß der Herr Bundeskammerpräsident Sallinger diesbezüglich einen Brief an Sie geschrieben und ersucht hat, daß Sie — nachdem schon versucht worden ist, anlässlich des Besuches von Ministerpräsident Mitterrand hier etwas zu erreichen — Verhandlungen führen, er hat Sie ersucht, Herr Bundesminister, daß Sie den französischen Botschafter vorladen und

Ingrid Tichy-Schreder

daß Sie ihn aufmerksam machen auf diese Schwierigkeiten, die unsere Exportfirmen haben, und daß im speziellen Fall Frankreich die Möglichkeit nur besteht, mit Gegenmaßnahmen zu drohen. Ich wollte Sie jetzt fragen, ob Sie das schon getan haben, wann der Herr Botschafter zu Ihnen kommt, damit wir unseren österreichischen Exportfirmen, die sich bemühen, helfen. Man sieht, daß sich die österreichischen Exportfirmen bemühen, weil sich die Handelsbilanz heuer verbessert hat. Aber die Schwierigkeiten werden größer, obwohl sich unsere Firmen anstrengen, und deshalb ersuchen wir Sie, Herr Handelsminister, um wirklich tatkräftige Unterstützung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß, damit kann man keine Lorbeeren ernten. Man kann dann nicht sagen, bitte, ich habe das und das erreicht, sondern das ist eine mühsame, zähe Arbeit. Aber unsere Exportfirmen bemühen sich, sie brauchen Ihre Unterstützung. Herr Minister, leider Gottes ist es ja so, daß das Wort eines Ministers sehr viel gilt, und gerade jetzt, wo eine sozialistische Regierung in Frankreich ist, müßte doch ein Mitglied der sozialistischen Bundesregierung in Frankreich mehr gelten, da müßten Sie doch viel mehr Einfluß haben. Darum appelliere ich an Sie, auch bezüglich des Beitrittes Spaniens. Auch hier gibt es eine sozialistische Regierung. Sie, Herr Minister, müßten doch auch da die Anliegen Österreichs besser vertreten können, nämlich daß man beim Beitritt Spaniens und Portugals aufpaßt, daß nicht das gleiche passiert wie bei Griechenland, daß wieder Österreich benachteiligt wird. Ich habe das seinerzeit bei der EFTA-Parlamentarierkonferenz auch schon gesagt.

Der Abgeordnete Frischenschlager hat gesagt, man solle sich in allen Gremien bemühen, auf die Kollegen in den anderen Ländern einzuwirken. Man belächelt vielfach diese Reisen, aber ich glaube, daß wir gerade durch diese menschlichen Kontakte, daß man von einem zum anderen hinwirkt, mehr erreichen können.

Die EFTA wird immer kleiner, immer mehr Länder versuchen, in die EG hineinzudrängen. Umso wichtiger ist es, daß Sie sich, Herr Minister, auch da — zehn Jahre Handelsabkommen EWG — EFTA — verstärkt bemühen, auf Ihre Ministerkollegen dahin gehend einzuwirken, daß nicht ein EFTA-Land ausschert, besondere Maßnahmen mit einem EG-Land erreicht. Dadurch schwächt sich die EFTA als Gesamtheit, und es ist nur möglich, stärkeren Einfluß auf die EWG zu nehmen, wenn die EFTA-Länder untereinander stärker zusammenhalten, gemeinsame Front

machen und nicht einzeln vorgehen. Nur so können wir unsere heimische Wirtschaft bei ihren Bemühungen, ins Ausland zu exportieren, unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.38

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

17.38

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher: Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst darf ich gleich auf die Äußerungen der Frau Abgeordneten Tichy-Schreder eingehen. Es ist für mich ganz selbstverständlich, daß wir die Wünsche der Bundeshandelskammer im Handelsministerium nicht nur bevorzugt behandeln, sondern auch alle Schritte — in dem Fall mit der Handelskammer — bis zum letzten Beistrich absprechen. Wir werden uns gemeinsam bemühen, diese Maßnahmen, die ja Frankreich gesetzt hat, soweit wie möglich zu mildern oder, wenn es geht, womöglich außer Kraft zu setzen.

Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die Franzosen sagen, für uns ist Französisch die Sprache. Sie wissen, das ist dann immer auch ein nationales Problem, bei uns in Österreich ja Gott sei Dank nicht. Wir werden uns zwar bemühen, aber hier, glaube ich, wird es sehr wenig Möglichkeiten geben. Wir werden alle unsere Formulare, soweit sie nicht sowieso in Französisch abgefaßt sind, automatisch jetzt auf Französisch ergänzen, sodaß dieses Argument wegfällt.

Was die Frage Sonnenschirm-Beispiele betrifft: Es ist ja typisch. Natürlich, das ist ein non tariff barrier-Fall, darüber kann es überhaupt keinen Zweifel geben. Wir werden dem auch im einzelnen noch nachgehen, ich verspreche Ihnen das. Nur, es ist dasselbe, was sich auch in Österreich manchmal abspielt: Es kommen Importe herein, die preiswert sind — ich sage ausdrücklich: preiswert —, und es beginnt die Konkurrenz, zu sagen, das ist ein typischer Fernostimport, getarnt durch ein falsches Ursprungszeugnis. *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Tichy-Schreder.)* Okay. Aber Sie wissen, ansonsten kommt das immer wieder vor. Da muß der Ursprung geprüft werden, Ursprungszeugnisse werden bezweifelt, und dann dauert das einige Zeit, und dann muß man eben aufpassen, daß nicht Saisonartikel dadurch unter die Räder kommen.

Was den Weinexport betrifft, ist das ein sehr drastisches Beispiel, aber Sie wissen ja, daß es uns Gott sei Dank geglückt ist, wenigstens die Qualitätsweinexportmöglichkeiten

13264

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Bundesminister Dr. Staribacher

zu erschließen, weil ja bekanntlicherweise das bis jetzt in die EG überhaupt fast unmöglich gewesen ist.

Zur Frage Beitritt Spaniens und Portugals zur EG: Die Verhandlungen laufen bereits. Sie werden meiner Meinung nach sehr lange laufen, weil die EG andere Probleme noch vorher lösen wollen oder zu lösen haben. Tatsache ist eines: Wir haben jetzt gerade am Sonntag, Montag bei der EFTA-Ministertagung in Genf festgestellt, daß wir gemeinsam entsprechend vorgehen werden. Portugal hat dort erklärt, es wird selbst auch keine wie immer geartete Diskriminierung seiner ehemaligen EFTA-Partner zulassen. Wir wissen aber, daß das dann in Verhandlungen anders laufen kann, wir werden uns also hier wirklich redlichst bemühen.

Zur Frage, ob wir Gegenmaßnahmen setzen sollen. — Ich habe schon gesagt, ich werde das mit der Handelskammer gemeinsam noch genau prüfen. Ich brauche keine Lorbeeren. Sie können es mir glauben. Mein Geschäft ist nicht, Lorbeer einzuheimsen, mein Geschäft ist es, die Verhältnisse für die exportierende Wirtschaft zu verbessern.

Nun aber gleich zu dem Problem, das Sie, Herr Abgeordneter Lanner, erwähnt haben und das meiner Meinung nach absolut nicht stimmt. Ich darf Ihnen das schon sagen. Sie wüßten eine neue Exportoffensive. Ich darf darauf aufmerksam machen — ich habe die Ziffern zufälligerweise bei mir —: Die Schweiz hat in den ersten 9 Monaten, also in den ersten drei Quartalen, ein Minus ihrer Ausfuhr von 0,3 Prozent erreicht. Uns ist es geglückt, eine Ausfuhrsteigerung von 8 Prozent zu erreichen. Also gegenüber der Schweiz, auch gegenüber anderen Staaten, schneiden wir verhältnismäßig gut ab, und es hieße ja, die Tätigkeit unserer Handelsdelegierten, die Tätigkeit, wenn Sie wollen, der Handelskammer, die Tätigkeit vor allem der Beamten hier absolut negativ zu beurteilen, wenn Sie sagen, man ist hier säumig, hier müßte eine neue Exportoffensive gemacht werden.

Ich behaupte, daß wir keinerlei Kursänderung brauchen. Wir werden uns weiter bemühen, mit der Handelskammer gemeinsam die Exportoffensive, die wir vor etlichen Jahren gestartet haben, fortzusetzen. Sie war erfolgreich, weltweit gesehen erfolgreich im Verhältnis zu anderen Staaten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zur Frage, die Sie angeschnitten haben, bezüglich des Nahen Ostens, daß also dorthin der Kanzler sein ganzes Augenmerk wendet.

Auch ich tue das, ich gebe das ohne weiteres zu, auch die Bundeskammer, weil wir dort auch große Erfolge erzielen konnten. Darf ich Sie doch darauf aufmerksam machen: Das geht nicht, daß man dorthin Sand verkaufen kann oder Sand dorthin exportiert. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß wir 1979 in die OPEC-Staaten 8 Milliarden Schilling Exporte hatten und daß wir in diese OPEC-Staaten 1981 Waren im Werte von 18 Milliarden Schilling exportiert haben. (*Abg. Dr. Lanner: Und wie sieht es mit der EWG aus?*) In die EWG ist es gar nicht so schlecht, das hat Ihnen schon der Abgeordnete Teschl gesagt. Auch die Exporte in die EG haben wir von 122 Milliarden auf 133 Milliarden erhöhen können. In der EWG schaut es gar nicht so schlecht aus. Aber Sie haben ja kritisiert, daß bezüglich des Ostens, also sprich hier in die arabischen Staaten, sozusagen nur aus Liebe zu Gaddafi etwas gemacht wird. Darf ich Ihnen sagen, daß der Exportanteil in diese arabischen Staaten von 4,7 auf 6,7 gestiegen ist und daß es, um dies zu erreichen, ein sehr harter Weg gewesen ist. Fragen Sie einmal Ihren Bundesrat Schwaiger, der sehr interessiert ist an diesen Exporten, und andere Politiker, die also hier immer wieder sagen: Was wir brauchen, ist noch mehr Einsatz in diesen Staaten, damit wir dorthin mehr exportieren können. Und ich werde jetzt unter anderem auch wieder nach Saudiarabien fahren mit Repräsentanten von Unternehmungen, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß dies notwendig ist. (*Abg. Dr. Lanner: Nach Brüssel sollen Sie fahren!*)

Jetzt zur Frage Brüssel: Sie wissen ganz genau, daß im selben Moment, in dem nur die Spur einer Chance besteht, daß mit Verhandlungen dort irgend etwas zu erreichen ist, ich zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit bin, nach Brüssel zu fahren — und ich bin auch gefahren. Ihre Herren selbst sind ständig in Brüssel — ich will die Namen gar nicht nennen —, um zu sondieren. Die Beamten sondieren dort ständig. Aber Sie wissen es ja selbst — Sie waren ja 1972 bei der Unterzeichnung des Vertrages mit dabei —, daß es eben leider nicht möglich ist, die Wünsche, die Österreich insbesondere am Agrarsektor hat, dort durchzusetzen. Da können noch so viele Minister nach Brüssel fahren. Ich will jetzt gar nicht daran erinnern: In der ÖVP-Zeit sind immer drei Minister gefahren, da hat immer einer auf den anderen aufgepaßt. Erreicht haben sie nichts. Erreicht haben sie gar nichts, Herr Abgeordneter! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Lanner.*) Nein, den Vertrag haben schon wir dann gemacht, das müssen Sie schon zugeben.

Bundesminister Dr. Staribacher

Also das Viele-nach-Brüssel-Fahren nützt gar nichts. Man muß schauen, daß man zum richtigen Zeitpunkt dort ist, und schauen, was man dann erreichen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich stimme mit dem Abgeordneten Frischenschlager überein, wenn er sagt, die EG-Bürokratie sei manchmal viel härter, als das zum Beispiel die einzelnen Minister sind. Einverstanden, Herr Abgeordneter. Nur ist das Problem bei den EG, wenn Sie mit einem einzelnen Minister reden — und ich bin dafür, und ich bin dankbar für jede Gelegenheit, die genützt wird, um dort zu intervenieren und die österreichischen Probleme den einzelnen Ministern klarzumachen. Vom einzelnen Minister hört man verhältnismäßig sehr bald dann ein wohlwollendes „Da bin ich auch dafür“, „Darüber kann man reden“. Nur wenn sie dann im Ministerrat zusammen sind — Sie nicken schon, daher wissen Sie es ganz genau —, kommt dann das Njet, und dort kommen dann die Schwierigkeiten.

Ich glaube also daher, daß wir hier diese Politik der kleinen Schritte, von der der Abgeordnete Teschl und der Abgeordnete Egg gesprochen haben, absolut fortsetzen sollen. Andere Möglichkeiten gibt es nicht.

Herr Abgeordneter Gorton! Sie meinten dann noch, die österreichische EG-Politik in Verkehrsfragen sei gescheitert. Das würde ich nicht so beurteilen, denn es wurden Teilerfolge erzielt. Ich gebe zu, wir müssen noch immer kämpfen in der Frage, ob eine Finanzierung der Autobahn von der EG mitgetragen wird oder nicht. Wir werden in der Bundesregierung mit der Verkehrssektion gemeinsam versuchen, noch irgendwelche zusätzliche Schritte zu setzen. Sie wissen, daß sich hier die Minister sehr bemühen, sowohl Minister Lausecker als auch Minister Sekanina. Ich gebe zu, daß wir bis jetzt keine konkrete Zusage bekommen haben, aber das kann sich ja vielleicht ändern. Ich sage: vielleicht ändern. Aber Sie selbst haben ja darauf hingewiesen, daß sich manchmal etwas ändert, zum Beispiel jetzt die Einstellung zum Rhein-Main-Donau-Kanal, über den wir ja eine einheitliche Meinung haben. *(Abg. Dkfm. Gorton: Da haben ja Sie sich geändert!)* Na da haben nicht wir uns geändert, aber durch unsere ständige Beharrlichkeit und nicht zuletzt auch durch die Aussprache des Herrn Bundeskanzlers Kreisky mit dem Ministerpräsidenten von Bayern sind die notwendigen Vereinbarungen getroffen worden.

Zur Frage, Herr Abgeordneter Fachleitner, wie es mit den Stützungen aussieht. — Wir

haben — und das wissen Sie ganz genau — 1972 nur den Agrarbrief erhalten. Ich sage ausdrücklich: nur den Agrarbrief, denn es war leider nicht möglich, es wäre niemandem möglich gewesen, die Landwirtschaft in diesen Integrationsprozeß stärker einzubinden, wie wir alle wollten, wie aber die EG kategorisch abgelehnt haben — nicht uns gegenüber, sondern den anderen Staaten gegenüber. Aber was haben wir in der Zwischenzeit erreicht? Sie haben es ja selbst gesagt, daß wir sehr wohl in den EG-Exporten — ich könnte es Ihnen nachweisen — eine wesentliche Verbesserung erzielt haben. Wir hatten eine 38-Prozent-Deckung Anfang der siebziger Jahre, jetzt, 1981, gibt es eine 47-Prozent-Agrardeckung, wenn ich Holz dazurechne — ich weiß, Sie sagen, das gehört nicht dazu, aber es ist auch ein agrarisches Produkt in meinen Augen —, sind es sogar 79 Prozent. Also schon ein beträchtlicher Erfolg, den wir alle gemeinsam erreicht haben.

Die EG haben in Wirklichkeit ein sehr großes Problem. Jawohl, sie haben anfangs 90 Milliarden für die EG-Stützungen gehabt und haben jetzt 380 Milliarden Schilling bereitgestellt. Die Bauern schneiden in der EG aber nicht besser ab. Ich brauche es Ihnen nicht zu sagen, Sie kennen das ganz genau. Wenn wir heuer und voriges Jahr die EG-Lösungen mit den Agrarpreisen gemacht hätten, hätten die Bauern sehr, sehr schlecht abgeschnitten. Wir werden uns daher weiter bemühen.

Das Ölsaatenprojekt, das wissen Sie, wird ständig besprochen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, die neue amerikanische Regierung vielleicht davon zu überzeugen, daß sie von dem Brief, den sie ja in der Hand hat, und den hat sie wie ein Shylock in der Hand — 1968 geschrieben, nur damit kein Mißverständnis entsteht. Dieser Brief sichert uns zu, es dürfen keine Maßnahme von ihnen gesetzt werden. Wir müssen daher im Verhandlungsweg versuchen, diese Lösung zu ändern. Über Biosprit wurde ja schon geredet. Da versuchen wir jetzt, auf verschiedensten Gebieten — Zuckerrübe, also Zuckerhirse, Stärke und so weiter — zu einer Lösung zu kommen.

Wir werden uns bemühen, die Exporte, die Sie hier angedeutet haben, durchzuführen. Gar keine Frage. Die österreichische Landwirtschaft ist so stark in ihrer Produktion, wie sie noch nie war. Darauf sind wir alle sehr stolz. Dem Finanzminister macht das große Sorgen. Aber ich glaube, daß wir ja letzten Endes damit bewiesen haben, daß auch die österreichische Landwirtschaft produktions-technisch und verkaufstechnisch und natür-

13266

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Bundesminister Dr. Staribacher

lich dann auch erlösmäßig besser abschneidet, als das anfangs der siebziger Jahre der Fall gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* 17.49

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-144 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht (III-136 der Beilagen) des Mühlenfonds für die Zeit vom 1. Jänner 1981 bis 31. Dezember 1981 (1249 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Mühlenfonds für die Zeit vom 1. Jänner 1981 bis 31. Dezember 1981.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder. Ich bitte sie, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatterin Ingrid Tichy-Schreder: Hohes Haus! Ich berichte über den vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht des Mühlenfonds für die Zeit vom 1. Jänner 1981 bis 31. Dezember 1981 (III-136 der Beilagen).

Gemäß § 8 Abs. 3 Mühlengesetz 1981, BGBl. Nr. 206, hat der Mühlenfonds dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie bis 31. März für das abgelaufene Jahr einen Tätigkeitsbericht zu erstatten.

Der Handelsausschuß hat den Bericht in seiner Sitzung am 14. Oktober 1982 in Verhandlung gezogen und nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. Gorton, Dr. Stix und Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher beteiligten, einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Handelsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister

für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht des Mühlenfonds für die Zeit vom 1. Jänner 1981 bis 31. Dezember 1981 (III-136 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke der Frau Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-136 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben.

Das ist einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (1116 der Beilagen): Konzertierungsabkommen Gemeinschaft — COST über eine konzertierte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung und Verwendung von Klärschlamm samt Anhängen (Aktion COST 68 ter) (1244 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Konzertierungsabkommen Gemeinschaft — COST über eine konzertierte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung und Verwendung von Klärschlamm samt Anhängen (Aktion COST 68 ter).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Brandstätter. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Brandstätter: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (1116 der Beilagen): Konzertierungsabkommen Gemeinschaft — COST über eine konzertierte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung und Verwendung von Klärschlamm samt Anhängen (Aktion COST 68 ter).

Durch den gegenständlichen gesetzändernden Staatsvertrag sollen die Ergebnisse der Europäischen Aktivitäten auf dem Gebiet der Behandlung und Verwendung von Klärschlamm gesammelt und ausgewertet werden. Die durch den gegenständlichen Staatsvertrag geregelte konzertierte Aktion soll für den Zeitraum 1. Jänner 1981 bis 31. Dezember

Brandstätter

1983 dauern. Für diesen Zeitraum wären 20 000 Rechnungseinheiten seitens Österreichs zu entrichten.

Im Anhang A sind die unter das Abkommen fallenden Forschungsbereiche aufgezählt. Der Anhang B enthält Bestimmungen über Mandat und Zusammensetzung des von den Vertragsparteien gebildeten Konzertierungsausschusses. Im Anhang C des Vertrages sind die Finanzierungsvorschriften enthalten.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Integration hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 13. Oktober 1982 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses des Abkommens zu empfehlen.

Dem Ausschuß erschien die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für wirtschaftliche Integration somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Konzertierungsabkommen Gemeinschaft — COST über eine konzertierte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung und Verwendung von Klärschlamm samt Anhängen (Aktion COST 68 ter) (1116 der Beilagen) wird genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 1116 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig **a n g e n o m m e n**.

5. Punkt: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (1210 der Beilagen): Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (1265 der Beilagen)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hafner. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Hafner**: Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (1210 der Beilagen): Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen.

Seit dem Jahre 1974 leistet die Republik Österreich an den Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen Beiträge, deren Höhe seit 1979 mit jährlich 300 000 US-Dollar zu beziffern ist. Die gegenständliche Regierungsvorlage schafft die gesetzliche Deckung für die Beiträge für die Jahre 1983 bis 1986 im Gesamtbetrag von 1 200 000 US-Dollar.

Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz hat in seiner Sitzung am 22. Oktober 1982 den Gesetzentwurf in Verhandlung genommen und nach einer Debatte einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme zu empfehlen.

Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz stellt somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1210 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger. Ich erteile es ihm.

17.55

Abgeordneter Dr. **Wiesinger** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die heutige Vorlage gibt uns Gelegenheit, auch über die internationalen Aktivitäten im Bereiche des Umweltschutzes zu diskutieren.

Es ist gar keine Frage, daß Umweltschutzmaßnahmen national allein sicher nicht grei-

13268

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Dr. Wiesinger

fen. Das ist aber sicher keine Entschuldigung, daß man national nichts macht und sich auf die internationale Situation ausredet. Aber hier ist ein koordiniertes Vorgehen zweifellos von ungeheurer Bedeutung.

Daher stimmen wir dieser Vorlage zu und sind der Meinung, daß dieser Betrag, den wir an eine UNO-Organisation bezahlen, sicher ein gut angelegtes Geld ist. Gut angelegt allerdings nur dann, wenn wir diese Möglichkeiten, die uns eine internationale Organisation bietet, auch nützen, das heißt, daß wir jene Aktivitäten verstärken, die notwendig sind, daß die Umweltschädigungen, die vom Ausland auf uns einwirken, möglichst gering gehalten werden.

Ich möchte das an einem kleinen Beispiel erläutern: Wir haben vor kurzem ein internationales Abkommen über Luftreinhaltung — dem Grundsatz nach — beschlossen. Auch dem Inhalt nach ist es gut, in der Auswirkung natürlich bisher überhaupt nicht effizient. Hier muß nachgestoßen werden. Warum?

Es ist dem österreichischen Volk gelungen, durch seinen Steuerschilling, durch massiven Einsatz der Mittel des Wasserwirtschaftsfonds, die österreichischen Seen praktisch reinzuhalten. Jetzt haben wir aber die Situation, daß die Kärntner Seen, die uns ja einmal am Beginn der siebziger Jahre große Sorgen gemacht haben, neuerlich zu kippen drohen, und zwar diesmal nicht durch Rotalgen oder Abwässer, die wir in die Seen einleiten, sondern durch jenen sauren Regen, jenen SO_2 - und daher schwefelsäurehaltigen Regen, der eine PH-Verschiebung in den sauren Bereich in diesen Seen ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gradenegger.*)

Herr Gradenegger! Es ist halt ein Pech, daß Ihnen nie ein gescheiter Zwischenruf einfällt. Ich möchte einmal einen gescheiten Zwischenruf von Ihnen hören. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Gradenegger.*) Aber entschuldigen Sie: Schauen Sie sich die Messungen an, die seit kurzem dort vorgenommen werden. Es bestehen Probleme.

Daher müssen wir uns in diesem Bereich intensiv bemühen, daß auch auf internationalem Weg erreicht werden kann, daß durch eine Solidarität der europäischen Staaten eine Besserung der Luftqualität eintritt.

Aber wir haben noch ein anderes Problem: Wir haben jenes Problem, das uns unmittelbar jeden Tag bedroht. Sicher ist es sehr, sehr bedauerlich und sehr schädlich und gefährlich, wenn wir in Bereiche des Naturschutzes Eingriffe vornehmen, Eingriffe, die vielleicht

nicht wiedergutzumachen sind. Aber sie sind spektakulärer, weil man sieht, was vor sich geht: Man sieht einen Beton, man sieht einen gerodeten Wald.

Was man nicht sieht, ist das giftige Gas, das wir täglich einatmen; einatmen nicht nur in der Gesamtatmosphäre, sondern vor allem in jenem Bereich der Atemluft, die wir, belastet durch die giftigen Abgase der Kraftfahrzeuge, einatmen müssen. Diese Immissionen sind deshalb wesentlich höher, weil sich natürlich die Auspuffgase in einer bestimmten Höhe — vor allem bei Kindern direkt in Höhe der Atmungsorgane — befinden und daher die gesundheitliche Schädigung eine wesentlich größere ist als zum Beispiel bei anderen Sünden, die zwar naturschützerisch sehr gefährlich und schlecht sind, sich aber nicht unmittelbar auf die menschliche Gesundheit auswirken.

Daher habe ich bereits im Mai 1981 an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz eine Anfrage gerichtet, in der ich auf die gefährliche Abgassituation der Kraftfahrzeuge vor allem durch Kohlenwasserstoffe, Kohlenmonoxyde und Stickoxyde hingewiesen habe. Er hat mir damals vor eineinhalb Jahren geantwortet — ich zitiere wörtlich —:

Dazu darf ich zunächst festhalten, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bereits vor Jahren eine Studie über Maßnahmen zur Verminderung der Schadstoffemissionen bei Kraftfahrzeugen unter Berücksichtigung der besonderen Situation Österreichs in Auftrag gegeben hat. Diese wurde vor kurzem fertiggestellt.

Die Studie wurde also etwa zu Beginn 1981 fertiggestellt. Wir stehen jetzt am Ende 1982, und seitens des Ministeriums ist keinerlei Maßnahme auf Grund dieser Studie erfolgt. Zumindest ist mir keine bekannt.

Aus diesem Grunde möchte ich heute die Gelegenheit dazu benutzen, auf diese so schädlichen Abgase aus den Kraftfahrzeugen neuerlich hinzuweisen, die wir in einer parlamentarischen Enquete von dem Umwelthygieniker Univ.-Prof. Dr. Möse aus der Steiermark auch rein fachlich nachgewiesen bekommen haben. Vor allem im Hinblick auf die krebserzeugende Wirkung dieser Abgase möchte ich dem Herrn Bundesminister erstens mein Bedauern darüber ausdrücken, daß er auf Grund dieser Anfragebeantwortung vor eineinhalb Jahren in diesem Bereich praktisch nichts unternommen hat.

Aber da es in diesem Bereich eine Kompetenzschwierigkeit gibt — der Gesundheitsmi-

Dr. Wiesinger

nister trägt zwar die Verantwortung für die Umwelt, aber für die Ausführung ist der Verkehrsminister zuständig —, möchte ich heute an dieser Stelle vorerst einmal nur die Anfrage beziehungsweise die Aufforderung an die Bundesregierung richten, das Notwendige zur Verhinderung der giftigen Abgase von Kraftfahrzeugen zu unternehmen.

Was stelle ich mir vor, das man hier unternehmen muß? — Man muß eine Änderung im Bereich der Vergaser vornehmen!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kennen die Erfahrungen aus Amerika. Dort sind diese Vergaser bereits in Millionen von Autos eingebaut, und ich sehe nicht ein, daß wir in Europa nicht mit den gleichen technischen Geräten ausgerüstete Kraftfahrzeuge in Zukunft zur Verfügung gestellt bekommen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir sind mit dieser Forderung nicht die ersten. Wir haben das gar nicht erfunden. Unsere zwei anderen Partner auf dem Gebiete der Neutralität in Europa — Schweden und die Schweiz — sind uns in diesem Bereich vorausgegangen. Dort gibt es bereits entsprechende Vorschriften für gesundheits- und umweltfreundliche Abgasbeseitigungsanlagen, und zwar sind Grenzwerte gesetzt, die bis 1986 bei Kohlenwasserstoff auf 0,9, bei Kohlenmonoxyd auf 9,3 und bei Stickoxyd auf 1,2 gesenkt werden sollen — 1986, möchte ich betonen.

Ich fordere daher die Bundesregierung in aller Form auf, Aktivitäten zu setzen, daß auch in Österreich alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um diese so gesundheitsgefährlichen und krebsfördernden Abgase der Kraftfahrzeuge zu vermindern. (*Beifall bei der ÖVP.*) 18.03

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Tonn. Ich erteile es ihm.

18.03

Abgeordneter **Tonn** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Dr. Wiesinger hat die Beratung über das Gesetz zur Finanzierung des Umweltfonds der UNO dazu benützt, um nationale, also vor allem österreichische, Probleme zu besprechen, und ich werde einige Worte am Ende meiner Rede dazu sagen.

Mit der heutigen Beschlußfassung über das vorliegende Gesetz betreffend die Finanzierung des Umweltfonds der UNO unterstützt Österreich weiter die kontinuierliche Ent-

wicklung der Umweltschutzorganisation der Vereinten Nationen. Ich freue mich, daß alle drei Parteien des Hauses dieser Vorlage ihre Zustimmung geben werden, weil damit dokumentiert wird, daß sich Österreich zur UNEP-Tätigkeit bekennt.

Bei der Umweltschutzkonferenz im Mai dieses Jahres in Nairobi hat der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, Dr. Steyrer, dieses Bekenntnis in sehr ausführlicher Weise dokumentiert. Gerade die Ausführungen des Ministers aus dem neutralen Österreich haben sicherlich ein sehr großes Echo gefunden. Daß wir den internationalen Umweltschutz und damit auch den Fonds der Vereinten Nationen ernst nehmen, ist aus einer Zahl zu erkennen:

Im Verhältnis zu unserem Bruttonationalprodukt steht Österreich mit seinem Beitrag innerhalb der UNO an achter Stelle. Obwohl diese Beiträge in den einzelnen Staaten unbestritten sind, waren sie gerade bei der letzten UNEP-Konferenz ein zentrales Diskussions-thema. Vor allem deshalb, weil die Zahlungsmoral anderer Länder zu wünschen übrig läßt.

Man hat als Teilnehmer das Gefühl gehabt, daß eine Polarisierung der Interessenslagen zustande kommt, die international betrachtet nicht angenehm ist, vor allem deshalb, weil die Länder der Dritten Welt immer mehr Beiträge von den Industrieländern verlangen. Es hat auch einzelne Vorstöße gegeben, wo man versucht hat, daß die UNEP zu einer Entwicklungshilfeorganisation umfunktioniert wird. Das kann aber eigentlich nicht das Ziel dieses Fonds sein.

Wir müssen, so glaube zumindest ich, zur Kenntnis nehmen — ob wir wollen oder nicht —, daß auch bei den internationalen Umweltfragen ein Nord-Süd-Konflikt im Entstehen ist. Deshalb sollten wir als Industriestaat in Mitteleuropa einiges bei der Einschätzung der internationalen Umweltfragen nicht außer acht lassen.

Wenn wir daran denken, daß es heute weltweit 600 Millionen Menschen gibt, die unterernährt sind — man schätzt diese Zahl für das Jahr 2000 auf 2 Milliarden —, wenn man weiß, daß es neben den Welternährungsproblemen Probleme im Bereich der Energie, der Wasserversorgung und der industriellen Weiterentwicklung gibt, dann kann man daraus erkennen, daß sich auch die Umweltprobleme mehren.

Ich habe eines in Erinnerung — Kollege Dr. Wiesinger war ja mit —: Wir haben eine Wasserversorgungsanlage in einem kleinen

13270

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Tonn

Dorf mit 3 000 Einwohnern in Afrika gesehen, in Loitokitok. Man konnte diese Wasserversorgungsanlage in etwa mit einer Jauchegrube in Österreich vergleichen. Die Menschen trinken dort dieses Wasser. Das muß man sich einmal vorstellen!

Daher gibt es für uns als Industriestaat, für uns als Europäer eigentlich keine Flucht aus der Verantwortung, weil man sicherlich auf dem Standpunkt stehen kann, daß die Umweltfragen von heute sich morgen zu Friedensfragen ausbilden. Das heißt, wir tragen Mitverantwortung für die Zukunft, und es ist daher jede Initiative in diesem Bereich zu begrüßen.

Wenn Bundesminister Dr. Steyrer bei dieser Konferenz in Nairobi gemeint hat, die Industriestaaten dürften kein Umweltdumping betreiben, dann hat das weltweit wirklich Beachtung gefunden. Es ist zuwenig, wenn wir umweltschädigende Anlagen in der Dritten Welt errichten. Es ist zu einfach, wenn wir bei uns nicht brauchbare Produkte exportieren. Es ist zu einfach, wenn wir Umweltprobleme aus Kostengründen in solche Länder abschieben.

Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß der Umweltschutz nur dann funktionieren wird, wenn er international koordiniert wird. Dieser Beitrag wird sicherlich mithelfen, im Rahmen der UNO ein Instrument zu formen, das diese weltweite Organisation befähigt, im Umweltschutz international aktiv zu werden.

Wir haben seit Stockholm im Jahr 1972 erlebt, daß weltweit ein neues Umweltbewußtsein entstanden ist. Wir wissen heute, daß Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind, und wir haben erkannt, daß wir als Industrieländer die moralische Verpflichtung tragen, die Umwelt in möglichst großer Vielfalt von Arten und Formen zu erhalten.

Deshalb ist diese UNEP-Finanzierung auch für unser Land von zentraler Bedeutung, weil gerade wir als kleiner neutraler Staat in Mitteleuropa alles tun und überall aktiv sein müssen, um auch hier eine Vermittlerrolle zu spielen. Bundesminister Dr. Steyrer hat bei der UNEP-Tagung sehr deutlich demonstriert, welche Bedeutung wir als kleines Land auch in dieser Organisation haben.

Wir müssen auch erkennen — und wir sollten uns damit befassen —, daß der funktionierende Umweltschutz auf Dauer nur vorsorgend erfolgreich sein kann. Wenn wir heute die UNEP-Beiträge mit zwei Paragraphen in einer kurzen Vorlage bis 1986 beschließen, dann auch in dem Bewußtsein, daß die UNEP

das einzige Gremium ist, in dem alle Nationen weltweite Umweltprobleme beraten können.

Das heißt, wir müssen ein Bekenntnis ablegen, daß es auch im Umweltschutz kein Nord-Süd-Gefälle geben darf. Wir müssen uns dazu bekennen, daß Umweltschutz und Entwicklungshilfe koordiniert werden, kurz gesagt — einen Ausdruck gebrauchend, den ein Minister einer europäischen Nation in Nairobi verwendet hat —: Wenn wir in Europa bestehen wollen, dann brauchen wir eine Art Umweltverträglichkeitsprüfung für die Entwicklungspolitik.

Möge daher dieser Beitrag, den wir heute einstimmig in diesem Hause beschließen, mithelfen, daß auf möglichst rationelle Art und Weise ein brauchbares Instrumentarium zur Bewältigung des weltweiten Umweltschutzes bis zur Jahrtausendwende entwickelt wird. Daß wir dieser Vorlage die Zustimmung erteilen, braucht, glaube ich, nur am Rande erwähnt zu werden.

Nun zur Abgasfrage, die Kollege Dr. Wiesinger in den Mittelpunkt seiner Rede gestellt hat. Ich möchte dazu sagen, daß dieses Thema sicherlich sehr wichtig ist — das ist überhaupt keine Frage —, daß wir aber glauben, Kollege Wiesinger, daß diese Frage, wenn sie direkt an den Gesundheitsminister gerichtet wird, eigentlich nicht richtig gerichtet ist. *(Abg. Graf: Er hat die Frage an die Regierung gerichtet! Sie haben nicht aufgepaßt!)* Der Kollege Dr. Wiesinger hat sich dann verbessert. *(Abg. Graf: Das braucht er nicht zu tun!)* Warum soll er sich nicht verbessern? — Er hat sich dann verbessert und die Frage an die Bundesregierung gerichtet.

Ich würde sagen, um bei der ersten Aussage zu bleiben, nämlich den Umweltminister anzusprechen, daß ein Umweltspiel in einer neuen Variante dargeboten wurde. Ich möchte das jetzt allgemein sagen und nicht im speziellen bezogen auf die Abgase, damit kein Irrtum entsteht. Man kann nicht auf der einen Seite, bedingt durch unsere Verfassung, dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz gewisse Kompetenzen immer wieder verwehren, und andererseits, auf dem Verwehrtten aufbauend, Forderungen und Wünsche hinterlegen. Ich glaube, das geht ganz einfach nicht!

Wenn wir uns zu einer strengeren Abgasregelung für Kraftfahrzeuge entschließen, dann sollte man eines sagen — und dieses Thema kommt zur Sprache, weil Sie, Herr Kollege Wiesinger, es hier angeschnitten haben —, nämlich daß wir seit 1. Oktober 1982 die sogenannte neue ECE-Norm in Österreich in Geltung haben. Jeder, der damit beschäftigt war

Tonn

und ist, weiß, welchen Sturm das in der Wirtschaft ausgelöst hat.

Nun wird uns von Ihnen immer wieder vorgeworfen, wir nehmen auf die Wirtschaft keine Rücksicht. Gerade in diesem Punkt sollte man Rücksicht nehmen. Und da kommen Sie, Herr Kollege Wiesinger, und wollen hier ein politisches Schwarze-Peter-Spiel veranstalten in der Form, daß Sie hierhergehen, strengere Bestimmungen verlangen und sich der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Frage wohl bewußt sind, aber morgen hinausgehen und sagen: Ich bin der, der es verlangt, aber die „böse“ Regierungsmehrheit oder die Mehrheit im Nationalrat will nicht. — Ich glaube, das sollte gesagt sein.

Mehr Schutz vor Abgasen: Das ist keine Frage. Jedoch müßte man ganz genau und konkret darüber reden, in welcher Form und mit welcher Zielsetzung man diese Abgasdrosselung erreicht. Ich glaube, darum geht es. Das soll keine parteipolitische Frage sein, sondern eine Frage, die alle Österreicher betrifft. *(Beifall bei der SPÖ.)* 18.15

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer kurzen Erklärung hat sich der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz gemeldet.

18.15

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. **Steyrer**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß den Vorwurf des Herrn Kollegen Dr. Wiesinger auf das schärfste zurückweisen, es wäre in Österreich auf dem Gebiete der Minimierung der Kraftfahrzeugsmissionen nichts geschehen. Es scheint ihm entgangen zu sein, daß der Herr Verkehrsminister in dankenswerter Weise am 1. Oktober durch Verordnung die ECE-Norm 15 in Kraft gesetzt hat, die eine wesentliche Verbesserung auf diesem Gebiete bringen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)* 18.16

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Verkehr. Ich erteile es ihm.

18.16

Bundesminister für Verkehr **Lausecker**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch hinzufügen: Der Herr Abgeordnete Wiesinger hat an die Bundesregierung in aller Form das Ansinnen gestellt, man möge einen Schritt weitergehen. Es sind wenige Tage, seit wir in Österreich diese verschärfte ECE-Norm in Kraft haben. Ich überlasse es Ihnen, sich zu informieren,

welche Interventionen und Besorgnisse das Monate hindurch in der österreichischen Wirtschaft, im Handel und bei den Interessenvertretungen gebracht hat. Wir werden daher gern, Herr Abgeordneter Wiesinger, diese Ihre Überlegung in aller Form als Frage an all diese weiterreichen. Die Reaktion kann ich mir heute schon vorstellen.

Aber wir sind genauso wie Sie im Rahmen des Machbaren und des Möglichen an allen Ausformungen und Fortentwicklungen der Bestimmungen über Gesundheit und Umweltschutz interessiert. Nur muß man korrekterweise auch dazusagen, daß das Lasten mit sich bringt und Teuerungen und Belastungen in der Wirtschaft, im Handel, auf den Arbeitsplätzen und beim Autofahrer.

Mit Hinzufügung dieser Klarstellungen werden wir Ihre Frage gern an alle weiterreichen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 18.17

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 1210 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig auch in dritter Lesung angenommen.

6. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes Klagenfurt um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach den §§ 111 Abs. 2 und 115 StGB (1264 der Beilagen)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen nunmehr zum 6. Punkt der Tagesordnung: Ersuchen des Landesgerichtes Klagenfurt um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach den §§ 111 Abs. 2 und 115 Strafgesetzbuch.

13272

Nationalrat XV. GP — 131. Sitzung — 11. November 1982

Präsident Mag. Minkowitsch

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Ofner. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Ofner: Ich erstatte den Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Landesgerichtes Klagenfurt um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach den §§ 111 Abs. 2 und 115 Strafgesetzbuch.

Das Landesgericht Klagenfurt ersucht mit Zuschrift vom 23. September 1982, eingelangt in der Parlamentsdirektion am 6. Oktober 1982, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede und der Beleidigung nach den §§ 111 Abs. 2 und 115 Strafgesetzbuch.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Ersuchen in seiner Sitzung am 21. Oktober 1982 beraten und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, dem gegenständlichen Ersuchen nicht zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Landesgerichtes Klagenfurt vom 23. September 1982, 12 EVr 2052/82, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede und der Beleidigung nach den §§ 111 Abs. 2 und 115 Strafgesetzbuch wird nicht stattgegeben.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses in 1264 der Beilagen, dem Ersuchen des Landesgerichtes Klagenfurt vom 23. September 1982, 12 EVr 2052/82, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jörg Haider wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede und der Beleidigung nach den §§ 111 Abs. 2 und 115 Strafgesetzbuch nicht stattzugeben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 218/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 2196/J bis 2200/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, 30. November 1982, 10 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 20 Minuten